Nr. 4 April 1982 E 8080 E



Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

Friedensbewegung

Krieg dem Krieg

Politik

Der Westen und Palästina

Insider

Luzifers fünfte Kolonne

Zukunft

Polsprung als Ultimatum

Baubiologie

Mit der Rute gegen Strahlen

Greenpeace

Kampf um die Nordsee

Bürgernachfrage

Im Namen des Volkes

Prinz Bernhard: Die Brüder des Schattens

DM 5,–
Luxemburg 110 Lf
Österreich 45 öS
Schweiz 5,50 sfr

Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, 7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt

Layout: Grafik Design Team

DIAGNOSEN erscheint monatlich jeweils am letzten Montag des Vormonats.

DIAGNOSEN kostet als Einzelheft DM 5,– einschließlich 6,5% Mehrwertsteuer.

DIAGNOSEN kann beim Verlag oder bei jedem Postamt bestellt und im Abonnement bezogen werden. Das Abonnement kostet jährlich DM 50,– einschließlich 6,5% Mehrwertsteuer und Porto. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Jahresende gekündigt werden.

DIAGNOSEN darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

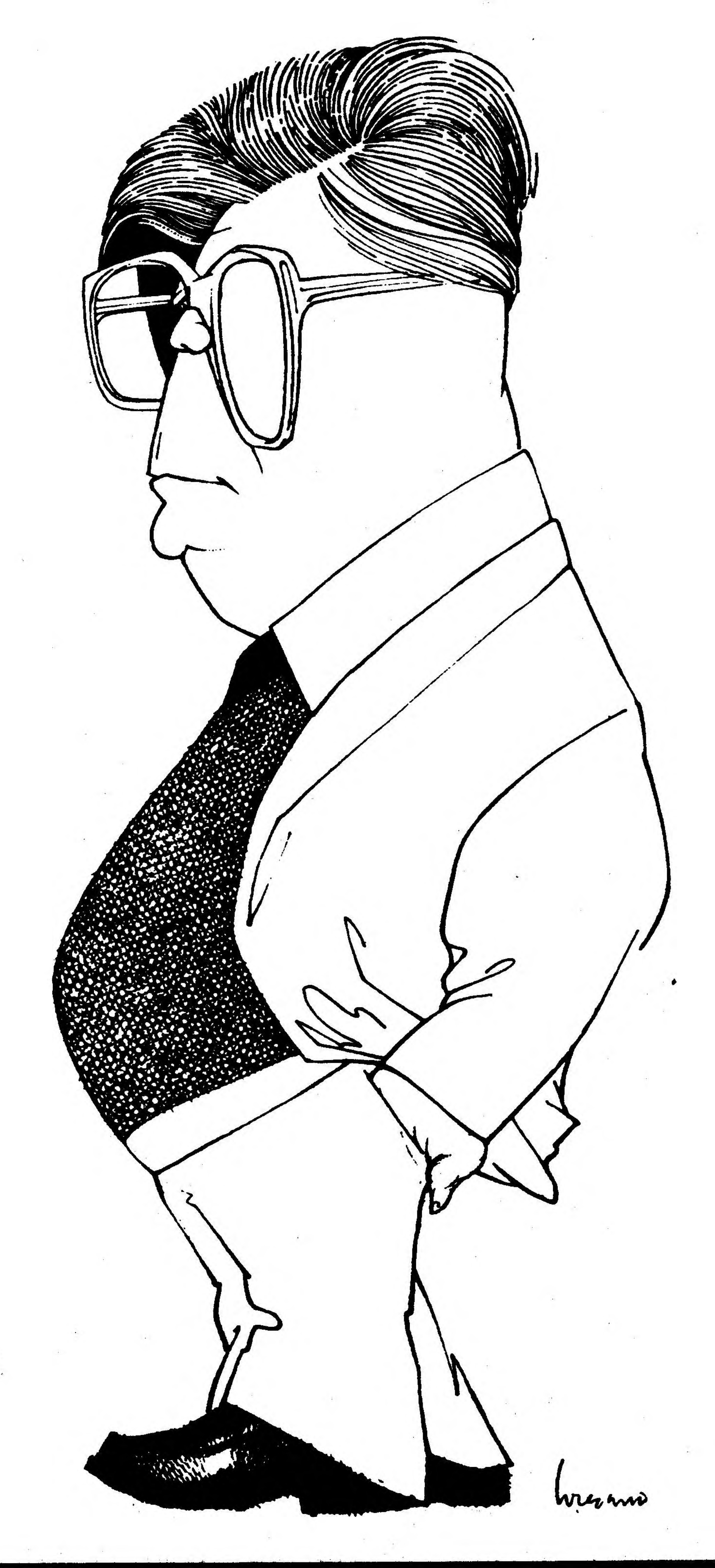
Anzeigenverwaltung: VWM Verlags- und Werbemanagement GmbH, Klettenbergstraße 21, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon: (06 11) 55 39 35, Telex: 412618 peca
Für den Anzeigenteil verantwortlich: Gisela Caspar

Gesamtherstellung: GREISERDRUCK, 7550 Rastatt, Karlsruher Straße 22



ISSN 0171-5542

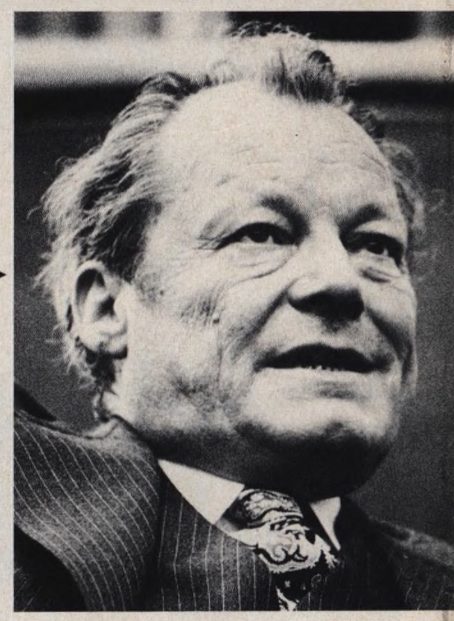
Die nächste Ausgabe der Zeitschrift DIAGNOSEN erhalten Sie am 26. April 1982 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er DIAGNOSEN nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.



In diesem H



▲ Frauen engagieren sich in der Friedensbewegung: Krieg dem Krieg. Freundschaft hin, Partnerschaft her. Wenn Freundschaften in provozierende Rücksichtslosigkeit und tödliche Umarmung ausarten, dürften sie hinfällig werden. Das gilt sowohl für die Staaten des Warschauer Paktes als auch für die Länder des NATO-Bündnisses. Seite 12



Willi Brandt enttäuschte als Bundeskanzler den Rockefeller-Clan. Er wurde gestürzt. Regieren in Wahrheit die Brüder des Schattens – eine exklusive internationale Aristokratie, die sich aus hohen Regierungsvertretern, internationalen Finanzleuchten, Geschäftsleuten und Meinungsmachern zusammensetzt? Seite 24 ▶

Greenpeace machte die Öffentlichkeit auf die Dünnsäure-Verklappung in der Nordsee aufmerksam. Sie führten gegen den Chemigiganten Bayer Leverkusen einen erbitterten Kampf. Seite 20 ▼



eft lesen Sie:

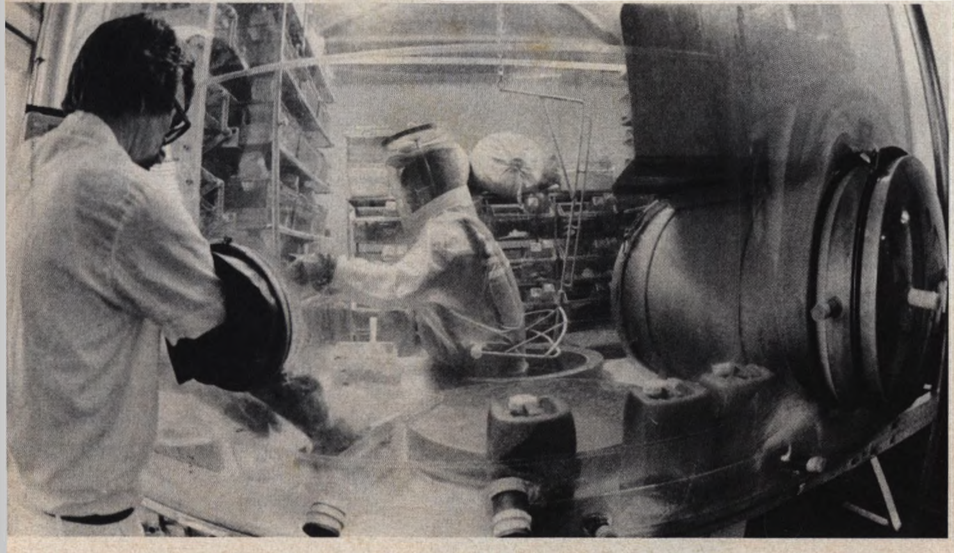
Die »Patentante« von Leo Trotzki war der amerikanische Präsident Woodrow Wilson. Er stellte den amerikanischen Paß mit einem russischen Visum aus, damit Trotzki in Rußland die Revolution vorantreiben konnte. Sind die Illuminaten Luzifers fünfte Kolonne? Politik und Religionswissenschaft wissen schon lange, daß der wirksamste Weg, einen Menschen zu unterwerfen, die Unterwerfung seines Geistes ist. Mit der Beeinflussung der Schulen begann es, dann wurde die Revolution in Rußland gefördert, Hitlers Machtergreifung finanziert und damit das Fundament für den zweiten Weltkrieg gelegt. Winston Churchill schrieb über die Illuminaten: »Sie sind die Triebfeder jeder subversiven Bewegung seit dem 19. Jahrhundert.« Seite 30 ▶





◀ Der Fluor-Schwindel und das Zahlengeplärre der Zuckerindustrie füllt ganze Bibliotheken. Fluor ist ein Zellatmungsgift, das angeblich Karies heilen soll. Lebendige Ernährung ist immer noch der beste Schutz vor Karies. Seite 70

Die Pharma-Industrie ist beunruhigt durch die ständig intensiver werdende Diskussion um Zweck und Nutzen der Tierversuche. Man sucht nach Auswegen, wie man die gegen Tierversuche engagierte Öffentlichkeit beschwichtigen kann. Ein solcher Ausweg ist die Errichtung von »Mäusebunkern«, wie der Volksmund die Häuser bezeichnet, in denen Wissenschaftler Versuchstiere oder besser gesagt »keimfreie Individuen« züchten. Seite 54
▼



Der Kommentar

Der Kostenbrüter von Kalkar

Ekkehard Franke-Gricksch

In dieser Zeit ist Korruption das Schwerpunkt-Thema. Es wird aber hier nicht von den Praktiken der Neuen Heimat die Rede sein, auch nicht von Wahlkampfspenden an Minister und Parteien oder von dem heillosen Steuerdebakel der Regierung, von der Verschwendung von Subventionen als Geschenke an interessante Wählergruppierungen.

Es geht um den schnellen Brüter in Kalkar. Er wird weitergebaut, obwohl niemand den Bürgern sagen kann, was dieses Denkmal bürokratischer und wissenschaftlicher Unfähigkeit letztendlich an Steuergeldern verschlingen wird.

Wenn zehn Milliarden reichen

Politiker, allen voran der Bundesforschungsminister Andreas von Bülow, sehen die Finanzierung von Kalkar als gesichert an und meinen, den Weiterbau verantworten zu können. Offenbar fehlt Politikern eine reale Vorstellungskraft, wenn es um Milliarden geht.

Der schnelle Brüter war mit einem Kostenaufwand von 350 bis 500 Millionen DM geplant, projektiert wurde er mit etwa 1,7 Milliarden DM und jetzt rechnet man mit einem Kostenanstieg auf 5 Milliarden DM. Allerdings gibt es Sachkundige, die mit einem weiteren Aufwand von 6 bis 7 Milliarden DM bis zur Inbetriebnahme rechnen. Und es gibt auch Wirtschaftler und Wissenschaftler, die sehen sogar 10 Milliarden DM auf uns zukommen bis der »Kosten-Brüter« endlich arbeitet.

Den Preisanstieg bis 5 Milliarden DM will von Bülow durch eine zusätzliche Beteiligung der Elektrizitätswirtschaft in Höhe von 1,1 Milliarden DM sichern und durch Festpreisverhandlungen mit dem Hersteller und dem Betreiber. Ansonsten hofft von Bülow in fünf Jahren nicht mehr Forschungsminister zu sein, damit er nicht mitzuerleben braucht, was aus seinen Planungen tatsächlich geworden ist.

Die Beteiligung der Elektrizitätswirtschaft mit dem Betrag von über einer Milliarde DM ist an die parlamentarische Genehmigung der Inbetriebnahme des Kalkar-Brüters geknüpft und an die Zusage, die Mehrkosten auf den Strompreis abwälzen zu dürfen. Die parlamentarische Zustimmung muß der Deutsche Bundestag nach der Sommerpause erteilen.

Das Ganze wird aber jetzt bereits von Politikern, dem Forschungsminister und dem Deutschen Atomforum als »entscheidender Fortschritt« der Öffentlichkeit verkauft. Kalkar ist für die jubelnde Lobby der »Baustein für eine Energieversorgung der Zukunft« und gleichzeitig eine »Demonstration der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft«.

Nicht vor 2010 rentabel

Offenbar meint der Forschungsminister naiv, daß Deutschland so etwas nötig habe. Was da gepriesen wird, hat seine einzige Legitimation für den Weiterbau im Ehrgeiz und Prestigedenken seiner Förderer in Politik und beim Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk.

Es muß heute ernsthaft bezweifelt werden, ob sich die Hoffnungen, die in den 50er und 60er Jahren auf diesen Reaktortyp gesetzt wurden, sich in den nächsten Jahrzehnten überhaupt erfüllen lassen.

Der schnelle Brüter wird die Rentabilitäts-Schwelle vor dem Jahr 2010 nicht erreichen, wenn überhaupt. Skepsis ist hier am Beispiel der französischen Entwicklung angebracht. Die Stromkosten des Super-Phönix sind doppelt so hoch wie die eines Leichtwasserreaktors.

Die Bundesrepublik Deutschland ist im Unterschied zu den meisten anderen Ländern, die an der Entwicklung dieser Technologie interessiert sind, nicht an der Plutonium-Erzeugung aus militärischen Gründen interessiert.

Angesichts der besonderen Sicherheitsrisiken könnte der schnelle Brüter nie in nennenswertem Umfang exportiert werden.

Angesichts der Tatsache, daß die gigantischen Erwartungen an den Einsatz der Kernenergie in den nächsten Jahrzehnten weder in der Bundesrepublik noch in den meisten anderen Industrieländern Wirklichkeit werden dürften, ist das Szenario einer schnellen Uran-Knappheit nicht realistisch. Nur ein derartiges Szenario würde ökonomisch den schnellen Brüter rechtfertigen.

Es ist allein schon aus diesen Gründen problematisch, im großtechnischen Maßstab eine Technologie zu entwickeln, für die frühestens in 30 Jahren, wenn überhaupt, eine wirtschaftliche Notwendigkeit bestehen könnte. Denn dafür müßte der Staat in unserem Land noch für Jahrzehnte eine finanzielle Last übernehmen, die seine Kräfte übersteigt.

Wenn endlich einmal eine Abwägung von Nutzen und Risiken politischer und ökonomischer Interessen dieser Großtechnologie vorgenommen werden würde, käme man zu dem Ergebnis, das amerikanische Experten unter Führung der hochangesehenen Physiker Bethe und Weisskopf schon vor Jahren ausgesprochen haben. Die schnellen Brutreaktoren sind entgegen aller Verheißungen der Lobby überaus müde Brüter und im Grunde nur Kostenfallen. Bethe und Weisskopf haben dieser Art Brüter wegen des minimalen Bruteffekts schon vor Jahren die Qualifikation als zukunftsträchtige Brüter abgesprochen.



Milliarden für Traum vom Brüterwunder

Aber den Deutschen wird seit zwei Jahrzehnten ein Brüterwunder vorgegaukelt, so daß jetzt niemand den Mut aufbringt, zu sagen, daß man schlicht geirrt habe. Der Traum von einem Brüterwunder ist ausgeträumt.

Und dennoch werden aus Großmannssucht und Vernarrtheit weitere Milliarden in eine Forschungsruine gesteckt, die wissenschaftlich und wirtschaftlich längst gestorben ist beziehungsweise nie eine reelle Chance zum Bestehen hatte.

Wer schützt uns Deutschen eigentlich vor solchen politischen Naivlingen, die aus politischem Ehrgeiz, Geltungssucht und Größenwahn ohne jede Verantwortung Steuergelder und damit Volksvermögen verschwenden und vergeuden?

Vielleicht ist der Plan der Grünen gar nicht so von der Hand zu weisen. Sie wenden sich gegen die Strompreiserhöhung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes (RWE) zur Finanzierung des schnellen Brüters in Kalkar mit der Aufforderung, monatlich einen »Kalkar-Groschen« von der Gesamtstromrechnung einzubehalten. Für die Grünen ist dies nur ein symbolischer Wert. Erst nach dem Ausgang eines Rechtsstreits wollen sie dazu aufrufen, die genauen, zur Finanzierung von Kalkar vom RWE umgeschlagenen Kosten einzubehalten.

Wenn dieses Geld gut angelegt wird, dann kann damit in einigen Jahren vielleicht die Verschrottung von Kalkar finanziert werden. Der heutige Forschungsminister dürfte bis dahin als ein neuer Schildbürger in die deutsche Geschichte eingegangen sein. □

Tierversuche

Tiere zu Tode gewürgt

Die Opfer wurden mit fingerdikken Draht- und Hanfseilen erdrosselt, manche mit einer Metallkette, einigen wurde die Kehle von Hand zugedrückt. Doch die Täter sind keine Mörder, die Opfer keine Menschen, die Taten mithin keine Verbrechen, sondern wissenschaftliche Experimente: Drei Jahre lang haben zwei Forscher der Universität Hamburg Kaninchen, Ratten und Hunde zu Studienzwecken stranguliert, die Versuche in einer vor kurzem veröffentlichten Arbeit beschrieben und damit einmal mehr das Märchen widerlegt, es gebe keine grausamen Tierversuche.

Im Laboratorium des Hamburger Instituts für Rechtsmedizin ging es zu wie in einem Horrorkrimi. Original-Auszug aus der wissenschaftlichen Arbeit von Professor Bernd Brinkmann und Dr. Klaus Püschel, die für die Experimente verantwortlich sind:

»Die Strangulation erfolgte unterhalb des Kehlkopfes: durch manuelles Zuziehen eines fingerdicken Hanfseils durch zwei kräftige Männer; durch Verdrillung einer Kette mit einem knebelartigen Metallstab; mit einem Drahtseil, welches mit einem speziellen Hebelwerkzeug zugeschnürt wurde. In einigen Experimenten mußte die Atemwegsobstruktion schließlich durch manuelle Kompression des Kehlkopfes vervollständigt werden.«

Erwürgen im Namen der Wissenschaft

Die Vereinigung Bürger gegen Tierversuche e. V. erstattete gegen die Mediziner Strafanzeige wegen Verdachts auf Verstoß gegen das Tierschutzgesetz. Gleichzeitig erhoben die Tierversuchsgegner Dienstaufsichtsbeschwerden gegen den zuständigen Referenten der Hamburger Gesundheitsbehörde, Dr. Jürgen Christiansen, der die Experimente genehmigt haben soll. Man darf gespannt sein, ob das Tierschutzgesetz auch diesmal die Täter oder ausnahmsweise mal die Opfer schützt.

»Die Versuche dienten der Wissenschaft«, rechtfertigte sich Professor Brinkmann, doch das glaubt wohl weder er selbst noch sein Kollege Püschel. Denn in ihrer Studie geben die Forscher zu: »Die Bewertung der vorliegenden Versuchsergebnisse erfordert selbstverständlich Zurückhaltung. Dies gilt im Hinblick auf die kleine Zahl der Versuchstiere. Es versteht sich auch, daß Zurückhaltung geboten ist im Hinblick auf die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen. Schließlich dürfte die (gesetzlich erforderliche) Narkose Einfluß haben auf den Verlauf der Erstickungsagonie.«

Diese Äußerung beweist, daß die Experimente wissenschaftlich wertlos sind, und – schlimmer noch – dies den Tätern offensichtlich von vornherein klar war. Wenn nämlich Zurückhaltung bei der Bewertung der Versuchsergebnisse »selbstverständlich« ist beziehungsweise sich »von selbst versteht«, wie es in der Studie heißt, standen die gewonnenen Erkenntnisse bereits vor Beginn der Experimente fest, war die Durchführung der Strangulationen also entbehrlich und überflüssig.

Im wissenschaftlichen Würgegriff

Unerfindlich bleibt nur die Betonung der »gesetzlich vorgeschriebenen Narkose«. Im Paragraph 9 des Tierschutzgesetzes heißt es: »Versuche an Wirbeltieren dürften nur unter Betäubung vorgenommen werden, es sei denn, der Zweck des Versuchs schließt nach dem Urteil des Leiters des Versuchsvorhabens eine Betäubung aus.«

Der Leiter des Versuchsvorhabens und wohl auch Verfasser der oben zitierten Äußerung hätte die Tiere also nicht betäuben müssen – oder sollte ausgerechnet ein Rechtsmediziner den ihn schützenden Paragraphen 9 nicht kennen?

Die »wissenschaftlichen« Würgegriffe in der Hansestadt erlauben allerdings Rückschlüsse auf das geistige und seelische Niveau ihrer Urheber, und das sind immerhin Experten, die mit gerichtsmedizinischen Gutachten das Schicksal gestrauchelter oder eben unschuldiger Menschen beeinflussen können. □

Wasser

Trockenlegung des Harzes

Nun soll es dem Wasser im Harz an den Kragen gehen. Die Harzwasserwerke des Landes Niedersachsen und das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten planen zu den bereits bestehenden sechs Westharztalsperren zunächst einen weiteren Talsperrenbau sowie ein umfangreiches Stollensystem, durch das das Harzwasser den Trinkwasserspeichern – Söse- und Granetalsperre – zugeleitet werden soll. Weiterhin sind technisch riskante Dammerhöhungen dieser beiden Sperren um 5 beziehungsweise 15 Meter geplant. Später sollen dann noch weitere Talsperren gebaut werden.

Durch diesen gigantischen Wasserabzug aus dem Harz werden bereits heute 70 Millionen Kubikmeter Wasser im Jahr dem Vorland des Harzes und seinen Flüssen entzogen und mittels fünf Pipelines an Verbraucher in Südniedersachsen abgegeben.

Weitere große ökologische Schäden

Diese Menge soll nun um nahezu 160 Prozent auf etwa 180 Millionen Kubikmeter Wasser im Jahr gesteigert werden. Dadurch verstärken sich zwangsläufig die schon jetzt eingetretenen ökologischen Schäden für die Gebiete der betroffenen Flüsse, deren Quellen im Harz liegen.

Es ist keineswegs so, daß der Talsperrenbau ungefährlich und eine sozusagen saubere Lösung ist. Sinkende Grundwasserstände, autrophierende Flüsse mit dadurch bedingter Beeinträchtigung des Lebens im Wasser sind die Folgen.

Die niedersächsischen Talsperrenplaner behaupten in bezug auf den öffentlich und intern längst überholten und widerlegten Zahlenapparat des »Generalplans Wasserwirtschaft« des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von 1974, die Zunahme des Trinkwasserverbrauchs in Niedersachsen von 1972 bis zum Jahre 2000 steige um 137 Prozent, desgleichen die Bevölkerung um 10,7 Prozent.

Solche unrealistisch gewordenen Ansätze geben die Grundlage der Wasserplanung im Westharz ab, und obwohl man heute im Ministerium selbst von wesentlich niedrigeren Zuwächsen ausgeht, sind die Ausbauplanungen der Wasserwirtschaft niemals mengenmäßig geändert worden.

Obwohl die Planungen im Westharz, derzeit ungewöhnlich schnell betrieben, weit fortgeschritten sind, fehlt bisher immer noch die unabhängige gutachterliche Untersuchung der Folgeschäden des Wasserabzuges für die Harzvorländer. Dies dürfte ein unverantwortlicher Mangel der Planung sein.

Mit einer Postkartenaktion will jetzt eine Arbeitsgemeinschaft verschiedener Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen auf eine Korrektur der Wasserwirtschaftspolitik in Hannover hinwirken. Vor allem will man erreichen, daß man durch ein ökologisches Gesamtgutachten die Fragen der Folgeschäden des Wasserabzuges klärt. Und man will zum Wassersparen anregen. □

Weitergehende Informationen: Arbeitsgemeinschaft Harzwasser, Neue Straße 4, 3392 Clausthal-Zellerfeld.

Zitate

Wach- und Schließ-gesellschaft

Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister: »Wenn man sich die Amerikaner als Wach- und Schließgesellschaft für Europa halten will, dann wird man sehr schnell einen Entfremdungsprozeß feststellen.«

Schwer-beschädigte

Liselotte Funke, Beauftragte der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, Bonn: »Es gab nie so viele Schwerbeschädigte wie nach der letzten gutgemeinten Novelle des Schwerbeschädigtengesetzes. Es ist geradezu abenteuerlich, wer da plötzlich alles als Schwerbeschädigter auftaucht, nach Normen, die ein Nichtmediziner gar nicht mehr nachvollziehen kann. Hier muß man sich wirklich fragen, ob Wohltat nicht Plage wird.«

Schwarze Wirtschaft

Prof. Dr. Ralf Dahrendorf, Direktor der London School of Economics and Political Science, London: »Menschen haben viel mehr Phantasie als Regierungen, und sie finden Wege quer durch das System hindurch. Man denke an die Tatsache, daß es in allen bedeutenden Industrieländern eine inoffizielle schwarze Wirtschaft gibt, bei der wir glücklicherweise nicht wissen, wieviel da verdient wird.«

Heuchler

Bruno Kreisky, österreichischer Bundeskanzler: »Manche Leute sind für eine kühne Politik gegenüber Polen, aber nur, solange es sie nicht betrifft. Wenn es um die Hereinnahme von Einwanderern geht, kennt ihre Vorsicht keine Grenzen.«

Ratlosigkeit

Anke Fuchs, Parlamentarische Staatssekretärin im Sozialministerium: »Wenn ich an die 59jährigen Arbeitnehmer denke, die in trauter Eintracht von Betriebsräten und Unternehmen in die Arbeitslosigkeit entlassen und mit 60 in die Rente geschickt werden, so finde ich das zwar nicht gut. Ich frage mich jedoch, was wir ihnen sonst anzubieten haben.«

Sinnlose Waffen

Thomas J. Watson, früherer US-Botschafter in Moskau: »Neutronenwaffen würde ich nicht stationieren. Wir haben große Gruppen von Waffen, die sinnlos sind. Die militärischen Probleme der Sowjets sind ganz andere als unsere: Eine Grenze von fast zehntausend Meilen. Solche Probleme kennen wir nicht.«

Bundes-kanzler

Karl Klasen (SPD), früherer Bundesbankpräsident: »Es ist schon traurig, daß manche kleine, ideologiebefangene Leute glauben, sich hinter dem breiten Rücken von Schmidt alles erlauben zu können.«

Technologie und Wissenschaft

José Maria de Areilza, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats: »Die größte Gefahr droht der Demokratie heute vom Terrorismus, morgen aber vom Fortschritt in Technologie und Wissenschaft. Wir müssen Wege finden, die demokratischen Prinzipien der Entwicklung anzupassen. Diesem Ziel soll die Weltkonferenz der Demokratien des Europarats dienen.«

Sozialer Konsum

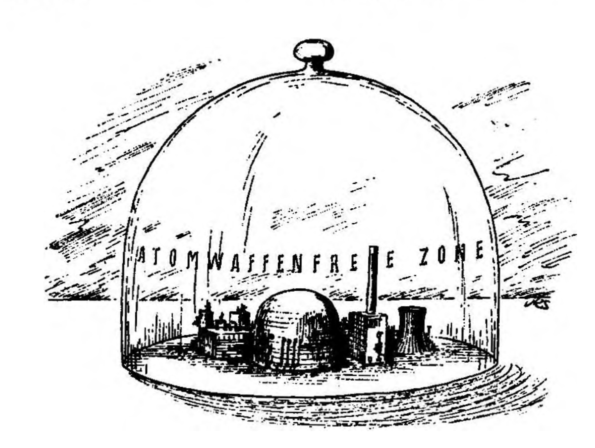
Prof. Dr. Armin Gutowski, Präsident des Institutes für Wirtschaftsforschung Hamburg: »Anstatt das System der sozialen Leistungen effizienter zu gestalten, versuchen die Politiker, den Mangel an Äquivalenz zwischen Abgaben und Leistungen auf scheinbar einfache Weise auszuräumen: Sie finanzieren einen Teil der Sozialausgaben für den allgemeinen Staatshaushalt. Die Folge ist, daß der Staat mehr und mehr von dem, was er an Schulden aufnimmt, für den sozialen Konsum ausgibt.«

Parteitreue

Prof. Dr. Ewald Nowotny, Vorstand des Instituts für Finanzwissenschaft der Johannes Kepler-Universität Linz: »Der Wechselwähler ist der typische Angehörige der upper-middle-class. Daher beeinflußt heute diese obere Mittelschicht das politische Geschehen überproportional. Die Arbeiterschaft dagegen macht politisch den Fehler, daß sie treu zur Partei steht. Daher wird sie sozusagen systematisch politisch unterbelichtet.«

Hochschul-Krankheit

Professor Theodor Berchem, Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz: »An der Nachwuchsfrage wird sich die Existenz der deutschen Hochschule entscheiden. Es gibt die zentrale Gefahr, daß in Zukunft die zweite und dritte Forschergarnitur an den Universitäten arbeitet. Wir wissen, daß wir von einer tödlichen Krankheit infiziert sind und nur warten können, bis es auch der Dümmste merkt.«



Kranker Mann

Henry Kissinger, früherer US-Außenminister: »Wenn wir noch weitere 10 bis 15 Jahre zusammenhalten, besteht für mich kein Zweifel daran, daß die Sowjetunion als kranker Mann Europas dasteht und daß im 21. Jahrhundert völlig andere Konfrontationen und Konflikte auftreten.«

Ehrliches Unbehagen

Prof. Dr. Thoenes, Geschäftsführer des Rheinisch-Westfälischen TÜV, Essen: »Wir können Unbehagen und Unsicherheit abbauen, indem wir uns mit den Vor- und Nachteilen der Technik für unsere Gesellschaft offen und ehrlich auseinandersetzen und indem wir dem bei uns besonders weit entwickelten dynamischen System der Gefahrenabwehr und der Risikovorsorge nach wie vor einen hohen Stellenwert einräumen und dabei diesen Stellenwert auch dauernd verdeutlichen und bewußt machen.«

Angst

Meinhard Glanz, Generalleutnant: »Es ist nicht wünschenswert, schädlich und nicht zulässig, wenn unsere amerikanischen Verbündeten ihre Truppen verdünnen wollen oder Atomwaffen abziehen. Damit wäre letztlich der Bestand unseres Staates gefährdet.«

Zahngold

Prof. Karl Carstens, Bundespräsident: »Auf der ganzen Welt werden pro Jahr etwa 90 Tonnen Zahngold verbraucht, davon 33 Tonnen in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist phänomenal.«

Ad-hoc-Politik

Prof. Karl Schiller, früherer Wirtschafts- und Finanzminister: »Die Bundesrepublik muß Abschied nehmen von einer kurzfristigen Ad-hoc-Politik. Wir sollten uns auf unser Stabilitäts- und Wachstumsgesetz besinnen, das immer noch Gültigkeit hat.« □

Bürger-Nachfrage

Alle Macht gehe vom Volke aus

Jörg Zink

Während der Anhörungen der unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Vorgänge um den Tod von Klaus Jürgen Rattay vom 19. bis 21. Januar in Berlin stellten wir uns immer wieder die Frage nach der Legitimation und der Kompetenz eines solchen Gremiums. Da kommen irgendwelche Leute zusammen und versuchen, in ein undurchdringliches Dickicht aus behördlichem Filz, nicht erfolgten Straftaten und sich verschließenden Staatsorganen Licht zu bringen. Was ist der Sinn eines solchen Unternehmens?

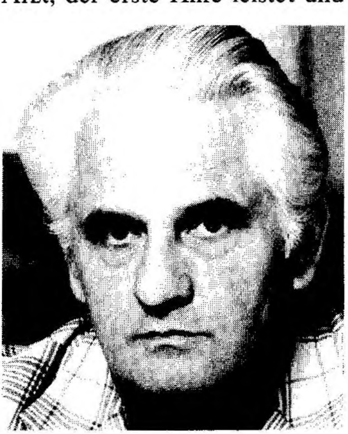
Ein Bürger sieht, wie Polizeibeamte in Berlin offenkundige Straftaten begehen und erlebt, daß niemals einer von ihnen angeklagt wird. Er hört auf seine Frage, ob das Verhalten der Polizei rechtens gewesen sei, die Polizei zu befragen sei ausschließlich das Recht der Staatsanwaltschaft. Er stellt fest, daß die Staatsanwaltschaft nichts unternimmt. Er hört, wer die Rechtlichkeit der Staatsanwaltschaft in Zweifel ziehe, also am Rechtsstaat zweifele, sei offenbar ein Gegner des Rechtsstaates.

Für Zeugenaussagen kein Interesse

Er beobachtet als Passant eine Demonstration und zeigt einen Polizeibeamten wegen Körperverletzung im Amt an. Er erreicht keineswegs ein Verfahren gegen den Beamten, er wird vielmehr selbst im Handumdrehen zum Angeklagten, weil er dies doch nur deshalb habe beobachten können, weil er an einer gewalttätigen Demonstration teilgenommen habe.

Er erlebt, daß Demonstranten, die mit Steinen werfen, in Berlin mit durchschnittlich zwölf Monate Haft ohne Bewährung bestraft werden, Polizisten aber, die das selbst tun, mit der Behauptung entschuldigt werden, sie hätten die Steine nur zurückgeworfen, obwohl dies nach Zeugenaussagen nicht einmal zutraf.

Er erlebt, daß Zeugenaussagen in Mengen vorliegen, für die keine Behörde sich interessiert. Daß bei einem tödlichen Unfall, den möglicherweise die Polizei verschuldet hat, keine Spurensicherung vorgenommen, und ein Arzt, der erste Hilfe leistet und



Pfarrer Dr. Jörg Zink: Bürgernachfrage ist kein Tribunal.

sich der Staatsanwalt als Zeugen anbietet, nicht vernommen wird. Er trifft auf einen Apparat, der sich selbst schützt und sich dem Recht des Bürgers gegenüber abdichtet.

Er blickt über den einzelnen Vorfall hinaus und erlebt auf der politischen Bühne, wie parlamentarische Untersuchungsausschüsse ohne Ergebnis bleiben, weil die Betroffenen zugleich die Untersuchenden sind und die Richter und die Angeklagten in denselben Stühlen sitzen. Ob Steuerhinterziehung bei prominenten Parlamentariern wirklich verfolgt wird, ist ihm ungewiß.

Nun fragen wir: Wer kontrolliert die Kontrolleure? Wer klagt die Ankläger an, die anzuklagen sich weigern? Wer bringt Ordnung in die zur Aufrechterhaltung der Ordnung berufenen Organe?

Und wir fragen: Wie muß ein Organ beschaffen sein, das die Legitimation in Anspruch nehmen kann, solche Fragen öffentlich zu stellen.

Bisher gab es Bürgerinitiativen

Sie bedeuten: Wenn etwas geschieht, das nach Ansicht einer Anzahl von Bürgern nicht geschehen sollte, hat die Bürgerinitiative den Sinn, öffentlich und gewaltfrei Widerspruch einzulegen.

Wenn etwas nicht geschieht, das nach Meinung einer Anzahl von Bürgern geschehen müßte, hat die Bürgerinitiative den Sinn, Anregungen zu geben, Maßnahmen vorzuschlagen oder Modelle zu entwickeln.

Was aber tut der Bürger, wenn etwas geschehen ist, das nicht hätte geschehen dürfen und das nun vertuscht oder geleugnet wird? Wenn Behörden, Parteien oder wirtschaftliche Interessen sich ineinander verfilzen und der Bürger keine Klarheit gewinnen kann?

Dann muß er das Recht haben, nachzufragen: Was ist vorgegangen? Wer war zuständig? Wer hat hier seine Pflicht verletzt? Auf welche Grundsätze hat man sich berufen? Wessen Interesse wurde begünstigt?

Er muß das Recht haben nachzufragen, ob es bei dem, was geschah, mit rechten Dingen zuging, Mißstände öffentlich beim Namen zu nennen, die Rechtsstaatlichkeit der Rechtssprechung zu prüfen und eine arrogante Obrigkeit auf den Boden demokratischen Verhaltens zurückzurufen. Wie will er der Entstehung faschistoider Verhältnisse im Kleinen oder im Großen anders vorbeugen?

Solche Fragen aber zu stellen ist in einer Demokratie, deren Verfassung feststellt, alle Macht gehe vom Volk aus, keine Anmaßung, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Als die Kommission beauftragt wurde, die von der zuständigen Staatsanwaltschaft ergebnislos abgebrochenen Untersuchungen um den Tod des Demonstranten Klaus Jürgen Rattay neu zu prüfen, da begegnete sie bei Senat und Justiz von Berlin, bei Parteien und Wohnbaugesellschaften der einstimmigen Frage: Was geht euch das an? Behörden fragten: Was sind denn das für Leute? und versuchten, die Arbeit der Kommission zu verschweigen oder zu diffamieren.

Als ich mir über die verfassungsrechtlichen Grundlagen von Bürgerbegehren, Bürgerinitiativen und nun diesem Bürgerversuch einer Klärung ungeklärter Vorgänge vergegenwärtigte, fiel mir der Ausdruck »Bürger-Nachfrage« ein, und ich möchte für diese ganz bestimmte Form öffentlicher Mitwirkung diesen Begriff, den der Bürger-Nachfrage, vorschlagen.

Eine Bürger-Nachfrage ist kein Tribunal

Erste Bedingung einer Bürger-Nachfrage ist ihre Unabhängigkeit. Ihre Zusammensetzung muß gewährleisten, daß sie nicht die Interessen derer verfolgt, die sie überprüfen soll. Sie arbeitet ohne Bindung an Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Interessenverbände, unabhängig vom Staat und seinen Behörden. Sie wird aus Bürgern bestehen, die das Vertrauen ihrer Mitbürger haben, daß es ihnen um die Wahrheit geht und nicht um ein Vorurteil, um das Recht und nicht um Interessen.

Sie wird von der Phase ihrer Vorarbeit an über die Verhandlung bis zur Auswertung ihrer Ergebnisse öffentlich sein. Sie wird in der Form der Anhörung arbeiten und zur Sache sprechende Gutachter, Fachleute, Juristen, Politiker, Akteure, Betroffene und Zeugen befragen.

Die Bürger-Nachfrage ist kein Tribunal. Sie tritt nicht an die Stelle der Gerichte. Sie dient weder der Anklage noch der Verurteilung von Personen. Sie dient der Aufhellung von Vorgängen und wird gegebenenfalls die zuständigen Behörden auffordern, das ihre zu tun. Sie wird dem Bürger zum Recht verhelfen, indem sie Recht und Unrecht öffentlich beim Namen nennt. □

Chemische Waffen

Gefahren durch Giftgase

Günter Brauch

Der Deutsche Bundestag und die Internationale Palme-Kommission haben sich unlängst eingehend mit den bereits bestehenden und auch in der Bundesrepublik gelagerten chemischen Waffen und mit der von der Reagan-Administration beschlossenen Produktion binärer chemischer Nervengifte beschäftigt.

In beiden deutschen Staaten, in der Tschechoslowakei und in Polen lagern riesige Mengen an Nervengiften der USA und der Sowjetunion, die ausreichen, um die Menschheit zu vergiften.

Deutsch-deutsches Thema

Beide deutsche Staaten beziehungsweise Mitteleuropa wären der wahrscheinlichste Kriegsschauplatz für chemische Waffen. Aber bereits im Frieden gehen von den amerikanischen und sowjetischen chemischen Kampfstoffen in beiden deutschen Staaten Gefahren für die Zivilbevölkerung aus, da sie bei einem Unfall nicht geschützt wäre.

Auf diese Gefahren hat der fast einstimmig wiedergewählte Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbund-Landesbezirks Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, in mehreren Briefen an das Bundeskanzleramt hingewiesen. Auf einer Anti-Giftgas-Kundgebung in Pirmasens forderten einige Tausend Gewerkschaftler als ersten Schritt zu einem umfassenden Verbot der Herstellung, Lagerung und Anwendung von ABC-Waffen in Ost und West die Schließung eines Sondermunitionsdepots für chemische Waffen im Raum Pirmasens.

Die chemische Abrüstung und die geplante chemische Nachrüstung dürfen nicht ein Stiefkind der Abrüstungsdiskussion in unserem Lande und in der SPD bleiben. Zwei Forderungen sind vordringlich:

Die Bundesregierung sollte in der laufenden Legislaturperiode keiner Stationierung neuer binärer chemischer Kampfstoffe auf deutschem Gebiet zustimmen.

Im Rahmen einer schrittweisen Abrüstungsstrategie sollte die Bundesregierung auf eine von Giftgas befreite Zone in Mitteleuropa hinwirken als Zwischenschritt zu dem Endziel, einer Ächtung aller chemischer Massenvernichtungswaffen.

Die begonnenen deutsch-deutschen Abrüstungsgespräche sollten die auf beiden deutschen Staaten gelagerten C-Waffen der jeweiligen Supermacht einbeziehen und nach gemeinsamen deutsch-deutschen Abrüstungsinitiativen im Bereich der chemischen Kampfstoffe suchen.

Endziel Ächtung aller BC-Waffen

Eine schrittweise Durchführungsstrategie mit dem Ziel, durch einseitige Maßnahmen mit Signalcharakter, die unsere Sicherheit nicht gefährden, das bestehende Mißtrauen zwischen den Blöcken auch im Bereich der chemischen Waffen abzubauen, ein regionaler, auf Mitteleuropa bezogener Ansatz und eine gemeinsame deutsch-deutsche Gesprächsebene auf der Ebene der Gewerkschaften, der Kirchen, des Bundestages und der Volkskammer und der Regierungen beider deutscher Staaten bilden die Bestandteile meines chemischen Abrüstungsvorschlages, der in vier bis fünf Schritten zum Endziel einer völligen Ächtung aller BC-Waffen führen soll.

Erster Schritt: Wir fordern die Bundesregierung auf, keiner Stationierung neuer chemischer Kampfstoffe auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zuzustimmen.

Zweiter Schritt: Wir fordern die Bundesregierung auf, mit den USA über die schrittweise Schließung aller bekannten Sondermunitionsdepots für chemische Waffen Gespräche aufzunehmen. Als ersten Schritt fordern wir die Bundesregierung auf, mit der Schließung eines C-Waffendepots in der Westpfalz zu beginnen. Zugleich fordern wir die Sowjetunion auf, diesen ersten Schritt mit der einseitigen Schließung eines ihrer C-Waffenlager in der DDR zu beantworten. Dieser Prozeß sollte so lange fortgeführt werden, bis wechselseitig alle Giftgase aus beiden deutschen Staaten abgezogen und unter internationaler Kontrolle vernichtet wurden.

Im Rahmen der Wiener Truppenabbaugespräche sollten sich alle Staaten des MBFR-Gebietes: die beiden deutschen Staaten, die Benelux-Staaten, Polen und die Tschechoslowakei, auf die Einrichtung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa einigen.



Die Bundesrepublik ist kein Schießplatz der Supermächte für Giftgas und chemische Waffen.

Sind die Giftgase erst einmal von einem der wahrscheinlichsten Ersteinsatzgebiete entfernt und hat man genügend Erfahrungen und Vertrauen durch die vertrauensbildenden Maßnahmen im Bereich der C-Waffen gesammelt, dann dürften die beiden nächsten Schritte sein: Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa vom Atlantik bis zum Ural und die völkerrechtlich bindende Unterzeichnung einer umfassenden Konvention über das Verbot aller C-Waffen.

Angesichts der Gefahren, die Giftgase bereits im Frieden für die Bevölkerung in beiden deutschen Staaten bei möglichen Unfällen bieten, fordern wir die Bundesregierung auf, das Frühwarnsystem gegen ausströmende Giftgase zu verbessern und darauf hinzuwirken, daß die Sicherheitsmaßnahmen in den amerikanischen Giftgasdepots verschärft und von deutschen Dienststellen überprüft werden.

Nicht nur atomwaffenfreies Europa

Zugleich sollen Vorbereitungen nicht behindert werden, die den Abtransport der überlagerten und damit besonders gefährlichen Giftgasgranaten beschleunigen. Lassen wir uns in unserem Kampf gegen die Lagerung von Giftgasen in der Westpfalz und in beiden deutschen Staaten nicht entmutigen. Nur wenn wir Geduld haben, nur wenn wir hartnäckig bleiben, nur wenn wir uns nicht vertrösten lassen, werden wir Erfolg haben.

Der Kampf gegen das Giftgas hat erst begonnen. Zeigen wir durch unseren friedlichen Protest, daß wir weder ein besserer chemischer Schießplatz werden wollen noch ein chemischer Schießplatz der Supermächte bleiben wollen.

Unser Ziel bleibt die Ächtung aller Massenvernichtungswaffen. Lassen wir eine chemische Nachrüstung in unserem Lande nicht zu. Fordern wir als ersten Schritt zu einem atomwaffenfreien Europa ein von Giftgas befreites Deutschland. □

Rhein-Main-Donau-Kanal

Debakel um den bayrischen Alptraum

Jetzt hat auch Bayern ein Dauerwahlkampfthema. Es geht um das Schicksal des Rhein-Main-Donau-Kanals und darum, ob dieses Werk von Generationen zum Jahrhundertmißverständnis erklärt werden soll oder nicht. Inzwischen hat sich eine Aktionsgemeinschaft sowohl in Österreich als auch in der Bundesrepublik gebildet, die einen kompromißlosen Kampf gegen den Weiterbau des Projektes und gegen die Zerstörung der Donau durch den Ausbau zur Großschiffahrtsstraße führen will. Der Aktionsgemeinschaft gehören inzwischen mehr als 25 überregional tätige Organisationen des Natur- und Umweltschutzes sowie zwei Gewerkschaften an.

Die von der Aktionsgemeinschaft Ende letzten Jahres eingeleitete bundesweite Unterschriftenaktion hat bereits in kürzester Zeit weit mehr als 100 000 Unterschriften erbracht. Diese Unterschriftensammlung wird während des ganzen Jahres 1982 weitergeführt, wobei man hofft, am Ende des Jahres eine Million Unterschriften dem Bundeskanzler übergeben zu können.

Uneinsichtigkeit kostet Milliarden

Die Einsicht, daß der Milliarden verschlingende Kanalbau ökonomisch unvertretbar und ökologisch verantwortungslos ist, hat sich, wohl auch unter dem Eindruck ständig wachsender öffentlicher Defizite auf Bundesebene endgültig durchgesetzt.

Der Beschluß des Bundeskabinetts, in Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern einzutreten, wird von der Aktionsgemeinschaft als erste positive Reaktion der Politik auf die jahrzehntelangen Proteste von Naturschutzverbänden gegen dieses Kanalprojekt gewertet.

Da die Bundesregierung für den Donauausbau allein zuständig ist – es handelt sich hier um eine Bundeswasserstraße – benötigt sie für eine Einstellung der dortigen Arbeiten nicht die Zustimmung des Freistaates Bayern.

Die ständig wiederholten Behauptungen der bayerischen Staatsregierung, daß bereits 81 Prozent des Kanalprojektes fertiggestellt seien und daß eine Einstellung der Bauarbeiten teurer käme als der Weiterbau, stellen nach Meinung der Naturschützer einen unverantwortlichen Versuch dar, die Bevölkerung über den tatsächlichen Ausbauzustand im unklaren zu lassen.

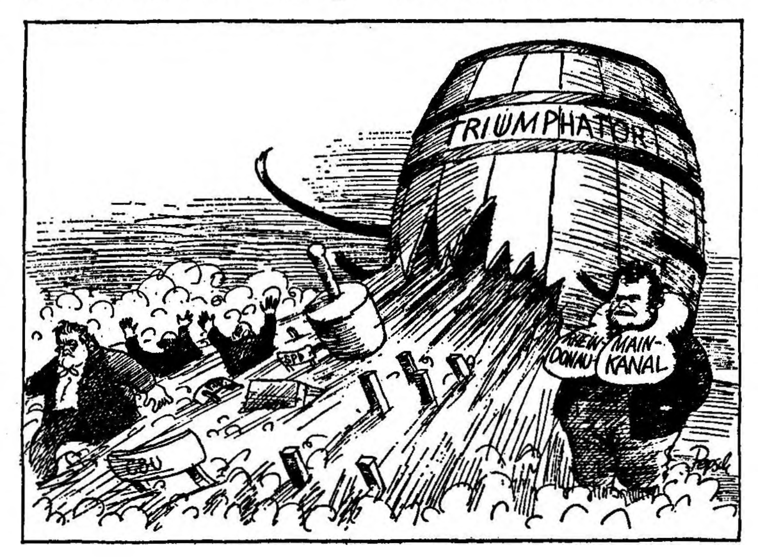
Die gigantischen Naturzerstörungen im Donautal, Altmühl- und Sulztal stehen jedoch erst noch bevor und bei einer Einstellung der Bauarbeiten am Kanal können schutzwürdige Natur- und Kulturlandschaften gerettet werden. So sind nach wie vor 60 Prozent des Altmühltals intakt, von der gesamten Kanalstrecke Nürnberg bis Vilshofen mit 270 Kilometer Länge sind noch immer 157 Kilometer mit Ausnahme der Brückenbauwerke unberührt. Insbesondere im Donautal können noch 90 Prozent der Donauauen gerettet werden.

Politische und wirtschaftliche Verfilzung

Die bayerische Staatsregierung will diese Tatsachen nicht bestehen lassen. Sie ist nach wie vor kompromißlos für die Fertigstellung des Kanals und tut, als gehe zumindest Bayern unter, wenn er nicht gebaut wird. Diese Uneinsichtigkeit der Staatsregierung ist nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß drei Minister im Aufsichtsrat der das Projekt betreibenden Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft sitzen und der ehemalige bayerische Ministerpräsident Goppel Vorsitzender des Aufsichtsrates ist.

Aufsichtsräte aber sind bekanntlich kraft Gesetzes verpflichtet, die geschäftlichen Interessen ihres Unternehmens zu vertreten. Berücksichtigt man weiter, daß der Vorstandsvorsitzende der Rhein-Main-Donau-AG gleichzeitig Präsident des im Planfeststellungsverfahren für den Kanal federführenden Schiffahrtsamtes Würzburg ist, so ist klar, daß bei einer derart skandalösen Verfilzung politischer und wirtschaftlicher Interessen von der bayerischen Staatsregierung ein objektives Urteil über den Kanalbau nicht erwartet werden kann.

Dazu kommt die Korrumpierung der örtlich politisch Verantwortlichen mit Steuergeldern. So erhielt die Stadt Riedenburg (Altmühltal) von der Rhein-Main-Donau AG (Gesellschafter der RMD AG sind der Freistaat Bayern und die Bundesrepublik Deutschland), also aus Steuergeldern, eine Million DM als zinsloses Darlehen für Wasserleitungsbaumaßnahmen und Sanierungen. In einem Geheimvertrag mit der RMD verzichtet die Stadt Riedenburg dafür auf alle Klagerechte gegen das Kanalbauprojekt. Sie verkaufte damit das Lebensrecht ihrer Bürger, wie der Esau des Alten Testaments sein Erstgeburtsrecht für eine Schüssel Linsen.



Großmannssucht auf Kosten der Bürger

Das Projekt ist volkswirtschaftlich unvertretbar, weil sowohl der bayerische Rechnungshof, als auch Gutachten angesehener wirtschaftswissenschaftlicher Institute übereinstimmend feststellen, daß der Kanal nach seiner Fertigstellung immer ein Defizitunternehmen zu Lasten des Steuerzahlers sein wird, also keinen Gewinn abwirft, sondern die Schuldenlast der öffentlichen Hand nur ständig vergrößert.

Aber auch in der bayerischen SPD sind die Überlegungen zum Kanalbau nicht völlig einheitlich. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Lutz schreibt: »Die Menschheit neigt dazu, die Wasserstraße fertigzustellen. Wobei man durchaus einräumt, daß aus finanziellen Gründen das alles ein bisserl weniger schnell vonstatten geht als ursprünglich geplant war. Eine nicht unbeachtliche Minderheit macht sich die Position des Bundes Naturschutz voll zu eigen. Das ist eigentlich ganz natürlich, denn die Frage hat viele Haken und Ösen. Darum verblüfft erneut, wie in der CSU wieder einmal auf Einheitskurs gefahren wird. Der große Vorsitzende hat Hüh gesagt und prompt gibt die ganze Partei ihre Skrupel in der Garderobe ab. Ein höchst seltsames Demokratieverständnis fürwahr.«

Die Bürger sind wohl gut beraten, wenn sie durch ihre Unterschrift dieses Monstrum gewissenlosen Größenwahns erst einmal zu verhindern versuchen. Vielleicht kommen dann doch langsam einmal die Parteien auf die Idee, daß sie eigentlich zum Wohle des Bürgers tätig sein sollten. □

Friedensbewegung

Krieg dem Krieg

Lydie Schmit

Man vergleiche: Als in der Nacht zum 6. August 1981 – dem 36. Jahrestag der ersten Atombombenexplosion über Hiroshima – zwölf Mitglieder einer deutschen Friedensgruppe mit Tafelkreide Umrisse von menschlichen Körpern und den Text »Hiroshima mahnt« auf das Pflaster der Fußgängerzone in Nürnberg malten, wurden sie festgenommen und auf dem Polizeipräsidium erkennungsdienstlich behandelt.

Als in der Nacht zum 6. August 1981 – dem 36. Jahrestag der ersten Atombombenexplosion über Hiroshima – US-Präsident Ronald Reagan zusammen mit seinen Gesinnungsbrüdern Weinberger und Haig entschied, die Neutronenwaffe bauen zu lassen, wurden sie von niemanden in den Staaten belästigt oder öffentlich befragt, ob ausgerechnet das Datum aus provozierender Boshaftigkeit oder unverzeihlicher Geschichtsunkenntnis gewählt worden sei.

Politiker und Generäle werden nicht verurteilt

Und man überdenke einen anderen Unterschied: Auf der einen Seite plant eine Handvoll Terroristen und verwirklicht Mordtaten. Aus falschen, weil gegen den Menschen gerichteten Überlegungen heraus. Die Terroristen werden steckbrieflich gesucht und verurteilt. Zu Recht übrigens!

Auf der anderen Seite: Eine Handvoll Politiker und Generäle aus West und Ost plant Massenmorde und bereitet sich auf deren Verwirklichung vor. Aus falschen, weil gegen den Menschen gerichteten Überlegungen heraus. Die Politiker und Generäle werden weder angeprangert noch verurteilt. Im Gegenteil: In eigener Person oder über süffisante Mittelsmänner erscheinen sie auf dem Fernsehschirm und in den Massenmedien, selbstherrlich und sendungsbewußt. Und dürfen ungestraft die Unaufgeklärten und Unmündigen weiter manipulieren, vorurteilisieren, gegen echte Werte und echte Argumente immunisieren.

Oder in ungeistiger, das heißt menschenunwürdiger Niveaulosigkeit und peinlicher historischer Unkenntnis und Fehlkenntnis zur großen Hatz aufblasen gegen »weltfremde Idealisten«, »spintisierende Utopisten«, »feige Schwächlinge«. Sozialisten, Pazifisten und Neutralisten werden der tödlichen Lächerlichkeit oder der gefährlichen Dummheit preisgegeben. Umwertung unbequemer Werte also?

Und hier beginne ich die Auseinandersetzung mit einem »Schimpfwort«, das besonders gerne gebraucht wird in NATO-Kreisen, aber neulich auch bei unseren französischen Freunden: Neutralismus.

Ich hinterfrage: Was ist das eigentlich für dummes Geschwätz von der »Finnlandisierung« oder, rezenter, von der »Hollandisierung« Europas.

Was ist eigentlich Schlimmes dabei, wenn Schweden, Österreich oder die Schweiz neutral sind und hoffentlich konsequent bleiben wollen? Warum dürfen andere europäische Staaten – und ich dehne den Begriff Europa bewußt und gezielt bis zumindest Brest-Litowsk aus – nicht neutral oder nicht wieder neutral werden? Und atomfrei dazu? Damit die USA ihre westeuropäische nukleare Spielwiese und die Sowjetunion ihre gefügigen Pufferregionen behält?

Europa ist wirklich kriegsmüde

Unsere Manifestationen müssen immer beeindruckender werden, unsere Stimmen immer unüberhörbarer: Nach den bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege ist Europa wirklich kriegsmüde geworden und wenig geneigt, sich in bewaffnete Konflikte zwischen irgendwelchen Mächten hineinziehen zu lassen. Mögen Cowboys und Kosaken über unsere militärische »Impotenz« spötteln; wichtiger müssen uns jene großen Hoffnungen sein, die da gesetzt werden von den Ländern der dritten Welt in ein nicht mehr imperialistisches Europa, in ein Europa des wiedererwachenden Selbstbewußtseins auf wirtschaftlich gerechtem, auf intellektuellem und moralischem Gebiet.

Gerade deshalb dürfen wir uns nicht länger herabwürdigen lassen zum weltpolitischen Fußvolk, sei es der USA auf der einen oder UdSSR auf der anderen Seite. Daß weder die Reagan-Regierung noch die Breschnew-Regierung sich von ihren Verbündeten zu Beschlüssen in der Abrüstung zwingen lassen – gut! Daß die Verbündeten und Paktfreien sich aber auch ihrerseits weder von den Amerikanern noch von den Russen in die Nach- oder Aufrüstung zwingen lassen – besser! Auch nicht unter dem fadenscheinigen Argument der Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzbeschaffung via Rüstungsindstrie. Hier fällt besonders den Gewerkschaftsverantwortlichen eine große Aufgabe zu. Sie müssen den Werktätigen klarmachen:

Richtig ist nicht, was mir oder meiner Gruppe oder meinem Land kurzfristig nutzt. Richtig und gerecht ist, was der gesamten Menschheit langfristig zugute kommt. Und – die Weltwirtschaft wird nicht zusammenstürzen, wenn die Rüstungsindustrie ausgeklammert wird und die Handelsströme und Finanzströme der Waffenexporte abgezogen werden. Zweitens: die nationalen Devisenbilanzen werden langfristig nicht dadurch ausgeglichen, daß die Rüstungsexporte forciert werden.

Und drittens: Die Arbeitslosigkeit wird auch dann nicht größer, wenn alles Militärische konsequent abgebaut wird.



Frauen wehren sich gegen den wissenschaftlichen Ungeist.



»Gegen Stechmücken sind Maschinengewehre eine eindrucksvolle, aber eben nicht wirksame Waffe«.

Staatsführung statt Phantasielosigkeit

Bedingung: Alle Gewerkschaften, die sich fortschrittlich nennen, alle Parteien, die sich zu Fortschritt und Menschlichkeit bekennen, müssen die Staatsführung endlich lehren, sich weniger mit rüstungslukrativen Drohgebärden und mehr mit schöpferischen Denkschemata abzugeben. Die Staatsführung egal welcher Colours müssen endlich den todgefährlich bequemen Weg der Phantasielosigkeit und Einfallslosigkeit verlassen und eine durchdachte und zielbewußte Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung einleiten.

Unter anderen mit Hilfe der Alternativbewegungen, denen mehr entgegenzubringen ist, als nur wahlelektorales Wohlwollen. Die Alternativ- und Ökologiebewegung dürfen zum Beispiel aufzeigen, wie Tausende von Arbeitsplätzen zu schaffen wären, wenn wir drangingen, unsere zum Teil verschandelte und kaputte Umwelt wieder in Ordnung zu bringen; aber sie dürften sich auch wiederum nicht damit begnügen.

Ich gehöre selbst zu jenen, die sich gegen eine voreilige, aber immerhin friedliche Nutzung der Kernenergie zur Wehr setzen; doch ich vergesse derweil nicht die Kampfflugzeuge, die bei ihren überflüssigen Probeflügen über unseren bedrohten Köpfen mehr Energie pro Stunde verpuffen, als der gesamte bitterarme afrikanische Kontinent an einem Tag verbraucht. Ich ärgere mich als Grenzbewohner über die französische Kernkraftgigantomanie, gestehe aber ein, daß es mich noch mehr schockt, wenn im militärischen Bereich unsere Welt der atomaren Narrenfreiheit verfällt.

Frauenpflicht zur Opposition

Ähnliches gilt für die feministische Bewegung. Natürlich haben wir Frauen die Pflicht, uns endlich tatkräftig zu wehren gegen eine jahrtausendealte Diskriminierung im sozialen und kulturellen Bereich; gegen sexuelle Ausbeutung; gegen heuchlerische Gesetzgebungen, deren Umsetzung in die Praxis um Jahrzehnte hinterherhinkt.

Es sei aber auch erinnert an die Nöte und Existenzängste der Frauen in der dritten Welt, an den Analphabetismus, an den Hunger. Denn dort verhungern mitten im Noch-Frieden Millionen Menschen mangels einer Handvoll Reis, während man der Weltbevölkerung immerhin für Kriegszeiten 20 Tonnen Sprengstoff pro Kopf und 150 Millionen Dollar täglich für Rüstungszwecke garantieren kann:

Eine sehr »männliche« Garantie, die es uns Frauen zur Pflicht macht, dagegen zu opponieren.

Besonders wir europäischen Frauen müssen dabei Solidarisierungsinitiativen übernehmen und Brücken der Vernunft, das heißt des Weltfriedens, schlagen – über den gemeinsamen Nenner unseres Frauentums. Zugute käme uns jedenfalls, daß in den Vereinigten Staaten – trotz aller Emanzipationstümelei – die amerikanischen Politiker noch immer grün im Gesicht werden, wenn man sie nach dem ersten weiblichen Präsidenten der USA fragt.

Zugute käme uns ebenfalls, daß in der Sowjetunion – trotz allem Theoriegeschwafel – die Apparatschiks noch immer verlegen irritiert tun, wenn man sie so ganz nebenbei fragt, wann eigentlich der erste weibliche Generalsekretär der Partei gekürt werde.

Und man komme uns nirgend mit dem Argument, »zu den Rechten der vollständigen Emanzipation gehörten auch sämtliche Pflichten, unter anderen Einführung der Wehrpflicht der Frauen«.

Dazu möchte ich in aller Deutlichkeit sagen: Emanzipation, Gleichberechtigung bedeutet für mich nicht, sich das abstrakte Recht zur Ausbildung an der Waffe zu erstreiten. Zumal sich dieses Recht, in letzter Konsequenz und im konkreten Ernstfall, verwandelt in eine monströse »Pflicht« zum Töten von Menschen.

Gleichberechtigung bedeutet für uns von der Sozialistischen Internationale der Frauen unter anderem: Kampf gegen stetige Aufrüstung, Kampf für den Frieden, Kampf für den Abbau des Mißtrauens zwischen den Völkern, Kampf gegen die Selbstzerstörung des Menschen und die Solidarität mit den Männern, die aus Gründen des Gewissens und der Vernunft den Dienst mit der Waffe oder den Dienst an Vernichtungsmitteln verweigern.

Solidarität im Pazifismus

Vorausgesetzt natürlich, man deutet den Begriff richtig. Auf der Konferenz der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale vom 2. März 1922 in Moskau definierte Clara Zetkin den Pazifismus als »letzte kapitalistische Ideologie«, als »letzten Versuch, mittels der internationalen Zusammenfassung und Organisierung der gesellschaftlichen Kräfte die bürgerliche Ordnung zu retten«.

Im Pazifismus »offenbare sich die instinktive oder bewußte Sorge um den Fortbestand der bürgerlichen Ordnung«. Mag sein, daß ähnliche Gedankengänge noch heute in Moskau dahindämmern – wie anders kann man sich erklären, daß es in der Sowjetunion keine parteiunabhängige Friedensbewegung gibt. Ansonsten ist es aber fast amüsant festzustellen, daß Clara Zetkins Begrifferklärung ausgerechnet von scheinbar sehr unwissenden »Kapitalisten« widerlegt wird.

Weit davon entfernt, die aktuellen Pazifisten als »Retter der kapitalistischen Ideologie« zu feiern, lassen amerikanische NATO-Hörige keine Gelegenheit aus, sie mit den gröbsten Schimpfwörtern zu betiteln. Die Skala reicht vom »naiven Dummerchen« über den »infantilen Schwächling« bis – Clara Zetkins sei es geklagt – zum »nützlichen Idioten Moskaus«.

Oder ist Pazifismus Wolkenkuckucksheim und schiere Gefühlsduselei?

Es ist offensichtlich eine emotionale Komponente mit dabei, aber gerade das scheint zur Zeit in der nationalen und internationalen Politik besonders nutzvoll im Sinn von mehr Herz und weniger bürokratischer Seelenlosigkeit. Mehr Idealismus und weniger technokratischer Un-Geist.

Was Pazifisten nicht sein dürfen

Leute mit schierer Opferlammmentalität. Hier darf die Rolle der Kirchen hinterfragt werden. Eines steht jedenfalls fest: Bis jetzt hat die evangelische Kirche mit ihrer Berufung auf die »Bergpredigt« zweifellos den sympathischeren, christlicheren und besseren Part gehabt.

Die katholische Kirche tat sich, wie immer, viel schwerer. Vielleicht fühlt sie sich noch allzu peinlich belastet von uneingestandenen Fehlern der Vergangenheit. Denn wie viele, Männer und Frauen, sind im Laufe der Geschichte gerade von der Institution »Kirche« und im Namen des fried- und feindliebenden Nazaräers verketzert und verfemt, verfolgt und verbrannt, gedemütigt und ermordet worden?

Und wie unsinnig der Befehl an die Frauen, noch und noch zu gebären, Leben zu geben, und nichts Konkretes dagegen zu unternehmen, daß eben dieses Leben auf wenig appetitliche Weise an Kanonen verfüttert oder auf die »saubere« Art durch Neutronenwaffen versaftet und verstrahlt wird!

Doch spätestens bei diesen Ausdrücken stehen gestandene politische Männer auf und bitten um »Versachlichung der Diskussion«. Als ob nicht gerade der Wortgebrauch »Versachlichung der Diskussion« im Zusammenhang zum Beispiel mit der Neutronenwaffe von abgrundtiefem Unverstand und Zynismus zeuge. Als ob man nicht, gerade bei diesem Thema, nach mehr Menschlichkeit in der Diskussion rufen müsse.

Mehr Menschlichkeit bei allen Waffengattungen, seien sie atomarer, chemischer, biologischer oder konventioneller Natur. Es kann doch nicht so weitergehen, daß die millionenfache Stimme der Vernunft dort nicht gehört wird, wo angeblich ernste Politiker ernsten Generälen zuhören, wenn diese ernsthaft behaupten, es müsse »nachgerüstet« werden, ansonsten es den bösen »anderen« möglich würde, die Bevölkerung unseres Planeten 31mal zu vernichten, »derweil wir das nur 30mal können«.

Wieso mischt hier die offizielle katholische Kirche nicht energisch mit? Es genügt nämlich nicht, daß die päpstliche Kommission »Justita et Pax« ihr Dokument »Der Heilige Stuhl und die Abrüstung« über den UNO-Beobachter des Vatikans an die

Friedensbewegung

Krieg dem Krieg



Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verteilt. Wieso unterläßt Rom die Verteilung an all jene, die sich als Katholiken bezeichnen; an die westlichen Bischöfe und Besitzer mächtiger katholischer Tageszeitungen, in denen Tag für Tag ein geradezu primitiver Kommunistenhaß und eine direkt peinliche Kriegshetze betrieben wird; an die Rüstungs- und Raketenparteien, die zwar beim Abtreibungsparagraphen Zeter und Mordio schreien, gleichzeitig aber die Massenvernichtung durch den Krieg von geborenem und bewußtem Menschenleben lauthals befürworten. Und dazu in vielen Ländern auch noch die Schamlosigkeit besitzen, das christliche C in ihrer Benennung nicht zu streichen?

Aus der Geschichte lernen

Nun darf Kritik aber auch nicht haltmachen vor dem eigenen Lager: Pazifisten dürfen meiner Meinung nach nicht Leute sein, die in der Fluchtbewegung ihr Heil suchen.

Oder sich dem Gegner einfach unterwerfen oder von ihm in die Knie gehen. Schon gar nicht, wenn sie sich zum Sozialismus bekennen. Die schwarzen Seiten aus dem Geschichtsbuch der Sozialistischen Internationale dürfen sich nicht wiederholen. Besonders wir Frauen müssen und werden innerhalb unserer Internationale dafür Sorge tragen.

Und den Parteiführern bei allen Zusammenkünften der Internationale tief in die Seele schauen,

»Hiroshima mahnt«. Strahlenschäden sind erst in den folgenden Generationen feststellbar.

nicht nur auf ihre Worte hören. Dabei wissen wir Frauen, daß Widerstand gegen die sogenannte »Realpolitik« mehr als einmal zum nervenverschleißenden Schwimmen gegen den Strom wird. Doch was soll es. Hauptsache, es wiederholen sich nicht mehr die Ereignisse von 1914, als die österreichische Sozialdemokratie in ihrer internationalen Haltung nur noch Passivität und Unterwerfung bedeutete und der deutsche Parteivorstand nebst Reichstagsfraktion verantwortlungslos auf Krieg und kapitalistisch-imperialistische Front einschwenkten, während der französische Sozialisten- und Friedensführer Jean Jaures von einem verhetzten Chauvinisten ermordet wurde und sich auch das grausame Schicksal einer Rosa Luxemburg anbahnte.

Weder das laue Abkommen von München noch die sogenannten Pazifisten haben Adolf Hitler zum katastrophalen Handeln »verführt«. Verführt haben ihn, der das Großkapital im Rücken hatte, die Kirchen und Unaufgeklärten, die aus lauter Einbildungsangst vor der »roten Gefahr« von links die braune Brühe von rechts nicht sahen; verführt haben ihn aber auch all die vereinzelten Zauderer sowie die ideologisch und intellektuell heillos Zerstrittenen, weil sie sich nicht zum solidarischen Massenwiderstand aufraffen konnten, als es Anfang der dreißiger Jahre noch Zeit war. Vielleicht weil sie zu lange von der Vorstellung ausgegangen sind, daß, wenn sie selbst keine Gewalt anwenden, auch von der anderen Seite keine Gewalt angewendet würde.

Mit Maschinengewehre gegen Stechmücken

Es gibt sie glücklicherweise noch immer, die Pazifisten, die Besserverstehenden. Besonders im sozialistischen Lager. So ziehen wir die geistige Auseinandersetzung der militärischen vor, den Verhandlungstisch dem Schlachtfeld. Aber wir werden uns im Notfall auch anders zu wehren wissen. Mit dem Unterschied, daß wir nicht um nackte Macht und Vormacht kämpfen, sondern um echte Werte.

Dazu braucht man keine reguläre und kostspielige Armee und keine sophistizierten Waffen. Das erfuhr die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg im Kampf mit den Partisanen, das haben die Amerikaner in Vietnam erfahren, die Russen in Afghanistan; das erfahren noch tagtäglich die Diktatoren in Lateinamerika.

Eppler sagte: »Gegen Stechmücken sind Maschinengewehre eine eindrucksvolle, aber nicht eben wirksame Waffe.« Davon gehen wir aus in unserem derzeitigen Kampf für den Frieden, in unserem Krieg dem Krieg. Die Stärke unserer aktiven Gewaltlosigkeit liegt nämlich einzig und allein in der Massenhaftigkeit unserer Demonstrationen.

Mut zur konkretisierbaren Utopie

Mehr noch als bisher müssen wir unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen klarmachen – am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Familie: Wir dürfen nicht länger zulassen, daß ganze Teile der Menschheit von den Wahnsinnsrobotern und den machtverrückten Supermächten zum wertlosen Objekt, zur bloßen Sache degradiert werden. Wir müssen endlich aufbegehren gegen den zunehmenden wissenschaftlichen Ungeist, den zunehmenden militärischen Unverstand und die zunehmende politische Verantwortungslosigkeit.

Wir dürfen unsere Welt nicht länger gängeln lassen von einer Handvoll Schreibtischtäter, Vernichtungsfanatiker und Möchtegern-Staatsmänner, die besonders uns Europäer, aus West und Ost, schon bis an den Rand eines atomaren Krieges, das heißt unserer existentiellen Vernichtung gebracht haben, und die vor nichts zurückschrecken.

Freundschaft hin, Partnerschaft her. Wenn Freundschaften in provozierende Rücksichtslosigkeit und tödliche Umarmung ausarten, dürfen sie hinfällig werden. Das gilt sowohl für die Staaten des Warschauer Paktes als auch für die Länder des NATO-Bündnisses. Als sozialistische Staatsbürgerin eines Mitgliedslandes der NATO steht für mich auf alle Fälle fest:

Im Ernstfall kenne ich nur einen Vertrag, den Vertrag, der mich an die Menschheit bindet. Und wenn ich den Versuch wage, mich nicht nur auf die eigenen Ängste oder die der Freunde und Partner zu fixieren, sondern mich auch mit den Ängsten und Sehnsüchten des potentiellen Gegners auseinandersetze, erlaube ich niemandem, auch nicht dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, mich zur »nützlichen Idiotin« oder sonst etwas Schimpflichen abzustempeln.

»Das weiche Wasser bricht den Stein«, rockt eine holländische Musikgruppe.

Richtig! Nur müssen wir, besonders wir sozialistischen Frauen, den Mut aufbringen, zur konkretisierbaren Utopie, zum konkretesierbaren weil vernünftigen Traum, dem Traum vom »ewigen Frieden« eines Immanual Kant.

Also doch nur philosophische Spinner und Träumer? Ein sehr altes, sehr schönes brasilianisches Volkslied gibt Antwort: »Wenn man allein träumt, ist es nur ein Traum, aber wenn man gemeinsam träumt, ist der Traum der Anfang der Wirklichkeit.« □

Lydie Schmit ist Präsidentin der Sozialistischen Frauen-Internationale. Dieses Bekenntnis zur Friedensbewegung hat sie vor den Sozialistischen Frauen in Wien abgelegt.

SPD

Notverordnungen in der Identitätskrise

Johannes Schumann

In seinem Thesenpapier über die »Identitätskrise der Sozialdemokratie« schrieb Richard Löwenthal: »Die Sozialdemokratie kann die gegenwärtige Identitätskrise nur überwinden, wenn sie sich klar für die arbeitsteilige Industriegesellschaft und gegen ihre Verteufelung, für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppen der Aussteiger entscheidet.« Diese Worte haben zu einem Sturm im Wasserglas geführt.

»Gewußt« haben es die Sozialdemokraten eigentlich nie, was sie wollten und wollen. In ihrem Anbeginn glaubten sie an die Heilslehre des Marxismus und nannten das »Sozialismus«.

Als Lenin und seine Genossen diese Lehre praktizieren wollten, stellte sich schnell heraus, daß es eine Irrlehre war. Allein der Versuch, das Geld abzuschaffen und mit den von Marx erfundenen »Werten« zu rechnen, erzeugte ein Chaos, aus dem man sich praktisch in einen »realen Kommunismus«, in eine Befehlswirtschaft ohne Freiheit und ohne soziale Gerechtigkeit rettete.

Das Geld ist nicht schuld

Das führte dann bei den deutschen Sozialdemokraten schon nach 1918 zu einer »Identitätskrise«, die sich verschärfte, als es zur Wirtschaftskrise kam.

Hierzu einige Zitate, die noch heute nichts von ihrer Bedeutung verloren haben. Otto Wels, der SPD-Vorsitzende, sagte am 25. Oktober 1931: »Eine solche Krise des Kapitalismus der ganzen Welt erleben wir seit Jahren. Das ist nicht die Situation, in der entscheidende Entschlüsse zum Sozialismus gezogen werden können. Wir werden und können der Erbe des Kapitalismus sein im höchsten Stadium seiner Entwicklung und Güte.«

Walter Pahl im November 1931 in der Zeitschrift »Die Arbeit«: »Uns fehlen systematische Wertungsmaßstäbe für das, was unter sozialistischer Wirtschaftsordnung grundsätzlich gemeint ist. Kann denn aber der Weg zum Endziel gewiesen werden, wenn man nicht klar sieht, wie das Endziel beschaffen ist?«

Professor Gumbel am 20. September 1931 in der »Leipziger Volkszeitung«: »In keiner der sozialistischen Gruppierungen existiert auch nur der mindeste Ansatz über die technisch wirtschaftlichen Maßnahmen, die hierzu – Realisierung des Sozialismus – notwendig sind.«

Einig waren sich diese Sozialisten nur darin, daß diese Krise nichts mit dem Geld und schon gar nichts mit der Goldwährung zu tun habe, die es zu verteidigen galt. Und so opferte man dieser Einsicht die Weimarer Demokratie.

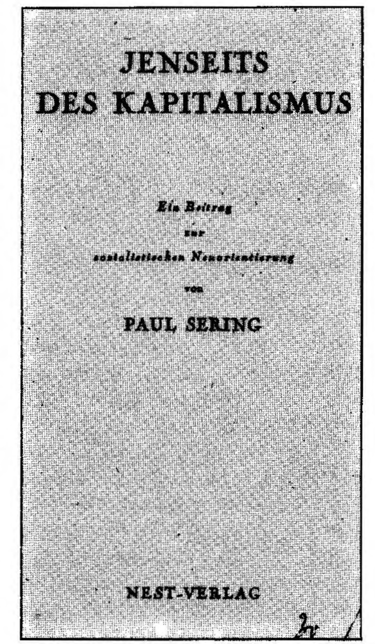
Nach 1945 die Zusammenhänge erkannt

Im Februar 1947 erschien im Nest-Verlag eine Schrift von Paul Sering »Jenseits des Kapitalismus«. Verfasser war Richard Löwenthal. Er nannte es einen »Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung«. In dieser Schrift von Sering/Löwenthal liest man den folgenden ketzerischen Ausspruch: »Das neue Problem beginnt an dem Punkt, wo die Verwirklichung des Sozialismus aktuell wird. Es scheint nichtsozialistische, selbst antisozialistische Auswege aus der Krise des Kapitalismus zu geben.«

Weiter heißt es: »Wenn die Gesamtsumme der Einkommen auch für den Ankauf der neu produzierten Waren-Konsumgüter und neue Produktionsanlagen ausgegeben wird, so befindet sich das System im Gleichgewicht: im großen gesehen geht die Arbeitsteilung dann auf. Es mag hier und da Knappheiten oder Überschüsse geben, aber keine allgemeine Krise.

Alle nicht ersparten Einkommen werden für Konsumgüter ausgegeben. Alle ersparten Einkommen können investiert, das heißt für neue Produktionsmittel ausgegeben werden, aber sie werden es nicht immer.

Wird es in einem gegebenen Zeitpunkt ein Teil der Ersparnisse nicht investiert, so entsteht eine Kluft zwischen Gesamtangebot und Gesamtnachfrage – eine allgemeine Krise mit überfülltem Lager, Arbeitslosigkeit und Bankrotten.«



Richard Löwenthal alias Paul Sering bestimmte dieses Buch 1947 für seine überlebenden Freunde in Deutschland. Es erschien mit einer Lizenz der amerikanischen Militärregierung. Was ist aus der sozialistischen Neuorientierung in der SPD geworden? Die Mission der Sozialisten hat zu einem noch intensiveren Kapitalismus geführt.

Und zum Problem der Zinsen liest man in dieser Schrift: »Der Leihkapitalismus begnügt sich damit, die Summe (des Kapitals, die er besitzt) einem Industriekapitalisten nach dessen Gutdünken zur Verfügung zu stellen. Der Industriekapitalist hat Anspruch auf den vollen Profit seines Unternehmens und ist gegebenenfalls gezwungen, den vollen Verlust zu tragen; der Leihkapitalist erhebt Anspruch auf einen im voraus ausbedungenen Zinssatz, unabhängig vom Ausgang des Unternehmens.«

Sering/Löwenthal hatte damals unter dem Einfluß von Schülern Silvio Gesells die Zusammenhänge klar erkannt: »Kann der Leihkapitalist (der sich mit dem Geldausleihen ›begnügt‹ statt zu arbeiten) keinen angemessenen Zins-Satz ausbedingen, legt er sein Geld still, was zu einer ›allgemeinen‹ Krise führt. Die Krisen sind also ein Zirkulations-Problem und können nur mit Hilfe der von Silvio Gesell vorgeschlagenen ›umlaufgesicherten Indexwährung‹ überwunden werden.«

Jeder muß seine Meinung sagen können

Sering/Löwenthal kommen allerdings bei der Betrachtung des Verhaltens der Sozialdemokraten in den letzten Jahren der Weimarer Republik zu dem Fazit: »Die demokratischen Sozialisten zeigten während der kritischen Jahre von 1918 bis 1933 keinen konkreten Weg zur Verwirklichung ihrer Ziele.«

Und nicht nur das: Wer einen solchen Weg zeigte, wurde von ihnen mundtot gemacht und ausgeschlossen. Und daran hat sich auch nach 1945 nichts geändert.

So behauptet der Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz: »In der SPD muß jeder seine Meinung sagen können, solange sie den Grundwerten der Partei nicht widerspricht.«

Zu diesen Grundwerten gehört nach wie vor für die Sozialdemokraten das Interesse derer, die sich mit dem Kassieren von Zinsen »begnügen«. Auch nach 1945 wurde mundtot gemacht beziehungsweise ausgeschlossen, wer dieses Tabu berührte.

Die Spuren dieser Identitätskrise schrecken! □

Offener Brief

Illusionen eines Vorstandssprechers

An den Vorsitzenden des Vorstandes der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG Hamburg

Sehr geehrter Herr Dr. Krämer,

Sie sind Vorstandssprecher des VEBA-Unternehmens Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK), Hamburg, die das Atomkraftwerk Brokdorf zu Ende bauen wollen. Als einen der eifrigsten Befürworter der Nukleartechnik drängt es Sie nach Publicity.

Kumpanei der Unzulänglichen

Die »Frankfurter Rundschau« vom 9. September 1981 ließ Sie unter der Schlagzeile zu Wort kommen »Kraftworte eines Kraftwerks-Direktors«. Und die »Wesermarsch-Zeitung« vom 12. Februar 1982 wählte die Überschrift »Gemeinde fühlt sich von NWK und vom Gewerbeaufsichtsamt ›verschaukelt‹«.

Nur zwei Beispiele für die oft praktizierte, gegen den Bürger gerichtete Kumpanei zwischen Atomkraftwerksbetreibern und zuständigen Behörden; das Bündnis des Unzulänglichen mit dem Unzulänglichen; Allianz in dürftiger Zeit.

Realitätsverweigerung der Kerntechnik

Sie und andere Protagonisten der Atomenergie fordern den »Sachdialog« zwischen Befürwortern und Kritikern der Nukleartechnik, um dann aber in Gesprächen über die gewohnten Propagandabehauptungen für die Kerntechnik nicht hinauszukommen.

Zwei Ihrer ehemaligen Kollegen vom Kernforschungszentrum Jülich proklamieren in schwerlich zu überbietender Realitätsverweigerung, es gäbe keine wissenschaftliche Kernenergie-Kontroverse, da alle Wissenschaftler für die Kerntechnik seien.

Das öffentliche Eingeständnis des VEBA-Vorstandsvorsitzenden Rudolf von Bennigsen von den »schlimmen Argumenten« in der Propaganda für die Atomenergie und seine Forderung nach »ehrlichen Argumenten« gehören offenbar auch nur zum praktisch unverbindlichen verbalen Aufwand.

Sie haben befürwortet, daß die VEBA-Tochtergesellschaften NWK und Preußenelektra, Hannover, 170 Millionen DM in dem Weiterbau des Schnellen Brüters Kalkar investieren. Die einzig überzeugende »Brutleistung« des Reaktors in Kalkar sind nur die Kosten. Professor W. Häfele, derzeit geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Kernforschungsanlage Jülich, dem noch keine zutreffende Prognose gelungen ist, »veranschlagte« die Kosten für den Kalkar-Brüter auf DM 350 bis 500 Millionen Mark und projektierte ihn mit etwa 1,7 Milliarden DM.

Geistiger Notstand der Planung

Jetzt werden – billiger Atomstrom! – für den »Kosten-Brüter« möglicherweise 10 Milliarden benötigt.

Welch verhängnisvoller Wahrnehmungsnotstand eingedenkt der Warnung eines so engagierten und erfahrenen Befürworters der Kerntechnik wie Professor Edwar Teller, des »Vaters der Wasserstoffbombe«. Er begründet seinen Standpunkt so: »Ein ganz einfaches Bedenken: 30 Jahre, nein 35 Jahre haben wir es versucht. Der Fortschritt ist reell, aber klein. Die ausgegebenen Summen Geldes sind ungeheuerlich; die theoretischen Leistungen, das Nachdenken, das investiert worden ist, ist ebenfalls größer als in irgendeinem anderen Kernenergiegebiet. Wenn dabei so relativ wenig Fortschritt gemacht worden ist, dann ist das eine Andeutung, man solle anfangen, sich etwas anderes zu überlegen.«

Propaganda statt Entsorgung

Kraß widerspricht die Atomenergie-Propaganda zum Beispiel auch den tatsächlichen Problemen der »Entsorgung«. Angeblich sind alle Probleme der Kerntechnik grundsätzlich gelöst! Die Fülle konkret ungelöster Probleme wird wie uns die Propaganda glauben machen will – im Wege »projektbegleitender Forschung« bewältigt. Gegenüber dieser irreführenden Propaganda gelten auch heute noch die Eingeständnisse prominenter Befürworter der Kerntechnik bei der Anhörung »Die Energiewirtschaft und die Entsorgung ihrer Kraftwerke«: »Ich kann sagen, daß die Verfügbarkeit der WAK zur Zeit bei etwa 55 Prozent liegt. Das ist – mit normalen Maßstäben der chemischen Industrie gemessen – keine Basis für ein Großprojekt wie es hier geplant ist« (Dr. W. Schüller, Geschäftsführer der Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen, Karlsruhe).

Professor Dr. E. Merz, Mitglied der Reaktorsicherheitskommission, Direktor des Instituts für chemische Technologie, Kernforschungszentrum Jülich: »Die Lage ist ernst, und im Jahre 1988 muß die Entsorgung beginnen. Ich sehe da gewisse Schwierigkeiten. Denn es wurde auch hier schon verschiedentlich angedeutet, daß die Anlaufschwierigkeiten enorm sein werden.«

Bei der Übertragung von Labordemonstrationen in eine industrielle Anlage verfüge die Bundesrepublik gerade bei hochradioaktiven Abfällen »noch über keine vergleichbare Erfahrung. Jedermann hofft, daß wir diesen Übergang von der guten Laborerfahrung zum industriellen Einsatz ohne Verzögerung schaffen werden. Das hoffe ich auch. Aber ich möchte doch mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß dafür noch sehr viel Geld und Zeit erforderlich sind. Es mangelt an dem Verständnis, daß dafür noch riesige Summen aufgebracht werden müssen« (Prof. Merz).

Im Atommüll wird die Welt ersticken

Der Wissenschaftler läßt auch keinen Zweifel darüber, daß es noch »an belastbaren Aussagen über das Langzeitverhalten der verfestigten und in das Endlager eingebrachten Produkten« fehle. Das Problem wurde in der Vergangenheit heruntergespielt. Der vielgebrauchte oder besser gesagte, mißbrauchte Terminus technicus, »das Verfahren hat im Prinzip seine Brauchbarkeit bewiesen, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir in allen Fällen noch weit von einer solchen Demonstration der industriellen Einsatzbereitschaft entfernt sind. Vorsicht ist vor allem dort geboten, wo behauptet wird, alle Probleme seien bereits gelöst«.

Zu Recht resumiert daher auch »Global 2000«, der Bericht an den Präsidenten der USA: »Die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung der Umwelt infolge von Reaktorunfällen nimmt zu ebenso wie die Möglichkeit einer weiteren Verbreitung von Kernwaffen. Bisher hat keine Nation ein Modellprogramm für die zufriedenstellende Lagerung radioaktiver Abfälle entwickelt, und die Menge dieser Abfälle steigt rasch an.«

Unwahrheiten für das Volk

Offenbar ist dem Verständnis der Mundwerker der Kerntechnik mit ihrem vollmundigen Potenzgeschrei von der Machbarkeit aller Dinge die lapidare Tatsache nicht zugänglich, daß Propagandamärchen kein Ersatz für Realität sind. Professor Dr. E. Huster, ehemals Direktor des Instituts für Kernphysik der Universität Münster: »Fast alles, was dem Volke über die Kernenergie offiziell mitgeteilt wird, ist einfach nicht wahr.«

Ernst-Otto Cohrs
Weltbund zum Schutze des Lebens

Neue Politik

Der Westen und Palästina

Wolf Schenke

Wieder einmal – zum wievielten seit der Gründung des zionistischen Staates 1948 ist schon gar nicht mehr zu zählen – haben sich die Vereinten Nationen mit Israel befassen müssen. Anlaß war auch dieses Mal ein israelischer Völkerrechtsbruch, die kaltblütige Annexion der syrischen Goland-Höhen. In den Äußerungen auch führender Politiker des Westens war dieser Akt eindeutig so bezeichnet worden. Aber während man nach Sanktionen gegen Polen und die Sowjetunion ruft, will man von solchen gegen Israel nichts wissen. Nach unzähligen vorhergehenden Verurteilungen des zionistischen Staates mit Worten ohne folgende Taten hat nun endlich eine überwiegende Mehrheit der Vollversammlung alle Mitgliedstaaten dazu aufgefordert. 86 Staaten dafür, 21, geführt von den USA und den Westeuropäern, mit Ausnahme Griechenlands, dagegen, während sich 34 der Stimme enthielten oder nicht teilnahmen.

Die ganze Doppelzüngigkeit und Heuchelei der westlich, sogenannten Demokratien wurde hier ein anderes Mal bewiesen, wobei die Bundesrepublik, gegen Ehre und eigenes Interesse, wiederum brav hinter dem Anführer USA hermarschierte. Bei der Gefahr, die Israels unverbesserliches Vorgehen, nicht nur für den Frieden im Nahen Osten, sondern in der ganzen Welt immer wieder und weiter darstellt, sind vielleicht einige historische Erinnerungen ganz angebracht.

Am Ende des Ersten Weltkrieges

Woodrow Wilson hieß der amerikanische Präsident der USA, der am 4. April 1918 die Leitlinien verkündete, nach denen nach amerikanischer Ansicht der Frieden zu schließen war, der den furchtbaren Ersten Weltkrieg beenden sollte.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker müßte gelten: »Die Lösung jeder Frage, gleich ob es sich um Territorium, um Souveränität, um wirtschaftliche Abmachung oder um ein politisches Verhältnis handelt, auf der Grundlage der freien Annahme dieser Lösung durch das unmittelbar betroffene Volk, und nicht auf der Basis des materiellen Interesses oder der Vorteile irgend eines anderen Volkes, die für die Sache ihres eigenen Einflusses oder ihrer Herrschaft eine andere Lösung wünschen mögen.«

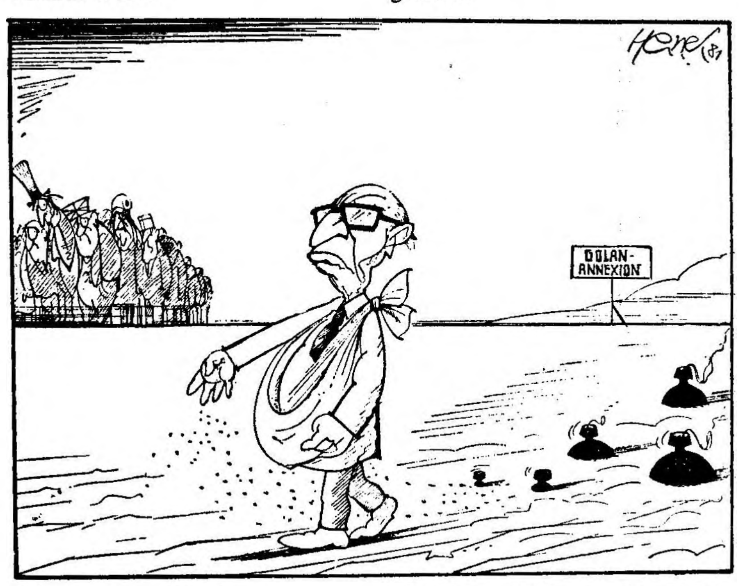
Die Mittelmächte, Deutschland und Österreich, deren Truppen zu diesem Zeitpunkt im Westen und Osten noch weit im feindlichen Land standen, erklärten sich zu Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage bereit. Man weiß, was dann in Versailles aus dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und Österreicher wurde.

Hinter dem Rücken der Araber

Weniger bekannt ist, was sich zu gleicher Zeit und mit der gleichen Problemstellung im Nahen Osten abspielte. Die Araber hatte den Briten im Kampf gegen die mit Deutschland verbündete Türkei wertvolle Hilfe geleistet und beim Zusammenbruch der letzteren die ihnen dafür von den Briten vorher versprochene Unabhängigkeit Syriens erklärt, zu dem Palästina gehörte.

Hinter dem Rücken ihrer arabischen Bundesgenossen aber hatte Großbritannien längst Syrien den Franzosen und Palästina in der sogenannten Balfour-Deklaration den Zionisten versprochen.

Bei den Friedensverhandlungen in Paris brachte der zum Staatschef des freien Syrien ausgerufene Emir Feisal, wie Harold Nicolson, ein Augenzeuge, schrieb, Präsident Wilson in arge Verlegenheit:



»Präsident Wilson, der durch Dr. Howard Bliss und andere dahin informiert worden war, daß die Syrer nicht das geringste Verlangen auch nur nach einem französischen ›Mandat‹ hätten, zerbrach sich den Kopf darüber, wie er diese ihre Abneigung einerseits mit dem Grundsatz der Selbstbestimmung und andererseits mit der unzweifelhaften Tatsache in Einklang bringen sollte, daß Frankreich und Großbritannien sich vertraglich zu einer Lösung verpflichtet hat-

Neue Politik

Der Westen und Palästina

ten, die eine flagrante Verletzung dieses Grundsatzes bedeutete.«

Es blieb Wilson jedoch nichts anderes übrig, als die Entsendung einer Untersuchungskommission vorzuschlagen, und auch Clemenceau und Lloyd George stimmten dem pro forma zu, sabotierten dann aber den Beschluß in der Praxis, indem sie immer neue Vorwände fanden, um die Ernennung ihrer eigenen Kommissionsmitglieder hinauszuschieben. So kam es dann schließlich dazu, daß im Juni nur zwei Amerikaner mit einem kleinen Stab auf den Weg nach Jerusalem und Damaskus geschickt wurden. Es waren Henry C. King, Präsident des Oberlin College, Ohio, und der Geschäftsmann Charles R. Crane, prominentes Mitglied der demokratischen Partei.

Die King-Crane-Kommission erstattete nach ihrer Rückkehr nach Paris am 28. August 1919 einen umfangreichen Bericht über die weit mehr als tausend Befragungen, die sie durchgeführt und Petitionen, die sie aus allen Kreisen der Bevölkerung entgegengenommen hatte. King und Crane wiesen darauf hin, daß sie selbst ursprünglich Sympathien für die zionistische Sache gehabt hätten. Nun aber müßten sie sagen, daß, wenn man das (von ihnen ausdrücklich im vollen Wortlaut im Bericht zitierte) Prinzip Präsident Wilsons von der Zustimmung der Bevölkerung zugrunde lege, »die nichtjüdischen Bewohner Palästinas – fast neun Zehntel der ganzen Bevölkerung – mit Entschiedenheit gegen das gesamte zionistische Programm sind.«

Auf der Basis einer Okkupation

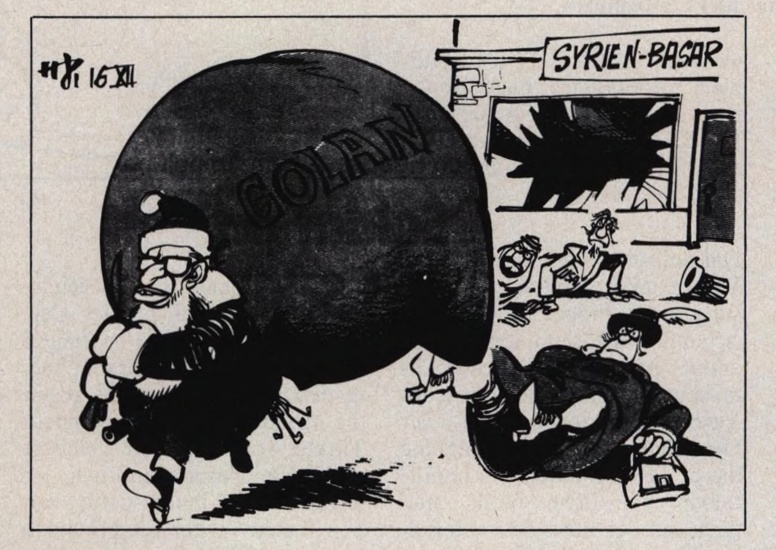
»Unsere Tabellen zeigen, daß es überhaupt nichts gab, worin sich die Bevölkerung Palästinas einiger gewesen wäre als darin.«

King-Crane lehnten den Anspruch ab, daß die Zionisten ein »Recht« – sie setzten das Wort in Anführungsstriche – auf der Basis einer Okkupation vor zweitausend Jahren hätten: »Dieser Anspruch kann wohl kaum ernstlich in Betracht gezogen werden.«

Schließlich erklärten sie die Juden auch für ungeeignet, Wächter der Heiligen Stätten zu sein: »Der Grund ist der: die Stätten, die den Christen am heiligsten sind – jene, die mit Jesus zu tun haben – und die auch den Moslems heilig sind, sind nicht heilig für die Juden, sondern für sie abscheulich. Es ist unter diesen Umständen für Moslems und Christen einfach unmöglich, sich damit abzufinden, daß diese Stätten in jüdischen Händen oder unter jüdischer Aufsicht sind... In der Tat haben die Moslems, weil ihnen die heiligen Stätten aller drei Religionen heilig sind, ganz natürlich viel geeignetere Treuhänder der heiligen Stätten abgegeben, als es die Juden je sein könnten.«

Aber physisch und seelisch krank – wie später ein anderer amerikanischer Präsident am Ende eines Weltkrieges, den Amerikas Eingreifen entscheiden sollte – hatte er sich zurückgezogen. Nicolson schrieb: »Der King-Crane-Bericht erwies sich als ein höchst unbequemes Dokument. Aber zu dieser Zeit hatte Präsident Wilson mittlerweile Paris verlassen und war seinem endgültigen Zusammenbruch entgegengegangen, und so wurde dann der King-Crane-Bericht im Aktenstaub begraben.«

Der Kämpfer für die arabische Unabhängigkeit und gegen den Raub Palästinas, Emir Feisal, hatte wieder einmal einen Strohhalm verloren, an den er sich zu klammern suchte. Aber noch kannte er nicht, wie der amerikanische Außenminister Lonsin, die ganze Wahrheit: »Es war klar, daß es ein ›diktierter Friede‹ und nicht ein ›verhandelter Friede‹ werden sollte, ein Friede, den die Großmächte nicht nur dem Feind, sondern auch ihren Bundesgenossen im Krieg diktierten.«



Mit wohlbegründeten Argumenten trat die Kommission dafür ein, daß Palästina und Libanon Teile Syriens bleiben und dessen Einheit nicht zerstört werden solle.

Der Bericht zeichnete sich durch peinliches Bemühen um Objektivität und hohes Verantwortungsgefühl der beiden Berichterstatter aus und ist insgesamt ein noch heute lesenswertes Dokument. Er hätte für Woodrow Wilson eine scharfe Waffe gegenüber den Hyänen Clemenceau und Lloyd George sein können, vorausgesetzt, Wilson hätte noch den Willen und die Kraft gehabt, um für seine Grundsätze zu kämpfen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg

Der Präsident der USA nach Weltkrieg II war nicht krank, wie seine Vorgänger Wilson und Roosevelt, sondern ein mit feiner politischer Nase begabter, in der demokratischen Partei geschickt Karriere machender Gemischtwarenhändler, namens Henry Truman. Während Wilson, sollte er aufrichtig gewesen sein, zu schwach gewesen war, um zu den hohen Idealen zu stehen, die er verkündete und an die viele in der Welt glaubten, so war Truman nicht so hochgestochen. Auch von ihm soll hier ein Zitat stehen für ein Verhalten, das zu ungeheuren historischen Konsequenzen führte.

Wieder einmal waren die Vereinigten Staaten die ausschlaggebende Macht für die Nachkriegsentwicklung. Sie entschieden sich – wie auch die Sowjetunion – für die Gründung des von den Briten seit der Balfour-Deklaration von 1917 vorbereiteten zionistischen Staates Israel auf dem Boden des arabischen Palästina. Vier diplomatischen Vertretern der USA in arabischen Ländern erklärte Truman im Weißen Haus 1945:

»Es tut mir leid, meine Herren, aber ich habe Hunderttausenden Rechenschaft abzulegen, die den Erfolg der zionistischen Sache ersehnen; ich habe keine Hunderttausende von Arabern unter meinen Wählern.«

Sie hatten Bedenken gegen die prozionistische Haltung in Washington geäußert, nachdem Roosevelt dem König Ibn Saud eine Woche vor seinem Tod noch das schriftliche Versprechen gegeben hatte (5. April 1945): Er persönlich werde als Präsident niemals etwas tun, das sich für die Araber als feindlich erweisen könnte, und die USA würden in ihrer grundlegenden Politik in Palästina keine Änderung vornehmen ohne volle vorhergehende Konsultationen, sowohl mit den Juden als auch mit den Arabern.

Auf diese Melodie »volle und vorherige Konsultationen«, sind nebenbei auch die europäischen Verbündeten der USA bis zum heutigen Tage immer wieder hereingefallen.

Mit Druck und Bestechung

Jedenfalls hat sich Truman an Roosevelts Versprechen nicht gehalten, im Gegenteil, als es zur Abstimmung in der UNO über die Gründung des Staates Israel, bei gleichzeitiger Teilung Palästinas, kam, hat Washington mit Druck und Bestechung eine Anzahl von abhängigen Staaten zur »richtigen« Stimmabgabe veranlaßt.

Ob die Vereinten Nationen, 1947 aus 57 Mitgliedsstaaten bestehend, während es heute über 140 sind, überhaupt das Recht hatten, über das Schicksal Palästinas und seiner Einwohner

in dem Sinne zu entscheiden, daß sie es teilten und einen neuen Staat gründeten, ist von einigen Mitgliedern – nicht nur den paar arabischen, damals sechs – von Anfang an bezweifelt worden, und dieser Akt würde wohl auch einer völkerrechtlichen Nachprüfung nicht standhalten.

Der eine der beiden Unterausschüsse des Palästinaausschusses, unter dem Vorsitz des später an den Internationalen Gerichtshof berufenen hervorragenden Juristen, des damaligen Leiters der pakistanischen UNO-Delegation, Sir Muhammad Zafrulla Khan, war zu dem Schluß gekommen, daß die UN nach ihrem eigenen Status ein solches Recht nicht besaß. Der Gesamtausschuß maßte sich dann aber dieses Recht doch an, mit 21 gegen 20 von insgesamt 57 stimmberechtigten Vertretern der UN-Mitglieder. Nur 21 standen also positiv auf dem Standpunkt, daß die UN mit Palästina verfahren könne, wie sie wollte.

Irak, Syrien und Ägypten hatten im Ausschuß beantragt, daß die Frage dem Internationalen Gerichtshof zur Begutachtung vorgelegt werden sollte, und Sir Zafrulla Khan schlug dieses immer wieder vergebens vor. Die von den USA beeinflußte Mehrheit der Vollversammlung verhinderte, daß die höchste internationale Völkerrechts-Instanz mit dieser kardinalen Rechtsfrage befaßt wurde. Man wußte warum.

Der UNO illegitimes Kind

Es kann also sehr wohl und begründet die These vertreten werden, daß der Staat Israel ein illegitimes Kind der Vereinten Nationen ist und gegen das geltende Völkerrecht zustandekam, jedenfalls haben diejenigen, die eine andere Auffassung vertraten, die Probe auf Exempel gescheut.

Vertragsbruch war schon, daß Großbritannien, entgegen dem den Arabern gegebenen Versprechen, Palästina besetzt hielt und es sich dann als »Mandatsgebiet« unter den Nagel riß. Eine grobe Pflichtverletzung und äußerst schäbige Handlung war dann, als es in seinem Mandatsgebiet mit den selbstgeschaffenen Zuständen nicht mehr fertig wurde, aus der Verantwortung floh und das Problem der kaum erst gegründeten, unfertigen UNO aufhalste, sich um nichts mehr kümmerte.

Als nächstes ging die UNO mit ihrer damals zum größeren Teil der Direktion der USA, zum kleineren den Weisungen der Sowjetunion folgenden Mehrheit über das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser hinweg.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß jetzt das von der damaligen UNO gezeugte illegitime Kind der Weltorganisation am meisten Sorgen macht. Aber die Mehrheitsverhältnisse in der Generalversammlung haben sich durch den Hinzutritt so vieler Staaten seit 1947 gewaltig geändert; die blockfreien Staaten sind heute die Mehrheit und obwohl sie immer wieder viel Geduld und Zurückhaltung zeigten und die Mißachtung ihrer Beschlüsse durch Israel lange Zeit tatenlos hingenommen haben, beginnt jetzt, wie der letzte Beschluß der Vollversammlung zeigt, ein schärferer Wind zu wehen.

Der Tag, an dem nicht nur Sanktionen gegen Israel, sondern auch der Ausschluß des zionistischen Staates aus der Völkergemeinschaft gefordert werden und die erforderliche Mehrheit finden wird, ist nicht mehr fern.

Dann spätestens stellt sich auch für die Westeuropäer und die Bundesrepublik die Gretchenfrage, und diejenigen, die sie stellen, werden mit Ausflüchten und Lippenbekenntnissen nicht mehr zufrieden sein. Acht Jahre lang hat es mit der »Ölkrise« von 1973 gedauert, bis westliche Politiker über alle möglichen Zwischenformeln als Durchgangsstationen das Wort von der »Selbstbestimmung für Palästinenser« in den Mund nehmen. Es klingt noch – und das ist es ja tatsächlich auch – gezwungen und gequält.

Die Menschenrechte der arabischen Palästinenser haben diese Demokraten erst entdeckt, als sie meinten, es könne für ihren Geldbeutel nützlich sein, gelegentlich davon zu sprechen. Das Gefühl und die Erkenntnis, daß hier ein ungeheures historisches Unrecht wieder gutzumachen ist, und das Gefühl von Mitschuld an diesem Verbrechen haben sie noch lange nicht. □

Wolf Schenke ist Verleger und Herausgeber der unabhängigen Monatszeitschrift »Neue Politik«.

USA

Giftige Lebensmittel für die Europäer

Der soeben bekanntgewordene Fall des Imports vergifteter Aale aus den USA und Kanada wirft erneut ein Schlaglicht auf die Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch Rückstände von Pestiziden und Industriechemikalien in Lebensmitteln. Eine nähere Betrachtung des Vorgangs muß zu Konsequenzen hinsichtlich Gesetzgebung wie Überwachung führen.

In den importierten Aalen, die bereits seit 1978 in Deutschland verkauft werden, und deren Menge 1981 bei rund 600 Tonnen lag, wurden Rückstände von Mirex und PCB's entdeckt.

Flammenschutzmittel in Aalen

Mirex ist ein in der Bundesrepublik nicht verwendetes Insektizid aus der Familie der Chlorkohlenwasserstoffe. Es gilt als hochtoxisch, sein Abbauprodukt »Photomirex« ebenfalls. Große Mengen an Mirex haben auch als Flammenschutzmittel Einsatz gefunden.

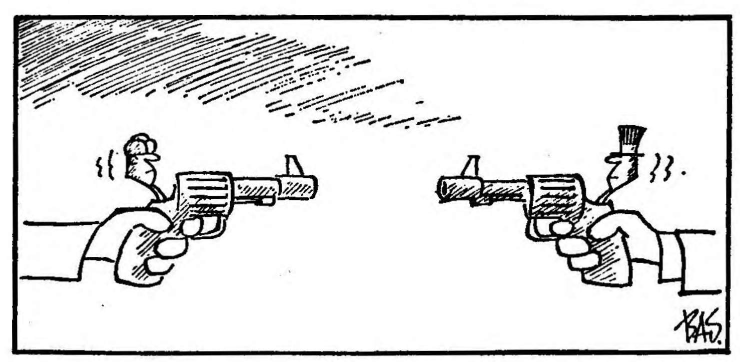
Polychlorierte Biphenyle (PCB's) werden nicht mehr in den USA, wohl aber in Deutschland und Frankreich produziert. PCB's sind praktisch nicht abbaubar und reichern sich ebenso wie Mirex im Fettgewebe von Tier und Mensch an. PCB's werden heute noch in Transformatoren, Kondensatoren und im Bergbau eingesetzt. Die Umweltverschmutzung durch PCB's geht aber auch auf frühere Anwendungen in wasserfesten Anstrichen und als Kunststoffzusatz zurück.

Infolge der hinter der deutschen Höchstmengen-Verordnung stehenden Philosophie, nur Rückstände von Pestiziden, nicht aber solche von Industriechemikalien zu begrenzen, gibt es wohl eine Höchstgrenze für den Gehalt an Mirex in Lebensmitteln, nicht aber eine für PCB's. Der Bund für Umwelt und Naturschutz hat daher in einer Stellungnahme zum Entwurf der neuen Höchstmengen-Verordnung die Aufnahme von Industriechemikalien in diese Verordnung gefordert, die sich wie PCB's in der Nahrungskette anreichern und über die Verseuchung von Lebensmitteln die menschliche Gesundheit bedrohen.

Ferner fordern die Naturschützer, bei der Lebensmittelüberwachung besonderes Augenmerk auf Fische zu richten, die aus stark kontaminierten Gewässern kommen. Dazu gehören unter anderem der Ontario-, Erie- und Michigansee wie auch Teile des Mittelmeers und die Deutsche Bucht. Infolge der Einleitung von Schadstoffen sind Fische und andere Meeresbewohner in solchen Gebieten meist wesentlich stärker mit Chemikalien wie Chlorkohlenwasserstoffen und Quecksilber »angereichert«.

Für den Export gut genug

Im übrigen fordern die Naturschützer die Bundesregierung auf, bei den Regierungen der USA und Kanada gegen Praktiken zu protestieren, wie sie sich beim Fall der Import-Aale gezeigt haben: Es ist unverantwortlich von den amerikanischen Behörden, derart hoch vergiftete Lebensmittel zwar nicht für den Verkauf im eigenen Lande, aber für den Export zuzulassen. □



Greenpeace

Der Kampf in der Nordsee

Seit 1969 werden jährlich etwa 2 Millionen Tonnen Dünnsäure in die Nordsee eingebracht. Zusammen mit anderen Umweltbelastungen wie Klärschlamm- und Baggerguteinbringung, Abwassereinleitungen durch die Flüsse, Tankreinigungsmaßnahmen, Ölunfällen und ähnlichen, wächst langsam die Gefahr der Vergiftung der Nordsee. Alle Parteien des Bundestages haben in einer Debatte über das Gutachten über die Umweltprobleme der Nordsee am 11. September 1981 festgestellt: »Es ist fünf vor zwölf.«

Die Zahl kranker Fische nimmt zu. Kleinlebewesen und Bodenpflanzen sterben ab, die Erträge der Fischerei schwinden.

Nachdem bereits die New Yorker Bucht an den Abfalleintrag sprichwörtlich erstickt und umgekippt ist, nahm sich Greenpeace der Wasserverschmutzung durch Chemieabfälle an.

Keine der erhobenen Forderungen wurde erfüllt

Im Mai 1980 wurden die Schiffe, die Dünnsäure von Bayer und Kronostitan aus Leverkusen in die Nordsee einbringen (verklappen) im Rotterdamer Hafen am Auslaufen gehindert. Die Säure wird von Leverkusen mit Binnenschiffen nach Rotterdam transportiert und dort auf die Tanker umgeladen. Drei Tage wurde die Blockade aufrechterhalten, mußte dann aber abgebrochen werden, da die Firma Bayer mit einer Schadensersatzforderung von 150 000 DM pro weiteren Blockadetag sowie mit einer direkten Einleitung der Dünnsäure in den Rhein drohte.

Als Fortsetzung dieser Aktion und um den danach erhobenen Forderungen erneut Nachdruck zu verleihen, wurde im Oktober 1980 ein weiterer »Dünnsäuretag« durchgeführt. Dabei wurden die Forderungen gestellt: Halbierung der Verklappungsmengen bis Ende 1981, ab 1982 endgültiger Verklappungsstop.

Nach Beendigung der Blockaden war das Ziel zwar nicht erreicht, aber es erfuhren viele Menschen von den schädlichen Begleiterscheinungen bei der Herstellung von »Weißmachern« in Zahnpasta und Wandfarben.

Die in der Bundesrepublik für die Genehmigung der Verklappung zuständige Behörde (DHI) hat bereits 1979 Schäden an der Meeresumwelt befürchtet. Dies hätte normalerweise sofort zu einer Rücknahme der Genehmigungen führen müssen.

Angeblich aber wurde die Besorgnis damals zu spät für eine Einbeziehung in die Entscheidung geäußert. Sie muß aber zumindest für die bevorstehende nächste Entscheidung berücksichtigt werden. Entgegengestellt wurde von seiten des Verkehrsministeriums »ein zwingendes öffentliches Interesse«, das zu Ausnahmeregelungen berechtige. Als »zwingendes öffentliches Interesse« wurden die 330 Arbeitsplätze in Norderham aufgeführt.

Bis heute wurde keine der damals erhobenen Forderungen erfüllt. Aus diesem Grunde wendete sich die internationale Umweltschutzorganisation Greenpeace mit einer neuen spektakulären Aktion an die Öffentlichkeit.

Atommüll-Aktion statt Dünnsäure-Blockade

Der Plan war eigentlich ganz einfach. Ein paar Männer sollten das Dünnsäureschiff auf See zum Stoppen und zur Umkehr zwingen, indem sie vor ihr schwimmend eine Sperre bildeten.

Der Plan nahm zunehmend Gestalt an, bald konnte man sich einen Überblick über die anfallenden Kosten verschaffen. Als Termin war Mitte September festgelegt worden. Doch da machten die niederländischen Gerichte Greenpeace einen Strich durch die Rechnung.

Der Einspruch von Greenpeace gegen die Atommüllversenkung wurde überraschend zurückgewiesen. Daraufhin sah sich Greenpeace zu einer erneuten Atommüll-Aktion veranlaßt, und die Dünnsäure-Blockade mußte vorläufig verschoben werden. Man faßte die erste Oktober-Woche ins Auge, was allerdings rapide die Chancen sinken ließ, die Dünnsäure-Aktion in geplanter Form bei guten Wetter durchführen zu können.

In der Zeit, bis es soweit war, brannte überraschend eines der beiden Dünnsäure-Verklappungsschiffe bei Schweißarbeiten in der Werft aus. Greenpeace verfolgte konzentriert den Fahrplan des verbleibenden Verklappungsschiffes »Kronos«, das nun Tag und Nacht fuhr, um die anfallende Dünnsäure zu versenken.

Wann war nun der günstigste Zeitpunkt für eine Blockade? Bei Nacht war die Durchführung des Planes zu gefährlich, hoher Seegang und unregelmäßige

Die Aktionen gegen die Dünnsäure-Verklappung von Greenpeace haben die Öffentlichkeit auf die Verschmutzung der Nordsee aufmerksam gemacht. Das Chemiewerk Bayer und Kronos-Titan verklappen seit 1969 jährlich 2 Millionen Tonnen Dünnsäure.



Fahrten der Kronos verminderten die Möglichkeiten.

Am Freitag, dem 16. Oktober 1981 trafen sich die deutschen Teilnehmer der Blockade im Greenpeace-Büro. Ihre Ausrüstung füllte einen VW-Bus. Da das Verladen und vor allem die Zolldeklarierung viel Zeit in Anspruch nahm, verzögerte sich der Aufbruch. Die Zurückbleibenden bangten, ob an der Grenze alles gut gehen würde, aber es kam zu keinen Zwischenfällen. Am Schiff traf man sich mit Presseleuten, Fotografen und einem Filmteam.

Samstag, 17. Oktober, lief das Aktionsschiff »Sirius« von Amsterdam aus. Man suchte sich auf See einen ruhigen Ankerplatz und hielt eine Generalprobe ab. Das war sehr wichtig, da sich die Teilnehmer aufgrund der internationalen Zusammensetzung mitunter an Bord erst kennengelernt hatten. Die Sirius »mimte« das Verklappungsschiff so hautnah, daß ein deutscher Teilnehmer beinahe am Bug unter Wasser gedrückt worden wäre.

Stinkende Chemie-Brühe ungerührt ins Meer

Währenddessen wurde die Kronos von einem Beobachtungsposten überwacht, der ständig in Verbindung zum Hamburger Büro stand. Der unregelmäßige Fahrplan des Verklappungsschiffes und die Schlechtwetter-Verhältnisse ließen es nicht zu, daß Greenpeace vor dem 20. Oktober blockieren konnte.

Am Dienstag, dem 20. Oktober, ging es dann sehr schnell: die Kronos kam in Sicht, die Sirius ging heran und gab dem Kapitän die Forderung per Funk bekannt: Das Dünnsäureschiff solle stoppen und einer Greenpeace-Abordnung Gelegenheit geben, an Bord Proben der Ladung zu entnehmen. Dann sollte die Kronos beladen wieder nach Norderham ihrem Ausgangspunkt zurückkehren.

Der Kronos-Kapitän ging darauf nicht ein, sondern »drehte auf« und setzte seine Fahrt fort. Es kam zur ersten Überraschung – die Kronos war schneller als die Sirius, deren Maschine wegen einer gerade durchgeführten Reperatur noch geschont werden mußte. Die Kronos erreichte das Verklappungsgebiet und pumpte ihre Ladung ungerührt in die Nordsee. An der Wasserfärbung konnten die Leute auf der Sirius deutlich sehen, daß hier zwei verschiedene Substanzen eingeleitet wurden.

Wind und Seegang hatten mittlerweile so stark zugenommen, daß eines der ausgesetzten Schlauchboote auf der Fahrt zur Kronos stark beschädigt wurde. An ein Aussetzen der Froschmänner war gar nicht mehr zu denken. Eine Fortsetzung der Greenpeace-Aktion war zu riskant. Der Fernseh-Hubschrauber, der pünktlich an Ort und Stelle war, hatte die tanzenden Schlauchboote in der stinkenden Chemie-Brühe gefilmt und war dann wieder abgedreht.

In den kommenden Tagen wurde nur im Schutz der Dunkelheit verklappt, was die Sirius zum tatenlosen Beobachten verurteilte.

Aufgeben oder weitermachen?

Diese Frage stellten sich alle Beteiligten. Als aber von Greenpeace International signalisiert wurde, daß eine Woche »Verlängerung« finanziell drin sei, entschied man sich mehrheitlich für das Weitermachen. Trotzdem war die Stimmung, nicht nur an Bord, auf einem Tiefpunkt.

Montag, 26. Oktober, meldet der Beobachtungsposten um 8.30 Uhr »der Apfel ist vom Baum gefallen« (sprich: die Kronos ist ausgelaufen). Schlagartig schlägt die Stimmung um. Die Sirius legt sich im Nebel in der Wesermündung auf die Lauer. Gegen Mittag klart es auf, es ist fast windstill. Da wird vom Mast aus die Kronos erspäht. Man folgt ihr in sicherem Abstand und es gelingt, sie im Verklappungsgebiet zu stellen.

Alles klappt wie am Schnürchen: Schlauchboote werden ausgesetzt, jagen nach vorne, setzen vor der Kronos die Schwimmer aus. Wieder wird der Kapitän der Kronos über Funk mit den Greenpeace-Forderungen konfrontiert. Währenddessen versucht er mit waghalsigen Manövern den Schlauchbooten und Schwimmern auszuweichen, Dünnsäure strömt ständig aus.

Folgende Funksprüche wurden ausgetauscht:

Sirius: Ja, Kronos, hier ist die Sirius, wir fordern Sie auf, das Dumpen in diesem Gebiet einzustellen und uns Proben auszuhändigen.
Kronos: Ja, das hatten wir doch schon mal.
Sirius: Ja, wir wollen das bloß noch einmal abklären. Sie beharren darauf, daß Sie uns die Chance nicht geben wollen, das hab ich richtig verstanden.
Kronos: So ist es.

Ein Schlauchboot, das sich in der Zwischenzeit an das Heck der Kronos herangepirscht hatte, kenterte im Schraubenwasser. Einer der Leute im Boot erhielt Verätzungen an Mund und Augen.

Die Kronos war mit laufender Schraube durch die »lebende Sperre« hindurchgefahren, lebensgefährlich für die Greenpeace-Schwimmer.

Kronos: Ja, Sirius, hier spricht der Kapitän Kronos. Ich würde sagen, nehmen Sie die Boote von meinem Steven weg. Ich hafte für keine Sache, die Sie sich selber zufügen.
Sirius: Ja, wenn Sie so weitermachen, sehen Sie, daß Sie Menschenleben gefährden. Wenn Sie das in Kauf nehmen, müssen Sie hinterher auch sich gefallen lassen, daß es einer juristischen Wertung unterzogen wird.
Kronos: Sie kommen doch auf mein Schiff.
Sirius: Wir wollen nicht auf Ihr Schiff kommen, das wollen wir klarstellen, das haben wir gestern bereits versucht, klarzustellen, daß wir nicht versuchen Sie zu entern und daß wir keine Gewalt gegen Sie anwenden.
Kronos: Und wenn ich stoppe, muß ich das Dumpen abstellen.
Sirius: Das ist ihr Problem, ja.
Kronos: Das ist mein Problem. Das ist richtig. Also muß ich weiterfahren, solange ich verklappe.
Sirius: Ja, das ist eine Entscheidung, die Sie treffen müssen. Sie sehen aber, wie sehr Sie die Leute gefährden. Ein Boot ist bereits gekentert.
Kronos: Ja, das ist ja nun nicht meine Sache, und ich habe Sie nicht hierauf gebeten, und ich hab' meine Genehmigung, daß ich das darf, was ich tue.
Sirius: Ich halte es für wenig sinnvoll, daß wir hier über formale Aspekte diskutieren. Es geht rein darum, daß hier Menschen konkret gefährdet werden.
Kronos: Die sollen Sie mal abziehen, wenn Sie Verantwortung haben.

Konflikt zwischen Aufgabe und Gewissen

Die Sirius drehte, die Schlauchboote und die Schwimmer formierten sich zum zweiten Durchgang. Erneut rauschte die Kronos heran. Die Schlauchboote setzten sich vor ihren Bug, die Schwimmer sprangen ins Wasser und schlossen die Sperre. Abermals durchfuhr die Kronos die Kette, diesmal jedoch mit gestoppten Maschinen. Der Kronos-Kapitän wurde noch eindringlicher auf sein leichtfertiges und verantwortungsloses Handeln hingewiesen. Er stand im Konflikt zwischen seiner Aufgabe und seinem Gewissen.

Sirius: Kronos, vor Ihnen befinden sich gleich wieder Leute im Wasser. Sie gefährden sie. Stoppen Sie und stellen Sie das Dumpen ein. Die Leute sind durch Sie einer zweifachen Gefährdung ausgesetzt, einmal durch die Chemikalien, zum anderen, weil Sie mit soviel Fahrt durch die Schwimmer gehen, die von ihrem Recht zu baden Gebrauch machen. Stoppen Sie und stellen sie das Dumpen ein.

Kurz vor dem dritten Durchgang kam dann endlich die Meldung:

Kronos: Ich gehe jetzt endlich aus dem Verklappungsgebiet raus, stelle die Verklappung ein und fahre wieder nach Norderham.
Sirius: Ja, Ok., wir wollen dann keine Schwimmer mehr vor Ihnen aussetzen.
Kronos: Verstanden, ich gehe südlich, und ich bin auf Südkurs, und ich stoppe das Verklappen.
Sirius: Ok. Kronos, wir stellen sofort alles ein.

Die Boote und die Schwimmer wurden zurückgezogen und an Bord genommen, ebenso das havarierte Schlauchboot.

Am Dienstag, 27. Oktober, hatten Greenpeace-Mitarbeiter im Büro die erfreuliche Aufgabe eine Pressekonferenz für die Sirius einzuberufen und einen zentral gelegenen Liegeplatz zu besorgen. Schließlich lief, nach der Überwindung eines letzten Hindernisses, dichter Nebel in Hamburg und auf der Unterelbe, die Sirius in Hamburg ein. ☐

Greenpeace Deutschland e. V., Haus der Seefahrt, Hohe Brücke 1, 2000 Hamburg 11.



Chemie

Eine Tonne Titandioxid – acht Tonnen Abfall

Titandioxid ist ein zur Zeit nur schwer ersetzbarer Grundstoff, der für viele Zwecke genutzt wird. Als weißes Farbpigment findet er sich in der täglichen Zahnpasta oder in weißen Anstrichfarben.

Zunehmend wichtiger wird die Weiterverarbeitung des Oxids zum Supermetall Titan, das als Zusatz zu hochwertigen Stählen für Werkzeuge, Werkzeugmaschinen oder auch für Eisenbahnräder genutzt wird. Im Flugzeug- und Raketenbau wird Titan in großen Mengen eingesetzt, da es sich durch geringes Gewicht und hohe Elastizität auszeichnet.

Leider fallen aber bei der Herstellung von einer Tonne Titandioxid acht Tonnen Abfall an, wenn man das in der Bundesrepublik verwendete Sulfatverfahren benutzt.

Der giftige Rest kommt ins Meer

Dafür benötigt man Ilmenit oder eine Mischung aus Ilmenit und Schlacke. Die Materialien werden getrocknet und gemahlen. Konzentrierte Schwefelsäure wird benutzt, um die gemahlenen Rohstoffe zu lösen. Eisenbestandteile werden entzogen. Erz, das nicht reagiert, wird mit Zentrifugen abgetrennt und dann versenkt.

Die verbliebene Lösung wird gekühlt. Dabei kristallisiert das Eisen-Sulfat und fällt als Grünsalz aus, das heute in zunehmendem Umfang weiterverwendet wird. Man benutzt es für die Trinkwasseraufbereitung oder gewinnt die enthaltene Schwefelsäure durch Rösten zurück. Überschüssiges Grünsalz wird versenkt.

Zurück bleibt eine Titansulfatlösung, die durch Kochen mit Wasser in unlösliches Titanoxidhydrat verwandelt wird. Von der dabei anfallenden Dünnsäure werden nur 18 Prozent wiederverwendet. Der Rest wird versenkt!

Spuren von Giftstoffen werden durch Bleichen aus dem Titanoxidhydrat entfernt, dann wird es in einem Spezialofen bei 1000 Grad Celsius zu Titandioxid entwässert und anschließend gemahlen.

Abfallstoffe beim Sulfatverfahren

Dünnsäure verdankt ihren Namen der in ihr enthaltenen verdünnten Schwefelsäure. Im einzelnen besteht die Dünnsäure aus:

10–12 Prozent Schwefelsäure (Kronos 11 Prozent)
14 Prozent Eisensulfat
1,4 Prozent Titanoxydsulfat
1 Prozent Magnesiumsulfat
0,07 Prozent Mangansulfat
0,048 Prozent Vanadiumoxysulfat
0,014 Prozent Chromsulfat
0,2 Prozent Aluminiumsulfat

Die geringen Prozentzahlen erwecken den Eindruck, daß es sich bei einigen der gefährlichen Chemikalien nur um Spuren handelt. Bedenkt man jedoch, daß allein das Zweigwerk Kronos-Titan Norderham jährlich etwa 700 000 Tonnen Dünnsäure in die Nordsee einbringt, erscheinen die Werte in einem anderen Licht: Es ergeben sich konkret in Tonnen meßbare Tagesmengen.

Auswirkungen der Verklappung

Bevor die Firma Kronos-Titan die Erlaubnis zur Einbringung der Abfallstoffe aus der Titandioxidproduktion erhielt, wurde eine Forschungsreihe im Labor durchgeführt (Institut für Fischerei), um herauszufinden, bei welcher Konzentration Schädigungen durch Dünnsäure noch meßbar sind. Gemäß den im Jahre 1966 erlangten Erkenntnissen wurde die Erlaubnis erteilt, Dünnsäure in 50 000facher Verdünnung einzuleiten.

In diesem Gutachten »wird trotz nicht unerheblicher biologischer Bedenken dem Einbringen der Dünnsäure« vorläufig zugestimmt. Es wird ausdrücklich erwähnt, daß Einwendungen gegen das Einbringen der Dünnsäure erhoben werden müssen, falls biologische Schäden erkennbar geworden sind oder wenn internationale Vereinbarungen das Einbringen von Abfallstoffen der genannten Art verbieten sollten.

Bereits an dem Versuch jedoch ist zu kritisieren, daß jeweils nur eine Variable geprüft wurde: Bei den Laborversuchen können Akkumulations- und Synergismuseffekte (Vervielfältigung und Anhäufung von Schäden durch wechselseitige Reaktionen durch andere Verschmutzer und Ursachen) nicht berücksichtigt werden.

Tatsächlich haben nämlich vielfältige Untersuchungen in den Verklappungsgebieten sowie die Berichte der betroffenen Fischer folgendes erkennen lassen:

- der Fischbestand nimmt ab und zeigt einen schlechten Ernährungszustand;
- der Anteil der Fische, die gefangen werden, weist verschiedene Arten von Krankheiten auf, so besonders die sogenannte Himbeerkrankheit (Pusteln) und die Vibriokrankheit (wie mit Zigarette ausgebrannte Wunden).

Das Deutsche Hydrographische Institut als Genehmigungsbehörde in Hamburg sagt selbst, daß »eine Beeinträchtigung der Meeresumwelt nicht ausgeschlossen« werden kann.

So führt die Firma Kronos-Titan selbst als Begründung für die festgestellten Krankheiten der im Verklappungsgebiet der Dünnsäure »den schlechten Ernährungszustand der Fische« an.

Tod und Zerstörung durch Übersäuerung

Die Dünnsäure wirkt ätzend und kann während der Einbringung den »pelagischen« (schwebenden) Laich verschiedener Fischarten zerstören. Schwermetalle, die in den Abfallstoffen als »Spuren« enthalten sein dürfen, reichern sich durch den fortgesetzten Eintrag großer Abfallmengen in der Nahrungskette Plankton – Kleinlebewesen – Fisch an und verbleiben schließlich auch beim letzten Glied – dem Menschen.

Die Versenkung von Abfällen aus der Titandioxid-Produktion im Meer hat verschiedene biologische Konsequenzen.

Unmittelbar nach dem Einbringen ins Meer fällt der ph-Wert des Wassers auf 4–5. Es dauert rund 8 Stunden bis er sich wieder auf dem Normalwert eingependelt hat. Der Effekt dieser anfänglichen Übersäuerung ist Tod und Zerstörung von Zoo- und Phytoplankton.

Ebenso nimmt der Kohlendioxid-Gehalt des Wassers zu, weil sich seine chemische Zusammensetzung verändert. Erstickungserscheinungen sind die Folge.

Der größte Anteil des in der Säure gelösten Metalls ist Eisen. Im Seewasser verwandelt sich das lösliche Eisensulfat in Eisenhydroxid, das folgende Wirkung zeigt:

Die Umwandlung von 2wertigen in 3wertiges Eisen verursacht eine allgemeine Abnahme des Sauerstoffgehalts im Wasser in der Art, daß örtlich Sauerstoffmangel herrschen kann. Zusammen mit dem erhöhten Kohlendioxid-Gehalt könnte dies ausreichen, um den Tod mariner Organismen zu verursachen. Das unlösliche Eisenhydroxid bildet feine Flocken, die im Wasser treiben.

Das flockende Eisenhydroxid bildet Verbindungen mit anderen Metallen, sogenannte Mit-Niederschläge, zum Beispiel Eisen-Titanverbindungen. Auf diese Art können sich die Spurenmetalle konzentrieren. Viele dieser Metalle sind als giftig bekannt, auch in geringer Konzentration. Sie können Lebensvorgänge beeinträchtigen und sich in Organismen anreichern. Schädigungen erfolgen dann langzeitlich.

Das flockende Material dämpft das für die Sauerstoffproduktion der Algen benötigte Licht und sinkt schließlich zu Boden. Dort bildet es eine Decke über den Bodenlebewesen im Meer und setzt sich leicht in Muscheln und Röhrenwürmern fest. Andere niedere Tiere, zum Beispiel Schellfische, nehmen die Flokken durch die Nahrungskette auf, dem Hauptweg, auf dem sich die Metalle in Organismen anreichern.

Die Flocken führen bei gewöhnlichen Muscheln zu einer hohen Sterblichkeit. Der Tod wird verursacht durch eine lebhafte Sekretion ihrer Körpersubstanz.

Der Hungertod wird durch das geringe Nahrungsangebot noch beschleunigt, weil die Flocken den Grund bedecken.

Grund zur Besorgnis

Es hat sich gezeigt, daß unter Laborbedingungen Plattfische von Titandioxid-Abfall direkt beeinflußt werden. 120 Fische, die für 14 bis 20 Stunden verschieden konzentrierten Abfällen ausgesetzt waren, zeigten Verhaltensstörungen und Ermattungserscheinungen, die zur Senkung der körpereigenen Abwehrkräfte sowie zu Störungen beim Ionen-Gleichgewicht, beim Kohlenhydrat-Stoffwechsel bei der Blutsauerstoffaufnahme und bei der Bildung weißer Blutkörperchen führten.

Alle Fische zeigten einen braunen Niederschlag auf den Kiemen, ähnlich wie die natürlich im Versenkungsgebiet vorkommenden Fische.

Vermutlich werden solche Funktionsstörungen durch die über die Kiemen aufgenommenen Metalle ausgelöst. Diese Reaktionen sind ebenfalls temperaturabhängig.

In einigen Gebieten der Nordsee (Deutsche Bucht) sind viele Krankheiten der Bodenfische aufgefallen, wie Flossenfäule, Himbeerkrankheit, Blumenkohlkrankheit der Aale, Lymphocystis der Flunder. Obwohl Titandioxid-Abfall zur Zeit noch nicht direkt als Verursacher mit diesen Krankheiten in Verbindung gebracht werden kann, besteht möglicherweise ein Zusammenhang.

Dethlefsen hat folgerichtig zwei Tumorarten beschrieben: das Epidermalpapillon beim Butt und Nebenkiemenkrebs beim Dorsch, die besonders im Einbringungsgebiet für Titandioxid-Abfall vorkommen. Er bestätigt vorsichtigt, daß die Anreicherung von Titandioxid-Abfällen vielleicht diese krankhaften Veränderungen verursacht. Lehtinen legt eindringlich dar, daß schwächebedingte Lymphopenia (verminderte Zahl weißer Blutkörperchen) der wichtigste Faktor bei der herabgesetzten Widerstandskraft der Fische ist.

So beweisen Labor- und Feldversuche, daß Titandioxid-Abfälle die marinen Lebewesen ungünstig beeinflussen. Es besteht also Grund zur Besorgnis für eine Gefährdung der lebenden Bestandteile der Meeresumwelt. □

Geheime Gesellschaften der Mächtigen

Heinz Pfeifer

Es war am Mittwoch, dem 15. September 1971, als der Abgeordnete aus Louisana, John R. Rarick, im Kongreß der Vereinigten Staaten das Wort ergriff: »Herr Sprecher, bei verschiedenen Gelegenheiten habe ich in den letzten Monaten die Aufmerksamkeit unserer Kollegen auf die Umtriebe der Bilderberger gelenkt – eine internationale Elitegruppe, die sich aus hohen Regierungsvertretern, internationalen Finanzleuchten, Geschäftsleuten und Meinungsmachern zusammensetzt. Diese exklusive internationale Aristokratie hält jährlich einmal und öfter unter äußerster Geheimhaltung Treffen in verschiedenen Ländern ab. Die wenigen verfügbaren Informationen über das, was von diesen Treffen bekannt wird, lassen erkennen, daß dabei Themen von vitaler Bedeutung behandelt werden. Nach diesen Geheimbesprechungen kehren die Teilnehmer in ihre Heimatländer zurück, wobei die Öffentlichkeit trotz der Anwesenheit einiger Vertreter der Nachrichtenmedien ohne Unterrichtung über die Empfehlungen und Pläne bleiben, auf die man sich als Ergebnis der Gespräche geeinigt hat – oder sogar über das Stattfinden der Treffen selbst gar nichts erfährt.«

Der Abgeordnete sprach ausführlich darüber, wie diese Gruppierung sich zusammenfand, von ihrer Organisations-Struktur, Unterstützung durch verschiedene »Stiftungen«, insbesondere der »Ford«-Foundation«, politischen Absichten und belegte seine Ausführungen mit beschafftem und veröffentlichtem Material.

So wichtig, daß selbst Lecks wasserdicht sind

Das Material bestand aus Teilnehmerlisten an Bilderberg-Treffen, eine Aufstellung von 17 Zusammenkünften, die vom Mai 1954 bis April 1968 stattfanden und Namenslisten von Mitgliedern. John R. Rarick sagte, daß »alle amerikanischen Teilnehmer, die in einer der erwähnten planenden oder führenden Funktion tätig geworden sind, ausnahmslos Mitglieder des Rates für Auswärtige Beziehungen (CFR) waren.«

Nach »Congressional Record« führte er weiter aus: »Oosterbeek ist eine Kleinstadt in Ostholland. An drei Tagen im Mai 1954 verwandelte sich dieses Städtchen in einen Treffpunkt der Elite der Mächtigen Europas und der Vereinigten Staaten. Die Einrichtungen und die Lage des Hotels der Bilderberger in der Stadt waren ideal für eine Konferenz unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Die Liste der Würdenträger wurde von David Rockefeller und Prinz Bernhard der Niederlande angeführt. Andere Teilnehmer waren Ministerpräsidenten, Diplomaten, Sozialisten, Vertreter der Geheimdienste, internationale Bankiers und Industrielle aus allen NATO-Ländern. Das Treffen wurde Bilderberger Konferenz getauft.

Hier arbeiteten die verschiedenen Führer der atlantischen Gemeinschaft zusammen, ihre Wählerschaft wußte aber nichts über dieses Treffen. Nur die direkt an diesen Umtrieben Beteiligten wußten, daß diese Konferenz überhaupt stattfand. Zum Teil erklärte sich das daraus, daß die gastgebende Regierung höchste Geheimhaltung gewährleistete. Zusätzlich wirkten die führenden internationalen Zeitungen und die Nachrichtenagenturen mit, indem sie die Konferenz in der Presse völlig verschwiegen. Im Zusammenhang mit diesen strikten Sicherheitsmaßnahmen bemerkte ein Beobachter: ›Diese Konferenz wird als so wichtig angesehen, daß selbst Lecks wasserdicht sind.‹

Keine Opposition in der strategischen Elite

Die Bilderberggeschichte erschöpft sich aber nicht mit diesem einen Treffen, sondern erstreckt sich über eine ganze Reihe von Treffen, die 1954 angefangen haben und bis heute fortgesetzt worden sind. Die Treffen sind mindestens einmal im Jahr unter höchster Geheimhaltung in einigen der abgelegensten Örtlichkeiten in atlantischen Ländern abgehalten worden.

Ein gutes Beispiel dafür, wie die Presse mitarbeitet, um die Bilderbergtreffen zu Un-Meldungen zu machen, war das Memorandum, das der Vorsitzende der englischen Zeitungsverlegerschaft, Cecil King, an seine Mitverleger über das Treffen im St. Johns College in Cambridge 1967 richtete. Nach dem Bericht von ›Privat Eye‹ wurde die NPA in dem Memorandum daran ›erinnert‹, daß ›unter keinen Umständen ein Bericht oder auch nur eine Spekulation über den Gegenstand der Konferenz gedruckt werden sollte‹.

Das ist die hauptsächlichste Erklärung dafür, daß die Bilder-



Königin Juliane der Niederlande und Prinz Bernhard. Er war nicht nur Präsident der Brüder des Schattens, einer Rockefeller Geheimgesellschaft, sondern konnte wie im Fall Lockheed Bestechungsmanipulationen nicht widerstehen.

bergtreffen immer noch Überraschungen darstellen. Die ›New York Times‹ hat drei kleinere Artikel über das Treffen veröffentlicht, und einige wenige Beiträge sind in der ›Washington Post‹ erschienen. Weder in einem der größeren Wochenblätter noch in radikalen amerikanischen Veröffentlichungen ist Bilderberg bisher erwähnt worden.

Zu der bezeichnenden Nichterwähnung in der Presse kommt hinzu, daß diese Treffen auch in keinem der größeren wissenschaftlichen Werken über die amerikanische Außenpolitik und die internationalen Beziehungen behandelt werden. Angesichts der Teilnahme von Wissenschaftlern und Journalisten an diesen Treffen ist die Situation höchst eigenartig.

Die Teilnehmer an diesen Treffen kamen aus den strategischen Eliten, die sowohl das politische als auch das sozio-ökonomische System der verschiedenen Länder beherrschen. Die öffentlichen Tätigkeit dieser Persönlichkeiten enthüllt jedoch nicht die gemeinsame Grundlage der Zusammenarbeit.

Was so alles vom CIA bezahlt wird

Diese Treffen bestätigten von neuem, daß es zwischen den in Westeuropa herrschenden Klassen und der sogenannten ›sozialistischen‹ Opposition keine ideologischen Gegensätze mehr gab. Führende Sozialisten wie Hugh Gaitskell, Gaston Deferre, Guy Mollet und Fritz Erler saßen dort mit ihren angeblichen politischen Gegnern und Klassenfeinden zusammen und kooperierten mit ihnen. Den Mitgliedern ihrer Parteien teilten sie über diese Aktivitäten nichts mit, sondern sie versuchten ihr Vorgehen zu verstecken, wie es die ›sozialistische‹ englische Regierung versucht hat, eine Enthüllung ihres Programmes für biologische Kriegsführung zu verhindern.

Innerhalb des Bilderberg-Zusammenhanges überrascht es weniger, wenn man erfährt, daß viele der Unternehmungen und Programme dieser ›sozialistischen‹ Parteien von der Central Intelligence Agency der Vereinigten Staaten bezahlt worden sind.

Die Bilderbergtreffen sind 16 Jahre unbekannt geblieben, ebenso wie die allgegenwärtigen finanziellen Zuschüsse und Umtriebe der CIA innerhalb der demokratischen sozialistischen Linken Europas.«

Soweit die Ausführungen des amerikanischen Kongreß-Abgeordneten Rarick.

Teilnehmer an Bilderberg-Zusammenkünften von bundesrepublikanischer Seite waren (auszugsweise) von der Sozialdemokratischen Partei: Bahr, Brandt, Brauer, Dohnanyi, Erler, Carlo und Helmut Schmidt, Schiller; seitens der CDU/CSU: Barzel, Ludwig Erhard, Hallstein, Kiesinger, Schröder, Stoltenberg, Strauß und von der FDP: Dahrendorf.

Als Funktionäre wurden bekannt: Abs (Deutsche Bank), Berg (BDI-Präsident), Beitz (Krupp), Emminger (Bundesbank), Ponto (Dresdner Bank), General Speidel (NATO), von Amerongen (Industrie), Troeger (Bundesbank), Axel Springer.

Von schweizerischer Seite nahm unter anderem teil der Staatssekretär Paul R. Jolles.

»Washington Observer« veröffentlichte am 15. Juni 1975 als Konferenzorte: Mai 1954 bis April 1975 Holland, Frankreich, Westdeutschland, Italien, Dänemark, England, Türkei, Schweiz, USA, Belgien und Schweden.

Handlanger der Brüder des Schattens

Die Gründungsversammlung der Bilderberger zog sich vom 29. Mai bis 1. Juni 1956 hin. Prinz Bernhard der Niederlande, vor seiner Eheschließung mit Königin Juliane von Holland, Mitglied der SS und ein Sohn des Hauses Lippe-Biesterfeld, hatte das Hotel Bilderberg reservieren und etwa 70 Persönlichkeiten einladen lassen. Um das Hotel war eine Sperrzone errichtet, die nur mit einem Passierschein betreten werden durfte.

Nach Eröffnung der Konferenz sprach der Berater des damaligen US-Präsidenten Eisenhower, Jackson, darüber, daß der Vorsitzende des US-Untersuchungsausschusses gegen unamerikanische Umtriebe, Senator McCarthy, »aus der amerikanischen Politik« verschwinden werde.

MacCarthy hatte sich als Ziel gesetzt, die amerikanische Politik aus der Einflußsphäre nicht nur kommunistischer Ideologien, sondern auch jener Kräfte zu befreien, welche als die Handlanger der »Brüder des Schattens« gelten können. Damit kam er in unmittelbaren Gegensatz zu David Rockefeller und Gleichgesinnter, fand jedoch große Zustimmung bei der amerikanischen Bevölkerung.

Die im Hotel Bilderberg Versammelten kamen überein, einem Vorschlag des Prinzen Bernhard folgend, McCarthy als Faschisten und Antisemiten zu erklären und als einen wahnsinnigen Hexenjäger. David Rokkefeller ließ den Prinzen Bernhard zum künftigen Präsidenten der »Bilderberger« bestimmen und als deren Sekretär Dr. Retinger; er gehört der schwedischen Hochgradloge an.

McCarthy, durch dessen Untersuchungen herauskam, daß der Minister Morgenthau jun. den Sowjets die amerikanischen Münzprägungsplatten überlassen hatte, Dwen Lettimore und die Geschwister Rosenberg den Russen die Atomgeheimnisse verrieten und Harry Dexter-White ein kommunistischer Spion war, brachte eine verleumderische Pressehetzkampagne in Mißkredit. Er verstarb verbittert im 48. Lebensjahr.

David Rockefeller war der Gedanke gekommen, durch eine unter Kontrolle zu haltende Einrichtung, die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit Europas vom Anglo-Amerikanismus in die Wege zu leiten. In seine Vorstellung bezog er auch mit ein, die Abschaffung europäischer Zolleinschränkungen gegenüber Amerika. Klug überlegte er, daß durch eine Gruppierung abhängiger Persönlichkeiten die erstrebten Ziele am sichersten erreicht werden, weil dadurch im äußeren Erscheinungsbild sich die Europäer selbst als die treibenden Kräfte offenbaren.

Im Mantel des Vertrauens und der Verschwiegenheit

Notwendig erschien es Rockefeller, im Hintergrund zu verbleiben und an seiner Stelle eine möglichst wenig bekannte Persönlichkeit, die über die erforderlichen und maßgebenden Verbindungen verfügt, als Planungsträger auftreten zu lassen.

Durch seine geheimdienstlerische Tätigkeit während des Krieges kannte er Dr. Retinger (1960 verstorben), Sohn eines polnischen Großgrundbesitzers in Krakau, der an der Sorbonne in Paris studiert hatte.

Retinger hatte im Ersten Weltkrieg dem französischen Ministerpräsident Clémenceau den Plan eines Vereinigten Europas unterbreitet. Ihm schwebte dabei vor, Österreich, Ungarn und Polen als eine Dreier-Monarchie zusammenzuschließen, weil deren katholische Glaubensstruktur das beste politische Gefüge dafür abgeben würde.

Retinger befand sich damit in Übereinstimmung mit der Politik des Vatikans, war offensichtlich jesuitisch beeinflußt und deswegen lehnte Clémenceau ab. Er konnte sich auch nicht mit dem Gedanken eines Vereinten Europas anfreunden.

Retinger besaß das Geschick und die Fähigkeiten einer »Grauen Eminenz«. Dadurch unterhielt er enge persönliche Verbindungen mit Politikern und bedeutenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Er hüllte sich in den Mantel des Vertrauens, der Verschwiegenheit und der Ehrlichkeit. Es wurde ihm nachgesagt, freien Zugang zu sämtlichen politischen Kreisen Europas zu besitzen und durch einen telefonischen Anruf nach Wunsch eine Verabredung mit dem US-Präsidenten herbeizuführen.

Im Zweiten Weltkrieg war Retinger der politische Adjutant des Polnischen Generals Sikorski und Vertreter der Exilregierung in London. Im Alter von 58 Jahren sprang er hinter den deutschen Linien bei Warschau ab zur Überbringung von einigen Millionen Dollar an die Partisanen. Der damit beabsichtigte Plan zur Errichtung einer antikommunistischen Regierung nach dem Einrücken der Sowjets scheiterte.

Nach Kriegsende beteiligte sich Retinger maßgeblich bei der Verwirklichung einer »Europäischen Gemeinschaft«, begründete das »Europäische Kulturzentrum«, veranlaßte den »Europa Kongreß«, aus dem sich dann der »Europa Rat« formierte. Mit besonderer Hingabe widmete er sich einer »Atlantischen

Geheime Gesellschaften der Mächtigen

Union«, in der die NATO ein Teilstück sein sollte. 17 US-Senatoren stimmten dem Vorhaben einer anglo-amerikanischen Weltregierung zu bei einem Treffen vom 15. bis 17. Februar 1957 auf St. Simon-Island vor Georgia/USA. Auch die damaligen US-Präsidentschaftskandidaten begeisterten sich für den Plan.

Dieses Mannes Dr. Retinger entsann sich David Rockefeller. Geeignet schien auch Prinz Bernhard der Niederlande, der als Gemahl der Königin Juliana, Besitzerin der Royal-Dutch-Shell und Hauptbeteiligte des multinationalen Kartells Société Géneral de Belgique, über die erforderlichen Beziehungen verfügte.

Das Gleichgewicht der Macht

Die gute Bekanntschaft mit Dr. Paul Rijken ermöglichte ein Zusammentreffen Retingers mit dem Prinzen. Er erwies sich als den Plänen aufgeschlossen, besprach diese mit dem belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland und nach dessen Zustimmung mit Sozialisten, Liberalen und Christdemokraten der westeuropäischen Länder.

Für Verhandlungen in den Vereinigten Staaten schob Prinz Bernard »offiziell« einen »notwendig gewordenen Aufenthalt« im Walter-Reed-Hospital in Washington vor und traf dort »rein zufällig« David Rockefeller und den Vorsitzenden der »Rockefeller Stiftung«, Dean Rusk.

Weitere Begegnungen fanden mit einflußreichen Persönlichkeiten statt, unter anderem mit Johnson vom Carnegie-Fonds für den Internationalen Frieden, dem Berater des Präsidenten Eisenhower, Jackson, dem CIA-Direktor General Walter Bedell Smith und dem Senator Fulbright. Sie wurden alle gewonnen und das erste Zusammentreffen unter Vorsitz des Präsidenten der Burroughs Corporation, John S. Coleman, konnte in Oosterbeek von statten gehen.

Das Treffen vom 29. bis 31. Mai 1963 in Cannes, Frankreich, stand unter dem Thema: Das Gleichgewicht der Macht im Licht der jüngsten internationalen Entwicklung. Dabei wurden Verschiebungen im Verhältnis der Mächte untereinander – politisch, wirtschaftlich und militärisch – zwischen den kommunistischen und westlichen Ländern, sowie innerhalb der Gruppen behandelt und wirtschaftliche Handelsbeziehungen.

Vom 31. März bis 2. April 1967 kam man zur Besprechung nach Cambridge, England: Bleiben die Grundkonzepte der atlantischen Zusammenarbeit in der entstehenden Weltsituation gültig? Wenn das nicht der Fall ist, welche Konzepte sollen an ihre Stelle treten?

Bei der Woodstocker Konferenz in Vermont, USA, 17. bis 19. April 1971 beschlossen die Teilnehmer den Botschafteraustausch mit dem kommunistischen China und Nixons Chinareise durch Kissinger vorbereiten zu lassen.

1976 legte Prinz Bernhard sein Präsidentenamt nieder; zu stark belastet in der Öffentlichkeit durch die Annahme, unter dem Pseudonym Victor Baarn, von 100 000 Dollar Bestechungsgelbereitet wurden und der teilnehmende Helmut Schmidt von David Rockefeller seinen Hinweis für eine künftige Bundeskanzlerschaft erhielt.

Während der Tagung vom 25. bis 27. April 1975 stand in Cesme/Türkei die Dollarabwertung und die Weltwährungslage auf dem Programm.





Willy Brandt enttäuschte die Bilderberger. Auf einem Treffen mit Jürgen Wischnewski und Walter Leisler-Kiep wurde sein Sturz beschlossen. Helmut Schmidt bekam dabei von Rockefeller den Hinweis, sich auf eine künftige Bundeskanzlerschaft vorzubereiten.

Angesichts des Problems, daß ein Nationalist an der Spitze Frankreichs stand, entschieden sich die Bilderberger dafür, einen Oppositionskandidaten gegen de Gaulle aktiv zu unterstützen. Sie wählten dafür einen Teilnehmer der Bilderberger-Konferenz von 1964, den »sozialistischen« Bürgermeister von Marseille, Gaston Deffere. Nach ihrer Überzeugung hatte dieser eine richtigere internationale Einstellung.

Man besprach den Sturz Willy Brandts

Im erstrangigen Luxushotel des Baron Edmond de Rothschild fand in Mégève, Hotel Mont d'Arbois (Haute-Savoie) vom 19. bis 21. April 1974 jenes Zusammentreffen statt, bei dem in Anwesenheit von Hans-Jürgen Wischnewski und Walter Leisler-Kiep der Sturz des Bundeskanzler Willy Brandt und die portugiesische Revolution vor-

der der Firma Lockheed. Neuer Vorsitzender wurde bei der Frühjahrstagung 1977 im englischen Seebad Torquay der ehemalige englische Premierminister Sir Alec Douglas Home.

Anwesend waren Helmut Schmidt, Henry Kissinger, NATO-Generalsekretär Joseph Luns, die Hochfinanziers Wallenberg, Rothschild, Rockefeller und der Industrielle, Fiat-Chef Giovanni Agnelli. Diesmal

konnten sich die Teilnehmer wegen der Währungsprobleme nicht einigen.

Das Thema der im Hotel »Quellenhof« in Aachen abgehaltenen Konferenz vom 18. bis 20. April 1980 lautete: Beziehungen der USA zu Europa. Bei den Teilnehmern befanden sich auch die englische Premierministerin Margaret Thatcher und Rudolf August Oetker aus Deutschland. Walter Scheel, ehemaliger Bundespräsident, hatte bereits vorher dem Sekretariat der Bilderberger in Den Haag seine Bereitschaft für eine zukünftige Bilderberg-Präsidentschaft mitgeteilt.

Für die übrigen deutschen Teilnehmer ging es darum, sich einig zu werden über Wirtschaftssanktionen gegen Iran und einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau, der Rüstungsindustrie erhöhte Aufträge zu erteilen und Mitteleuropa »in die von Amerika geführte freie Welt einzubinden«.

Ob sich die Persönlichkeiten wie Schmidt, Wolff von Amerongen, Leisler-Kiep, Dahrendorf und die anderen der Bedeutung einer erweiterten Abhängigkeit vom Anglo-Amerikanismus und der dadurch erfolgenden weiteren Verhinderung einer Verselbständigung des freien Geisteslebens wirklich bewußt waren, mag dahingestellt bleiben.

Das Konzept einer Weltregierung

Über die Trilaterale Kommission äußerte sich David Rockefeller: »Ich hatte die Idee, weil die Regierungen mit den zahllosen Alltagsproblemen so beschäftigt sind, daß sie keine Zeit haben vorauszudenken und Pläne für die Zukunft zu machen. So hielt ich es für konstruktiv, wenn eine Gruppe von ganz verschiedenen gut informierten Privatleuten aus Europa, Nordamerika und Japan, den drei Hauptindustriemächten der nichtsozialistischen Welt, zusammenkommt, um Schlüsselprobleme der Welt zu analysieren, Lösungen zu suchen und die Ergebnisse den Regierungen zuleiten.«

Auf die an ihn gestellte Frage, wie es zu erklären sei, daß in der Regierung zahlreiche Trilaterale tätig sind, antwortete er:

»Ja, das ist wahr, aber das war gewiß nicht geplant, es war eine unverhoffte Nebenerscheinung, ein Zeichen dafür, daß wir fähige Leute ausgesucht hatten.«

Die Kenntnis von Bestechungsmanipulationen, denen auch Prinz Bernhard im Fall Lockheed nicht widerstehen konnte, hatten eine Persönlichkeit wie Rockefeller mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dazu veranlaßt, rechtzeitig eine Organisation ins Leben zu rufen, für den Fall, daß »Bilderberg« in der Öffentlichkeit sich zu sehr profiliert. Zusätzlich sollte mit einer weiteren planmäßigen Gestaltung der Wirtschaftsgigant Japan stärker an die anglo-amerikanische Hochfinanz politisch gebunden werden.

Diente eine Konstruktion wie die »Bilderberger« in erster Linie dazu, die Mitte vollständig abhängig zu machen, so einbezog das System einer »Trilateralen« Völker und Nationen in das Konzept einer Weltregierung.

Eine der Voraussetzungen dafür war, die Spitze der »Trilateralen« mit sich aus den Reihen des CFR rekrutierenden Funktionären der amerikanischen Regierung zu besetzen, die außerdem noch der Hochfinanz verpflichtet waren oder selbst ihr zugehörten. Rockefellers offenherzige Darlegung seiner »Idee« sprach eindeutig über die Zusammensetzung der Mitgliedschaft. Darunter befanden sich Industrielle aller Schattierungen, Gewerkschaftsführer, Politiker sich »offiziell« miteinander bekämpfender Parteien, Minister, Staatspräsidenten, Einflußreiche der Nachrichtenmedien, Bankiers.

Ende der 1970er Jahre standen an der Spitze der Trilateralen der Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter, Zbingniew Brzezinski als Direktor, der Präsident des Institutes der Europäischen Gemeinschaft für Universitäts-Studien Max Kohnstamm als Vorsitzender für Europa.

Unter den europäischen Mitgliedern der etwa 200 Persönlichkeiten umfassenden Trilateralen-Commission fanden sich Namen wie Kurt Birrenbach (Präsident der Thyssen'schen Vermögensverwaltung), Karl Hauenschild (Vorsitzender der Gewerkschaft I. G. Chemie, Papier, Keramik), Heinz Oskar Vetter (Präsident des Deutschen Gewerkschaftsbundes), Theo Sommer (Chefredakteur der »Zeit«), Otto Graf Lambsdorf (FDP-Wirtschaftsminister).

Beunruhigt über die wachsende Konkurrenz

Ganz ähnlich war auch die Zusammensetzung der Mitgliedschaft anderer westeuropäischer Länder und Japans. Dem Exekutiv-Komitee gehörten an: Sir Kenneth Young (ehemaliger Außenminister Englands und Direktor des Königlichen Institutes für Internationale Angelegenheiten – dem englischen »Zweig« der CFR), Sir Philip de Zuluceta (ehemaliger Chief Assistant des Britischen Premierministers und Vorstand der Antony Gibbs Holding), Francesco Compagna (Unterstaatssekretär der italienischen Regierung), Herbert Ehrenberg (Mitglied des Bundestages und Arbeitsminister), Marc Eyskens (General-Kommissar der Katholischen Universität von Löwen in Belgien) und zusätzlich noch Max Kohnstamm. Sie waren alle der Freimaurerei zuzurechnen.

Von der Regierung des US-Präsidenten Carter waren Mitglieder der Trilateralen der Vizepräsident Mondale, Außenminister Cyrus Vance, Verteidigungsminister Brown, Finanzminister Blumenthal und der Beauftragte für Abrüstungsfragen C. Warnke. Daraus lassen sich Schlüsse ziehen über die jeweilige fortwährende Zusammensetzung seit dem Jahr 1980.

Die Einflußnahme David Rokkefellers auf das politische Geschehen der einzelnen Staaten durch die Trilaterale Commission läßt sich nachweisen. Das französische Staatsoberhaupt, Präsident Valéry Giscard, wechselte 1976 den Premierminister Jacques Chirac gegen das Mitglied der Trilateralen Raymond Barre aus. Bundeskanzler Schmidt ersetzte in seiner Regierung Arbeitsminister Arendt von der SPD durch Herbert Ehrenberg.

Die Konferenz von Rambouillet im Jahr 1975 bestätigte lediglich dasjenige, welches die Trilateralen am 23. Oktober 1973 bereits in Tokio bestimmten und David Rockefeller so ausdrückte: »Es gibt keine andere Alternative, als daß die Nationen gemeinsam drangehen, die Schwierigkeiten in einer interdependenten (gegenseitig sich stützende) Welt zu lösen ... international wirksame Organe« zu schaffen, weil man »beunruhigt« war über »die wachsende Konkurrenz zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und Japan«.

Steuerprivilegien für multinationale Unternehmen

1975 tagte die Trilaterale erneut in Tokio. Tagungsthema war: Die Regierungsunfähigkeit der Demokratien. Crozier, Huntinton und Watanulie befaßte sich in ihrer bei New York University Presse herausgegebenen Publikation »The Crisis of Democracy« damit und stellen als Ergebnis heraus, daß »richtig eingewiesene Regierungen vor allen Bemühungen seitens ihrer Völker oder Presse sie zu stören, bewahrt werden müssen.«

In der Studie heißt es – aufgezeigt am Beispiel des Präsidenten der USA – dann weiter: »Ist er einmal gewählt, so hat das Wahlkomitee seine Aufgabe erfüllt. Einen Tag nach der erfolgreichen Wahl ist der Umfang der Wahlmehrheit bereits fast – wenn nicht vollständig – irrelevant bezüglich seiner Fähigkeit, das Land zu regieren. Was dann noch zählt, ist allein seine Fähigkeit, Unterstützung von den Führern der Schlüsselinstitutionen in der Gesellschaft und in der Regierung zu mobilisieren.«

Nachdem in der Bundesrepublik Friedrichs als Wirtschaftsminister durch den Grafen Lambsdorff ersetzt war, konnte dessen mit der Trilateralen übereinstimmende Maxime in Angriff genommen werden: »Höhere Besteuerung der Mittelklasse unter Beibehaltung von Steuerprivilegien multinationaler Unternehmen und Stiftungen zur Förderung des Welthandels.«

Eine die Weltöffentlichkeit bewegende Angelegenheit, hinter der das Kräftespiel Rockefellers mit Einsatz der Trilateralen wirkte, war der Sturz des Schahs im Jahre 1979. In den Presseberichten trat es mehr oder weniger verschleiert in Erscheinung.

»Washington Post« berichtete am 10. Januar 1979, der Nationale Sicherheitsberater des Prä-

Geheime Gesellschaften der Mächtigen

sidenten Carter, Zbigniew Brzezinski (Direktor der Trilateralen Commission) habe den ehemaligen Unterstaatssekretär Georg W. Ball veranlaßt, eine Studie über die amerikanischen politischen Möglichkeiten im Persischen Golf zu erarbeiten. Deren Ergebnis war, den Schah zu ermutigen, abzutreten.

Die einflußreiche »New York Times«, deren Herausgeber Sulzberger und redaktionelle Schlüsselpositionen innehabende Redakteure Mitglieder des CFR sind, hatte bereits am 1. Januar 1979 publiziert, Ball habe darauf gedrängt, den Schah zur Abdankung »anzustacheln«. Dem war am 16. Dezember 1978 vorausgegangen, Mohamed Reza Pahlewi möge seine Militärregierung durch eine zivile Koalition ersetzen.

In der Ausgabe vom 12. Januar 1979 hieß es, Ball habe bereits im November 1978 dieses »anempfohlen«, dem dann der Schah einige Wochen später nachkam. Er tat dies nicht ohne Widerstand, denn das mit Rokkefeller und CFR verbundene Wochenmagazin »Time« hielt es für erforderlich, in der Ausgabe vom 5. Februar 1979 zu publizieren, »der Schah behauptet, Washington versuchte, seine Abdankung zu erzwingen, falls er sich weigern würde, abzutreten, und daß man der CIA den Befehl gegeben hatte, ihn zu unterminieren.«

Kontakt mit den Gegnern des Schahs

Zu einem früheren Zeitpunkt hatte sich Pahlewi bereits darüber beklagt, daß der CIA seit 15 Jahren Beziehungen zu seiner Gegnerschaft unterhalte, dadurch Einfluß gewinne auf einen jeden, der ihn stürzen möchte.

Nach seiner Exilierung erzählte er dem ägyptischen Präsidenten Sadat, die Amerikaner hätten das persische Militär vor einer Machtübernahme zur Unterstützung des Schahs gewarnt; bei einem solchen Vorgehen würde jegliche Unterstützung und Nachschublieferung unterbunden. Von dieser Warnung hätte die USA Khomeini in Paris durch »offizielle Kanäle« unterrichtet und damit dessen »triumphale« Rückkehr nach dem Iran veranlaßt. Der Schah bezog sich hierbei auf die Tätigkeit des amerikanischen Generalmajors Robert Ernest Huyser.

Dem allen ging voraus, daß der US-Boschafter im Iran, William H. Sullivan, schon Anfang 1978 eine Verbindung aufnahm zu den Gegnern des Schahs. Sullivan, ehemaliger Mitarbeiter Kissingers und von diesem für den Botschafterposten erwählt, handelte in Kissingers Auftrag, der, wenn auch nicht mehr in offiziellem Amt und Würden im Hintergrund stehend, die beherrschende Persönlichkeit der Trilateralen Commission genannt werden darf, damit über deren Direktor Brzezinski stehend.

Brzezinski nun hatte entgegen allen diplomatischen Gepflogenheiten den stellvertretenden NATO-Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, Huyser, nach Teheran zu Gesprächen mit den persischen Militärs gesandt, an Stelle eines hohen Offiziers des Pentagons. Dahinter stand wiederum Kissinger, dessen Schützling der damalige NATO-Kommandierende Haig war und Huyser, – wie amerikanische Beurteiler der Vorgänge es ansahen – »ein wichtiges Glied in David Rockefellers persönlicher Kommando-Kette ist.«

Huyser traf am 5. Januar 1979 in Teheran ein und stellte dem iranischen Generalstab das Mißlingen eines beabsichtigten Putsches vor Augen. Eine Unterstützung durch die USA fände nicht statt, so, wie das bereits dem persischen Offizierskorps gegenüber zum Ausdruck gebracht worden war von den in Persien anwesenden 175 militärischen und 400 technischen Beratern.

Bezeichnend war am 19. Januar 1979 dazu in »New York Times« zu lesen: »Iranische Generäle sind geneigt, auf den Rat des Generals Huyser und anderer zu hören, wegen deren langen Verflechtung mit den persischen Streitkräften und hinsichtlich deren Ausbildung und Bewaffnung.«

Huyser hielt sich bis zur Rückkehr Ayatollah Khomeinis nach Persien in Teheran auf. Datiert vom 7. Februar 1979 erhielt der General ein Würdigungsschreiben des Präsidenten Carter wegen seiner erfolgreichen Durchführung der persischen Mission.

Preise für Energie künstlich erhöhen

In seiner Eigenschaft als Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten unter Präsident Nixon hatte Henry Kissinger bereits erklärt, durch die Kontrolle der Energie und auch des Erdöls »hat man Nationen und ihre Finanzsysteme im Griff«! Das Eingreifen der Trilateralen Commission in die Vorgänge zum Sturz des Schahs geschah folgerichtig für den weiteren Fortgang dessen, was die »Brüder des Schattens« erstreben. Für sie ist die Einrichtung einer solchen Organisation das zeitgemäß gegebene Instrument zur Durchsetzung ihres Zieles einer angloamerikanischen Welthegemonie ihrer Vorstellung. Die iranischen Vorgänge können dafür als besonderes Beispiel genommen werden. Sie müssen dazu unter einem besonderen Auspizium betrachtet werden.



Vetter und Schmidt, beides Mitglieder der Rockefeller-Maffia. Arbeiten sie für die deutschen oder anglo-amerikanischen Interessen?

Im Jahre 1978 gab die Trilaterale ihren 17. Geschäftsbericht heraus: Energy-Managing The Transition, zusammengestellt von Professor für Atomenergie an der Universität Tokio, Keichi Oshima, dem Präsidenten der New Yorker Universität, John C. Sawhill und Hanns W. Maul, einem der europäischen Sekretäre der Commission.

Die Ausarbeitung forderte mit verblüffender Offenheit, die Preise für Energie künstlich über die Weltmarktpreise zu erhöhen.

Es hieß dazu, auch das sei eine der Aufgaben der Trilateralen Energie-Politik. Eine gradweise Steigerung der Energiepreise in den trilateralen Ländern bedeute ein geringeres Wirtschaftswachstum, als es andernseits der Fall wäre.

Die historische Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und Energiebedarf müsse fortlaufend verändert werden durch eine Erhöhung des tatsächlichen Energiepreises. Um diesen über Weltmarktniveau zu halten, fordert daher die Trilaterale Commission eine Auferlegung neuer Steuern: »Es ist angemessen, für die Trilateralen Länder verschiedene Mechanismen für Preissteigerungen in Betracht zu ziehen. Wir nötigen daher die Trilateralen Regierungen ihre Steuergefüge zu überprüfen und spezifische Energiesteuern einzuführen. Anerkennend, daß dadurch ein wirtschaftliches Wachstum und die Möglichkeit auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, zurückgehen.«

Bemerkenswert war der Zusatz: »Die Trilateralen Regierungen sollten, als Teil einer allumfassenden Energie-Vereinbarung, den Ratschlag befolgen, Kapital und technischen Beistand für die Sowjets vorzusehen.«

Politische Weichenstellung auf lange Sicht

Dagegen könnte argumentiert werden, diese Maßnahmen der Trilateralen seien durch die arabischen ölexportierenden Länder und deren Preisstrategie ausgelöst. Die Wirklichkeit ist eine andere und damit hängt der Machtwechsel in Persien zusammen.

»Harper's Magazin« publizierte in der Maiausgabe von 1978 einen Artikel des Redakteurs Lewis H. Lapham überschrieben: Die arabische Öl-Seifenblase. Er beseitigte die Mythe eines allmächtigen OPEC-Ölkartells und bewies die Kontrolle des Erdöl-Marktes durch die internationalen Bankiers und deren Verbündete.

Veröffentlicht eine solche Zeitschrift derartiges, darf es nicht als ein »Angriff« gegen die Hochfinanz und deren Ölgesellschaften angesehen werden. Es verbirgt sich dahinter – wegen der Abhängigkeit des Magazins von den gleichen Kräftegruppierungen und damit vom CFR – eine politische Weichenstellung auf lange Sicht. In diesem besonderen Fall: eine zukünftige Präsidentschaft Reagans, denn noch immer werden seit 1912 die amerikanischen Präsidenten gleich welcher Parteirichtung durch den CFR »bestimmt«.

»Harper's Magazine« gehört dem Medienkonzern von John Cowles. Mit David Rockefeller ist er nicht nur durch finanzielle Interessen verbündet, sondern auch durch seine Mitgliedschaft beim von der Rockefeller-Stiftung mitbegründeten National Policy Board of American Assembly und beim beratenden Ausschuß der amerikanischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, außerdem ist Cowles Beiratsangehöriger der Ford-Stiftung und der von Carnegie veranlaßten Internationalen Friedensgesellschaften.

Cowles beherrscht Wirtschaftszeitschriften, Zeitungen »Minneapolis Star & Tribune«, »Des Moines Register«, Fernsehsender über die Firma Cowles Communications und zusammen mit seinem Bruder Gardner die bedeutende Verlagsbuchhandlung Harper & Row. Sein Beauftragter ist Cass Canfield, dessen Tochter John Cowles heiratete.

Bruder Gardner gehört ebenso wie John und Cansfield dem CFR an. Gardner ist außerdem noch im Komitee für die Atlantische Union. Derartige Verquikkungen mit David Rockefeller – Nelson brauchte bei seinen Bemühungen um ein politisches Amt für Fernsehsendungen bei Cowles Communications nicht zu bezahlen – lassen erkennen, daß Artikel, wie jener von Lapham, keine »Zufälligkeiten« sind, sondern bewußte Absichten verfolgen für eine sich mitunter erst sehr viel später herausstellende Meinungsmanipulation der Öffentlichkeit.

Gewinne aus Preissteigerungen

Lapham publizierte ein Interview mit einem in internationale Erdöl- und Erdgas-Zusammenhänge Einblick habenden Investment-Bankier. »Vertraulich« sagte ihm dieser, würde er offiziell gefragt, bliebe ihm keine andere Wahl, als zu sagen: Ja, mein Herr, wir stecken in einer schrecklichen Energiekrise und die Araber sind ein entsetzliches Volk.

Inoffiziell könne er aber nur bestätigen, es gäbe keine solche Krise und die Araber erwiesen uns einen Dienst. Nach Lapham sind die Profitierenden internationale Ölgesellschaften, Banken, Berater, Energie-Spezialisten und der Kunstmarkt, an dem die Rockefellers mit privaten Mitteln erheblich beteiligt seien.

Das Interesse der Ölmultis an den Preissteigerungen, die von den Trilateralen den Regierungen »aufgedrungen« wurden, beleuchtete eine Meldung des »Washington Star« vom 22. Februar 1979. Es hieß da, der Welt größter Erdöl-Konzern Exxon (David Rockefeller) habe versucht, ein Weltbank-Vorhaben zu verhindern, welches beabsichtigte, in weniger entwickelten Ländern die Gas-und Erdölforschung zu finanzieren, für eine Erhöhung der bekannten Reserven und Stabilisierung der Endverbraucherpreise.

In das Gesamtbild fügt sich das durchtrieben eingefädelte System der Erdölindustrie ein und damit der Hochfinanz, ihre Gewinne aus den künstlich herbeigeführten Preissteigerungen steuerfrei zu erhalten.

Nach einem Bericht des »Washington Star« besprachen Steuerfachleute der Carter-Regierung mit chinesischen Delegierten die Möglichkeit, den amerikanischen Ölkonzernen chinesische Steuern aufzuerlegen, die die Einkünfte der US-Regierung zwar einschränken, dafür aber die Endverbraucherpreise erhöhen. Dahinter verbarg sich, daß den amerikanischen Ölgesellschaften, die in China Konzessionen zur Erdölausbeute erhielten, Steuererleichterungen in den USA zugesagt wurden.

Die Zeitung berichtete dazu: »Dieser Kredit verringert die Erträge der US-Regierung, indem den Ölgesellschaften erlaubt wird, um ausländische Steuern nachzusuchen gegen US-Verbindlichkeiten und indirekt die Verbraucherpreise zu beeinflussen.«

Rot-China kennt keine Einkommensteuer. Dessen Delegation führte die Besprechungen im Auftrag der Exxon, Pennzoil, Union und Philips, mit der Absicht, falls China keine Steuern bei den amerikanischen Gesellschaften für das ausgebeutete Erdöl erhebt, dann könnten alle Kosten für das chinesische Erdöl dafür verwendet werden, die anfallenden Betriebskosten bei den US-Firmen damit abzudecken, anstelle eines Steuerkredits. Die Verhandlungen, so kompliziert wie sich das auch darbietet, galten dem Zweck, die amerikanischen internationalen Erdölgesellschaften von der Einkommensteuer zu befreien.

Mit dem Sturz des Schah verband David Rockefeller noch ein persönliches Geschäftsinteresse. Richtiger: eine persönliche Machtsteigerung.

Nach der Verherrlichung der Untergang des Antichrist

Durch die Jahrhunderte strebten die »Brüder des Schattens« ihrem die Menschheit nicht nur beherrschen-, sondern auch verführenwollendem Scheinsieg entgegen, von dem Wladimir Solojew in »Kurze Erzählung vom Antichrist« in seherischer Voraussicht schrieb. Er endete damit, daß die Juden indessen nach Jerusalem eilten »und flehten den Gott Israels in Furcht und Zittern um Rettung an. Als die Heilige Stadt ihnen schon vor Augen war, tat sich der Himmel auf in einem großen Blitz, der schien vom Anfang bis zum Niedergang, und sie erblickten Christus, der in königlichem Gewande zu ihnen herabkam, mit den Nägelmalen an den ausgebreiteten Händen. Zur gleichen Zeit bewegte sich vom Sinai zum Zion die Schar von Petrus, Johannes und Paulus geführten Christen, und von allen Seiten stießen andere freudig bewegte Scharen zu ihnen: das waren alle vom Antichrist getöteten Juden und Christen. Sie waren wieder lebendig geworden und begannen für tausend Jahre mit Christo zu herrschen.

Damit wolle Vater Pansofy seine Erzählung beenden, die ja nicht die allgemeine Katastrophe des Weltenbaues zum Gegenstand hatte, sondern nur das Ende unseres historischen Prozesses, das aus dem Auftreten, der Verherrlichung und dem Untergang des Antichrist besteht.« □

Heinz Pfeifer »Brüder des Schattens – Versuch einer Hintergrundanalyse zur Weltpolitik«, erschienen im Roland Uebersax Verlag, Postfach 334, CH–8025 Zürich.

Luzifers fünfte Kolonne

Des Griffin

Politik- und Religionsphilosophen wissen schon lange, daß der wirksamste Weg, einen Menschen zu unterwerfen, die Unterwerfung seines Geistes ist. Daher spielt im Kampf um die Weltherrschaft das Erziehungssystem die entscheidende Rolle. Die Führer der Illumination erkannten sehr früh, daß der Erfolg ihres Plan, die Welt zu erobern und zu beherrschen, von der Kontrollgewalt über die Schulen, Colleges und Universitäten abhing. Darüber hinaus waren sie sich der Notwendigkeit bewußt, Zeitungen, Zeitschriften und Verlage zu infiltrieren und kräftig zu beeinflussen. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und andere traditionell freiheitsliebende Nationen wurden zwecks Spezialbehandlung in dieser Hinsicht aufs Korn genommen.

Lady Queensborough schrieb vor etwa fünfzig Jahren: »Ein positiver Geist kann nicht kontrolliert werden. Wenn man eine okkulte Herrschaft errichten will, muß man den Geist der Menschen passiv und negativ ausrichten. Ein bewußt auf ein genau ins Auge gefaßtes Ziel hinarbeitender Geist ist eine Macht und kann als solche einer anderen Macht – zu gutem oder bösem Zweck – trotzen. Das Streben nach Weltherrschaft kann allein durch die Aufdekkung dieses Prinzips verurteilt werden; da das Prinzip leider unentdeckt blieb, bleibt jenes Streben ohne Gegnerschaft. Zerstörung, Materialismus, Täuschung – dies sind Albert Pikes drei Ziele. Sie scheinen die heutige Welt zu regieren.«

Albert Pike, ein Genie des Bösen, führte zusammen mit Guiseppe Mazzini dem italienischen Revolutionsführer, nach dem Tode Adam Weishaupt den Illuminaten-Orden.

So ist reinster Illuminismus

Um die Jahrhundertwende war einer der verachtesten Namen Amerikas der Name Rockefeller. Der alte John D. Rockefeller hatte diesen Ruf mit unerhörter Schläue, Falschheit und Gier erworben. Sein Name war ein Synonym für skrupellose Ausbeutung. Er sagte oft: »Konkurrenz ist Sünde.«



Präsident Wilson und Colonel House, 1917: Sozialismus, wie er von Karl Marx erträumt wurde, führte zur Plünderung der Vereinigten Staaten.

In einem Versuch, sein Image – nicht seinen Charakter – zu verbessern, heuerte John D. mit Ivy Lee einen der führenden amerikanischen Werbefachleute an. Auf dessen Vorschlag trug Mr. Standard Oil von nun an immer eine Handvoll 10-Cent-Stücke mit sich herum, um sie an Kinder zu verteilen, wenn er einmal – was selten genug vorkam – in der Öffentlichkeit auftrat.

Teil des Programmes zur Verbesserung seines Images war die Gründung einer Reihe von Stiftungen und Konzernen. Nach außen wurden sie der Öffentlichkeit als ein Versuch Rockefellers präsentiert, das Los des amerikanischen Volkes durch die Finanzierung von Forschungsprojekten auf erzieherischem medizinischem und religiösem Gebiet zu erleichtern. Aber bei John D.'s zutiefst verschwörerischer Natur gab es dabei natürlich immer einen Haken.

Ziel ist Beeinflussung der Schulen

Gary Allen schreibt in seinem Bestseller »Die Rockefeller-Papiere«: »Er hatte noch etwas im Hinterkopf, das dem alten Machiavelli mehr entsprach. Er wollte sein Geld an Stiftungen ›verschenken‹, die seiner Kontrolle unterstanden, und dann sollten diese Stiftungen das Geld wieder auf eine Art und Weise ausgeben, die dem Rockefeller-Imperium noch mehr Macht und Gewinn verschaffte. Das ›verschenkte‹ Geld sollte sozusagen Brot sein, das als Köder ins Wasser geworfen wurde. Brot mit einem Haken darin. John D. Junior entwickelte dafür später den ›Grundsatz des wissenschaftlichen Schenkens‹.«

Diese Tatsache trat ganz deutlich zutage, als Rockefeller sich auf dem Erziehungssektor zu engagieren begann. John D. stellte Fred Gates ein, der vorher als Repräsentant des Pillsbury Mehlunternehmens unerhört erfolgreich gewesen war und der nun das Rockefellersche »General Education Board« organisieren sollte. Der wirkliche Zweck dieser Einrichtung war nicht, wie man glauben machen wollte, eine Erhöhung des Standards des amerikanischen Erziehungswesen zum Nutzen der Nation.

Wie bei Clinton Roosevelt und Albert Pike traten die eigentlichen Absichten der neuen Institution in ihrer ersten Veröffentlichung zutage. Sie folgten einem Muster, das mehr als hundert Jahre zuvor von Adam Weishaupt niedergelegt wurde, als er schrieb: »Es ist notwendig, das gemeine Volk für unseren Orden zu gewinnen. Das beste Mittel zur Erreichung dieses Ziels ist die Beeinflussung der Schulen.«

Es ist fast unmöglich, die Bestrebungen der Weishauptschen Verschwörung auf dem Feld der Erziehungspolitik präziser auszudrücken, als das im »Gelegenheitsbrief Nr. 1« des Rockefellerschen »General Education Board« im Jahre 1904 geschah. Es heißt dort:

»In unseren Träumen habe wir unbegrenzte Mittel, und die Leute fügen sich mit völliger Hingabe unseren formenden Händen. Die gegenwärtigen Erziehungs-Konventionen entschwinden ihren Geistern und, ungehindert durch Tradition, breiten wir unseren guten Willen über ein dankbares und ansprechendes ländliches Volk. Wir werden nicht versuchen, diese Leute oder eines ihrer Kinder zu Philosophen oder zu Menschen der Lehre oder Männer der Wissenschaft zu machen. Wir haben aus ihnen nicht Autoren, Publizisten, Dichter oder Männer der Schrift zu ziehen. Wir werden weder nach werdenden großen Künstlern, Malern und Musikern suchen, noch nach Anwälten, Doktoren, Predigern, Politikern, Staatsmännern, von welchen wir über ein großes Potential verfügen. Die Aufgabe vor uns wird eine sehr einfache und ebenso schöne sein, diese Leute so, wie wir sie vorfinden, für ein vollkommen ideales Leben dort, wo sie sind, auszubilden. Wir werden daher unsere Kinder organisieren und sie lehren, was ihre Väter und Mütter

auf perfekte Weise tun, in ihren Heimen, den Geschäften und auf den Farmen perfekt zu tun.«

Vervollkommnung des menschlichen Lebens

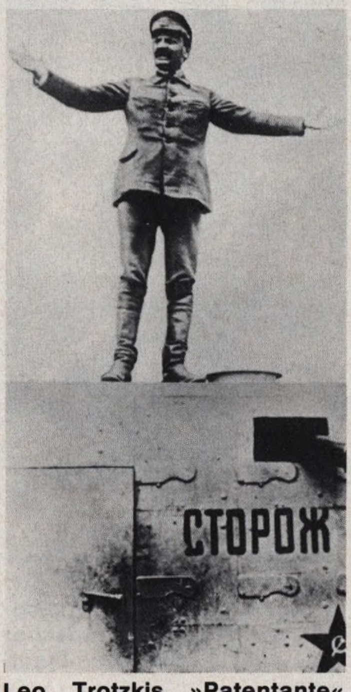
Alle wesentlichen Elemente von Weishaupts Illuminismus finden sich in diesem Brief. Zunächst die Pose der Menschenfreundlichkeit; dann die Absicht, die Leute einer Gehirnwäsche zu unterziehen – sie zu »formen«; drittens die Ausmerzung von Tradition, Wissenschaft und echtem Lernen; viertens der diktatorische Anspruch; fünftens der Plan, die Bauern in ein Kastensystem einzuteilen – »wie wir sie vorfinden«; sechstens der Plan, die nationale Intelligenz auf den kleinsten gemeinsamen Nenner hinabzudrücken und den Einfluß des Elternhauses zu zerstören; siebtens die völlige Verachtung der Bauern; achtens das Element der Subversion und des Un-Amerikanismus – die erklärte Absicht, anerkannte Sitten und Gebräuche über Bord zu werfen für die Rockefellerschen Bestrebungen; und schließlich der »Perfektionismus«, die »Vervollkommnung des menschlichen Lebens«, die auch Weishaupts vorgebliches Ziel war.

Der korrumpierende Einfluß, den die Rockefeller-Stiftungen auf das amerikanische Schulsystem hatten, ist ausführlich dokumentiert. Als ein Untersuchungsausschuß des Kongresses unter Vorsitz von Carroll Reece aus Tennessee versuchte, den Aktivitäten der Stiftungen offen nachzugehen, stieß er bei allen einflußreichen Stellen in Washington auf unüberwindlichen Widerstand und mußte aufgelöst werden.

Vier Jahre darauf schrieb der Generalanwalt des Ausschusses, René A. Wormser, ein höchst aufschlußreiches Buch über das Thema »Macht und Einfluß von Stiftungen«. Nach seinen Worten führen die von dem Ausschuß zutage geförderten Fakten »zu dem Schluß, daß es unter einigen führenden Erziehern in den Vereinigten Staaten in der Tat so etwas wie eine echte Verschwörung mit dem Ziel gibt, über unser Schulsystem den Sozialismus einzuführen. Über die Jahre entstand ein sehr mächtiges Netzwerk von Stiftungen mit ihren verbündeten Organisationen, daß das Erziehungswesen in hohem Maße kontrollierte. Teil dieses Netzwerkes und in letzter Instanz verantwortlich sind die Rockefeller- und Carnegie-Stiftungen.«

»Eine Welt«-Sozialisten

Rockefeller und seine »Verbündeten« wußten, daß die Kontrolle des Schulsystems nur über die Kontrolle der Lehrerausbildung möglich war. Das wurde erreicht, indem an die führenden Universitäten Subventionen mit dem angeblichen Zweck ausgeschüttet wurden, ihr Wachstum und ihre Entwicklung zu fördern. Aber nach Rockefellers Prinzip der wissenschaftlichen Zuwendungen enthielt jede Subvention einen Haken. Rockefellers Strohmänner erschienen immer im Vorstand der »unterstützten« Institution, was ihnen natürlich einen großen Einfluß auf den Gang der Entwicklung einräumte.



Leo Trotzkis »Patentante« war Woodrow Wilson. Er stellte den amerikanischen Paß mit russischem Visum aus.

Der »fortschrittliche« Erzieher John Dewey war eine führende Figur in ihren Gesamtplanungen. Er wurde als Vorsteher des Teacher College der Columbia Universität bekannt und war später der einflußreichste Mann im amerikanischen Erziehungswesen. 1919 gründete er mit Rockefeller-Mitteln den »Fortschrittlichen Erziehungsverbund«, um die Ideen seiner Meister zu verbreiten. Nach einiger Zeit schlossen sich Ruggs, Counts, Kilpatrick und andere »Eine Welt«-Sozialisten Dewey an. Es gelang ihnen, sich in einflußreichen Positionen einzunisten, und sie begannen, das Erziehungssystem als Mittel für die Erreichung ihrer politischen Ziele zu benutzen.

In ihren Schriften und Reden machten sie keinen Hehl daraus, daß es ihr Hauptbestreben war, die amerikanische Nation wie eine Herde dummer, ahnungsloser Schafe – nach dem Vorbild des Rattenfängers von Hameln – in eine sozialistische »Eine Welt«-Utopie zu führen, in der sie, wie das in jedem Märchen der Fall ist, »glücklich und zufrieden leben bis zu ihrem Tod«.

In dem 1934 von der Amerikanischen Historischen Vereinigung veröffentlichten und von der Carnegie-Stiftung geförderten Erziehungsbericht schrieb Counts: »Das Zeitalter des Individualismus und des laissez-faire in Wirtschaft und Regierung geht zu Ende, und eine neue Ära des Kollektivismus zieht herauf.«

In einem Artikel in der »New Republic« vom 29. Juli 1936 schrieb der führende britische Sozialist Harold Iaski: »Wenn man seine sorgfältig neutral gehaltene Formulierung beiseite läßt, entpuppt sich der Bericht als ein Erziehungsprogramm für ein sozialistisches Amerika.«

Counts und seine Freunde leugneten das nie ab. Sie sagten, zur Erreichung ihres Zieles seien grundlegende »Änderungen unserer Ideale« notwendig.

Wie ändert man die Ideale einer Nation?

Man braucht lediglich zu verändern, was in Schulen, Colleges und Universitäten, in Kirchen und Massenmedien gelehrt wird.

Also wurden die grundlegendsten Lehrbücher ausgemerzt oder umgeschrieben. Viele neue Lehrbücher tauchten in den Klassenzimmern auf – alle mit dem Zweck, traditionelle Werte zu unterminieren und den Studenten vermittels dieser Gehirnwäsche den Sozialismus nahezubringen, durch den »der große Bruder« (die Regierung) praktisch jede Phase des Lebens der Bürger beeinflussen oder kontrollieren konnte.

Die Schlacht um den Geist der Jugend hatte begonnen, und die Sozialisten setzten in ihrem blitzkriegartigen Überfall alle Mittel des totalen Krieges ein. Von Linken infiltrierte Zeitungen, Zeitschriften und Radiosender machten sich die sozialistische Sache zu eigen und unterwarfen die Öffentlichkeit einem subtilen Propaganda-Bombardement, um »die Schaffung eines neuen gesellschaftlichen Bewußtseins« voranzutreiben.

Zunächst erhoben diejenigen, die wach genug waren, um zu erkennen, daß etwas völlig schief lief, lauten Einspruch. Die »fortschrittlichen« Erzieher änderten ihre Taktik: ihre Attacken wurden nicht mehr offen vorgetragen, sondern nur noch angedeutet, wodurch sie viel schwerer zu entdecken waren, wenn man nicht jedes Wort analysierte und abwog. Aus nationbildenden Institutionen, Säulen einer von Grund auf gesunden Gesellschaft, wurden die Schul- und College-Systeme zu etwas umgeformt, das man zu Recht »Brutkästen der Degeneration« genannt hat.

Admiral Hyman Rickover faßte 1959 die Entwicklung mit den folgenden treffenden Worten zusammen: »Amerika erntet jetzt die Folgen der Zerstörung traditioneller Erziehung durch die Experimentalphilosophie der Dewey und Kilpatrick. Deweys Ideen haben zur Abschaffung vieler akademischer Lehrfächer geführt. Der heutige Student erhält daher weder intellektuelle Ausbildung noch das Faktenwissen, die er braucht, um die Welt, in der er lebt, zu verstehen oder um wohlabgewogenen Entscheidungen in seinem Privatleben oder als Bürger zu treffen.«

Die furchtbare Wahrheit der Worte des Admirals sollte uns vollends klarwerden, wenn wir die Gesellschaft, »wie sie ist«, genau betrachten. Die in Rockefellers »Gelegenheitsbrief Nr. 1« genannten Ziele nähern sich der Erfüllung.

Der Weg zur Plünderung der Nation

Zu Beginn dieses Jahrhunderts war die amerikanische Wirtschaft derart dynamisch gewachsen, daß die internationalen Bankiers große Mühe hatten, die Entwicklung unter Kontrolle zu halten. Ihre Macht und ihre Au-

Luzifers fünfte Kolonne

torität wurden in Frage gestellt. Ein Weg mußte gefunden werden, um sicherzustellen, daß sie ihrer Macht nie verlustig gehen könnten. Sie beschlossen, daß »der Weg« die Gründung einer Zentralbank war, die sie selbst besitzen und leiten würden.

Es darf nicht vergessen werden, daß die internationalen Bankierfamilien seit mehr als zweihundert Jahren Europa beherrschten, nachdem es ihnen gelungen war, die Bank »von England« und andere Zentralbanken in Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz zu begründen.

Seit dem »Coup der Coups« von 1815, als sie für einen lächerlich geringen Betrag die Kontrolle über England erkauften, beherrschten die Rothschilds das Bankwesen. Alle ihre Bemühungen, auch den Vereinigten Staaten eine Zentralbank aufzuhalsen, waren fehlgeschlagen, Die US-Verfassung verlieh allein dem Kongreß die Autorität, »Geld zu prägen und seinen Wert zu bestimmen«.

Die künstlich hervorgerufene »Panik von 1907« diente als »Beispiel« für die Unumgänglichkeit einer amerikanischen Zentralbank. Eine riesige Propagandakampagne sollte den Amerikanern diese Idee nahebringen.

Einige der führenden amerikanischen Bankiers schienen gegen diesen Plan zu sein, aber das war nur eine List. William McAdoo, Außenminister und Schwiegersohn Präsident Wilsons, sprach mit den »Gegnern« einer Zentralbank: »Diese Gespräche mit Bankiers führten mich zu einer interessanten Schlußfolgerung. Nach und nach lichtete sich der Nebel der Widersprüche, und es wurde mir klar, daß die Finanzwelt durchaus nicht so sehr gegen den Gesetzentwurf war, wie es den Anschein hatte.«

Das Federal Reserve System entstand mit der Verabschiedung des Bundesrücklagengesetzes durch das Repräsentantenhaus und den Senat Ende September 1913. Mit diesem Gesetz erhielten die Bankiers das Privileg zugesprochen, Geld ohne Gegenwert zu schaffen und es der amerikanischen Regierung gegen Zinsen zu leihen. Der Weg für die Plünderung der amerikanischen Nation durch die internationalen Finanzhaie war frei.

Es spielt keine Rolle, wer die Gesetze macht

Etwa in dieser Zeit betrat der geheimnisvolle »Colonel« Edward Mandell House die politische Szenerie. Er war ein Agent der Internationalisten. Präsident Wilson sagte von ihm: »Mr. House ist mein zweites Ich. Er ist mein unabhängiges Selbst. Seine und meine Gedanken sind eins. Wäre ich an seiner Stelle, würde ich so handeln, wie er sagt.«

Im Herbst 1912, unmittelbar nach Wilsons erstem Wahlsieg, erschien anonym ein Buch mit dem Titel »Philip Dru – Administrator«. Colonel House war der Autor.

In dem Buch erläuterte House Pläne für eine Zentralbank, Einkommensteuer und für einen »Sozialismus, wie er von Karl Marx erträumt wurde«. Es steht außer Frage, daß »Sozialismus« und »Kommunismus« die Begriffe sind, die von den Illuministen verwendet werden, um den entscheidenden Schritt zu tun zur Eroberung der Welt.

In den vergangenen Jahrhunderten hatten die internationalen Bankiers riesige Vermögen zusammengerafft, indem sie die Kriege der verschiedenen Nationen gegeneinander finanzierten. Es ist geschichtlich erwiesen, daß diese Nationen aufgrund ihrer Kriegsschulden bei den Bankiers geplündert, ausgeraubt und ausgeblutet wurden. Nur eine Gruppe gewann jeden Krieg: die Großbankiers.

»Geben Sie mir die Kontrolle über das Geld, und es spielt keine Rolle, wer die Gesetze macht«, sagte Mayer Amschel Rothschild. Mit der etwa gleichzeitigen Einführung des Federal Reserve Systems und der Einkommensteuer war der Weg frei. Das Konto jedes Amerikaners und die riesigen Bodenschätze der Vereinigten Staaten war von nun an manipulierbar im Rahmen der letzten Schritte zur Erreichung des teuflischen Ziels.

Viele amerikanische Patrioten erkannten die ernsten Gefahren der neuen Regelung. Der konservative Henry Cabot Lodge Sen. sagte, sie ermögliche den Bankiers, »den Goldwert in nicht einlösbarem Papiergeld zu ertränken«.

Charles A. Lindbergh Sen., Vater des berühmten Fliegers, sagte: »Die unsichtbare Regierung der Finanzmacht wird eine Inflation erzeugen, wann immer den Konzernen eine Inflation gelegen kommt.«



Franklin D. Roosevelt gab sich konservativ, verwirklichte aber als amerikanischer Präsident Pläne der Illuminaten.

Aber anscheinend wollte niemand hören. Die Richtigkeit dieser Warnungen wird durch die Tatsachen erhärtet, daß die nationalen Schulden der USA zum Zeitpunkt der Begründung des Federal Reserve System eine Milliarde Dollar betrug. Heute steht die Verschuldung bei über 600 Milliarden Dollar.

Das Geschäft mit dem Ersten Weltkrieg

Was als nächstes geschah, ist eine Demonstration der zunächst betrügerischen Taktiken der Verschwörer und ihrer völligen Verachtung des amerikanischen Volkes. Während Woodrow Wilson für seine Wiederwahl mit dem Slogan warb »Er hielt uns den Krieg vom Leib«, war sein alter ego »Col.« House damit beschäftigt, hinter den Kulissen Vereinbarungen mit England zu treffen, die Amerikas Kriegseintritt sicherten.

Sobald Wilson wiedergewählt war, legten die Insider eine andere Platte auf und begannen, die Idee zu verbreiten, daß der Krieg unvermeidlich sei. Die Versenkung des britischen Munitionsschiffes »Lusitania« wurde hervorgeholt und – ebenso wie der U-Boot-Krieg – zu einer entscheidenden Frage erhoben.

In seinem explosiven Bestseller »The Lusitania« beweist Colin Simpson auf der Grundlage britischer Regierungsunterlagen, daß das berühmte Schiff bereits in der Anfangsphase des Krieges in ein Munitionsschiff umgerüstet wurde, obwohl man das zu jener Zeit und auch noch viele Jahre später heftig verneinte.

Bevor die Lusitania New York am 1. Mai 1915 mit einer großen Ladung hochexplosiven Sprengstoffs an Bord verließ, warnten die deutschen Vertreter in den Vereinigten Staaten potentielle Passagiere immer wieder vor der Gefahr, in die sie sich bringen würden, wenn sie die Reise mitmachten. Als die Passagiere an Bord gingen, wurden die Warnungen mündlich wiederholt.

Sechs Tage später wurde die »schwimmende Bombe« von einem deutschen U-Boot-Torpedo getroffen. Sie sank innerhalb von 20 Minuten. 1201 Menschen, drunter viele Amerikaner, kamen uns Leben.

Die Anwesenheit amerikanischer Staatsbürger auf einem britischen Kriegsschiff war selbstverständlich illegal. Jeder, der die Reise antrat, wußte, welches Risiko er auf sich nahm. In der darauffolgende Propaganda wurden die Deutschen als mörderische Ungeheuer dargestellt, und das Ereignis wurde benutzt, um Amerika in einen Krieg hineinzuziehen, den die Insider scheinheilig als den Krieg bezeichneten, »der allen Kriegen ein Ende machen« würde. Amerika erklärte ihn am 6. April 1917.

Er stellte sich für die Bankiers und ihre Freunde als wahre Goldgrube heraus. Die Kriegsunkosten zwangen die Regierung, von den Bankiers gegen hohe Zinsen Geld zu borgen. Männer wie Bernard Baruch und Eugene Meyer verdienten als Leiter von Schlüsselprojekten Unsummen.

Am 8. Januar 1918 forderte Präsident Wilson vor dem Kongreß die Bildung eines Völkerbundes. Dieser Schachzug hatte ohne Zweifel den Zweck, Amerika von seiner seit George Washington aufrechterhaltenen Isolationspolitik abzubringen. »Colonel« House und seine unsichtbaren Hintermänner waren eifrig an der Arbeit, um den nächsten Schritt in Richtung auf ihr Ziel tun zu können.

Trotzki in Amerika

In dieselbe Zeit fiel ein weiteres historisch bedeutendes Ereignis. Nach seiner Ausweisung aus Frankreich und Spanien traf Leon Trotzki mit seiner Familie an Bord des Dampfers »Monserrat« am 13. Januar 1917 in New York ein. Obwohl nichts davon bekannt ist, daß er eine feste Anstellung hatte, lebten die Trotzkis in einer Luxuswohnung und fuhren in einer chauffierten Limousine herum. Die Quelle seines Wohlstandes blieb eine Zeitlang unbekannt.

Trotzki verließ New York an Bord der »SS. Kristianafjord«, um in Rußland die bolschewistische Phase der Revolution zu organisieren. Als das Schiff am 3. April 1917 in Halifax, Neuschottland, festmachte, wurde Trotzkis Gruppe von kanadischen Beamten auf Anordnung der britischen Admiralität in London festgehalten.

Innerhalb weniger Stunden sahen sich die Kanadier beträchtlichem Druck von hohen Regierungsbeamten in Washington und in London ausgesetzt, die Trotzkis Freilassung erwirken wollten. Offizielle Unterlagen über das Geschehen, die unlängst von der kanadischen Regierung freigegeben wurden, bestätigen, daß die Beamten wußten, das Trotzkis Gruppe »Sozialisten waren, die Amerika verließen, um eine Revolution gegen die derzeitige russische Regierung zu entfesseln.« Trotzki und seine Reisegefährten wurden rasch entlassen.

Sutton vom Hoover Institut der Standfort Universität wirft ein helles Licht auf diese Geschichtsperiode. Über das Hoover Institut hatte er Zugang zu Regierungsunterlagen: »Präsident Woodrow Wilson war die märchenhafte Patentante, die Trotzki mit einem Paß versorgte, damit er die Revolution in Rußland ›vorantreiben‹ konnte. Dieser amerikanische Paß war mit einem russischen Einreisevisum versehen.«

Im April 1917 reisten Lenin und eine Gruppe von 32 russischen Revolutionären per Bahn von der Schweiz über Deutschland und Schweden nach Petrograd in Rußland. Sie wollten sich mit Trotzki treffen, um »die Revolution zu Ende zu führen«. Ihre Reise durch Deutschland war vom deutschen Generalstab gebilligt, ermöglicht und finanziert worden.

Der Kaiser wußte davon nichts. Zu dieser Zeit bekleidete Max Warburg, der Bruder von Paul und Felix Warburg, die bei der Fesselung der amerikanischen Nation durch das Federal Reserve System eine führende Rolle gespielt hatten, einen hohen Posten im deutschen Geheimdienst. Außerdem war er der Vorstand der Rothschild/Warburg-Bank in Frankfurt.

20 Millionen Dollar für den Triumph des Bolschewismus

Lenin und Trotzki vereinigten ihre Kräfte und waren innerhalb von sieben Monate durch List, Korruption und Betrug so weit, daß sie zusätzliche Kriminelle in ausreichender Menge anheuern und dem Staat das Prinzip aufzwingen konnten, das Lenin »alle Macht den Räten« nannte. Die Bolschewiken übernahmen die Kontrolle in einigen Städten, deren wichtigste Petrograd war. Das war Jahre vor der endgültigen Machtübernahme in Rußland durch Lenin.

In seinem Buch »Czarism and the Revolution« schreibt der russische General Arsene De Gulewitsch: »Die Hauptgeldgeber der Revolution waren aber weder verrückte russische Millionäre noch Lenins bewaffnete Banditen. Das ›wirkliche‹ Geld kam hauptsächlich aus gewissen britischen und amerikanischen Kreisen, die schon seit langem die revolutionäre Sache in Rußland unterstützt hatten.«

Die wichtigste Rolle, die der begüterte amerikanische Bankier Jacob Schiff bei den russischen Ereignissen spielte, ist kein Geheimnis mehr. Das wurde im »New York Journal American« vom 3. Februar 1949 bestätigt: »Jacobs Enkel John Schiff schätzt heute, daß sein Großvater ungefähr 20 Millionen Dollar für den endgültigen Triumph des Bolschewismus in Rußland aufwandte.«

Winston Churchill erkannte die wahre Kraft hinter der bolschewistischen Revolution – die Illuminaten: In einem Artikel des »Illustrated Sundy Herald« vom 8. Februar 1920 schreibt er: »Seit den Tagen Spartacus', Weishaupts über Karl Marx, Trotzki, Bela-Kun, Rosa Luxemburg und Emma Goldman ist diese weltweite Verschwörung stetig angewachsen. Sie spielte in der Tragödie der Französischen Revolution eine klare erkennbare Rolle. Sie war die Triebfeder jeder subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts; und jetzt hat diese Gruppe außergewöhnliche Persönlichkeiten aus der Unterwelt der großen Städte Europas und Amerikas das russische Volk am Schopf gepackt und ist praktisch der unbeschränkte Herrscher dieses Riesenreiches geworden.«



Winston Churchill über Illuminaten: »Sie sind die Triebfeder jeder subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts.«

Die Weltwirtschaftskrise und Roosevelt

Während die Bankiers und Industriellen eifrig daran arbeiteten, das tyrannische Sowjetregime aufzubauen, planten sie heimlich die Schröpfung des amerikanischen Volkes. Nach einem Probelauf im Jahre 1920 waren sie für den Zusammenhang von 1929 und die »große Depression« der folgenden Jahre gut gerüstet.

Am 6. Februar traf Montagu Norman, Vorstand der »Bank von England«, in Washington ein, um mit dem amerikanischen Finanzminister Andrew Mellon zu konferieren. Kurz darauf änderte das Federal Reserve System seine Politik des leicht erhältlichen Geldes, die mehr als sechs Jahre lang in Kraft gewesen war, und begann, den Diskontsatz anzuheben.

An die »Aufgeklärten« erging am 9. März 1929 eine rechtzeitige Warnung. Paul Warburg wurde in der »Financial Chronical« wie folgt zitiert: »Wenn Orgien ungezügelter Spekulation zu weit ausgedehnt werden dürfen, ist der endgültige Zusammenbruch sicher.«

In den nächsten sechs Monaten hatten die Eingeweihten Zeit, ihre Aktien zu hohen Preisen zu verkaufen und ihr Geld in Silber und Gold anzulegen.

Als alles vorbereitet war, begannen die New Yorker Geldgeber, den Brokern die Tagesdarlehen zu kündigen. Das hatte zur Folge, daß die Börsenbroker ihre Aktien auf den Markt werfen mußten, um die Kredite zahlen zu können. Dadurch brach natürlich der Aktienmarkt zusammen, was wiederum den Kollaps vieler Banken im ganzen Land nach sich zog, da die nicht der Oligarchie gehörenden Banken fast nur mit Tagesdarlehen arbeiteten und schließen mußten, als der Run auf die Banken ihren Bargeldvorrat sehr bald erschöpft hatte. Das Federal Reserve System kam ihnen nicht zu Hilfe, obwohl es laut Gesetz genötigt war, eine elastische Währung aufrechtzuerhalten.

Der freimütige Vorsitzende des Banken- und Währungsausschusses im Kongreß, Louis T. McFadden, erkannte die Ursache für die große Depression: »Das war kein Zufall. Es war ein sorgfältig geplantes Ereignis. Die internationalen Bankiers legten es darauf an, hier eine allgemeine Verzweiflung zu wecken, aus der sie als die absoluten Herrscher hervorgehen wollten.«

Luzifers fünfte Kolonne

Nach dem Zusammenbruch war das Geschäftsleben ein einziges Chaos. Zehntausende Unternehmen mußten schließen. Millionen Menschen verloren ihren Job und mußten sich in die Essenausgabeschlangen einreihen. Einige Millionäre verloren alles, was sie hatten, und begingen verzweifelt Selbstmord.

1932 gab es eindeutige Anzeichen für eine wesentliche Verbesserung der Lage. Eine Brise der Hoffnung und des Vertrauens zog durchs Land.

Die letzte Phase des illuministischen Plans

Obwohl die wirtschaftlichen Aussichten rosig waren, hatten die Insider andere Pläne mit dem amerikanischen Volk. Während des Präsidentenwahlkampfes von 1932 präsentierte sich Franklin D. Roosevelt den Wählern als außerordentlich konservativ.

Aber bald hörte man überall im Land Gerüchte, daß seine Wahlplattform nicht seinen wirklichen Ansichten entsprach, und daß mit radikalen Änderungen der gesamten Wirtschafts-, Gesellschafts- und Regierungsstruktur zu rechnen sei.

Als Roosevelt im November gewählt war, nahmen diese Gerüchte immer mehr zu. Der gewählte Präsident nahm zu ihnen keine Stellung. Die 1932er Wahl war die letzte, nach der die eigentliche Amtseinführung des Präsidenten erst im folgenden März – statt im Januar – stattfand. Die lange Wartezeit und die wachsende öffentliche Unsicherheit führte zu einer – politisch herbeigeführten – »zweiten Depression«, die eine stark lähmende Wirkung hatte. Die daraus entstehende öffentliche Panik führte zu einem nationalweiten Run auf die Banken, von denen viele schließen mußten, als Roosevelt sein Amt antrat.

Roosevelt kam also in einer ausgeprägten Krisenatmosphäre zur Macht, die er und die hinter ihm stehenden Kräfte vorsätzlich geschaffen hatten. Sofort setzte er die lange erwarteten Veränderungen des gesamten amerikanischen Regierungssystems und des Lebensstils ins Werk.

Bundeskommissionen und Ausführungsbehörden wurde die Macht verliehen, fast jede geschäftliche Transaktion in Amerika nach Belieben zu kontrollieren und ihren Willen mit Zivil- und Strafprozessen durchzudrücken. Verfassungsmäßige Einschränkungen derartiger Autoritätsausübungen wurden weggewischt.

Der Kongreß wurde mehr als je zuvor in der amerikanischen Geschichte ein Werkzeug der Unterwürfigkeit und tat genau, was ihm der Präsident vorschrieb, weil die Krisenatmosphäre, die der Präsident selbst erzeugt hatte, ihn dazu zwang und weil die Fabier und die von ihnen geschulten Politiker, die der Präsident in so vielen Bundesministerien eingesetzt hatte, einen wohldosierten Druck ausübten.

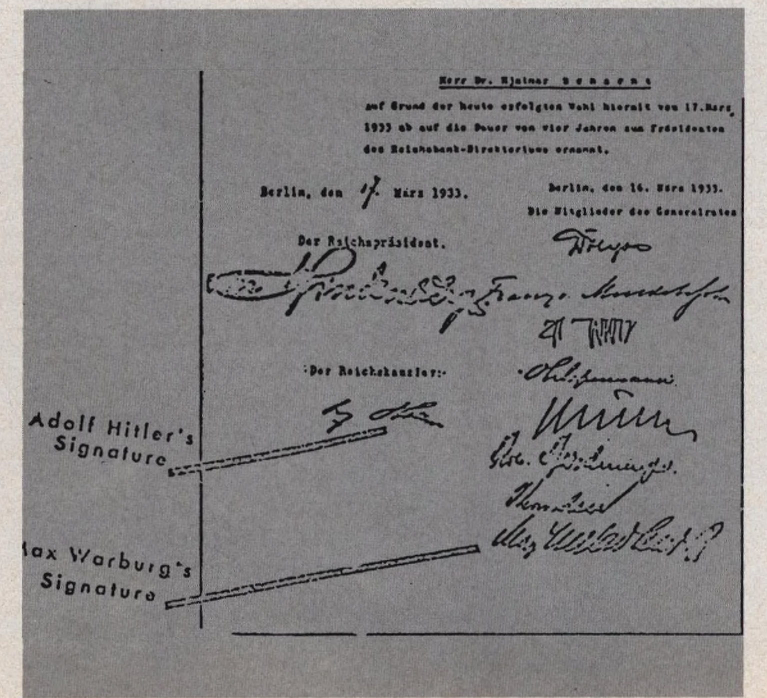
Kurz, die Franklin D. Roosevelt-Administration versuchte, der amerikanischen Nation die letzte Phase von Clinton Roosevelts illuministischem Plan der Zerstörung von Verfassung und Regierung aufzubürden – unter dem Vorwand, eine »neue Gesellschaftsordnung« oder, wie sie es ironisch nannten, einen »New Deal« zu errichten. Sie prägten sofort das Zeichen der Illuminaten auf die amerikanische Währung (die Ein-Dollar-Note), womit sie offen erklärten, das Ziel ihrer Verschwörung, ihren »Novus Ordo Seclorum« oder »New Deal« – erreicht zu haben.

Dieses Zeichen wurde von Weishaupt übernommen, als er den Illuminatenorden am 1. Mai 1776 gründete. Auf dieses Ereignis wird durch die römischen Ziffern MDCCLXXVI am Fuß der Pyramide hingewiesen, nicht auf das Jahr der Unabhängigkeitserklärung, wie Uneingeweihte angenommen haben.

Weiterhin muß man wissen, daß das Zeichen erst nach der Vereinigung der Illuminaten mit den Freimaurern auf dem Wilhelmsbader Kongreß von 1782 für die letzteren Bedeutung erlangte.



Die Ernennung von Hjalmar Schacht zum Präsidenten der Reichsbank. Ein Beweis, wer die wirkliche Macht hinter Hitler war – die internationalen Bankers, vertreten durch Max Warburg, dem Bruder Paul Warburgs.



Herr Dr. Hjalmar Schacht

auf Grund der heute erfolgten Wahl hiermit vom 17. März 1933 ab auf die Dauer von vier Jahren zum Präsidenten des Reichsbank-Direktoriums ernannt.

Berlin, den 17. März 1933.

Der Reichspräsident.

Der Reichskanzler:

Berlin, den 16. März 1933.

Die Mitglieder des Generalrates

Der Zweite Weltkrieg

Als Folge des von den Insidern vorbereiteten Vertrags von Versailles, der nach Lord Curzons Worten »kein Vertrag, sondern lediglich eine Unterbrechung der Feindseligkeiten« war, zogen wieder einmal Kriegswolken über Europa auf.

Zur selben Zeit, als die internationalen Bankiers das wankende kommunistische Regime in Rußland finanziell polsterten, unterschrieben sie zudem auf beiden Seiten des Atlantik Riesenkredite für das neue Regime Adolf Hitlers.

Die fianzielle Unterstützung Hitlers wurde von der Warburg-kontrollierten Mendelsohn-Bank von Amsterdam geregelt. Später übernahm die Henry J. Schroeder-Bank die Firma Sullivan and Cromwell, zu deren Seniorpartnern John Foster Dulles und Allen Dulles gehörten.

Es gibt hinreichende Unterlagen für die These, daß Hitler nicht die Absicht hatte, England anzugreifen und den Krieg mit einer Macht zu beginnen, die er sehr bewunderte.

Der Zweite Weltkrieg wurde in einer Weise ausgefochten, daß die Ziele der Illuminaten näher rückten und die Realität ihren Plänen mehr und mehr entsprach.

Nach Unterzeichnung des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes 1939 überfielen Hitler und Stalin Polen und teilten es unter sich auf.

Jetzt erklärten England und Frankreich – unter dem Druck Roosevelts und der Insider – Deutschland den Krieg. Wohlgemerkt: nur Deutschland, nicht Rußland.

In den folgenden acht Monaten geschah nicht viel. Mit Chamberlain als Premierminister gab es keinen »Schießkrieg« mit Deutschland. Die Chefs der deutschen und der britischen Regierung wußten von den Plänen der internationalen Bankiers, die auf einen weiteren großen Krieg hinausliefen, und bemühten sich, ihn in Verhandlungen zu vermeiden. Hitler wollte Englands Unterstützung für einen direkten Angriff auf die Verschwörer.

Die kontrollierte englische Presse startete eine bittere Kampagne gegen Chamberlain. Die »Drahtzieher« wollten ihn aus dem Weg haben, um einen echten Krieg entfesseln zu können. Das propagandistische Sperrfeuer zwang Chamberlain zum Rücktritt. Unmittelbar nach Churchills Amtsantritt begann der Krieg richtig – mit einem englischen Luftangriff auf Deutschland.

Das Angebot von Hess

Im Jahre darauf sandte das deutsche Oberkommando Rudolf Hess ohne Hitlers Wissen nach England, um über ihn Kontakt mit Lord Hamilton und Churchill aufzunehmen und ihnen das Angebot eines Friedensvertrages zu machen. Die deutschen Generäle versprachen, sich Hitlers zu entledigen und ihre Militärmacht auf die Vernichtung des Kommunismus in Rußland und anderen europäischen Ländern zu konzentrieren. Churchill nahm Hess' Angebot nicht an, sondern ließ diesen bis Kriegsende in England inhaftieren. Noch immer sitzt er im Spandauer Gefängnis.

Nachdem dieser Versuch fehlgeschlagen war, überredeten die deutschen Generäle Hitler zu einem Totalangriff auf Rußland, wobei sie ihn darauf hinwiesen, daß man bis zu Rußlands Unterwerfung nicht vor einem Dolchstoß in den Rücken sicher sein könne.

Unmittelbar nach der deutschen Kriegserklärung an Rußland am 22. Juni 1941 begann die Roosevelt-Administration Milliarden von Dollars als »Leihpacht« nach Rußland zu leiten. Statt Hitler und Stalin einander vernichten zu lassen, wurde das brutale kommunistische Regime unterstützt. Von der amerikanischen Propaganda wurde Stalin »unser nobler Verbündeter« genannt.

Unterdessen zwang die von Roosevelt 1936 begonnene Pazifik-Politik Japan, sich zwischen Krieg und Kapitulation zu entscheiden. Es wählte den Krieg.

Es gibt heute unwiderlegliche Beweise, daß höchste Regierungsmitglieder in Washington von der bevorstehenden Attacke der Japaner auf Pearl Habor wußten. Die Wahrheit ist, daß die wirklichen Mächte in Washington den Krieg mit Japan wollten und alles in ihrer Kraft stehende taten, um die Japaner zu einem Angriff auf die USA zu verleiten.

Einer der führenden amerikanischen Rechtshistoriker erklärte Roosevelts Unwahrhaftigkeit so: »Franklin Roosevelt täuschte das amerikanische Volk vor Pearl Harbor mehrere Male. Bis zum Tag des japanischen Luftangriffs war das Land dem Prinzip der Nichteinmischung im Übermaß verschworen, und ein offener Versuch, das Volk in den Krieg zu führen, wäre hundertprozentig gescheitert und hätte Roosevelts erneute Wiederwahl 1940 unmöglich gemacht – was seine Endziele außer Reichweite gerückt hätte.«

Das amerikanische Volk mußte den Krieg wollen. Der geplante Angriff auf Pearl Harbor, der der Regierungspitze in Washington bekannt war, den Kommandanten von Pearl Harbor von ihr aber nicht mitgeteilt worden war, diente diesem Zweck trefflich.

Es ging um einen langen Krieg und um große Zerstörungen

Obwohl der Krieg angeblich zur Rettung der Demokratie geführt wurde, verhielt es sich in Wahrheit genau umgekehrt. Es gibt genügend dokumentiertes Material dafür, daß der Krieg, speziell in Europa, viel schneller hätte gewonnen werden können, wenn er auf konventionelle Weise weitergeführt worden wäre. Deutschland hätte nach Italiens Kapitulation am 8. September 1943 am »entblößten Unterleib« Europas angegriffen werden können.

Anstatt direkt auf das Herz des Feindes loszugehen, zog das alliierte Oberkommando unter General Eisenhower große Teile der schweren Ausrüstung von der Kriegsfront zurück und begann, die britischen Inseln in eine schwerbewaffnete Festung zu verwandeln.

Die folgenden neun Monate bombardierten die englische und amerikanische Luftwaffe die deutschen Industriezentren. Viele deutsche Städte wurden in Schutt und Asche gelegt. Auf dem Boden fanden sehr wenige Kriegshandlungen statt, obwohl viele der alliierten Kommandeure die politischen Führer drängten, Deutschland massiv von Süden und Westen anzugreifen.

Die wirklichen Kräfte hinter den Kulissen arbeiteten auf Zeit und konzentrierten sich auf zwei Hauptziele – die Zerstörung Deutschlands durch Bombenangriffe und die Stärkung der kommunistischen Kräfte in Rußland. Als diese dank der gigantischen Unterstützung durch amerikanische Lebensmittel und Kriegsmaterial die Oberhand über die Deutschen bekamen, inszenierten die Allierten die Invasion in der Normandie, nach der sie langsam und nur sehr zögernd auf Kerndeutschland vorrückten.

Es ist geschichtlich erwiesen, daß General Eisenhower, der Oberbefehlshaber in Europa, und die hinter ihm stehenden Kräfte in Washington einen Fehler nach dem anderen machten – Fehler, die in jedem Fall zugunsten der Russen ausschlugen. Eisenhower befahl den alliierten Streitkräften, die in Italien eingedrungen waren, den Po nicht zu überschreiten, und eröffnete eine weitere Front in Frankreich. Dieser Zug gab Stalin mehr Zeit, nach Westen zu marschieren, und überließ den ganzen Balkan den Russen, als ihre Truppen so weit vorgerückt waren.

Osteuropa als Geschenk vom US-Präsidenten

Das wichtigste Ereignis des Zweiten Weltkrieges wurde auf der berüchtigten Jalta-Konferenz im Februar 1945 ausgehandelt. Bei diesem Treffen wurde der erste Schritt von Lenins Plan zur Eroberung der Welt Wirklichkeit. Das gesamte Osteuropa wurden den Kommunisten überschrieben. Elf souveräne Nationen wurden mit einem Federstrich in die Sklaverei verkauft.

Die Feder führten der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt mit dem Verräter Alger Hiss an seiner Seite. Drei souveräne Staaten – Estland, Lettland und Litauen – und Teile Polens wurden direkt Rußland zugeschrieben.

Unmittelbar darauf wurden Millionen Bürger jener meist stolzen Nationen in Viehwaggons nach allen Teilen des kommunistischen Imperiums verfrachtet. In einem Akt puren Völkermordes wurden drei Nationalitäten vorsätzlich ausgelöscht. Als Nationen sind Estland, Lettland und Litauen tot – das Todesurteil wurde vom Präsidenten der Vereinigten Staaten unterschrieben. Die restlichen Nationen Osteuropas wurden der Kontrolle kommunistischer Regierungen unterworfen – freie Wahlen wurden nicht einmal vorgetäuscht.

Kurz danach fiel Polen, dessen Eroberung durch das Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg ausgelöst hatte, vollkommen unter kommunistische Herrschaft. So gesehen, waren »Schweiß, Blut und Tränen« sechs Jahre lang umsonst vergossen worden. Aber das ist nicht ganz zutreffend. Denn die Verschwörer hatten ihren Zeitplan eingehalten.

Lenin hatte gesagt: »Zuerst werden wir Osteuropa nehmen.« Auf der Jalta-Konferenz bekam es sein Nachfolger Stalin – als ein Geschenk vom Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Den Korea-Krieg durfte Amerika nicht gewinnen

Jetzt war der nächste Schritt an der Reihe – »die Massen Asiens«. 1945 waren die Kommunisten in China eine verschwindende Minderheit, die nur in einigen wenigen Provinzen Fuß gefaßt hatte. Am Ende des Zweiten Weltkriegs wandte die nationalistische Regierung Chinas, Amerikas treuer Verbündeter im Kampf gegen Japan, sich der Aufgabe zu, China

Luzifers fünfte Kolonne

von den Kommunisten zu befreien.

Wieder sprang die amerikanische Regierung ein, um den Machtzuwachs der Kommunisten zu stärken und Lenins Prophezeiung wahrzumachen. General George C. Marshall, derselbe Mann, der die Kommandeure in Pearl Harbor nicht gewarnt hatte und der einer der Verantwortlichen für den schleppenden Vormarsch der Alliierten nach Deutschland war, erschien nun als der amerikanische Repräsentant in China.

Marshall setzte Tschiang Kaischek, den nationalistischen Führer, unter Druck, um die Rotchinesen an der Regierung zu beteiligen. Als Tschiang das ablehnte, wurde ihm alle amerikanische Unterstützung entzogen. Die Kommunisten wurden weiterhin von Rußland unterstützt. Sie erhielten zudem Zugang zu Riesenvorräten an japanischen Waffen, die von den Amerikanern nach Japans Kapitulation erbeutet worden waren.

Als Folge des amerikanischen Embargos gingen Tschiang der Treibstoff für seine Panzer und die Munition für seine Schußwaffen aus. Seine Armeen wurden langsam zurückgeschlagen. Am 7. Dezember 1949 – dem achten Jahrestag von Pearl Harbor – floh Tschiang mit seiner Regierung nach Formosa.

Jetzt war der Weg frei für den Korea-Krieg – den Krieg, den Amerika nicht gewinnen durfte, den Krieg, in dessen Verlauf der größte amerikanische General des 20. Jahrhunderts, Douglas McArthur, von Präsident Truman unehrenhaft entlassen wurde, weil er keinen Scheinsieg akzeptieren wollte.

Als die chinesischen Kommunisten in den Krieg eintraten, schufen die Lenker der amerikanischen Politik ihnen eine Zufluchtsstätte jenseits des Jalu-Flusses in der Mandschurei, indem sie den amerikanischen Kommandeuren verboten, die dortigen kommunistischen Depots, Stützpunkte und Flughäfen anzugreifen. Regierungsbeamte in Washington beorderten außerdem die Siebente Flotte in die Straße von Formosa, um den Alliierten der Amerikaner, Tsching Kai-schek, daran zu hindern, in seine verlorene Heimat einzudringen. Die amerikanische Regierung lehnte sogar Tschiangs Angebot ab, neben ihren Truppen in Korea zu kämpfen.

Die Enthüllung einiger dieser Fakten durch amerikanische Patrioten während des Korea-Krieges plus die Tätigkeit weniger Untersuchungsausschüsse des Kongresses, die trotz heftiger Opposition von seiten der Liberalen durchgeführt wurden, machte die amerikanische Bevölkerung schließlich doch ein wenig auf die Gefahren des Kommunismus aufmerksam. Der Kommunismus wurde ein zentrales Thema des 1952er Präsidentschaftswahlkampfes.

Eisenhowersche Rhetorik

Eisenhower zog mit kühnen Äußerungen über »Befreiung«, »Zurückschieben des Eisernen Vorhangs« und »Befreiung der unterdrückten Völker« in den Wahlkampf. Als er Präsident wurde, nahmen viele Amerikaner gutgläubig an, daß in der Außenpolitik drastische Veränderungen eintreten und alles bald wieder im richtigen Gleis sein würde.

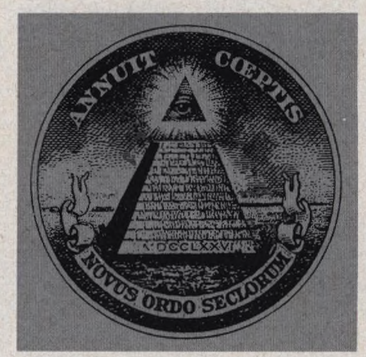
Die Menschen hinter dem Eisernen Vorhang lauschten Eisenhowers Rhetorik – und im Herbst 1956, in Ungarn, handelten sie.

Die Welt blickte nach Amerika in der Erwartung, daß die USA ihr Versprechen einlösen und zur Verpflichtung der Freiheit gegenüber, die sie höher schätzen als alles andere, stehen würden. In diesem kurzen Augenblick hatte die USA die glänzende Gelegenheit, den Eisernen Vorhang zurückzuschieben und die unterjochten Völker gemäß Eisenhowers Wahlversprechen zu befreien.

Die Auflehnung gegen die kommunistische Herrschaft loderte überall in Europa auf. Wäre der ungarische Aufstand erfolgreich gewesen, hätte es zweifellos in fast allen östlichen Satellitenstaaten ähnliche Erhebungen gegeben. Der halbe Kontinent war ein Pulverfaß, das drauf und dran war, Rußland ins Gesicht zu fliegen. Amerikas Solidarität wäre der zündende Funke gewesen.

Amerika antwortete, indem es den Freiheitskämpfern ins Gesicht spuckte und den Schwelbrand mit einem eiskalten Wasserguß löschte. Das amerikanische Außenministerium sandte den Kommunisten folgendes Telegramm: »Die Regierung der Vereinigten Staaten blickt nicht mit Wohlwollen auf Regierungen, die der Sowjetunion benachbart und ihr gegenüber unfreundlich gesonnen sind.«

Das war alles, was Chruschtschow brauchte. Das amerikanische Außenministerum hatte bestätigt, daß es Chruschtschows Ziele billigte. Innerhalb weniger Stunden brachten die Russen ihre Panzer und Truppen wieder nach Budapest zurück mit dem



Großes Siegel der USA wurde von Weishaupt übernommen.

Befehl, ohne Gnade zu töten, um jeden Widerstand zu brechen.

Die Vietnam-Tragödie

Mitte der sechziger Jahre ignorierten die Verantwortlichen in Washington trotz aller gegenteiligen Wahlversprechen die ernsten Wahrnehmungen von Spitzenmilitärs, sich nie auf einen Landkrieg in Asien einzulassen. Ab Mai 1965 wurden amerikanische Truppe nach Vietnam transportiert. Am Höhepunkt des Krieges – April 1969 – hatte sie eine Stärke von 543 000 Mann erreicht. Der Scheinkrieg kostete die ohnehin stark belasteten Steuerzahler 30 000 000 000 Dollar pro Jahr.

Es ist eine von fielen fachkundigen Militärs oft geäußerte Tatsache, daß die USA die Kommunisten hätten vernichtend schlagen und den Krieg innerhalb weniger Wochen gewinnen können, wenn von Washington der entsprechende Befehl gekommen wäre. Die Entscheidung, den Krieg halbherzig so viele Jahre lang fortzusetzen, hatte ausschließlich politische Gründe.

Der Sieg im Vietnam-Krieg hätte nicht in den Plan der Insider gepaßt. Er hätte das amerikanische Image in der Welt erheblich verbessert, dem Kommunismus einen schweren Schlag zugefügt und den verzagten Sinn von Millionen Amerikanern wieder aufgerichtet.

Anstatt den Krieg zu gewinnen, bauten die Amerikaner Tiefseehäfen, Straßen- und Bahnverbindungen, Flughäfen und andere strategische Einrichtungen in Südvietnam – und händigten sie schlüsselfertig an einen Feind aus, den sie schon lange vor Ausbruch des Krieges unterstützt hatten. Außerdem ließen sie den Kommunisten militärische Ausrüstung im Wert von 5 000 000 000 Dollar als Geschenk zurück.

Folgende entscheidende Punkte konnten am Ende der Vietnam-Tragödie von den unsichtbaren Herrschern abgehakt werden:

Erstens vergrößerte der Vietnam-Krieg die nationale Verschuldung gegenüber den internationalen Bankiers und machte die USA noch abhängiger von ihnen.

Der Wirtschaftler C. V. Myers machte dazu die folgende Bemerkung, die die Wahrheit unmißverständlich zum Ausdruck bringt: »Die Situation ist so weit gediehen, daß der neue Präsident, wer immer 1968 gewählt wird, nichts mehr retten kann. Selbst wenn Gott persönlich einen Sendboten schickte, könnte dieser die Dampfwalze der Zerstörung, die die Johnson-Administration in Gang gesetzt hat, nicht mehr aufhalten. Wenn wir davon ausgehen, daß Gottes Gesetze Naturgesetze sind, dann müßten alle Naturgesetze aufgehoben und ins Gegenteil verkehrt werden, um das Ganze noch zu retten. Jeder andere Weg würde bedeuten, daß Gott und alle Naturgesetze, die seit der Geburt des Menschen auf diesem Planeten existieren, vernichtet werden müßten.«

Zweitens wurde das Vietnam-Trauma von den Verschwörern benutzt, um die Nation durch innere Zwistigkeiten aufzuspalten. Wer diese Zwistigkeiten förderte, konnte auf reichliche Mittel der Insider bauen.

Drittens: Die lange, nicht endenwollende Qual des Vietnam-Krieges hatte außerdem den Effekt, daß der Durchschnittsamerikaner des Krieges und interner Auseinandersetzungen müde war und viel bereitwilliger auf die Propaganda der Einweltler einging. Diese Strategie stimmt völlig mit ihrem Generalplan überein.

Sind alle diese moraluntergrabenden, staatszerstörerischen Vorkommnisse zufällig »geschehen«? Waren sie »Fehler« oder »Schnitzer« oder gar geschickte Manöver eines geschickten außenpolitischen Gegners? Erfahrungswerte schienen das auszuschließen.

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß weitere größere Rückschläge in Vorbereitung sind. Der frühere Außenminister Kissinger und seine verborgenen Auftraggeber wurden zunehmend unverfrorener in ihrem Verrat am Westen.

Carter lächelte für Rockefeller

Als Jimmy Carter plötzlich auf der politischen Bühne Amerikas erschien, wurde er von den meisten Amerikanern für bare Münze genommen. Sie kauften es ihm ab, wenn der Erdnußfarmer mit superbreitem Lächeln sagte: »Ich bin angeklagt worden, ein Außenseiter zu sein. Ich bekenne mich schuldig. Das amerikanische Volk ist ehrlich, aufrichtig und gewissenhaft. Es verdient eine Regierung, die so ehrlich ist wie es selbst. Ich werde Ihnen eine Regierung geben, die so gut, ehrlich, anständig, fair, aufrichtig und voll von Mitleid ist wie das amerikanische Volk, Wenn ich Sie je belüge, wenn ich Sie je in die Irre führe, wenn ich je ein Vertrauen breche, dann kommen Sie und holen Sie mich aus dem Weißen Haus!«

In Wahrheit hatte Jimmy Carter sich bereits vor Jahren mit Haut, Haaren und breitem Lächeln an die Rockefeller-Interessen verkauft.

Er begann seinen meteorhaften Aufstieg zu nationaler Prominenz, als David Rockefeller, Chef der Council of Foreign Relations (Rat für auswärtige Beziehungen, abgekürzt CFR) und führendes Mitglied der Bildersberger erkannte, »daß er der ideale Politiker für die Präsidentschaftskandidatur« sei. Er war der beste Politiker, den das Rockefeller-Geld je kaufen konnte.

Von der Zeit an sah sich das amerikanische Volk einer sorgsam geplanten und geschickt lancierten Kampagne von seiten der CFR-kontrollierten Massenmedien ausgesetzt, die den nichtssagenden Erdnußfarmer zu einem vielversprechenden Präsidentschaftskandidaten machten. Es wurden keine Mühen gescheut, um seine politischen Warzen mit Schönheitspflästerchen zu verdecken.

Daß Carter fest in der Tasche der internationalen Bankster war, wurde ganz deutlich, wenn man seine Afrikapolitik untersucht. Die amerikanische Politik in Afrika ist heutzutage sowjetische Politik. Obwohl sie sich nach außen hin bekämpfen, sind sie völlig identisch. Carterisierung Afrikas hieß Kommunisierung Afrikas.

Amerikanisches Geld für Massaker

In den vergangenen Jahren haben die Ford- und Carter-Administrationen den Generalplan für die Errichtung des Vierten Reiches der Superreichen ausgeführt. Sie haben fast 100 Millionen Dollar in die Rhodesien und Südafrika umgebenden »Frontstaaten« gepumpt. Obwohl diese Gelder »Wirtschaftshilfe« genannt werden, wurden sie zur Finanzierung des Kampfes für den Kommunismus verwendet.



Rudolf Hess (hier mit Bormann) flog ohne Hitlers Wissen nach England, um Kontakt mit Churchill aufzunehmen und ihm das Angebot eines Friedensvertrages zu machen.

Präsident Carter ließ den roten Teppich für Julius Nyerere, den Diktator Tansanias, ausrollen, als er die USA besuchte. Nyerere, der für den Massenmord an 55 000 Arabern und Indern während der 1964er Revolution verantwortlich ist, ist Idi Amins Konkurrent im Streit um den Titel »Afrikas schwarzer Hitler«.

Die Herrschaft des Terrors erstreckt sich auch auf Sambia, Botswana, Tansania und Mozambique – aber dies ist kein Krieg zwischen Schwarzen und Weißen oder eine ideologische Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts. Wir sind Zeugen einer sorgfältig geplanten Kampagne der vom Großkapital der Welt geförderten Sozialisten mit dem Ziel, jede Andeutung von Freiheit in Afrika zu vernichten und überall eine sozioökonomische Sklaverei zu errichten. Andrew Young, Carters erster UNO-Beauftragter, Kissinger und Cyrus Vance haben alle die Anordnungen des Establishments wiedergegeben.

Ob es uns gefällt oder nicht, die Tatsachen sind eindeutig. Amerikanische Steuergelder werden verwendet, um unschuldige Schwarze zu ermorden oder zu verstümmeln und um somit ein »Klima der Angst« zu schüren. Die Terroristen geben offen zu, daß sie sowjetische Aka-47-Gewehre und chinesisches Kriegsgerät benutzen, aber die Finanzierung des Kampfes wird von Amerika gesichert.

Es gibt Tausende von Beispielen für die Massaker, die diese »Befreiungskämpfer« überall in Rhodesien angerichtet haben. Der Fall Chikombe Mazvidaza ist typisch. Ihm wurden Ohren, Lippen, Nase und Kinn abgeschnitten. Die Terroristen, denen die Sympathie des »östlichen Establishments« gehört, zwangen seine Frau Sterie, das Fleisch ihres Ehemannes zu braten und zu essen, während ihre fünf Kinder und sechzig Dorfbewohner zuschauen mußten. Die Werkzeuge, die sie benutzten, um sein Gesicht zu zerreißen, waren Zangen und Messer. Danach zertrümmerten die Terroristen das linke Bein des Dorfhäuptlings mit Knüppeln, verprügelten seinen Bruder, brachen Sterias Handgelenk, versengten die Schenkel ihrer Mutter und verschwanden über die Grenze in ihr Basislager.

Dieser Gruppe lieh die amerikanische Regierung ihre psychologische Unterstützung. □

Der vorstehende Beitrag wurde dem Buch von Des Griffin »Die Herrscher – Luzifers 5. Kolonne« entnommen. Das Buch ist über die Verlagsauslieferung Georg Lingenbrink, August-Schanz-Straße, 6000 Frankfurt-Preungesheim, zu beziehen.

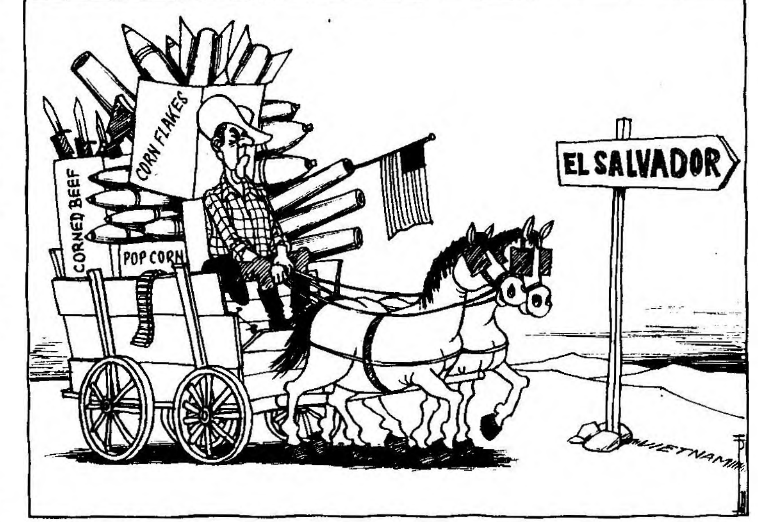
USA

Das Ende der Reaganomics?

Adolf Sturmthal

Da das menschliche Erinnerungsvermögen kurz ist, ist es vielleicht angebracht, daran zu erinnern, wie das Reagan-Programm zur Zeit der Wahlkampagne 1980 aussah: Steuerkürzung, Kürzung der Staatsausgaben, wirtschaftlicher Aufschwung, ausgeglichenes Staatsbudget im Jahre 1984. Das Programm war aufgebaut auf einer Kombination zwischen der monetären Theorie von Milton Friedmann und der Angebots-Ökonomie von Professor Laffer.

Die Steuerkürzung, die vor allem den obersten Einkommnesschichten zugute kommt, sollte Sparkapital schaffen. Die Kürzung der Staatsausgaben, die gemeinsam mit dem erwarteten wirtschaftlichen Aufschwung zum Budgetausgleich führen sollte, diente in diesem Programm dazu, Kapitalien, die der Staat bisher zur Deckung seines Defizits benötigte, nun für privatwirtschaftliche Investition bereitzustellen.



Hungerhilfe

Der Versuch mit einer neuen Lehre

Das gesteigerte Angebot an Waren und Dienstleistungen würde zur Preisstabilisierung führen und der jahrelang andauernden Inflation eine Ende setzen. Die erhöhte Wirtschaftstätigkeit werde die Arbeitslosigkeit, wenn nicht beseitigen, so doch erheblich reduzieren. Alles in allem – im Jahre 1984, wenn nicht schon vorher, wäre mit der neuen Ökonomie, abgekürzt im Englischen Reaganomics genannt, alles zum besten bestellt.

Um zu verstehen, wie diese seltsame Mischung von Theorien, kaum entworfen und ohne jede Beweisführung vorgelegt, so viel Anklang finden und Reagan zur Präsidentschaft führen konnte, ist notwendig zu verstehen, daß die traditionelle Keynes'sche Theorie der Nachfragesteigerung durch Defizite, die seit der großen Krise vor 50 Jahren so viel Zustimmung fand, in den letzten Jahren in der Praxis erfolglos war.

Das Nebeneinanderbestehen von Arbeitslosigkeit und Inflation – auch Stagflation genannt – war zumindest mit der traditionellen Form der Keynes'schen Lehre nicht zu erklären. Da die amerikanische Linke sich bisher auf eine sehr vereinfachte Form der Keynes'schen Theorie gestützt hatte, war es für manche Amerikaner naheliegend, es nach dem Scheitern der Linken nun mit einer neuen Lehre zu probieren.

Bis vor kurzem hat der Präsident alle Kritik an seiner Regierung damit beantwortet, daß er auf den Termin des Beginns seines Programms hinwies: »Wir beginnen erst am 1. Oktober.«

Nun ist dieser Termin vorbei und, ob berechtigt oder nicht, Zweifel an seinem Programm sind immer deutlicher zu vernehmen, nicht bei den liberalen Demokraten, sondern auch bei Republikanern, der Partei Reagans. Die Wahlen für das Repräsentantenhaus sind nur mehr ein Jahr entfernt und werfen ihre Schatten voraus.

Von einer Besserung der Lage keine Rede mehr

Denn bisher haben sich die Tatsachen durchaus nicht programmgemäß gestaltet. Das Budget, dessen Ausgleich sozusagen zum elften Gebot erhoben wurde, ist weiter vom Ausgleich entfernt denn je. Sogar für 1984, da es nach den Versprechungen Reagans in der Wahlkampagne vollen Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen geben sollte, sieht er selbst jetzt doch noch ein weiteres Defizit voraus.

Für das laufende Budgetjahr, das am 1. Oktober begann, werden die Defizitschätzungen immer höher, Denn statt einer wirtschaftlichen Belebung, die den Staatshaushalt verbessert hätte, ist eine Krise zu verzeichnen, die einstweilen höflich als Rezession beschrieben wird. Zwar ist die Inflation zurückgegangen, aber nur um den Preis einer rapiden Steigerung der Arbeitslosigkeit, die in Prozentzahlen die Ziffer 8,5 erreicht hat, was in absoluten Zahlen bedeutet, daß die höchste Arbeitslosenzahl seit der großen Krise der dreißiger Jahre erreicht wurde.

Dazu kommt ein Zinssatz, der sowohl den Bau von Wohnhäusern wie den Absatz von Automobilen, die hierzulande immer auf Borg gekauft werden, schwer geschädigt hat. Von einer Verbesserung der Lage in der nahen Zukunft ist nicht mehr die Rede, die Diskussion geht nur mehr darum, ob es vor Mitte 1982 oder erst nachher zu einer Verbesserung kommen werde.

Anders ausgedrückt: Wird es früh genug besser gehen, um eine Niederlage der Republikaner bei den Wahlen im nächsten November verhindern zu können?

Was ist »Reaganomics«?

Es sind mindestens drei verschiedene theoretische Gedankengänge festzustellen. Der älteste, traditionsreichste Teil stellt einfach einen Zusammenhang zwischen Staatsdefizit und Inflation in den Vordergrund. Da gibt es verschiedene Versionen, um nachzuweisen, wie eng der Zusammenhang ist. Denn auf den ersten Blick ist nicht ganz ersichtlich, warum in einer Volkswirtschaft, die mehr als zweihundert Milliarden Dollar erzeugt, ein Defizit von weniger als 80 Milliarden so stark inflationistische Wirkungen haben solle. In der Regel wird, zumindest in der Propaganda der Zusammenhang als selbstverständlich bezeichnet.

Etwas interesssanter ist der Versuch, darauf zu pochen, daß die Kreditaufnahme des Staates die Finanzierungsbedürfnisse der Privatwirtschaft unbefriedigt lasse und daher zu niedrigen Investitionen und unnötig niedriger Produktivität führe.

Völlig überzeugend ist auch diese zweite Erklärung nicht, aber in der Propaganda genügt sie wohl. Jedenfalls führt diese Theorie zur altbekannten Methode der Bekämpfung der Inflation: Man reduziert die Staatsausgaben, treibt die Zinsspirale in die Höhe, führt eine Wirtschaftskrise herbei, durch die schlußendlich – vielleicht nach ein oder zwei Jahren – die Inflation zum Halten gezwungen wird.

Daß es zwischendurch Massenarbeitslosigkeit gibt, Bankrotte und Selbstmorde, wird als unvermeidliche Folge der früheren Defizite, die als lasterhafte Auswüchse bezeichnet werden, dargestellt. Irgendwie entspricht das dem Denken vieler, daß es den Menschen nie zu gut gehen dürfe, ohne daß man dafür später werde büßen müssen.

Für den Beobachter besonders interessant ist die Debatte – insoweit es überhaupt jemanden gibt, der es wagt, das Budgetgleichgewicht als das oberste Gebot der Staatsweisheit anzusehen –, daß es anscheinend niemand außer der Rüstungsindu-

strie auffällt, daß ein Rückgang der Staatsausgaben auch zu einem Rückgang der Einnahmen führen muß, sofern der gleichzeitige Steuerabbau nicht zu einer Steigerung der Privatausgaben Anlaß gibt.

Daß das bisher nicht geschehen ist, zeigt sich in den schwachen Umsatzzahlen der Geschäfte. Und angesichts dieser Tatsache ist wiederum von einer Erhöhung der Investitionen einstweilen nichts zu spüren.

Monetarismus und die Folgen

Der zweite Gedankenstrom, der in der Wirtschaftspolitik Ausdruck findet, ist manchen Europäern, vor allem den Engländern, wohlbekannt. Es ist der Monetarismus Friedmannscher Prägung. Grob vereinfacht sagt die Theorie, daß die Quantität des umlaufenden Geldes die Preishöhe und die Änderung der Geldmenge die Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt. Es ist daher immer die Regierung, die auf dem Umweg über die Zentralbank die Geldmenge bestimmt und daher für eine etwa vorhandene Inflation verantwortlich ist.

Zwar ist die amerikanische Zentralbank, die Federal Reserve, kurz die Fed genannt, rechtlich von der Regierung unabhängig, aber in der Praxis ist ein hohes Maß der Zusammenarbeit unausweichlich.

Bis Ende Oktober 1979 folgte die Fed ihrer traditionellen Politik, die Situation auf dem Geldmarkt dadurch zu stabilisieren, daß sie den Zinsfuß für kurzfristige Anlagen den wechselnden Bedingungen anpaßte.

Im Falle inflationärer Schocks, wie etwa die Ölpreiserhöhung, hieß das, daß die Fed größere Mengen Geld schaffte, als die wahren Wirtschaftsbedingungen verlangten, das heißt, sie war in ihrer Kreditgewährung an ihre Mitgliedsbanken recht freigebig. Das Ergebnis war, daß – sobald der Schock verdaut war – die höhere Geldmenge zu Preissteigerungen in der Wirtschaft führte.

Im Oktober 1979 teilte die Fed mit, daß sie ab nun ihre Hauptaufmerksamkeit auf die umlaufende Geldmenge und weniger auf die Bedingungen des Geldmarktes richten werde. Damit hatte die Zentralbank die offizielle Theorie des Monetarismus übernommen.

Während die frühere Politik zu Schwankungen in der Geldmenge führte, hatte der neue Kurs die Folge, daß Schwankungen im Zinsfluß eintraten. Niemand war freilich auf das außerordentlich große Ausmaß dieser Schwankungen vorbereitet. Sie haben sowohl in der amerikanischen Innenwirtschaft zur Stagnation der Bau- und Automobilindustrie geführt, die geradezu verheerende Ausmaße annahm, sondern überdies auch die internationalen Geldmärkte in Verwirrung gebracht. Die hohen Zinssätze in den USA führten zu Geldabflüssen in großem Maße von den europäischen Märkten, die dann genötigt wurden, zur Abwehr ebenfalls hohe Zinssätze einzuführen, die ihrerseits die europäische Wirtschaft in Schwierigkeiten brachten.

Geldknappheit verschärft die Wirtschaftskrise

Diese Tendenz wurde noch verstärkt, als der neugewählte amerikanische Präsident ankündigte, er werde die Steuerpolitik nicht mehr zur Beeinflussung der Wirtschaft verwenden, sondern nur noch als Werkzeug zur Aufbringung der für die Verwaltung notwendigen Finanzmittel. Damit wurde die Geldpolitik zum Hauptinstrument, ja geradezu zum einzigen Werkzeug der Bekämpfung der Inflation gemacht.

Unter dem Beifall der Regierung führte Fed-Präsident Volkker eine geradezu rücksichtslose Geldknappheit ein, die zur Verschärfung der Wirtschaftskrise entscheidend beitrug. Erst in den letzten Wochen, da diese Folgen und ihre möglichen politischen Auswirkungen auch dem wirtschaftlich ungebildetsten Politiker nicht mehr unbekannt bleiben konnten, hat sich die Republikanische Partei immer mehr von der Fed entfernt und kritische Worte für ihre Geldpolitik gefunden. Die Informationen, die die Abgeordneten nach den Sommerferien nach Washington brachten, waren in ihrer Gleichförmigkeit höchst eindrucksvoll. »Alle Leute«, sagten die Abgeordneten, »sprachen zu uns nur über ein Thema: den Zinsfuß.«

Allmählich setzten sich die hohen Zinsen auf dem kurzfristi-

USA

Das Ende der Reaganomics?

gen Kreditmarkt auch in höhere Zinssätze für langfristige Anleihen und Wertpapiere durch, so daß Kapitalaufnahmen auf dem normalen Weg immer teurer und schwieriger wurden.

Das war besonders Anfang 1981 der Fall, als ein kleiner Rückgang der Inflationsrate die realen Zinssätze, dank unveränderter nominaler Sätze, in die Höhe trieb. Erst in den letzten Wochen hat sich da eine bescheidene Besserung eingestellt.

Hauptwidersprüche der Wirtschaftspolitik

Allmählich wurden auch der breiteren Öffentlichkeit die inneren Widersprüche der Wirtschaftspolitik deutlich. Die Steuerermäßigungen, die geradezu ausschließlich den höchsten Einkommensgruppen zugute kamen, sollten zur Steigerung der Investitionen führen. Man füttere also die Reichen so sehr, daß sie trotz Konsumsteigerung noch so viel übrig haben, was zur Modernisierung und Erweiterung der wirtschaftlichen Anlagen verwendet werden könnte.

Gleichzeitig aber machen die hohen Zinssätze flüssige Geldanlagen in Institutionen wie den Geldmarktfonds, die in den letzten Jahren gewaltig gewachsen sind, weitaus profitabler als Investitionen in der Industrie. Die Reichen, die von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch machten, wurden zwar immer reicher, aber die Wirtschaft spürte nur wenig davon. Für die Firmen war es unmöglich, Geld zu erträglichen Zinsen zu erhalten. Resultat: Die Zahl der Bankrotte stieg in der ersten Hälfte 1981 um 40 Prozent.

Zweiter Widerspruch: Die Steuerermäßigungen sollten zur Wirtschaftsbelebung führen. Das würde sie aber nur dann, wenn das dem Staat entzogene Geld zu einer vielfach größeren Geldanlage in realen wirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen Anlaß geben sollte.

Das ist die Grundidee der von Professor Laffer in Südkalifornien vertretenen neuen Theorie der »Angebots-Seite«. Es ist schwierig, sich mit dieser Theorie als Gedankenkette auseinanderzusetzen, da weder Laffer noch irgend jemand anderes auch nur den Versuch machte, Beweise für sie zu erbringen.

Bei Keynes gab es einen etwas ähnlichen Gedanken, den Begriff des »Multiplier«, der aber umgekehrt von Investitionsausgaben auf Gesamtausgaben (und daher indirekt auf Staatseinnahmen) Schlüsse zog.

Die Laffersche Theorie soll, wie eine möglicherweise frei erfundene Geschichte erzählt, in einer sonderbaren Form ihre Darstellung gefunden haben. Professor Laffer habe, so erzählt man, auf der Papierserviette eines Restaurants in Los Angeles eine Kurve gezeichnet, die die Auswirkungen einer Steuerminderung für reiche Leute zeigen und beweisen sollte, daß die Steuerersparnisse zu Investitionsanlagen führen würden.

Keine Vorstellung von einem Gegenprogramm

Die Kurve mag sehr elegant aussehen, als Beweis würde sie kaum genügen. Zumindest bisher haben die Tatsachen der Laffer-Theorie widersprochen. Aber wie der Präsident immer wieder sagt, es ist noch früh ...
Daß die meisten Menschen nur ungern Steuern zahlen, ist gewiß richtig, aber noch kein Beweis, daß so erspartes Geld der Wirtschaft in Neuanlagen realer Natur zugute kommen werde. Daß das Budget ausgeglichen sein soll, scheint auf den ersten Blick durch Analogie mit dem privaten Haushalt überzeugend.

Daß der Staat andere Gesichtspunkte für seine Finanzpolitik haben soll und andere Methoden zur Schaffung von Mitteln besitzt, ist nicht ohne weiteres einleuchtend. So steht es denn auch nicht nur um die repulikanischen Vertreter der Theorien des Präsidenten schlecht, auch die meisten demokratischen Kritiker sind einigermaßen in Verlegenheit, wenn sie ein Gegenprogramm entwickeln sollen. Außer, daß man an den gewaltigen Verteidigungsmaßnahmen einiges einsparen könnte, fällt ihnen zur Budgetsanierung nicht viel ein.

Und daß bei Einsparungen Jobs verlorengehen, ist ihnen nur dann klar bewußt, wenn ein direkter Zusammenhang zwischen den Einsparungen und einem Regierungsauftrag besteht, der in dem Wahlbezirk des betreffenden Volksvertreters besonders starke Auswirkungen haben könnte.

Während man vielleicht noch verlangen konnte, daß die Parlamentarier auch ohne akademische Ausbildung auf dem Gebiet der Nationalökonomie diese Zusammenhänge begreifen könnten, ist es doch kaum berechtigt, von ihnen zu erwarten, daß sie die feineren Varianten der monetären Theorie erfassen und kritisch beurteilen können.

Denn die Frage, was ist das Geld, dessen Menge nach der Theorie zu kontrollieren wäre, ist nicht leicht zu beantworten.

Während es vielleicht noch zu früh ist, das Ende der neuen Angebots-Seite-Theorie anzukündigen, kann man schon jetzt ein unzweideutiges Ergebnis der Anwendung dieser Theorie in der Steuer- und Budgetpolitik der Administration Reagan feststellen.

Es ist die großzügige Umstellung der Steuerbelastung von den hohen auf die niedrigen Einkommen, die Entlastung der Reichen auf Kosten der Arbeiter und Arbeitslosen, Belastung von öffentlichen zugunsten von privaten Institutionen.

Obwohl Reagan sich gerne auf Franklin Roosevelt beruft, ist es nicht unzutreffend, wenn man seine Politik als die des Abbaus des damals gemachten sozialen Fortschritts und der Rückkehr zu den manchester-liberalen Ideen der zwanziger Jahre charakterisiert. Daß Washington mit Begeisterung den Abbau der Erbschaftssteuer begrüßt, ist dafür ebenso kennzeichnend, wie die wachsende Propaganda für die Rückkehr zum Gold-Standard.

Verurteilt alle Fehler zu wiederholen

Die neue Generation erinnert sich anscheinend nicht mehr daran, daß es, eben während die Politik der ausgeglichenen Budgets und des Goldstandards triumphierte, zur großen Krise der dreißiger Jahre kam, daß die Abwertung des britischen Pfund Sterling im Jahre 1931 den Engländern einigermaßen Atemraum gab und daß die Abkehr vom Gold und den ausgeglichenen Budgets in den USA den Beginn einer wirtschaftlichen Erholung einleitete. Wer nicht aus der Geschichte lernen will, ist dazu verurteilt, alle Fehler zu wiederholen.

Und das ist – fürchte ich –, was die nächste Periode der Geschichte der USA bestimmen wird. □

Reagans wacklige Berechnungsgrundlage.

Adolf Sturmthal ist Professor an der Universität von Illinois, USA.
Der Beitrag wurde übernommen aus der Schweizer Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur »Profil«.

EG-Abfallplatz für US-Alkohol-produktion

Klaus Wettig

Der amerikanische Landwirtschaftsminister verhandelt mit Vertretern der Europäischen Gemeinschaft über die zwischen den beiden Handelspartnern in letzter Zeit größer gewordenen Differenzen auf dem Agrarmarkt. Dabei stehen im Mittelpunkt die auch im vergangenen Jahr wieder gestiegenen US-Exporte von Getreide-Substituten und Eiweiß-Futtermitteln in die EG.

Futtermittel zollfrei in die EG

Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, um die man sich in Brüssel intensiv bemüht, hängt nicht zuletzt auch von der Lösung des Substitute-Problems ab. Frankreich hat seine Zustimmung zu einem, wie auch immer gearteten, Reformkonzept unter anderem auch von dieser Lösung abhängig gemacht. Französische und italienische Agrarpolitiker fordern seit Jahren Abgaben auf die bisher völlig oder nahezu zollfrei in die Gemeinschaft eingeführten Futtermittel.

Weil diese Abgaben jedoch letztlich nur die Verbraucher treffen würden, an den strukturellen Problemen der gemeinsamen Agrarpolitik nichts ändern und handelspolitisch nur unter größten Schwierigkeiten – wenn überhaupt – durchsetzbar wären, hat sich diese Forderung bisher nicht durchsetzen können. Da jedoch die Substitute zunehmend das in der Gemeinschaft produzierte Getreide als Futtermittel verdrängen und damit hoch subventionierte Exporte notwendig werden und da zusätzlich ein Teil des EG-Milchüberschusses auf den intensiven Einsatz von Kraftfutter zurückzuführen ist, muß hier eine Lösung gefunden werden.

Die von der EG-Kommission vorgeschlagene Senkung des Real-Getreidepreises ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus sollten jedoch die Washingtoner Konsultationen zu ernsthaften Verhandlungen mit den Amerikanern genutzt werden, ob und unter wechen Bedingungen sie sich bereit erklären könnten, ihre Exporte von Substituten in die Gemeinschaft nicht weiter auszudehnen. Ohne Absprache ist für die kommenden Jahre ein massiver Anstieg zu erwarten.

Sorgen bereiten den europäischen Agrar-Experten vor allem die Zunahme der Importe von Maisgluten, das als Rückstand bei der Alkoholproduktion anfällt. Diese als Futtermittel hochwertigen Rückstände werden bisher fast ausschließlich in die Gemeinschaft exportiert.

Auswirkungen auf den Weltagrarmarkt

Die EG ist keine Abfall-Verwertung der amerikanischen Alkoholproduktion. Schon jetzt müssen Regelungen gefunden werden, muß die EG deutlicher machen, daß Absprachen im GATT – auf die die Amerikaner ihren Wunsch nach ungehindertem Zugang zum EG-Markt stützen – sich auf den Status quo in den 60er und 70er Jahren beziehen und nicht einseitig beliebig veränderbar sind.

Mit aller Deutlichkeit sollte das amerikanische Landwirtschaftsministerium darüber hinaus aufmerksam gemacht werden, daß die Maßnahmen, die die USA zur Zeit zum Abbau ihrer Milch- und Butterüberschüsse plant, fatale Auswirkungen auf den Weltagrarmarkt befürchten lassen.

Zusammenbruch des Weltagrarmarktes

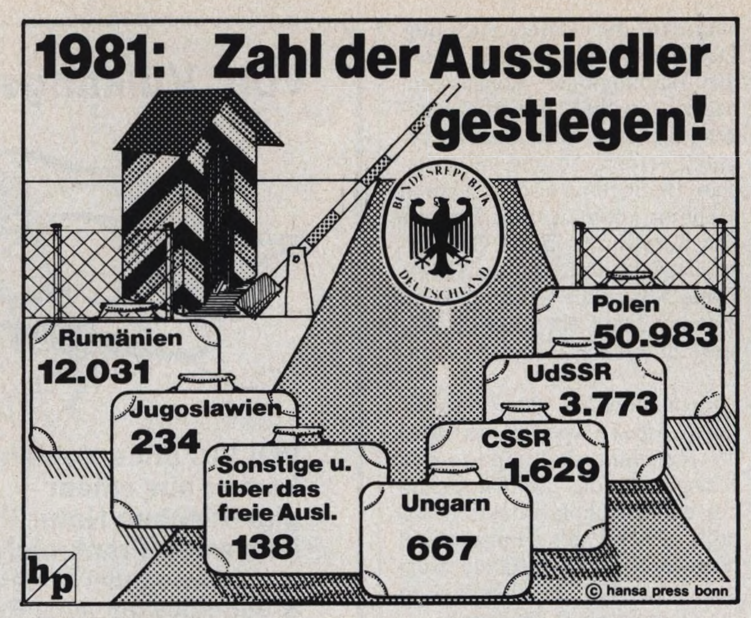
Der Verkauf von 100 000 Tonnen Butter an Neuseeland hat bereits Beunruhigung hervorgerufen. Bis Ende dieses Jahres werden jedoch US-Butterüberschüsse von 234 000 Tonnen, bei Käse von 400 000 Tonnen und bei Milchpulver von 765 000 Tonnen erwartet. Werden diese Mengen zu niedrigen Preisen auf dem Weltmarkt angeboten, ist ein Zusammenbruch des gerade mit hohen Kosten stabilisierten Weltagrarmarktes abzusehen. □

Umwelt-Journal

Plastiktüten lebensgefährlich

Eine Statistik über einen Zeitraum von zehn Jahren zeigt, daß alle zwei Wochen ein Kind beim Spielen mit Plastiktüten erstickt. Beim Spiel stülpen sich die Kinder gern Tragetaschen aus Kunststoff über den Kopf. Beim Einatmen kann sich darin schnell ein Vakuum bilden, und Kleinkinder können sich aus der drohenden Erstickungsgefahr oft selbst nicht mehr befreien.

Eltern sollten deshalb Plastiktüten stets so aufbewahren, daß sie vor allem Ein- und Zweijährigen nicht in die Hände fallen können. Aber auch für größere Kinder sollte man die gefährlichen Tragetaschen entschärfen, indem man Löcher hineinschneidet, die beim Spiel genügend Atemluft durchlassen. □



Weiter steigt die Zahl der Aussiedler aus ost- und südosteuropäischen Ländern. 1981 kamen insgesamt 69 455, seit 1950 sind es mehr als 1,1 Millionen, die in die Bundesrepublik auswanderten, davon über 60 Prozent aus Polen.

Werden wir verdursten oder erfrieren

Das Ende unserer Versorgung mit Brennstoffen ist abzusehen. Experten berechnen die Erdölreserven mit 50 bis 60 Jahren bei derzeitigem Verbrauch. In einigen erdölexportierenden Ländern werden die Reserven bereits früher erschöpft sein. Auch die Kohle reicht nur noch wenige Jahrzehnte.

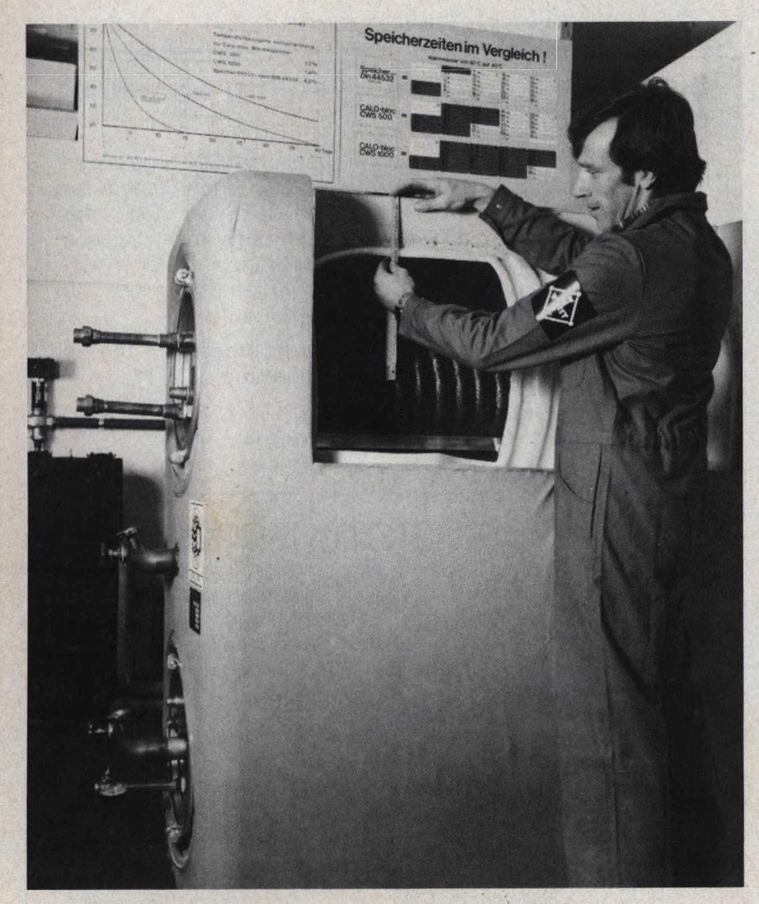
Die Ausnutzung der Sonnen- oder Windenergie macht nur langsame Fortschritte und ist nicht überall praktikabel. Die Zeit drängt jedoch, wenn wir nicht irgendwann einmal erfrieren wollen. Die Frage ist nur, ob wir nicht vorher längst verdurstet sind.

Trinkwasser wird bald so kostbar sein wie Erdöl, sagen Pessimisten. Nicht zu unrecht, wenn man weiß, daß unsere Brunnen immer tiefer gegraben werden müssen und gleichzeitig das Grundwasser immer knapper wird. In vielen Gemeinden ist dies bereits das Problem Nr. 1.

Doch wir haben nicht nur zu wenig Wasser, wir tun auch alles, um das wenige zu vergiften. Unsachgemäß angewendete Mineraldüngung und Insektizide belasten das Wasser ebenso wie Industriegifte, Schwermetalle und im Winter das Streusalz.

Abgesehen von diesen Hauptursachen bildet die Summe der kleinen Ursachen ebenfalls eine ernstzunehmende Gefahr für unser Grundwasser. Dazu gehören die phosphathaltigen Waschmittel, absichtlich oder unabsichtlich ins Grundwasser gelangte Treibstoffe, Altöl und Heizöl.

Der Wasserverbrauch steigt ständig und so liegt die Frage auf der Hand: Wie lange können wir uns den leichtsinnigen Umgang mit diesem lebensnotwendigen Stoff noch leisten? □



Energieverluste in Milliardenhöhe verursachen unzureichend isolierte Wärmespeicher. Dieser mit fugenloser Kompaktschaum-Isolierung hält den Wärmeverlust so niedrig, daß nur 1,5 Grad innerhalb von 24 Stunden entweichen.

Politiker verunglimpfen Umweltschutz

»Der Staat subventioniert die, die ihn zerstören wollen«, sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag Gottfried Milde. Karl Starzacher von der SPD-Fraktion meint: »Der gewalttätige Widerstand wird durch die Verbände unterstützt«.

Mit diesen markigen Sprüchen haben insbesondere die Abgeordneten der SPD- und CDU-Landtagsfraktion in Wiesbaden unter dem Beifall des gesamten Hauses eine Hetzkampagne gegen den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Hessen und die Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz (HGON) auf die Spitze getrieben.

Der Zorn der Politiker entzündet sich an zwei Fakten: Von der Frankfurter Staatsanwaltschaft erhielten BUND und HGON



Eine Regelung der Raumtemperatur über das Fenster oder falsches Lüften durch ständig gekippte Fenster ist eine Verschwendung von Energie und Geld. Besser kurz lüften und dabei natürlich die Heizung abstellen.

zusammen 102 000 DM an Bußgelder, das sind allein rund 10 Prozent aller von dieser Staatsanwaltschaft 1981 verhängten Bußgelder.

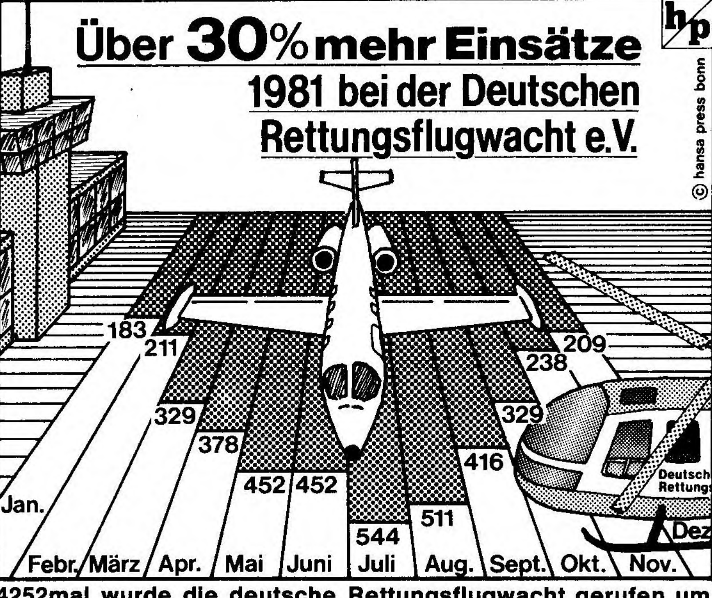
Nach Aussagen des Abgeordneten Stanitzek (CDU) und Schnabel (SPD) sei es »erwiesen«, daß BUND und HGON mit diesen staatlich eingetriebenen Geldern den Widerstand gegen die Startbahn West finanziert haben.

BUND und HGON haben diese ungeheuerlichen Vorwürfe scharf zurückgewiesen. So hat die HGON mit 10 000 DM einen ersten Druck der für den Antrag auf Zulassung des in der Verfassung verankerten Volksbegehrens bezahlt, sonst aber keine Gelder überwiesen.

Der BUND hat aus Verbandsmittel überhaupt keine Gelder an die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren überwiesen. Dafür haben aber die Vorstandsmitglieder aus ihrem jeweiligen Privatvermögen 65 000 DM spontan gestiftet, damit die Vorbereitungen für das Volksbegehren beginnen konnte. BUND und HGON halten es nicht für ungewöhnlich, daß ausgerechnet die Frankfurter Staatsanwaltschaft, bei der in Hessen die meisten Umweltdelikte geahndet werden, den Umweltverbänden davon Anteile zukommen ließ.

Zur Untermauerung ihrer Aussagen sind BUND und HGON bereit, ihre Bücher jedem Wirtschaftsprüfer gegenüber offenzulegen. Sie haben weder Spender, Förderer, noch Begünstigte zu verbergen.

Insbesondere haben aber BUND und HGON auf ihre umfangreichen Leistungen hingewiesen, die leider von der Öffentlichkeit nicht in dem Maße registriert werden, wie der Einsatz gegen die Startbahn West. □



4252mal wurde die deutsche Rettungsflugwacht gerufen um Bürger, die im Ausland erkrankten oder verunglückten, zurückzufliegen.

Für Streusalz Staatshaftung in Anspruch nehmen

Der Bund für Umwelt und Naturschutz, Landesverband Hessen fordert unter Hinweis auf das am 1. Januar 1982 in Kraft getretene Staatshaftungsgesetz Grundstückseigentümer und Autobesitzer auf, bei Vegetationsschäden und Korrosionsschäden, die auf die übermäßige Aufbringung von Tausalz zurückzuführen sind, Schadenersatzansprüche gegen die jeweils zuständige Behörde geltend zu machen.

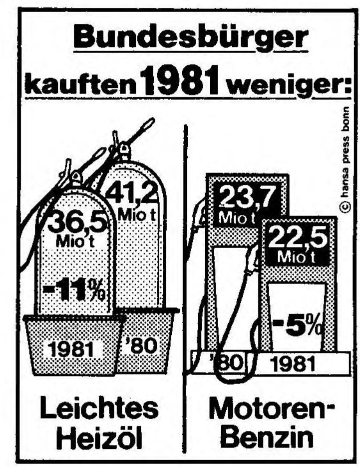
Voraussetzung ist, daß der betreffende Bürger vorwiegend eine bestimmte Straße benutzt, und daß es dort zu einer das Maß des üblichen übersteigende Verwendung von Streusalz gekommen ist. Als Maß des Üblichen hat die jetzt allgemein geltende Praxis eines verminderten Streusalzeinsatzes zu gelten und nicht frühere Praktiken.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz betrachtet es als wünschenswert, daß in möglichst großer Zahl die entsprechenden Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden. Er sieht darin einen wertvollen Beitrag zum Umweltschutz. Denn Behörden, deren eigene ökologische Einsicht nicht ausreicht, könnten wahrscheinlich durch die Befürchtung, für die angerichteten Schäden haftbar gemacht zu werden, zu einem vernünftigen Verhalten im Sinne unserer Umwelt veranlaßt werden, und dem streusalzbedingten Massensterben von Bäumen ließe sich so entgegenwirken. □

1500 private Organisationen im Umweltschutz aktiv

Mit über einhundert verschiedenen Umweltschutzverbänden und Initiativgruppen verfügt Berlin derzeit über das größte Potential privater Umweltschutzarbeit. Ähnliche, wenn auch deutlich geringere Konzentration finden sich in der Bundesrepublik Deutschland nur noch in den Städten Hamburg (63) und München (50).

Dieses geht aus einem vom Umweltbundesamt vorgelegten Verzeichnis über die »nichtstaatlichen Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen Umweltschutz« hervor. Nahezu 1500 Verbände und Gruppen enthält das Verzeichnis – dreizehn Prozent mehr als im Vergleichsjahr 1980. Rund zehn Prozent dieser Organisation arbeiten bundesweit. □



Daß die Deutschen Energie sparen, haben nicht mal Optimisten erwartet.

Das Meer als größte Mülldeponie

Das Meer gehört niemandem. Und so ist denn auch niemand da, der sein Eigentum verteidigen könnte, wenn tonnenweise giftiger Müll aus der ganzen Welt dort abgeladen wird. 430 000 Tonnen Blei zum Beispiel (250 000 Tonnen allein aus den Auspuffgasen der Kraftfahrzeuge, die über die Atmosphäre dorthin gelangen) oder 800 000 Tonnen Schwefel, 24 000 Stickstoffverbindungen. Hinzu kommen Hunderttausende Tonnen von Rohölen aus Tankerunglüken, Industriegiften und Atommüll.

Wissenschaftler und Umweltschützer aus aller Welt warnen die Nationen vor der Vergiftung einer der wichtigsten Ressourcen für die Ernährung und den Sauerstoff in der Atemluft. In den vergangenen 25 Jahren wurden einige völkerrechtliche Konventionen beschlossen, aber all dies geschah nur halbherzig und unverbindlich. Umweltschutzdenken mußte noch immer wirtschaftlichen Interessen weichen.

In einer Untersuchung des Heidelberger Max-Planck-Institutes für öffentliches Recht und Völkerrecht weist Dr. Lothar Gündling darauf hin, daß es weder eine internationale Exekusive gibt, die die Erhaltung der eingegangenen Verpflichtungen überwacht, noch eine bindende Gerichtsbarkeit. Erschwerend sei außerdem die lange Zeit zwischen Unterzeichnung und Inkrafttreten.

Die Mülldeponien der Länder erschöpfen sich immer mehr. Wohin mit dem Gift? »Dumping« heißt die Abfallbeseitigung auf allen Weltmeeren. Auch die Bundesrepublik macht da mit. Alle Anrainerstaaten kippten 88 Millionen Tonnen, zum Teil hochgiftiger Abfälle in die Nordsee.

Was könnte zu einem wirksamen Schutz der Meere getan werden? Gündling: »Für einen wirksameren Schutz des Meeres sind Individualbeteiligung und Individualrechtsschutz zu eng. Sie müssen ergänzt werden durch Beteiligungs- und Klagerecht der Öffentlichkeit.« □

Grundrechte

Schutz des Gemeinwohles

Grundrechte sind vorstaatlich erworbene Rechte. Sie bieten Schutz auch vor den Folgen der Herrschaft einer übermächtigen Verwaltungsbürokratie und Verwendung von Großtechnologien. Die Summe und Fülle der heute feststellbaren Umweltbelastungen bedeuten einen Eingriff in das Grundrecht jedes Bürgers auf Sicherheit seiner körperlichen Unversehrtheit. Der Bund für Natur- und Umweltschutz hat jetzt eine Schrift mit dem Titel »Umweltbelastung, Grundrechtsschutz und Allgemeinwohl« herausgegeben. Autor ist Klaus Roth-Stielow, Richter am Oberlandesgericht Stuttgart. Angesichts des in Kürze bevorstehenden Wyhl-Urteils des Mannheimer Verwaltungsgerichtshofes ist diese Publikation höchst aktuell, darum veröffentlichen wir im folgenden Auszüge.

Kehrseite von 20 Jahren Wohlstand und Wirtschaftswachstum ist die Belastung von Menschen, Tieren und Pflanzen mit Schadstoffen aller Art. Diese Belastung ist inzwischen in meßbare Schäden umgeschlagen. Es drohen weitere und größere Schäden. Da und dort regt sich in der Bevölkerung Widerstand gegen diese Entwicklung. Er konzentriert sich derzeit im Bereich aller Pläne zur Errichtung weiterer Kernkraftwerke, einer Wiederaufbereitungsanlage, unterirdischer Lagerstätten für radioaktiven Abfall oder von Großflughäfen. Widerstand wird örtlich begrenzt auch durch Gewalt geleistet.

Zwang zur Fortschreibung von Wohlstand und Profit

Daneben wurden auch die Gerichte aller Art und Instanzen in die damit verbundene Auseinandersetzung einbezogen. Die Art der Prozeßführung vor Gericht sowie Ergebnisse mitsamt Begründungen von Gerichtsentscheiden wirken nur selten befriedigend zwischen den streitenden Parteien und den hinter ihnen stehenden Bürgern.

Die davon betroffenen Landschaften wie zum Beispiel der Großraum Frankfurt (Startbahn III Großflughafen Frankfurt) oder die Region am Kaiserstuhl (KKW-Projekt Wyhl) bleiben unruhig. Auch viele außenstehende Dritte werden das Gefühl des Unbehagens an den auch gerichtlich gutgeheißenen Entwicklungen im Bereich der Großtechnologie und des Verkehrs nicht mehr los.



Die Ursache für anhaltenden Widerstand und Unruhe kann darin liegen, daß Rechtswissenschaft und Rechtsprechung sich nicht vorwerfen lassen wollen, technikfeindlich zu entscheiden, Fortschritt zu hemmen und Wohlstand zu mindern. Dieses Motiv kann innerhalb der Rechtsprechung zusammenfallen mit der Tendenz, sich nicht gegen Entwicklungen der Gegenwart und die politischen Ziele der eigenen Regierung zu stellen.

Dieser Trend und das Ausbleiben der befriedenden Wirkung von Entscheidungen bedeuten eine für den Rechtsstaat des Grundgesetzes gefährliche Entwicklung. Sie führt dazu, daß Individualgrundrechte und Allgemeinwohlbelange zunehmend hinter sogenannten grundrechtsgleichen »Rechten« des Staates (Energieversorgung oder Arbeitsmarktbelange) zugunsten eines bestimmten »öffentlichen Interesses« zurücktreten müssen.

Anders ausgedrückt: Der Zwang zur Beachtung der Grundrechte und des Allgemeinwohlbefindens wird ersetzt durch den »Zwang« zur Fortschreibung von Wohlstand und Profit. Die Auseinandersetzungen um die Gestaltung des »Sparhaushaltes« 1982 der Bundesrepublik sind ein Lehrstück dafür.

Der Mensch wird verletzt und vergiftet

Zwischen 1933 und 1945 wurde der durch vorstaatlich gegebene und angeborene Grundrechte geschützte Mensch »unter den Augen« einer herrschenden Rechtsprechung und Rechtswissenschaft weltanschaulich »vergiftet«, und im Widerstand gegen diese Entwicklung psychisch und sogar physisch vernichtet.

Heute steht der gleiche Mensch in der Gefahr, ein Objekt bestimmter technisch geprägter Entwicklungen und zugleich (in seiner körperlich in Erscheinung tretenden Unversehrtheit) verletzt, das heißt, verseucht oder vergiftet zu werden.

Die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte aller Instanzen in der Bundesrepublik beschäftigt sich seit über einem Jahrzehnt mit Klagen gegen die Erteilung von Teilgenehmigungen für die Errichtung und den Betrieb von Kernkraftwerken. Keine dieser Klagen hat im Ergebnis zu einem Verbot der Errichtung des Betriebes solcher Anlagen geführt.

Der Widerstand gegen Errichtung und Betrieb von Kernkraftwerken ist dennoch seit 1974 wesentlich stärker und breiter geworden. Die Anzahl der Kläger, die sich gegen eine bestimmte Teilgenehmigung wenden, ist gewachsen. Auch Stadt- und Landgemeinden treten als Kläger in Erscheinung. Beispielhaft für diesen Wandel ist der Widerstand gegen die Verwirklichung des Projektes Wyhl.

Der durch vorstaatlich gegebene und angeborene Grundrechte geschützte Mensch wird »unter den Augen einer herrschenden Rechtssprechung und Rechtswissenschaft weltanschaulich vergiftet«.

Anlaß für zwei Bauplatzbesetzungen und mehrere Anfechtungsklagen von Bürgern und Gemeinden aus der Kaiserstuhlregion waren zunächst rein örtli-

che Probleme, wie die Beeinflussung von Kleinklima und Grundwasser, eine weitere Erwärmung des Rheinwassers mitsamt einer dadurch bedingten Beeinträchtigung der Wein- und Hopfenernte sowie die Belastung dieser Produkte durch radioaktive Emissionen.

Erst später sind die mit dem Betrieb eines Kernkraftwerkes verbundenen Gefahren von allgemeiner Bedeutung, wie die Belastung von Mensch und Tieren durch die Betriebs- und Störfall-Abstrahlung und die Folgen eines Berstunglücks, in den Vordergrund getreten.

Seit 1977 fragen die Einwohner der Kaiserstuhlregion, wie sich die Betriebs- und Störfallabstrahlungen der beiden im Abstand von rund 30 Kilometer Luftlinie arbeitenden und vorgesehenen Reaktoren Fessenheim auf der französischen Rheinseite und Wyhl auf diese Region auswirken werden. Diese Entwicklung war letzten Endes der Anlaß dafür, sich rechtlich nicht mehr auf den Schutz aus Paragraph 7 Absatz 3 des Atomgesetzes zu verlassen. Immer nachdrücklicher wird seit 1974 in allen anhängigen Anfechtungsprozessen Grundrechtsschutz gefordert.

Der Mensch ist hilflos ausgeliefert

Es ist kein Wunder, daß sich junge Menschen mit einer solchen Entwicklung um den Sinn ihres Lebens und eine gute Zukunft gebracht sehen, das heißt im Angesicht derartiger Folgen aufbegehren oder die Existenz einer Raumfähre als »Unsinn« bezeichnen. Unsinn deshalb, weil eine derart hochgezüchtete Technologie nicht lebensnotwendig ist, die lebensnotwendige Umwelt dagegen immer stärker verschmutzt und teilweise für nicht lebensnotwendige Projekte unersetzbar verbraucht wird.

Diese Umstände sind Kriterien der Vernachlässigung des »gemeinen Besten«. Sie beziehen sich auf fast alle wesentlichen Lebensbereiche von Menschen, Tieren und Pflanzen. Die Folge ist, daß alles Lebende beinahe mit jedem »Schritt« zur Befriedigung lebensnotwendiger Bedürfnisse auf einen verseuchten Bereich stößt. Selbst Leben im Mutterleib und an der Mutterbrust nimmt daran teil. Empfängnis, Zeugung und Geburt erfolgen unter der Gefahr einer chemie- und strahlenbedingten Mißbildung. Es ist einsichtig, daß dieser Zustand nicht mehr als dem »gemeinen Besten« dienend gewertet werden kann.

Die Objekt-Situation alles Lebenden im Verhältnis zu den Verursachern einer derart umfassenden Umweltverschmutzung kann deutlicher nicht mehr in Erscheinung treten. Der einzelne Mensch kann sich nicht mehr dagegen wehren. Er erkennt die damit verbundenen Gefahren in der Regel nicht einmal, weil der Prozeß der Verschmutzung der körperlichen Unversehrtheit lautlos, unbemerkt schleichend, das heißt heimtückisch verläuft. Diejenigen Werkzeuge des Menschen, die ihm Hilfe zum Leben sein sollen (Geräte, Maschinen, Technologien) zerstören Leben. Die Verhältnisse habe sich durch das Übermaß umgekehrt.

Hypothek zu Lasten der Ungeborenen

Ursache dieser Entwicklung ist die Steigerung von Bedarf und Verbrauch über das Lebensnotwendige hinaus in den Überfluß und das Übermaß. Auch damit hat sich der Gesetzgeber bisher nicht auseinandergesetzt. Die Lagerung giftigen Chemieabfalls und radioaktiven Abfalls ist wohl gesetzlich geregelt worden. Diese Regelung beschränkt sich indessen auf die Sicherung der Lebensvoraussetzungen für die Gegenwart und nahe Zukunft, obwohl die Zerfallszeiten zum Beispiel für bestimmte radioaktive Abfälle in die Millionen Jahre gehen oder das auf Sondermüll-Deponien eingelagerte Gift überhaupt stabil bleibt.

Weithin unbekannt ist, wie stabil, das heißt, undurchlässig die Erdschichten dieser Lagerstätten im Verhältnis zu den nächsten Jahrtausenden oder Jahrmillionen sind oder bleiben werden. So belegen die ersten Befunde der Tiefbohrungen im Bereich Gorleben, daß der für radioaktiven Abfall vorgesehene Lagerbereich wasserführend und durchlässig ist. Das bedeutet zunächst, daß das Problem der Endlagerung nach wie vor ungelöst ist mit der Folge, daß schon deshalb der Zubau von Kernkraftwerken gesetzwidrig ist.

Im übrigen bedeutet jede Art von Endlagerung von Giftmüll oder radioaktivem Material eine Hypothek zu Lasten der ungeborenen Generationen, deren schädliche Auswirkungen zu einer Umwelt-Katastrophe führen können.

Diese Überlegungen erlauben nur den Schluß, daß diese Vorgänge als Gesamtentwicklung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nicht nur teilweise gegen den Inhalt der Artikel 1 Absatz 1 und 2 des Grundgesetzes, sondern auch und vor allem gegen das »gemeine Beste« verläuft, das heißt verstößt. Es wird gegen das »gemeine Beste« schon dann verstoßen, wenn nur objektivierbare Zweifel an der Gefährlichkeit des Betriebes einer Großtechnologie wie zum Beispiel eines Kernkraftwerkes durch eine normale Betriebsabstrahlung bestehen oder Sachverständige nach Mehr- und Minderheit unter Bezeichnung nachvollziehbare Überlegungen darüber streiten, ob bestimmte Emissionen oder Immissionen etwa als eine Dauerbelastung mit nur geringen Dosen die körperlich in Erscheinung tretende Unversehrtheit von Menschen beeinträchtigen oder nicht.

Denn solche Zweifel oder Streitigkeiten unter Fachleuten können in der Bevölkerung der Umgebung einer Großtechnologie nur zu Ängsten und Sorgen führen. Dahinter wiederum steht die Gefahr des von einzelnen Sachverständigen angenommenen tatsächlichen Schadenseintrittes. Deshalb gehen alle Zweifel immer zu Lasten des Betreibers einer Technologie. Anders können Gemeinwohl und Unversehrtheit im Sinn des Artikels 2, Absatz 2 des Grundgesetzes nicht verläßlich gesichert werden. Darin liegt die rechtliche Bedeutung und besondere rechtliche Qualität von Grundrechtsnormen im Vergleich zu Normen des einfachen Rechts.

Maßstab sind sämtliche Umweltbelastungen

Der einzelne Bürger muß sich deshalb auch gegen anderslautende, das heißt, ihn belastende Entscheidungen, wehren können. Die sich daraus ergebenden Folgen für den Rechtsfrieden einer Region lassen sich nur durch eine solche Rechtsprechung abwenden, die wieder konsequent nach dem »gemeinen Besten« und nicht nach der Steigerung von Produktion, Wohlstand, Sozialprodukt und Bequemlichkeit oder gar danach fragt, was etwa Regierung oder Parteien wollen. Die Steigerung der Produktion, des Wohlstandes oder des Sozialproduktes wirken sich im Vergleich zu der Vergangenheit in den Jahren 1949 bis etwa 1965 gegen ihre Bedeutung in diesen vergangenen Jahren neuerdings gegen das »gemeine Beste« aus.

Eine an dem Schutz der Grundrechte und der Verwirklichung des »gemeinen Besten« orientierte Rechtsprechung muß mindestens darauf hinauslaufen, jede neue zusätzliche Umweltbelastung unmöglich zu machen. Maßstab einer solchen Rechtsprechung ist nicht mehr und nur die Bewertung des einzelnen zur Genehmigung stehenden Objektes, sondern die Zusammenschau der Fülle bereits bestehender und wirkender regionaler wie überregionaler Umweltbelastungen. Dazu gehören auch alle Emissionen und Immissionen aus grenznah bestehenden Industrieobjekten in Frankreich, in der Schweiz und der DDR.

Das bedeutet zum Beispiel für den Bereich von Großtechnologien, daß eine Vergrößerung oder Vermehrung nur noch dann möglich ist, wenn jede schädigende Emission oder Immission mit Sicherheit ausgeschlossen ist. Das bedeutet weiter, daß Technologien, deren Zerstörung durch den Ablauf eines Betriebsversagens oder durch Einwirkung von außen wie zum Beispiel bei einem Kernkraftwerk zu einer Umweltbelastung mit dem Ausmaß einer Katastrophe führen können, überhaupt nicht mehr betrieben werden dürfen. Denn anders kann das »gemeine Beste« nicht mehr verläßlich geschützt werden.

Eine solche Rechtsprechung bezeichnet nicht mehr und nicht weniger diejenige »Linie«, die Menschen um anderer Menschen willen nicht mehr überschreiten dürfen. Die Rechtsprechung der Jahre 1933 bis Anfang 1945 hat diese »Linie« nicht beachtet. Die Bürger, für die sie damals verantwortlich gewesen ist, endeten in einer nationalen Katastrophe. □

Klaus Roth-Stielow »Umweltbelastung, Grundrechtsschutz und Allgemeinwohl«, erschienen in der Reihe »BUND-Information«, herausgegeben vom Bund für Umwelt und Naturschutz, Erbprinzenstraße 18, 7800 Freiburg.

Umweltschutz

Arche Noah 2000

Eine Analyse der heimischen Lebensräume parallel zur amerikanischen Studie »Global 2000« ergibt eine erschreckende Bilanz: Der Grundbestand der Pflanzen und Tiere in den – unsere eigenen Lebensgrundlagen tragenden – naturnahen Ökosystemen ist so stark bedroht, daß teilweise über 50 Prozent der Arten bis zum Jahre 2000 ausgestorben sein werden. Ursachen sind die Belastungen, die von den vom Menschen geschaffenen Systemen Siedlung, Industrie, Verkehr und Landwirtschaft ausgehen.

Die Situation ist inzwischen so bedrohlich geworden, daß alle Menschen heute – wie einst Noah im Alten Testament – aufgerufen sind, eine gewaltige Arche zu bauen für das Überleben der Arten. Diese Arche muß heute anders aussehen als in biblischen Zeiten: Ein Netz von unterschiedlich großen naturnahen Lebensräumen muß über das ganze Land gebreitet werden, um Rückzugsgebiete zu schaffen, die den Arten das Überleben ermöglichen. Ein solches »Gitternetz ökologischer Zellen« zu schaffen, ist das Ziel der neuen bundesweiten Kampagne des Bundes für Umwelt und Naturschutz (Bund) »Arche Noah 2000«.

Was jeder tun kann

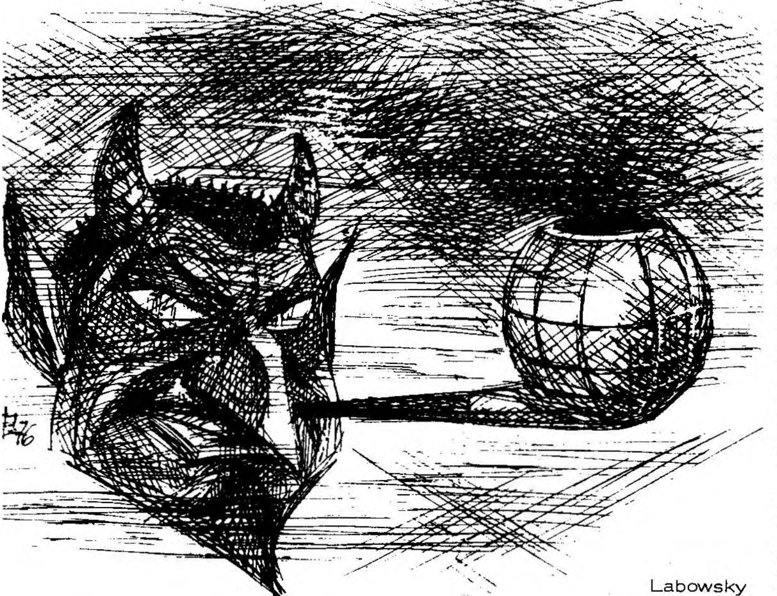
Mit der Aktion »Arche Noah 2000« will der Bund nicht nur den hohen Grad der Vernichtung und Bedrohung von Natur darstellen, nicht eine bloße Dokumentation der Naturzerstörung liefern. Vielmehr will man darüber hinaus jedem einzelnen Bürger bewußtmachen, daß er selber für seine Umwelt mitverantwortlich ist und daß jeder einzelne für ihre Erhaltung handeln kann und muß.

Wie kann er dies tun? Fünf von vielen Möglichkeiten können beispielsweise im Rahmen der Kampagne »Arche Noah 2000« verwirklicht werden:

Der Bund hat eine Mappe mit umfangreichem Informationsmaterial erarbeitet, damit jedermann an seinem Wohnort einen persönlichen Beitrag zur Erhaltung von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen leisten kann. So enthält diese Informationsmappe Materialien über: die Gestaltung eines Naturgartens nebst Beschaffungsmöglichkeiten einheimischer Pflanzen und Samen, Erhaltung und Neupflanzung von Hecken, Anlage eines naturnahen Tümpels, Samen für ein Quadratmeter Naturwiese, Wildpflanzen, Amphibien- und Igelschutz, Schmetterlingshege, Nistkästen für Insekten. Diese Mappe ist gegen Rückporto von DM 2,– in Briefmarken beim Bund (Reuterstraße 241, 5300 Bonn) erhältlich.

Schon jetzt betreuen und gestalten viele ehrenamtliche Mitarbeiter des Bundes Umwelt und Naturschutz und seiner Landesverbände überall in der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche Grundstücke (Biotope), um gefährdeten Pflanzen und Tieren ihren Lebensraum zu erhalten.

Durch die Aktion »Arche Noah 2000« sollen viele weitere Helfer gewonnen werden, um im ganzen Bundesgebiet solche »ökologischen Inseln« einzurichten und zu betreuen.



Labowsky

»Du bist Gast der Natur«

Im Rahmen der Kampagne hat der Bund sein neues Sachbuch »Arche Noah 2000« erarbeitet. Dieses Buch ist als Fortsetzung der Bund-Reihe »Rettet die Vögel«, »Rettet den Wald« und »Rettet die Wildtiere« zu verstehen. Bekannte Wissenschaftler erklären in allgemeinverständlicher Form die zunehmende Bedrohung der einzelnen Lebensräume Stadt, Dorf, Feld und Wiese, Wald, Gewässer, Wattenmeer und Gebirge.

Eigens für diese Aktion des Bundes schuf ferner der international bekannte Maler Friedensreich Hundertwasser ein achtfarbiges Plakat mit Metallfolienprägung und dem englischen Zusatztext »You are a guest of nature – behave« (Du bist Gast der Natur – benimm Dich danach).

Hundertwasser selbst sagt zu diesem Plakat: »Mein Bild stellt eine schwimmende Insel dar – eine Paradiesinsel, eine pflanzliche Arche Noah 2000«.

Von den verkauften Plakaten und auch von dem Buch wird je ein bestimmter Betrag als Spende an die Bund-Kampagne »Arche Noha 2000« abgeführt.

Über den Tagesproblemen darf nicht übersehen werden, daß es nur zwei weltweite Probleme gibt, von denen das Überleben der Menschheit abhängt: das Anwachsen des militärischen Vernichtungspotentials und die langsame, aber stetige Vernichtung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz fordert darum:

Zehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche und der Forsten als Natur-Vorrangflächen naturnah zu pflegen und einzurichten. Genügend große Teilareale sollen ein »Verbundsystem« naturnaher Flächen bilden. Dies beinhaltet den Stopp aller Maßnahmen zur Vernichtung der Moore und Kleingewässer durch Entwässerung, Aufschüttung oder Düngung sowie den Stopp durch Aufforstungen von Untergrenzertragsflächen.

Stopp der Belastung und »Verinselung« der Landschaft durch Straßenbauten. Straßenneubau darf nur noch bei nachweisbaren ökologischen Verbesserungen gegenüber bisher und bei Renaturierung der ungünstigeren Trasse erfolgen.

Stopp dem »sauren Regen«

Förderung der ökologischen Landwirtschaft mit systematischer Umstellung auf fruchtwechselreiche Kulturen, Reduktion der Mineraldüngermenge, Förderung der bodenbiologischen Vorgänge statt deren Sterilisierung, drastische Reduktion aller Biozide im Sinne des »integrierten Pflanzenschutzes« unter Aufgabe der terminbezogenen Spritzpläne. Hinwendung zu energiesparenden Produktions- und Betriebsbedingungen.

Stopp dem »sauren Regen«, der für das europäische Waldsterben verantwortlich ist. Trotz komplexer Einzelfaktoren und Überlagerung verschiedener Teilursachen, ist die zunehmende Versauerung des Regens die Hauptursache für das Waldsterben. Hierzu tragen vor allem Großfeuerungsanlagen bei. Darum ist eine sofortige Herabsetzung der Emissionsgrenzwerte auf das technisch machbare Mindestmaß notwendig. Vor allem muß die Praxis der Ausnahmegenehmigungen aufhören.

Nur durch eine beispiellose Aktion der Solidarität aller Bürger kann das Projekt »Arche Noah 2000« verwirklicht werden. ☐

Heilbehandlung ohne Nebenwirkung

mit Heilkräuter-Natur-Tee

Liebe Leserinnen und Leser,

ein erfahrener, über die Grenzen unseres Landes bekannter Arzneimittel-Sachverständiger hat uns wichtige Kräuterrezepturen hinterlassen — die Krönung seines Forscherlebens. Es handelt sich um 20 hochwirksame Heiltee-Mischungen. Jede enthält zehn bis zwölf sinnvoll aufeinander abgestimmte Heildrogen der bewährtesten Heilpflanzen der Welt.

Diese medizinisch anerkannten Kräuter-Tee-Mischungen heilen und helfen, ohne den Organismus zu belasten, ohne schädliche Nebenwirkungen! Nicht zuletzt das ist ja ein Grund dafür, warum immer mehr Menschen zu den natürlichen Heilweisen zurückfinden.

Zum Prinzip natürlicher Heilmethoden gehört es auch, die Natur unverändert wirken zu lassen. Meine Kräutertees enthalten die echten, naturbelassenen Pflanzenteile. Sie sind wirklich noch Natur-Tees zum Selbstaufbrühen! Sie können riechen, schmecken und kontrollieren, was Sie einnehmen und Sie werden die natürliche unverfälschte Wirkung spüren. Es gibt vielleicht bequemere Zubereitungen, aber mir kommt es darauf an, meinen Kunden ein überzeugendes, wirksames Präparat ohne Fremdstoffe zu liefern.

Ihr *Erwin Hagen*

Vital-Arterien- und Blutdruck-Tee
schützt vor Verkalkung



Das Mistelkraut wirkt blutdrucksenkend

㊲ Der Tee aus 13 bewährten Heilpflanzen hält die Adern elastisch und entschlackt das Blut und wirkt so hohem Blutdruck ursächlich entgegen. Streß der den Blutdruck hochtreibt wird abgebaut.

Vital-Arterien- und Blutdruck-Tee *bei allgemeiner Adernverkalkung und hohem Blutdruck.*
E. HAGEN • Freilassing

Vital-Nerven- und Schlaf-Tee
sorgt für gesunden Schlaf



Die Passionsblume verhilft zu gesundem Schlaf

⑳ Ein Kräuter-Tee der nicht narkotisiert sondern Tagesstreß abschirmt, nervöse Erregung dämpft und somit den natürl. Schlaf fördert. Denn Ihr biologischer Rhythmus wird dadurch wieder normalisiert.

Vital-Nerven- u. Schlaf-Tee *bei nervösem Schlaf, Unruhe, Reizbarkeit.*
E. HAGEN • Freilassing

Vital-Bronchial-Tee
lindert den Hustenreiz



Der Thymian verflüssigt zähen Schleim

㉟ Der Bronchial-Tee mildert den Hustenreiz, wirkt antibakteriell, löst den Schleim, entkrampft die Bronchien und bringt sie zum Abschwellen.

Vital-Bronchial-Tee *gegen Katarrhe der Atmungsorgane, Kehlkopf, Luftröhre, Bronchien, Bronchiolen, asthmatische Bronchitis, Emphysem, Staublungen-Beschwerden.*
E. HAGEN • Freilassing

Vital-Tee gegen niederen Blutdruck
sorgt für Wohlbefinden

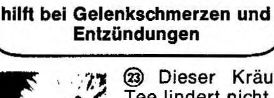


Die Gartenraute wirkt bei Herzbeschwerden

㉝ Diese ausgeklügelte Zusammenstellung von Heilkräutern ist in der Lage, die zu geringe Spannung in den Blutgefäßen zu erhöhen, so daß das straffer gewordene Gefäßsystem das Blut schneller umlaufen läßt.

Vital-Tee bei niederem Blutdruck.
E. HAGEN • Freilassing

Vital-Arthritis-Tee
hilft bei Gelenkschmerzen und Entzündungen





Die Weidenrinde wirkt schmerzlindernd

㉓ Dieser Kräuter-Tee lindert nicht nur die Schmerzen. Er dämpft die Entzündung und beeinflußt den Krankheitsprozeß, daß es zum Stillstand des Leidens und zu Heilungen kommen kann.

Vital-Arthritis-Tee *bei rheumat. Gelenkaffektionen chronisch-entzündlicher Natur.*
E. HAGEN • Freilassing

Vital-Hämorrhoidal-Tee
lindert die Beschwerden

Hamamelis sorgt für die Venendurchblutung

㉗ Dieser Heil-Tee zur kurmäßigen Anwendung ist zu empfehlen, weil er Entzündungen beseitigt, die Durchblutung verbessert, Stauungsknoten auflöst, die Schleimhäute schützt und dadurch Rückfälle verhindert.

Vital-Hämorrhoidal-Tee *gegen Hämorrhoiden.*
E. HAGEN • Freilassing

Vital-Magen- und Darm-Tee
bei Verdauungsschwäche

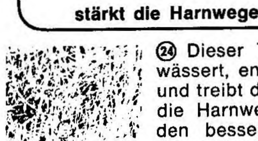


Die Enzianwurzel vermehrt die Magensaftabsonderung

㉑ Dieser Tee hilft bei nervösen Störungen, bekämpft Entzündungen, fördert die Verdauungsfunktionen, löst schmerzhafte Krämpfe und verhindert Blähungen.

Vital-Magen- und Darm-Tee *bei Appetitlosigkeit, Magenverstimmung, Magenvölle, Magenschmerzen, üblem Mundgeruch, unregelmäßig. Stuhlgang.*
E. HAGEN • Freilassing

Vital-Blasen- und Nieren-Tee
stärkt die Harnwege



Der Acker-Schachtelhalm ist harntreibend

㉔ Dieser Tee entwässert, entschlackt und treibt den Harn, die Harnwege werden besser durchblutet, Entzündungskeime beseitigt und Krämpfe gelöst. Die ärztliche Behandlung wird wirksam unterstützt.

Vital-Blasen- und Nieren-Tee *bei Funktionsstörungen der Harnorgane.*
E. HAGEN • Freilassing

Vital-Venen-Tee
hilft bei Krampfadern und Beinschmerzen



Die Roßkastanie wirkt entzündungshemmend

㉚ Die verschiedenen Wirkstoffe kräftigen das Gewebe der Veneninnenwände, Stauungen und Schwellungen gehen zurück, die Durchblutung steigt. Ratsam ist eine Anwendung bei Neigung zu Krampfadern.

Vital-Venen-Tee *bei Venenschwäche, Venenstauung und Krampfadern.*
E. HAGEN • Freilassing

Vital-Hautausschlag-Tee
hilft bei Akne



Die Klette hilft gegen zahlreiche Hautunreinheiten

㉙ Der Kräuter-Tee reinigt von innen her durch Stoffwechsel-Belebung. Er ist wirksam bei Akne (Mitesser, Pickel, Pusteln), bei juckenden und unsichtbaren Hautleiden, bei vermehrtem Talgfluß, Kopfschuppen.

Vital-Hautausschlag-Tee *bei nichtinfektiösen Hautkrankheiten und Akne.*
E. HAGEN • Freilassing

Vital-Frauen-Wechseljahre-Tee
löst Spannungen



Die Kamillenblüten wirken krampflösend

㊱ Ein Kräuter-Tee, der Frauen hilft, die während der Wechseljahre auftretenden Beschwerden wie Hitzewallungen und Verkrampfungen abzubauen, nervöse Spannungszustände zu lösen.

Vital-Frauen-Wechseljahre-Tee *bei Menstruations- und Wechseljahrebeschwerden.*
E. HAGEN • Freilassing

Vital-Kopfschmerz-Tee
wirkt befreiend



Die Schwertlilie ist ein bewährtes Migräne-Mittel

㉕ Dieser Heiltee ist deshalb so gut, weil er Schmerzursachen bekämpft, nämlich die Durchblutung und Gefäßspannung normalisiert, nervöse Einflüsse ausschaltet, frei macht von Druckgefühl und Leere.

Vital-Kopfschmerz-Tee *bei Kopfschmerzen und Migräne.*
E. HAGEN • Freilassing

Das sind 12 von 20 Spezial-Heiltee-Mischungen in ¼-kg-Kurpackungen. In Apotheken oder Direktversand in alle Länder. Katalog kostenlos!

eh ERWIN HAGEN • Das große Haus der Naturheilmittel

Postfach 251
D-8228 Freilassing



Irrtümer und Versehen bei Gutachtern

Das Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen in Münster hat mit einer Grundsatzentscheidung zum ersten Mal in der Geschichte der Gerichtspsychiatrie entschieden, daß psychiatrische Gutachten durch einen gerichtsärztlichen Ausschuß beanstandet werden dürfen.

Das Oberverwaltungsgericht befaßte sich eingehend mit der umstrittenen Gutachterpraxis des Kölner Psychiatrieprofessors Wolfgang de Boor. Über 2500 Gutachten über Straftäter hat de Boor bisher für die Justiz erstellt, wobei er mit einem von ihm entwickelten Fragebogen auch die »Gewissensfunktion« überprüfte. Der umfangreiche Fragebogen schloß auch eine intensive Ausforschung im religiösen Bereich mit ein. Wie die bundesweit tätige »Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte« mitteilte, sollten Patienten aussagen, ob sie an Gott, Teufel, Hölle, Jüngstes Gericht oder an ein Leben nach dem Tode glauben.

Durch Kritik Auftragsrückgang

Der gerichtärztliche Ausschuß für das Land Nordrhein-Westfalen übte in zahlreichen Fällen Kritik an den Gutachten des Psychiaters. Er beanstandete vorwiegend die Art und Weise der Befunderhebung de Boors und regte gegenüber den Gerichten und Staatsanwälten vielfach die Anhörung weiterer Gutachter an.

Diese kritische Beurteilung seiner Gutachtertätigkeit wollte sich der Psychiatrieprofessor nicht gefallen lassen. Zudem habe er einen »durch die Kritik bedingten Auftragsrückgang«. De Boor führte bereits 1976 Beschwerde gegen das Vorgehen des gerichtsärztlichen Ausschusses. Das Nordrhein-Westfälische Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, dem der Ausschuß seit 1970 zugeordnet ist, lehnte jedoch das Ansinnen des Gutachters mit dem Hinweis ab, daß die kritische Würdigung der Art und Weise der Befunderhebung zu den Aufgaben des Ausschusses gehört, ab.

Daraufhin wollte de Boor die Kritik an seiner Arbeit per Gerichtsbeschluß verbieten lassen. Er klagte vor dem Verwaltungsgericht in Düsseldorf mit dem Antrag, »das Land Nordrhein-Westfalen zu verurteilen, es zu unterlassen, in Schreiben seines gerichtsärztlichen Ausschusses an Staatsanwaltschaften und Strafgerichte die von ihm angewandte Methode der Persönlichkeitserforschung für forensische Zwecke anzugreifen und deswegen die Beauftragung eines anderen Gutachters zu empfehlen.«

Überprüfung ist keine Kompetenzüberschreitung

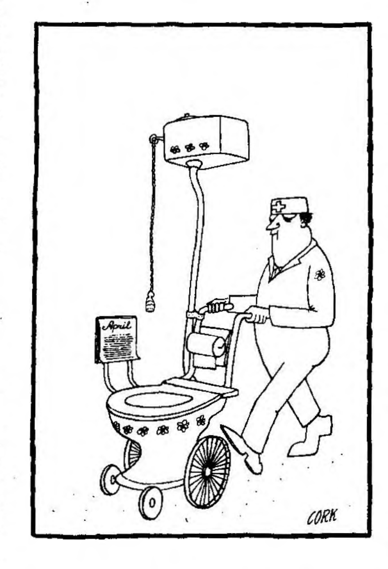
Das Düsseldorfer Verwaltungsgericht lehnte jedoch Anfang 1979 die Klage mit der Begründung ab, »die Stellungnahmen des gerichtsärztlichen Ausschusses enthielten keine Rechtsverletzungen.«

Aber auch in der Berufungsverhandlung gelang es de Boor nicht, seine umstrittene Gutachtertätigkeit gegen Kritik per Gerichtsbeschluß abzusichern. Das Oberverwaltungsgericht Münster wies die Berufung als unbegründet zurück.

Das Gericht sah in den Stellungnahmen des gerichtsärztlichen Ausschusses keine unzulässige Einflußnahme der Verwaltung auf Strafverfahren und auch keinen rechtswidrigen Eingriff in den Persönlichkeitsbereich des Sachverständigen.

Wörtlich heißt es in dem Urteil: »Die hier in Rede stehende Tätigkeit des gerichtsärztlichen Ausschusses – die Prüfung von medizinisch-psychiatrischen Gutachten, die im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren und im Verfahren vor den Strafgerichten erstattet werden – ist rechtlich nicht zu beanstanden. Auch die Überprüfung der Stellungnahmen, die zu Gutachten des Klägers ergangen sind, führt nicht zur Feststellung von Kompetenzüberschreitungen durch den Ausschuß, aus denen sich eine Verletzung der Rechtsstellung des Klägers ergeben könnte.«

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte damit ausdrücklich die Zulässigkeit der Kritik an der psychiatrischen Gutachterpraxis und zog damit einen klaren Schlußstrich unter dem jahrelangen Rechtsstreit, da eine Revision gegen die Entscheidung vom Oberverwaltungsgericht abgelehnt wurde.



In der Begründung zur Urteilsentscheidung nimmt das Gericht ausführlich zu den Aufgaben des gerichtsärztlichen Ausschusses Stellung: »Die Aufgabe des Ausschusses gemäß Nr. 1.1 AnwGA ist die Überprüfung von in Strafverfahren erstatteter psychiatrischer Gutachten, ›um Irrtümer und Versehen, die zu einer sachlich unrichtigen Feststellung führen können, möglichst vorzubeugen, und‹ – was im vorliegenden Fall nicht von Interesse ist – ›Sachverständige in gerichtsmedizinischen Fragen für ihre Gutachten und gerichtlichen Verhandlungen wissenschaftlich zu fördern‹. Mit sachlich unrichtiger Festellung sind, wie im angefochteten Urteil zutreffend ausgeführt ist, die Feststellung durch das Gericht gemeint. Das ergibt sich aus der inhaltsgleichen, insoweit aber deutlicher gefaßten Ausführungsanweisung vom 25. September 1921, Ministerialblatt für Volkswohlfahrt 1921, 461, nach denen es Zweck der Überprüfung ist, ›den nachteiligen Einflüssen erheblicher Irrtümer und Versehen auf das gerichtliche Verfahren möglichst vorzubeugen‹. ›Irrtümer und Versehen‹ sind nach Nr. 3.3 AnwGA insbesondere Mängel, die die Art und Weise der Befunderhebung, die Auswertung und Würdigung der gegebenen Befunde, die Beurteilung der Zusammenhangbeziehungen, die Nichtberücksichtigung neuerer wissenschaftlicher Erkenntnisse oder die Nichtbeachtung anerkannter Regeln der medizinischen Wissenschaft betreffen. Die Stellungnahmen des Ausschusses halten sich in diesem Rahmen.«

Gerichtspsychiatrie kritisch durchleuchten

Die »Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte« begrüßte die Grundsatzentscheidung. Sie wies aber gleichzeitig darauf hin, daß dieses Urteil Anlaß genug sein sollte, den gesamten Bereich der Gerichtspsychiatrie kritisch zu untersuchen.

So wurde im Mai 1981 der ehemalige Direktor des Landeskrankenhauses Braunweiler, Dr. Fritz Stockhausen, vom Kölner Landgericht zu zwei Jahren Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Dabei ging es um fahrlässige Körperverletzung mit Todesfolge in einem Fall und wegen bedingt vorsätzlicher Körperverletzung in vier Fällen. Schon vor dem Prozeß wurde von psychiatrischen Kollegen eine zeitweilige Geisteskrankheit bei Stockhausen festgestellt. Außerdem war er alkoholabhängig.

Stockhausen hat vor Gericht über hundertmal als Gutachter fungiert, damit hat praktisch ein »geisteskranker« Psychiater über das Wohl und Wehe von Menschen entschieden. Ein Beispiel für viele, daß die Fragwürdigkeit psychiatrischer Gerichtsgutachten dokumentiert. □

Psychiatrie

Ärztliche Diagnose nach Akten

Erneut hat sich die »Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte« entschieden gegen die Psychiatrisierung des Mannheimer Rechtsanwaltes Jürgen Schifferer gewandt. Der Protest erfolgte, nachdem jetzt bekannt wurde, daß der ehemalige Heidelberger Gerichtsgutachter Professor Heinz Leferenz im Rahmen eines Ehrengerichtsverfahrens den Geisteszustand Schifferers nach »Aktenlage« beurteilen soll.

Der heutige 68jährige Professor Heinz Leferenz trat 1939 mit einer Dissertation in Erscheinung, die zur Erlangung der Doktorwürde an der juristischen Fakultät der Ruprecht-Karl-Universität Heidelberg mit dem Titel »Germanischrechtliche Einschläge im Erbrecht des Code civil Frankreichs verglichen mit dem schweizerischen und deutschen Recht« verfaßt wurde.

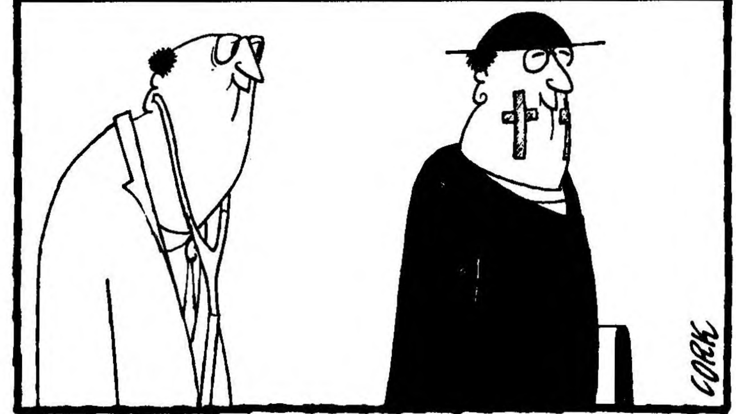
Arteigene nationalsozialistische Weltanschauung

Unter »Beachtung der Rassenlehre«, setzte sich der Jurist und Psychiatrieprofessor Leferenz in seiner damaligen Untersuchung dafür ein, das »Recht nach der arteigenen nationalsozialistischen Weltanschauung auszurichten«, wobei er ausdrücklich auf das Parteiprogramm der NSDAP Bezug nahm.

In der zusammenfassenden Schlußbetrachtung schreibt Leferenz in seiner Doktorarbeit: »Bei der zusammenfassenden Betrachtung der gewonnenen Ergebnisse ist nochmals voranzustellen, daß die vorliegende Arbeit den Träger des Rechts, die Rasse, welche gemäß der nationalsozialistischen Weltanschauung den Rechtsbegriff und die daraus abgeleiteten Aufgaben der Rechtsvergleichung bestimmt, als Ausgangspunkt genommen hat. Von diesem Gesichtspunkte aus zeigt ein Überblick, daß die Gedanken der einleitenden Untersuchung durch die Arbeit bestätigt werden. Die Entwicklung des germanischen Rechtsguts bildet eine der natürlichen Bindung des Rechts an seinen Träger entsprechende Linie, die sich, ohne durch die Kodifikation einen Umbruch zu erleiden, bis in das heute geltende Recht fortgesetzt hat.«

Und an anderer Stelle heißt es: »Wie notwendig die Beachtung der Rassenlehre bei der Anwendung der rechtsvergleichenden Methode ist, hat auch der Vergleich zwischen Code zivil und ZGB gezeigt. Bei Lösung der hier der Rechtsvergleichung gestellten Aufgabe, nämlich den germanischen Einschlag im Code zivil nachzuweisen oder zu verdeutlichen, konnte bei dem Vergleich nur eine Kodifikation Verwendung finden, die wie das ZGB fast ausschließlich auf alten, germanischen Rechtsgewohnheiten aufgebaut ist und deren germanische Grundhaltung trotz der modernen Ausgestaltung nicht verlorengegangen ist.«





Gutachten nach Aktenlage

Zur Vorgeschichte: Seit über sieben Jahren vertritt der streitbare Rechtsanwalt Jürgen Schifferer das Psychiatrische Landeskrankenhaus in Wiesloch. Dabei hatte er auch gerichtlich durchgesetzt, daß Patienten nicht einfach gegen ihren Willen Psychopharmaka verabreicht bekommen.

Dies erregte jedoch das Mißfallen des Wieslocher Klinikdirektors Dr. Ernst Bechtold. Anstatt auf die Vorwürfe Schifferers einzugehen, wandte sich der Psychiater im Dezember 1976 an seine übergeordneten Dienststellen und fragte an, »ob gegen solche Rechtsanwälte etwas unternommen werden könne«, die »so negativ kranke Menschen beeinflussen.«

Was Klinikdirektor Bechtold mit diesem eigenartigen »Hilferuf« erreichen wollte, wird heute überaus deutlich. In einem Ehrengerichtsverfahren vor der Anwaltskammer Karlsruhe soll nämlich Schifferer selbst auf seinen Geisteszustand untersucht werden. Da sich Schifferer verständlicherweise weigerte an einem derartigen Verfahren teilzunehmen, soll jetzt die Diagnose anhand von Verfahrensakten erstellt werden.

Der anfangs dafür ausersehene Heidelberger Psychiater Professor Gerhard Möllhof hatte sich selbst als befangen abgelehnt. Aber der Vorsitzende des Ehrengerichts, der Heidelberger Rechtsanwalt Dr. Roland Schibel, hat nun mit Professor Heinz Leferenz einen neuen Gutachter für diese Aufgabe bereit.

Auf Anfrage der Kommission wollte Leferenz weder bestätigen noch dementieren, ob er den Gutachterauftrag annehmen werde. Auch zu der Frage, »ob es nicht jeder ärztlichen Ethik widerspricht, über den Geisteszustand eines Menschen nach Aktenlage zu urteilen«, wollte er sich nicht definitiv äußern.

Glaubwürdigkeit einer krisengeschüttelten Psychiatrie

Die bundesweit tätige Menschenrechtsvereinigung wird sich nun an Rechtsanwalt Schibel wenden, und ihn auffordern, sich »von einem derart skandalösen Vorgang zu distanzieren.«

Nach Auffassung der Kommission würde sich Leferenz »schon allein durch seine umstrittenen Äußerungen in der Zeit des Dritten Reiches als Gutachter disqualifizieren«.

Der öffentlichen Glaubwürdigkeit einer ohnehin krisengeschüttelten Psychiatrie wäre es viel dienlicher, wenn sich die Wieslocher Psychiater offen und direkt mit Schifferer auseinandersetzen würden. So habe es aber den Anschein als solle ein unliebsamer Psychiatriekritiker mit juristischen Winkelzügen zum »Geisteskranken« abgestempelt werden, betont die Kommission in einer Stellungnahme. □

Strafvollzug im Namen des Volkes

Helmut Ortner

»Das Gefängnis ist zum Einsperren da«, sagt der Volksmund. Doch nicht nur im Bewußtsein der Allgemeinheit, auch innerhalb der Kriminologie scheinen die »Experten« nicht wesentlich über das Alltagswissen hinaus gekommen zu sein. Noch immer gilt die Gefängnisstrafe als probates Mittel, auf den Straftäter zu reagieren.

Den Gesetzesbrecher einzusperren – und dies heißt immer zugleich auch Aussperrung aus der Gemeinschaft der »Anständigen und anerkannt Sozialen« – befriedigt nicht nur hierzulande nach wie vor ein tief verwurzelts Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung. Ist der Straftäter erst einmal hinter Schloß und Riegel, fühlt sich der Bürger vor ihm sicher. Eine Fiktion, an der seit Jahrhunderten festgehalten wird und die suggerieren soll, auf diese Weise sei der soziale Rechtsfrieden wieder hergestellt. An diesem Bild von Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung wird starr festgehalten. Alle sind sich einig: die Juristen, die Politiker, der Bürger von nebenan.

In Schließfächern isoliert

Und so werden Gefängnisse – modisch Justizvollzugsanstalten genannt – ohne Ende um-, aus- und neugebaut, werden im »Namen des Volkes« tagtäglich Menschen in Schließfächer isoliert, verwahrt, verwaltet. Allein das Bundesland Hessen plant für die kommenden Jahre die Erweiterung von 2500 neuen Haftplätzen, die mehr als 300 Millionen DM kosten werden. Die Folgekosten pro Anstalt werden auf weitere 10 Millionen DM gerechnet. Im Jahr!

Können wir uns einen Strafvollzug leisten, der Unsummen verschlingt und der keinen hilft: weder dem Opfer, noch dem Täter, noch der Gesellschaft? Müssen wir ihn uns leisten?

Annähernd 80 Prozent aller Gefangenen werden rückfällig, scheitern nach ihrer Entlassung. Dieses Strafsystem, in dem trotz einem neuen Strafvollzugsgesetz noch immer die alte Vollstrekkungsarbeit geleistet wird, wie sie im Grunde schon vor Jahrhunderten praktiziert wurde, läßt keinem der Eingesperrten auch nur den Ansatz einer Chance, sich zu sozialisieren. Im Gegenteil: der Vollzugsalltag hat eine Ent-Sozialisierung des Straftäters zur Folge.

Die Berichte von Gefangenen zeigen: Das Selbst des Bestraften wird zentral getroffen. Selbständigkeit und Selbstachtung, Möglichkeiten zur Selbstbestimmung und Selbstfindung, die freie Wahl von Mitmenschen mit denen man umgehen möchte, der Anspruch auf Privatsphäre (von Intimsphäre gar nicht zu reden), das alles wird massiv verhindert und ausgeschaltet. Viele Häftlinge werden mit diesen einschneidenden Zwangsmaßnahmen nicht fertig: der Gefängnisalltag macht sie krank – körperlich und sozial.

Der Rückfall ist programmiert

Sie ertragen nicht die rigorose Beschränkung ihres Lebensraumes, die Enge der Gemeinschaftszellen, in denen der Häftling trotzdem allein ist, mit seinen Ängsten, Fragen und Problemen. Viele Gefangene verkraften nicht die Monotonie der Zwangsarbeit für Pfennig-Beträge, wodurch sie weder Gerichtskosten, noch angerichteten Schaden erstatten, noch Opfer symbolisch entschädigen können. Sie verkraften nicht das ohnmächtige Ausgeliefertsein an eine totale Institution, die alles reglementiert, vorschreibt, nachprüft. Um zu Unter-leben beschaffen sie sich Drogen, »schnüfeln, kiffen, schlucken, drücken«, demolieren ihre Zelleneinrichtung oder aber verfallen – wie die meisten – in stille Resignation.

Der Rückfall ist programmiert. Daran ändern auch Human-Technologien wenig. »Re-Sozialisiert« wird zunehmend nach wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die Funktion der Freiheitsstrafe, gleich ob zur Stabilisierung der Konformität oder zur Eingrenzung sozial abweichenden Verhaltens durch »Sicherung« oder »Behandlung«, basierten zwar noch immer auf Schrecken und der Drohung, die von dem »Strafübel« ausgehen. Doch die Überzufuhr zur »Abwehr des Verbrechens« im heutigen Strafvollzug ist verfeinert, vielschichtig, den 80er Jahren »konjunkturell« angepaßt. Die Absonderung des Abweichenden ist Sache von Spezialisten geworden: der Gefangene wird zum »Klient«, oft gar zum »Patient«; Sozialarbeiter, Pädagogen und Psychologen werden zu Sozialtechnikern. Neuer Lack auf alte Kisten oder: statt Fallada das Blechnapf, verchromte Eßteller.

Doch alle kosmetischen Korrekturen sind vergebens. Die hohen Rückfallziffern zeigen überdeutlich: wer einmal durch das Lehrmodell staatlicher Bestrafung hindurchgegangen ist, hat oft physische und psychische Schädigungen davongetragen, die ihn nach seiner Haftentlassung lebensuntüchtig – was oft mit dessen Rückfälligkeit zu tun hat – machen. Je länger die Haftstrafe dauert, desto wahrscheinlicher ist der Rückfall, um so gravierender sind die körperlichen und sozialen Schäden für den einzelnen.



So sieht eine Zelle der Jugendvollzugsanstalt Adelsheim aus. Allein in Hessen werden weitere 2500 Haftplätze geplant.

Alternative Sanktions- und Integrationsformen

Es ist an der Zeit, sich ganz simpel die Frage zu stellen, ob denn Straftäter grundsätzlich hinter Mauern müssen, oder ob es nicht geboten ist, »alternative Sanktions- und Integrationsformen« in Freiheit zu organisieren und praktizieren.

Erste Ansätze zu solch einem Umdenken gibt es bereits seit der Strafrechtsreform im Jahre 1969. Seitdem werden in der Regel kurze Freiheitsstrafen durch Geldstrafen – die je nach Einkommen und sozialer Situation gestaffelt sind – ersetzt. Laut Statistik wurden im Jahre 1977 von 607 000 im Bundesgebiet verurteilten Täter mehr als 500 000 zu einer Geldstrafe verurteilt. Von den restlichen über 100 000 mußten nur knapp 40 000 ihre Strafe hinter Gefängnismauern verbüßen. Doch selbst diese Zahl ist hoch, zu hoch.

Individuelle Sanktionen ohne Freiheitsentzug sind in vielen Ländern bereits Wirklichkeit. Die internatonale Skala reicht vom »öffentlichen Tadel« (in einigen sozialistischen Ländern), öffentlichen Verwarnungen (Skandinavien) über die Auflage vollständiger Entschädigung des Opfers (Mexiko und UdSSR), Arbeitspflicht (Polen) bis hin zur gemeinnützigen Arbeit (Großbritannien).

In den USA (Massachussetts) und in Skandinavien wurden zahllose Jugendstrafanstalten geschlossen und statt dessen dezentralisierte Sozialdienste geschaffen. Diese oft selbst organisierten Einrichtungen haben gezeigt, daß Sozialisierung in Freiheit möglich und in Unfreiheit unmöglich sind. Freilich: wir sollten solche Projekte nicht bruchlos übernehmen, gleichwohl zur Kenntnis nehmen, sie analysieren und diskutieren.

Bei uns wird nach wie vor eingesperrt, hält sich die Vorstellung, durch Einsperren des einzelnen und der Verbannung in ein geschlossenes Strafsystem können die verletzte Rechtsordnung wieder hergestellt, die an einem Konflikt Beteiligten befriedet werden, hartnäckig.

Warum aber wird am Hexeneinmaleins der »Re-Sozialisierung hinter Gitter« festgehalten, wo Rückfallzahlen eindringlich belegen, daß allenfalls die Gefängnisse selbst sozialisiert werden müssen?

Kurzum: Gefängnisse schaden allen und nützen keinem. Weder dem Täter, noch dem Opfer, noch der sozialen Gemeinschaft.

Ist es wirklich nur soziale Fahrlässigkeit, wenn weiterhin teure Strafanstalten gebaut werden, anstatt soziale Hilfe zu geben? Oder handelt es sich hier schon um unsoziale Vorsätzlichkeit? Ganz scheint es so: Die Gefängniszelle als Keimzelle der Gesellschaft? Als Garant für Rechts- und Gemeinschaftsfrieden? Die Protagonisten der »Schuld-und-Sühne«-Ideologie, die Ewig-Gestrigen, sind noch immer in der Mehrzahl. Nicht nur die Frau und der Mann auf der Straße, auch der Wissenschaftler und der Politiker halten an dem »Irrtum« Gefängnis fest. Trotz aller Mängel – so sagen sie uns – gäbe es zur Zeit nichts Besseres.

Nicht einmal für eine symbolische Entschädigung der Opfer reichen die paar Pfennige, die der Gefangene verdient.

Die Sinnlosigkeit des Strafsystems

Wir sollten die Fiktion nicht übernehmen, sondern sie bekämpfen. Menschen, die sich gegen die Institution Gefängnis gewehrt haben, gab es immer. Sie waren immer in der Minderheit. Gefängniskritik ist so alt wie die Gefängnisse selbst.

Neuerdings kommt sie aus verschiedenen Richtungen: die kühlen Kosten-Nutzen-Rechner, die human-technologischen Reformplaner, die gutmeinenden moralischen Ankläger. So unterschiedlich ihre Argumente auch sind, eines ist ihnen gemeinsam: sie wollen allesamt nicht Abschaffung der Gefängnisse, sondern ein anderes – ein humaneres – Gefängnis. Ihr Konzept: statt dumpfer Strafe, intensive Behandlung.

Doch auch im Behandlungsvollzug (siehe Holland) zeichnet sich ab: auch hier kann eine Sozialisierung nicht stattfinden. Innerhalb abgeschirmter staatlicher Zwangsinstitutionen können keine freiheitlichen Verhaltensweisen eingeübt werden. Auch der Behandlungsvollzug mit seinen therapeutischen »Maßnahmen« wie Gruppengesprächen und Rollenspielen beschränkt die »Freizügigkeit« auf die Welt des Anstaltsgeländes. Eine künstliche Spielwiese von Mauern umgrenzt.

Nirgendwo gibt es reale soziale Kontakte. Der Inhaftierte kommuniziert nicht wirklich mit jenen Menschen, mit denen er es in Freiheit zu tun hat. Der gewohnte soziale Zusammenhang, die Angehörigen, Freunde, Kollegen, Richter und Opfer – wer immer am Zustandekommen der Situation des Gefangenseins teilhatte – sie alle bleiben ausgeschlossen. Im Mittelpunkt steht der Täter, dessen Tat, dessen »Behandlung«. In Unfreiheit aber kann die Freiheit nicht erlernt werden.

Doch anstatt die Erfolglosigkeit ihres Konzeptes als Ausgangspunkt für dessen schrittweise – aber radikale – Abschaffung zu nehmen, versuchen die Reformexperten und Human-Technologen erneut, die Re-Sozialisierungs- und Behandlungs-Fiktion durch noch umfassendere Strategien zu lösen. Allerhöchste Zeit also, über die Sinnlosigkeit dieses Strafsystems zu reden.

Gefängnisse verkörpern das drohende Gesicht einer bedrohlichen Strafjustiz, sie ergänzen einander. Wir müssen also auch über die Fragwürdigkeit und Überholtheit unseres Strafsystems reden.

Ein Plädoyer für die Abschaffung der Gefängnisse ist deshalb auch ein Plädoyer gegen die herrschende Strafjustiz, gegen das staatliche Rechts-Monopol und dessen Umgang mit menschlichen Konflikten und Auseinandersetzungen.

Arno Plack hat schon vor Jahren radikale Änderungen des Strafrechts gefordert und statt dessen andere Formen der Konfliktlösung und des Rechtsausgleichs (Geldstrafen, Wiedergutmachung statt Strafe, Opfer-Täter-Gespräch) vorgeschlagen. Seine Kritik am Strafsystem blieb in der Praxis ohne jegliche Wirkung.

Zwischenmenschliche Konflikte lösen

Nach wie vor wird das Gefängnis als Zauberformel zur Entwirrung menschlicher und gesellschaftlicher Konflikte genannt. Ein Betrug, der trotz offenkundigen Mißerfolgs höchstrichterlich angeordnet und betrieben wird.

Nach wie vor werden in Gerichtssälen Urteile gesprochen, die nichts mit Konfliktbewältigung und Rechtsausgleich der Beteiligten, viel aber mit abstrakter Strafe und staatlicher Anmaßung zu tun haben.

Strafjustiz und Strafvollzug tragen nirgendwo dazu bei, zwischenmenschliche Konflikte zu lösen. Sie können sie allenfalls juristisch, pädagogisch und phychologisch verwalten.

Das Gegenteil ist der Fall: das staatliche Rechts- und Strafmonopol und seine professionellen Helfer verhindern und blockieren die vielfältigen privaten und informellen Arrangements sozialer Konfliktlösung. Sie verhindern die Möglichkeit, innerhalb der Gemeinschaft Auseinandersetzungen aufzunehmen, zu führen und auszudehnen, damit der Kriminelle und das Verbrechen ent-mystifiziert werden. Das Gefängnis versinnbildlicht diesen Stillstand besonders.

Weil das Gefängnis weder das leistet, was es vorgibt zu wollen, noch das, was es tatsächlich anstrebt, niemanden ändert und der blinden Gesellschaft Vorwände gibt, weiter blind zu bleiben: deshalb müssen die Gefängnisse verschwinden. ☐

Helmut Ortner ist Sozialpädagoge. Er hat eine Reihe von Büchern veröffentlicht. Zuletzt erschien ein Buch von ihm bei Klett-Cotta »Sozialarbeit ohne Mauern – Anstöße zu einer ›befreienden‹ Gefangenenarbeit« und als Fischer-Taschenbuch eine Textsammlung »Freiheit statt Strafe«.

Verbraucherschutz

Zuviel Chemie im Haushalt

Tannenduft im Klo, Meeresfrische im Bad, ein üppiges Grün für den geliebten Gummibaum und das strahlende Weiß für ein geplagtes Hausfrauendasein sind oft mehr das Ergebnis einer geschickten Werbung als eines tatsächlichen Bedürfnisses. Daß es oft ganz ohne, meist aber auch schon mit erheblich weniger Chemie im Haushalt geht, wie man Geldbeutel, Gesundheit und Umwelt schonen kann, zeigt jetzt ein Flugblatt des Deutschen Verbraucherschutzverbandes.

Der fortschrittsgläubige Mensch produziert jährlich weltweit 150 Millionen Tonnen Chemikalien. Dies löst sich nicht in Luft auf, auch wenn noch so viel Wasser nachgespült wird und die Schornsteine zur Beruhigung noch höher gebaut werden. Zum Teil kommen diese Stoffe zurück in neuartigen chemischen Verbindungen, die man nicht einmal kennt, über deren langfristige Auswirkungen man nur mutmaßen kann.

Nicht auf die Werbung hereinfallen

Man sollte seinen Putzfimmel zügeln. Eine keimfreie Wohnung läßt die körpereigene Produktion der natürlichen Abwehrkräfte verkümmern. Auch wenn es laut Werbung sauber sein müßte, »daß man vom Boden essen könnte«, essen Sie lieber vom Teller auf dem Tisch und sparen Sie auf diese Weise die Desinfektionsmittel.

Wenn die Verwendung von Chemikalien im Haushalt unausweichlich sein sollte, gehen Sie äußerst sparsam mit ihnen um und unterschreiten Sie die angegebene Dosierung.

Fallen Sie nicht auf die Werbesprüche herein: Weiß – weißer geht es nicht. Überlegen Sie mal: Dümmer geht es eigentlich nicht mehr. Mit anderen Sprüchen ist es ähnlich.

Erkundigen Sie sich nach dem Härtegrad des Wassers und dosieren Sie Waschmittel besonders sparsam. Bevorzugen Sie phosphorarme Waschmittel, fragen Sie den Hersteller oder Verkäufer nach dem Phosphatgehalt. Aufdrucke, Warnhinweise und auch das Kleinstgedruckte sind immer ein Hinweis, daß die Produkte aus gesundheitlichen Gründen einer Beschränkung unterliegen.

Keine Sprays benutzen, die Fluorchlorkohlenwasserstoffe (Frigen, Freon) als Treibgas verwenden. Auf Umweltgütesiegel achten.

Waschbenzin, Terpentin, Foto- und andere Chemikalien, Petroleum, Altöl und alte Medikamente nicht ins Abwasser schütten. Das gilt besonders für Abfälle, die ein Totenkopf-Etikett mit der Aufschrift »Gift« tragen. Fordern Sie von Ihrer Gemeinde die Einrichtung einer Sammelstelle für solche Chemieabfälle zur Sonderbeseitigung. Auch Apotheken sind oft bereit, außer unbrauchbare Medikamente auch sonstige Chemieabfälle zur Mitbeseitigung zu übernehmen.

Batterie an die Lieferanten zurückgeben

Verbrauchte Batterien aller Art gehören nicht in die Mülltonnen. Durch ihre Verbrennung gelangen gefährliche Stoffe – zum Beispiel verdampftes Quecksilber – in die Luft. Batterien werden von den Lieferanten zurückgenommen. Wenn nicht, fragen Sie Ihre Gemeinde, wo Sie die Batterien abgeben können.

Vollwaschmittel sollten nur für Kochwäsche verwendet werden. Sie enthalten umweltschädliche Bleichmittel (Perborate), die allerdings erst bei 75 Grad »ihre Wirksamkeit« entfalten. Feinwaschmittel dagegen enthalten selten Aufheller und Bleichmittel.

Weichspülmittel sollen die »Trockenstarre« verhindern. Die Wäsche wird antistatisch und flauschig, indem die Saugfähigkeit der Textilien herabgesetzt wird. Weichspülmittel sind eigentlich überflüssig, verseuchen aber unser Wasser.

Benutzen Sie keine Spülmaschinenreiniger mit Warnhinweisen wie »Ätzend«, »Schleimhäute und/oder Augen gefährdend« oder »von Kindern fernhalten«. Für »Klarspüler« besteht keine Notwendigkeit. Er soll nur Glanz ergänzen, und verbleibt in Minimengen auf dem Geschirr.

Verzichten Sie soweit wie möglich auf Pflanzenschutzmittel in Innenräumen. Bedenken Sie, daß das einmalige Besprühen mit Lindan dazu führen kann, daß diese Stoffe noch jahrelang in Ihrem Wohnzimmer verbleiben. Wenn Sie das Versprühen nicht ganz unterbleiben lassen wollen, sprühen Sie im Freien und lassen Sie die Pflanzen einige Zeit draußen stehen.

Haben Sie auch schon einmal darüber nachgedacht, wo denn die ganzen Chemikalien nach der Anwendung im Haushalt bleiben? Sie verschwinden ja nicht auf wunderbare Weise spurlos. Sie verfolgen den Verbraucher ein ganzes Leben lang weiter.



Lindan vernichtet nicht nur Schädlinge, sondern auch Bienen.

Die Ozonschicht wird löchrig

Das Reinigungsmittel aus der Kloschüssel, die Lauge der Waschmaschine, das Shampoo vom Haarewaschen, das Schaumbad aus der Badewanne und das Hochglanzmittel aus der Spülmaschine wandert durch die Kläranlagen. Wo allerdings nur die leicht abbaubaren organischen Verunreinigungen abgebaut werden können. Die langlebigen Chemiereste wandern weiter, in Bäche, Flüsse und ins Meer und kommen im Trinkwasser oder im Fisch wieder zurück. Wie weitreichend unsere Deo-Kultur die Umwelt zerstören kann, zeigen die Sprays: Die Ozonschicht der Atmosphäre wird löchrig.

Nur manchmal dämmert den Verbrauchern die Gefährlichkeit dieser Stoffe. Immer dann, wenn sich spektakuläre Unfälle ereignen. Etwa wenn trotz Warnung in der Gebrauchsanweisung zu einem Rest eines WC-Reinigers ein Schuß »Domestos« hinzugeschüttet wurde. Ergebnis: Chlorgas aus der Kloschüssel. Statt strahlender Sauberkeit: Ohnmacht, Erstickungsanfälle, Krankenhaus. Oder bei Reinigern mit der Abbildung einer Zitrone: Kinder hielten das natürlich für Limonade und tranken aus der Flasche, bei der der Hersteller an den kindersicheren Verschluß noch nicht gedacht hatte.

Es müssen nicht immer gleich spektakuläre Unfälle sein. Manchmal reicht auch ein wenig Nachdenken aus, um sich über die Folgen eines überchemisierten Haushalts im klaren zu sein. Um sich zu fragen, ob wir alles immer »hygienisch einwandfrei« desinfizieren müssen, vom Fußboden bis zum Kinderbett. Oder ob nicht doch – wie der Freiburger Hygiene-Professor Daschner behauptet – die Ausgaben für Haushaltsdesinfektionsmittel praktisch gar zu 100 Prozent eingespart werden können. □

Weitere Auskünfte erhalten Sie beim Deutschen Verbraucherschutzverband, Fichtenstraße 2, 6272 Niedernhausen.

Pharma-Industrie

Für Alternativen zum Tierversuch

Für die Zulassung eines neuen Arzneimittels fordert das Zweite Arzneimittelgesetz den Nachweis der Wirksamkeit und der Unbedenklichkeit. Wie beides miteinander zu vereinbaren ist, erläuterte Professor Dr. Martin Kramer, Leiter der Pharma-Forschung Toxikologie der Hoechst AG.

Der Toxikologe ist besonders für diejenigen Nebenwirkungen zuständig, die beim Menschen im Verlauf einer klinischen Prüfung nicht festgestellt werden können, oder die man überhaupt nicht prüfen kann. Es handelt sich dabei um irreversible Wirkungen, wie beispielsweise eine Hörschädigung, oder um solche, die auch irreversibel und besonders schwerwiegend sind, wie mutagene, cancerogene und embryotoxische Wirkungen.

Immer mehr Vorschriften

Ein wichtige Aufgabe des Toxikologen ist es, Nebenwirkungen oder toxische Eigenschaften zu ermitteln, die in keinem Zusammenhang mit der pharmakologischen Wirkung des Medikaments stehen und nicht vorhersehbar sind. Schwierigkeiten ergeben sich vor allem dann, wenn Ergebnisse aus Tierversuchen auf den Menschen übertragen werden sollen. Dies spielt gerade bei der Überprüfung möglicherweise krebserregender Stoffe eine wichtige Rolle.

Das Jahr 1961 war besonders für die Arzneimitteltoxikologie von besonderer Bedeutung. Es war das Jahr der Contergan-Katastrophe. Seit dieser Zeit entstanden an den Hochschulen selbständige Institute für Toxikologie und in den Forschungsabteilungen der pharmazeutischen Industrie Abteilungen für Arzneimitteltoxikologie.

Nicht nur Wissenschaft und Forschung erkannten die Bedeutung dieses Faches, sondern auch die mit der Zulassung und Überwachung von Arzneimitteln befaßten Behörden. Wir erlebten gerade in den letzten 5 bis 10 Jahren eine Inflation von Vorschriften, Richtlinien, Empfehlungen für die toxikologische Prüfung neuer Arzneimittel oder Chemikalien, so daß wir uns heute fragen müssen, ob es nicht allmählich des Guten zu viel ist.

Die wesentlichen Nebenwirkungen, die der Toxikologe mit seinen Untersuchungen herausfinden will, sind nicht vorhersehbare Organschäden, sowie mutagene und cancerogene Wirkungen. Das besondere Problem dabei ist natürlich die Übertragbarkeit derartiger Befunde auf den Menschen.

Das ungelöste Problem der Übertragbarkeit

Hier helfen die Erfahrungen mit bekannten Verbindungen, mit denen Befunde sowohl am Menschen als auch am Tier vorliegen. Ferner sind Kinetik und Stoffwechsel bei Mensch und Tier von Bedeutung. Wenn Mensch und Tier die neue Substanz in gleicher Weise aufnehmen, chemisch verändern und wieder ausscheiden, ist die Übertragbarkeit von Ergebnissen aus Tierversuchen auf den Menschen in der Regel gut. Aus diesem Grunde kommen biochemische Untersuchungen, die sich mit der Biotransformation neuer Arzneimittel befassen, besondere Bedeutung zu.

Daß das Problem der Übertragbarkeit vom Tierversuch auf den Menschen im Einzelfall so einfach nicht ist, möchte ich am Beispiel der cancerogenen Wirkung erläutern.

Wir kennen heute 25 Stoffe oder Herstellungsprozesse, die beim Menschen krebserregend wirken. Dagegen gibt es mindestens 111 Substanzen, die sich an Nagetieren als cancerogen erwiesen haben. Es kommen ständig neue hinzu.



Das Fragezeichen beim Tierversuch bringt die Pharma-Industrie auf biochemische Untersuchungsmethoden.

Dieser Unterschied beruht einmal auf der Seltenheit guter epdidemiologischer Untersuchungen, die nur für Arbeitsstoffe oder einige wenige Arzneimittel existieren, zum anderen aber auch ganz zweifellos auf der Methodik der Cancerongenitätsprüfung. Diese wird in der Regel an Nagetieren wie Ratten, Mäusen oder gelegentlich Hamstern durchgeführt, wobei 50 bis 70 Tiere pro Geschlecht und Dosis eingesetzt werden. Dies geschieht auch, um eine negative Aussage möglichst genau zu machen.

Bei 100 Tieren pro Gruppe kann bei negativem Ausgang eines Versuches immer noch eine Tumorhäufigkeit von 4,5 Prozent übersehen worden sein. Diesen Mangel versucht man durch Gaben hoher Dosen auszugleichen, indem man in einem Vorversuch die sogenannte »maximum tolerated dose« ermittelt. Je verträglicher eine Verbindung ist, um so höher sind die Konzentrationen, die im Zweijahresversuch dann den Tieren zugeführt werden. Das prominenteste Opfer solcher Versuche war das Saccharin.

Wie stellt man sich nun die chemische Cancerogenese vor? Eine Substanz kann einfach ausgeschieden werden und dann richtet sie im Organismus kein weiteres Unheil an. Sie kann aber auch im Organismus chemisch verändert werden, was häufig der Fall ist. Dieser chemische Umwandlungsprozeß kann über eine chemisch sehr reaktive Zwischenstufe geschehen, beispielsweise über ein Epoxyd. So etwas nennt man dann metabolische Aktivierung.

Diese Aktivierung führt zu einem reaktiven Metaboliten, der dann wiederum entgiftet werden kann oder mit nicht-genetischem Material eine kovalente Bindung eingeht. Das Ausmaß der Aktivierung, aber auch der Inaktivierung, ist bei den verschiedenen Spezis, die für toxikologische Versuche eingesetzt werden und beim Menschen sehr verschieden.

Zum Beispiel sind Enzyme, die eine Epoxydbildung bewirken, bei Nagetieren besonders aktiv und beim Menschen wesentlich weniger aktiv, während umgekehrt, die die Epoxyde entgiftenden Hydrolasen bei Nagetieren, insbesondere bei der Maus, in geringerer Aktivität vorhanden sind, während ihre Aktivität bei Primaten um Größenordnungen höher ist.

Hinsichtlich der Gültigkeit von Cancerogenitätsversuchen bezüglich ihrer Aussagekraft für den Menschen müssen wir also ein Fragezeichen machen. Hier sind falsch-positive Ergebnisse durch die Speziesdifferenzen und durch die Sättigung von Reparationsvorgängen bei hohen Dosen vorprogrammiert.

Welches sind nun die Alternativen? Die Alternativen bestehen in der Entwicklung biochemischer Untersuchungsmethoden mit menschlichen Enzymsystemen. Dabei kann dann die Wirkung der Stoffe auf die Nucleinsäure im Versuch gezeigt werden. □

Tierversuche

Töten im Auftrag der Wissenschaft

Werner Wilk

Die Pharma-Industrie ist beunruhigt durch die ständig intensiver werdende Diskussion um Zweck und Nutzen von Tierversuchen. Aus diesem Grunde hat der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie eine Broschüre herausgegeben mit dem Titel »Tiere in der Arzneimittelforschung«. Aus diesem Anlaß berichtete Professor Werner Wilk über Zucht und artgerechte Haltung von Versuchstieren. Wir veröffentlichen Auszüge aus seinem Referat, weil wir meinen, daß die darin wiedergegebenen Tatsachen Wasser auf die Mühle der Tierversuchs-Gegner sind.

Versuchtstiere sind ausgewählte Vertreter der verschiedenen Tierarten, an denen für die jeweilige Art und Rasse beziehungsweise Stamm zu verallgemeinernde Kenntnisse erworben werden. Versuchtstiere werden weiterhin als biologische Modelle für andere Tierarten und den Menschen benutzt.

Hausinterne Zuchten

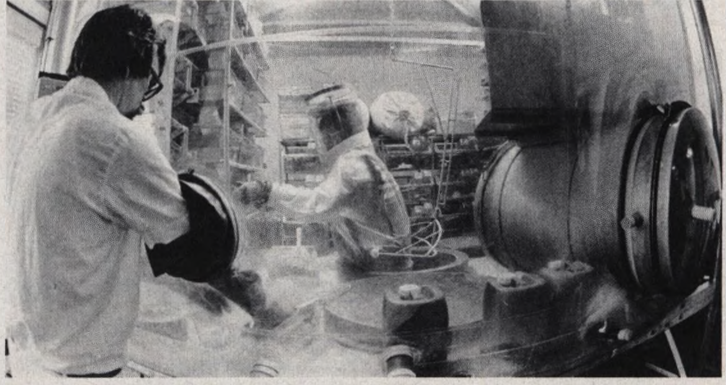
Im Jahre 1979 zum Beispiel waren von den insgesamt 3,5 Millionen Versuchstieren allein 3,3 Millionen Nagetiere (Mäuse, Ratten, Meerschweinchen, Hamster) gleich 92,5 Prozent den Wissenschaftlern zur Verfügung zu stellen. 1,136 Millionen Tiere entstammten hausinternen, 2,104 Millionen Tiere hausexternen Versuchstierzuchten. Nur 0,7 Prozent der Tiere entstammten anderen Quellen. Aber auch von den über 110 000 Kaninchen wurden 42,3 Prozent hausintern, 51 Prozent hausextern gezüchtet und nur 6,7 Prozent entstammten anderen Quellen.

Noch relativ gering ist die Zahl der Katzen, die aus speziellen Versuchstierzuchten stammten: Von den 13 000 Tieren entstammen 0,8 Prozent hausinternen, 10,2 Prozent hausexternen Versuchstierzuchten und 88,9 Prozent anderen Quellen.

Für die Zukunft sei angemerkt, daß nach meinen Beobachtungen der Anteil der aus Versuchstierzuchten stammenden Katzen in den nächsten Jahren stetig steigen wird und vermutlich bald eine Situation vorliegen wird, wie sie bereits jetzt bei den 13 000 Hunden zu konstatieren ist: 24,8 Prozent entstammten hausinternen, 22,7 Prozent hausexternen Versuchtstierzuchten, 52,5 Prozent anderen Quellen.

Von den landwirtschaftlichen Nutztieren (Schweine, Schafe, Ziegen, Rinder, Pferde) in einer Gesamtzahl von 3762 Tieren entstammten 9,9 Prozent hausinternen, 4,8 Prozent hausexternen Versuchstierzuchten, 85,4 Prozent anderen Quellen.

Interessant sind die Zahlen der Affen: Von den 1818 Tieren entstammten 10,8 Prozent hausinternen, 46,3 Prozent hausexternen Versuchstierzuchten und 42,9 Prozent anderen Quellen. Andere Säuger (210) entstammten nur Versuchstierzuchten, Vögel (rund 93 000) zu 95,3 Prozent, Kaltblüter zu 96,9 Prozent.


Tiere speziell für den Tierversuch gezüchtet. Diese Mäuse und Ratten werden unter keimfreien Bedingungen aufgezogen.

Das unerläßliche Maß des Tierschutzgesetzes

1,19 Millionen (=33,9 Prozent) Tiere entstammten hausinternen, 2,27 Millionen (=64,4 Prozent) hausexternen Versuchstierzuchten, 59 000 (=1,7 Prozent) kamen aus anderen Quellen.

Vergleicht man die Angaben der Jahre 1977 bis 1979 miteinander, so dokumentiert sich darin auch ein großes Vertrauen in die Qualität externen Zuchten: der Prozentsatz blieb ziemlich konstant (63,2 - 62,2 - 64,4 Prozent). Die sich in den Zahlen ausdrückende Leistung der Versuchstierzuchten verdient insofern noch besondere Beachtung als gleichzeitig auch ein hoher Qualitätsanspruch zu realisieren war.

Gesichert werden mußte eine hinreichende Reproduzierbarkeit der Genotypen in einem Tiermuster. Dies gelingt nur von Tieren aus geschlossenen Zuchten mit einem passend festgelegten, konsequent angewandten Zuchtsystem. Dies gilt für Aufzuchten, Inzuchten oder Hybridzuchten. Andere Verfahren sind zu beachten bei Tieren mit spontanen Krankheiten als Modell für menschliche Krankheiten.

Über viele Jahre hinweg sind in den Versuchstierzuchten und in den experimentellen Laboratorien eine Fülle von Daten gesammelt und gespeichert worden, die zu einer stetig zunehmenden Verbesserung der biologischen Charakterisierung der einzelnen Tierarten und ihrer Stämme geführt haben und auch in Zukunft noch führen werden. Dies führt sowohl zu einer Verbesserung im Aussagewert des Versuches und seiner Reproduzierbarkeit als auch zu einer Verringerung der je Versuchsansatz benötigten Tierzahl. Es ist auch ein Beitrag zur Erfüllung der Forderung des Tierschutzgesetzes nach dem »unerläßlichen Maß«.

Der größte Erfolg in dieser Richtung auf eine Verbesserung im Aussagewert des Tierexperimentes und die deutliche Verminderung der Zahl der je Versuchsansatz notwendigen Versuchstiere gelang durch die »Hygienisierung« der Zuchten, das heißt die Eleminierung der die Versuchsergebnisse verfälschenden Erkrankungen der Versuchstiere.

Das ist wohl Wissenschafts-Faschismus

Diese dienen bereits gelegentlich als Versuchstiere, zumeist aber sind die Ausgangstiere für definierte gesunde Zuchten, das heißt Zuchten, die frei von spezifiziert krankmachenden Erregern sind. Dies gelingt durch Besiedlung der keimfreien Individuen mit nicht krankmachenden Keimen zum Aufbau einer physiologischen Darmflore.

Die Sicherung des einmal erreichten tierhygienischen Niveaus stellte die Versuchstierkunde vor besonders schwierige Aufgaben. Es galt, die »biotische«, das heißt die belebte Umwelt des Versuchstieres sowohl in der Zucht und Vorratshaltung als auch während des – insbesondere längerfristigen – Experimentes von krankmachenden Keimen frei zu halten. Fragen der Tier-, Personal-, Futter-, Luft-, Geräte-, Einstreu- und Wasser-Hygiene waren zu klären.

Zugleich ging es darum, die abiotische, das heißt die unbelebte Umwelt so zu gestalten, daß eine ordnungsgemäße Unterbringung und Wartung der Tiere sowie ihre medizinische Versorgung gewährleistet ist. In Abhängigkeit von dem Versuchszweck und der Versuchsdauer entstanden Versuchstierhaltungen – auch Versuchtierlaboratorien genannt – für Zucht, Haltung und Experiment nach verschiedenen Bausystemen: of-

fene, halboffene, halbgeschlossene, geschlossene Systeme.

In Auswertung bisheriger versuchstierkundlicher Erfahrungen und in Vorbereitung einer einschlägigen Verordnung zum Tierschutzgesetz wurden Richtwerte für die Haltung von Versuchstieren – auch unter Einbeziehung der »Verordnung über das Halten von Hunden im Freien« veröffentlicht. Sie gehen davon aus, daß eine »artgerechte« Haltung sich an den Bedürfnissen des laborisierten Versuchstieres orientieren muß. »Für die Beurteilung der tierschutzgerechten Haltung von Versuchstieren sind die Ergebnisse, die an Nutz-, Wild-, Zoo- und Liebhabertieren der gleichen Spezias gewonnen wurden, meist untauglich. Versuchstiere sind zum weitaus überwiegenden Teil seit Generationen genetisch und durch ihre postnatale, das heißt nachgeburtliche Prägung an ihre spezifische Umwelt adaptiert. Ihre Ansprüche an das Wohlbefinden entsprechen dieser und müssen deshalb an ihr orientiert sein.«

Ertls Tierschutz in der Praxis

In der Regel decken sich im Hinblick auf Fragen der Haltung von Versuchstieren wissenschaftliche Nutzung von Versuchen an Tieren und Tierschutzanliegen. Erhebliche Abweichungen von den Richtwerten liegen in der besonderen Verantwortung des Leiters des jeweiligen Versuchsvorhabens. Die Richtwerte betreffen die Ausstattung von Tierräumen (zum Beispiel Luftzufuhr, Luftdruck, Klimatisierung, Lufttemperatur und Luftfeuchte, Beleuchtung, Geräusche, Notversorgung), die Pflege der Tiere, die Quarantänisierung und Adaption von Tieren sowie die Tierunterbringung in Käfigen, Boxen, Zwingern, Standplätzen.

Berücksichtigt sind Nagetiere, Kaninchen, Katzen, Hunde, Affen, Schweine, Geflügel und Kaltblüter. Eine wertvolle Ergänzung dazu stellen die Veröffentlichungen der Gesellschaft für Versuchstierkunde GV-SOLAS dar. Sie wurden 1980 noch ergänzt durch Hinweise zum Einsatz von Futter- und Einstreumittel bei nichtklinischen Laboruntersuchungen.

Was bleibt für die Zukunft zu tun? Dringlich ist die Verabschiedung einer Verordnung zur Haltung von Versuchstieren durch das für das Tierschutzgesetz zuständige Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Fortgesetzt werden muß der zur Zeit noch schwierige Dialog zwischen Kritikern des Tierversuchs und damit auch der Zucht und Haltung von Versuchstieren und den Wissenschaftlern. Meines Erachtens geht es zuerst einmal darum, Basisinformationen an den kritischen Bürger heranzutragen.

Beispielhaft für eine solche Information ist die Mitteilung der Senatskommission für Versuchstierforschung der Deutschen Forschungsgemeinschaft von 1981 mit dem Titel »Tierexperimentelle Forschung und Tierschutz«. Beschleunigt werden sollten auch die Beratungen in dem zuständigen Ausschuß des Deutschen Bundestages bezüglich einer eventuellen Änderung des Tierschutzgesetzes sowie die Arbeiten des Komitees für die Erarbeitung eines europäischen Übereinkommens zum Schutze der Wirbeltiere in Wissenschaft und Forschung, damit Klarheit über die zukünftigen Absichten des Gesetzgebers besteht.

Nun auch Affen-KZ

Keine Verzögerung darf eintreten bei der Inbetriebnahme des Deutschen Primatenzentrums in Göttingen, damit baldmöglichst qualitative geeignete Tiere zur Verfügung stehen und die Einfuhr von Wildfängen eingestellt werden kann.

Die Versuchstierforschung muß ihre Bemühungen auf dem Gebiet der Grundlagenforschung fortsetzen, spezielle Fragen aufzuklären. Dazu gehört auch der Einfluß des Alters der Tiere auf die tierexperimentelle Fragestellung, so auch in der Arzneimittelforschung. □

Dr. med. vet. Werner Wilk ist Professor im Institut für Versuchstierkunde und Versuchstierkrankheiten – zentrale Tierlaboratorien der Freien Universität Berlin.

Tierhaltung

Erbarmen mit dem KZ-Huhn

Daß Hühner nicht gerade die intelligentesten Lebewesen sind, das weiß jeder. Doch gibt uns diese Erkenntnis das Recht, die armen Tiere, die uns doch immerhin die allseits beliebten Frühstückseier oder aber eine gute Hühnersuppe liefern, so zu quälen?

Wir sind der Meinung, daß die Mehrzahl der europäischen Verbraucher zutiefst geschockt wäre, wenn sie mit eigenen Augen sehen könnten, unter welchen Bedingungen die 226 Millionen Legehennen in der Europäischen Gemeinschaft leben, die in sogenannten Legebatterien groß gezogen werden. Sie machen immerhin 80 Prozent aller Hennen in Europa aus. Die restlichen 20 Prozent verteilen sich auf Freiland-Hühner (5 Prozent) und solche, die in Gehegen leben (15 Prozent).

Weder bewegen noch mit den Flügeln schlagen

Die Batteriehennen müssen in Käfigen leben, deren Größe von Land zu Land, ja selbst von einer Hühnerfarm zur anderen, höchst unterschiedlich ist. Und nicht selten sind die Hennen zu fünft in einem Käfig, in dem jede einzelne nur über eine Fläche von 300 Quadratzentimeter verfügt. Ein Vergleich: ein normales DIN-A4-Papier hat eine Fläche von 623,7 Quadratzentimeter – also mehr als die doppelte Fläche, die man dem armen Huhn zugesteht. Unter solchen Bedingungen ist es den Hennen natürlich nicht möglich, sich zu bewegen oder gar mit den Flügeln zu schlagen.

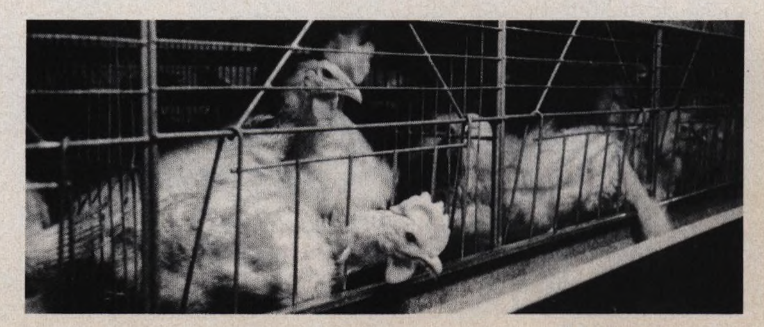
Im Sommer vergangenen Jahres hat sich die Europäische Kommission der Sache angenommen und eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet, die alle zum Ziel hatten, das Schicksal der Legehennen erträglicher zu machen. In diesen Vorschlägen wird empfohlen, daß jedes Huhn im Käfig über mindestens 500 Quadratzentimeter Fläche verfügt und daß die Käfige mindestens 1600 Quadratzentimeter an Grundfläche aufweisen müssen.

Ferner sind auch Empfehlungen hinsichtlich der Beleuchtung, der Belüftung sowie der Isolierung enthalten und auch darüber, wie die Hennen gepflegt werden sollten, wie man Verletzungen behandelt und welche Gesundheitskontrollen ganz allgemein durchgeführt werden sollten.

Das Europäische Parlament wird sich bald mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission beschäftigen, allerdings werden dabei wohl einige gegensätzliche Meinungen aufeinanderprallen. Denn der Landwirtschaftsausschuß des Parlaments hat in einem vor kurzem veröffentlichten Bericht darauf hingewiesen, daß die Umrüstung auf eine Mindestfläche von 500 Quadratzentimeter für die Produzenten enorme Kosten mit sich bringt. Diese Kosten würden sich dann wieder auf die Eierpreise auswirken und damit die Wettbewerbsfähigkeit der EG-Bauern gegenüber denen aus Drittländern beeinträchtigen.

Der Ausschuß schlägt deshalb eine Größe von 450 Quadratzentimeter vor. Demgegenüber fordert der Parlamentsausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz eine Mindestgröße von 600 Quadratzentimeter für sogenannte »leichte« Rassen und 900 Quadratzentimeter für die »schweren«.

Wie wäre es denn, wenn man einmal die Hennen selbst um ihre Meinung bitten würde? □



Ostertreffen für den Tierschutz

Mehrere im Tier- und Naturschutz engagierte Gruppen überwiegend aus dem südwestdeutschen Raum planen eine gemeinsame, überregionale Großveranstaltung, auf der die verschiedensten Bereiche des Tierschutzes angesprochen werden sollten – der Schutz von Tierarten vor Ausrottung ebenso wie der Schutz von Tieren vor Leid und Qual.

Als Termin wurde der 3. April 1982 (8 Tage vor Ostern, Ferienbeginn, verkaufsoffener Samstag) festgelegt. Durch den Termin und die Bezeichnung »Ostertreffen« soll an die im Osterbrauchtum sich ausdrükkende Zuwendung des Menschen zur Natur angeknüpft werden. Stuttgart soll an diesem Tag im Zeichen des Tierschutzes stehen: durch Straßenaktionen, einen »Markt der Möglichkeiten« und eine Kundgebung in der Innenstadt soll die Breite der Tierschutzbewegung und ihr Zusammenhang mit anderen, den Menschen betreffenden Problemen dargestellt werden.

Nähere Informationen: Dr. Holger Schleip, Hohenneufenstraße 2, 7480 Sigmaringen. ☐

Tierschutzbund für Zucht von Versuchstieren

Trotz ablehnender Haltung vieler Tierschutz-Organisationen hält der Deutsche Tierschutzbund an seiner Forderung fest, Hunde und Katzen für Tierversuche zu züchten. In einer Mitte Dezember in Bonn veröffentlichten Erklärung forderte der Verband den Bundestag auf, einer entsprechenden Änderung des Tierschutzgesetzes zuzustimmen. Der Bundesrat hatte die Gesetzesnovelle auf Initiative des Tierschutzbundes empfohlen, die Bundesregierung lehnte jedoch ab. Gegen die Aufzucht von Hunden und Katzen für Versuchszwecke haben sich unter anderem die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierschutz (ADT), der Bund gegen den Mißbrauch der Tiere sowie die Vereinigung Ärzte und Bürger gegen Tierversuche ausgesprochen. ☐

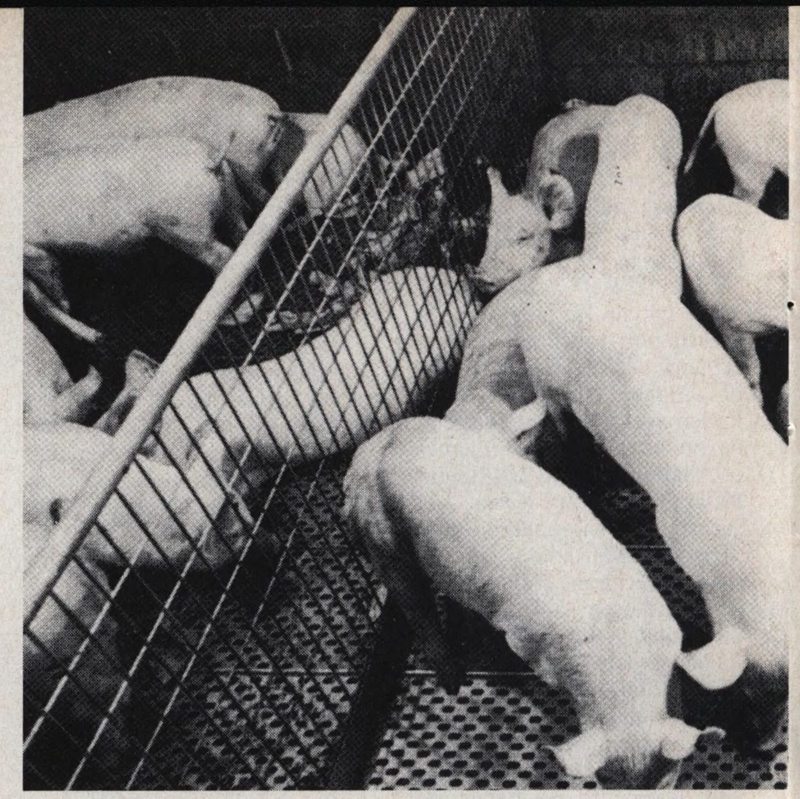
Gefährliche Nebenwirkungen von Schmerzmitteln

Wegen gefährlicher Nebenwirkungen will das Bundesgesundheitsamt in Berlin die Verwendung von rund 1400 Schmerzmitteln erheblich einschränken. Alle diese Präparate, die sich bislang hervorragend verkauft haben, enthalten den Wirkstoff Pyrazolon oder dessen Abkömmling Metamizol. Beide Substanzen helfen zwar gegen Schmerzen und zum Teil auch gegen Fieber, sind aber nach Erkenntnissen des Bundesgesundheitsamtes verantwortlich für zahlreiche Todesfälle und Gesundheitsschäden.

Der Präsident des Bundesgesundheitsamtes Karl Überla schätzt, daß in der Bundesrepublik pro Jahr 20 bis 80 Patienten sterben, weil sie eines oder mehrere fragliche Medikamente genommen haben. Der Berliner Experte Ulrich Moebius, Herausgeber des von der Pharma-Industrie unabhängigen »Arzneitelegramms«, schätzt die Zahl der jährlichen Todesfälle sogar auf mehrere Hundert. Demnach dürfte die Gesamtzahl der Opfer mehrere Tausend erreichen, denn Arzneimittel mit den Wirkstoffen Pyrazolon und Metamizol sind seit 60 Jahren im Handel. ☐

Chemikaliengesetz bringt grausame Tierversuche

Das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretene Chemikaliengesetz und die darauf gestützten Rechtsverordnungen werden



So sehen Schweineställe aus. Ferkel leben in diesen »neuzeitlichen« Ställen auf Betonböden und Drahtgittern. Verträgt sich ein solches Leben mit dem deutschen Tierschutzgesetz?

Tierversuche zur Folge haben, die nach Ansicht des hessischen Sozialministers Armin Clauss (SPD) zu Recht als grausam bezeichnet werden. Den Regelungen zufolge müssen künftig nicht nur neue, sondern zum Teil auch bereits bekannte Substanzen an Tieren erprobt werden, teilte Clauss in einer Frage des Landtages in Wiesbaden mit. Dies werde Tierversuche in »größerem Umfang« mit sich bringen. Nach Angabe des Ministers werden neben Medikamenten und Chemikalien auch Kosmetika und Waschmittel an Tieren getestet. ☐

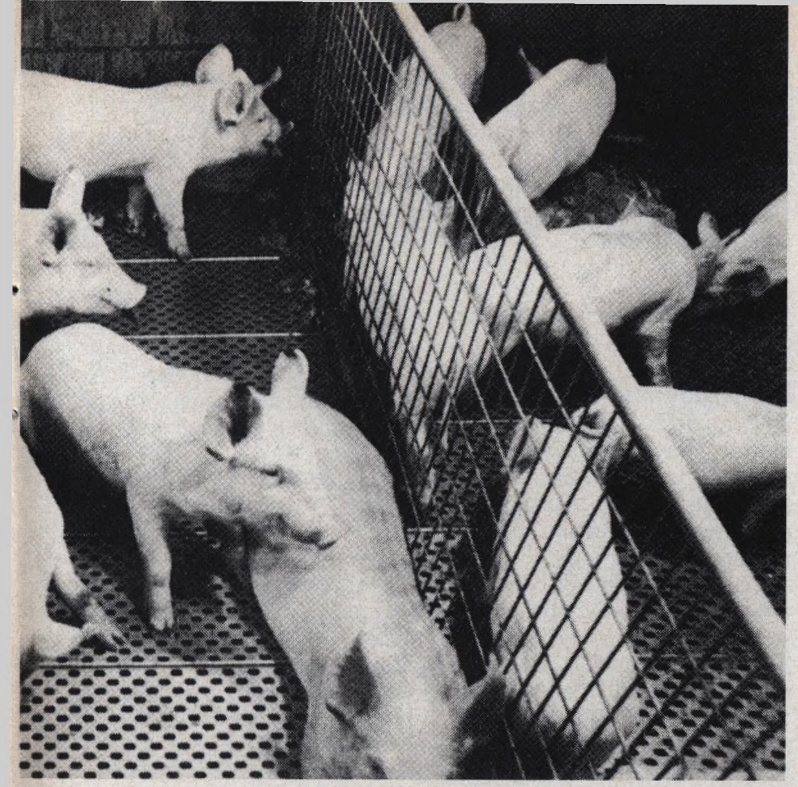
Primaten für Tierversuche

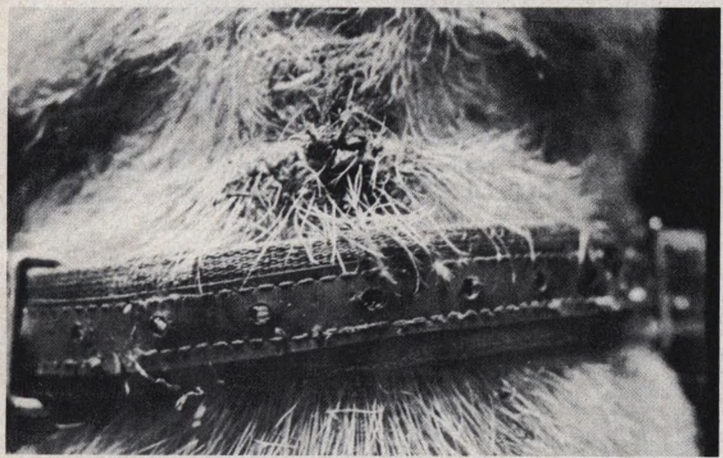
Ein internationales Programm zur Aufzucht von Primaten für Tierversuche plant die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf. Nach einem Bericht der amerikanischen Tageszeitung »International Herald Tribune« sollen vor allem Rhesus-Affen und Schimpansen für experimentelle Zwecke gezüchtet werden. Die WHO begründet das Vorhaben damit, daß die Ursprungsländer in Asien, Afrika und Südamerika immer weniger Affen liefern, der »wissenschaftliche« Bedarf an Primaten jedoch weltweit zunimmt.

Nach Angaben der Zeitung konnten die USA 1977 nur 28 554 Affen für experimentelle Zwecke importieren. 1968 hatten die Vereinigten Staaten dagegen noch fast 120 000 Primaten eingeführt. Die Länder der Europäischen Gemeinschaft kauften 1979 rund 18 000 Affen ein, 32 000 weniger als 1969. Der Rückgang der Importe geht vor allem auf das Exportverbot Indiens zurück, das in den fünfziger Jahren jährlich noch rund 200 000 Affen lieferte, die Ausfuhren aber 1978 gestoppt hat, um die Primaten vor dem drohenden Aussterben zu bewahren. ☐

Unipräsident bittet um Spenden für Tierversuche

Der Präsident der Universität Tübingen, Adolf Theis, hat Industrie und Öffentlichkeit um Spenden für Tierversuche an seiner Hochschule gebeten. Die Hoffnung der Universität, auf finanzielle Mittel für die Fortsetzung von Tierexperimenten sei nun »endgültig zerronnen«, nachdem der Bund und das Land Baden-Württemberg die Wünsche der Hochschule nach Unterstützung der Forschung immer wieder vertagt hätten,





Lange halten die Schweine das Leben nicht aus. Hautreizungen, Schürfwunden, Abzesse entstehen unter der Anbindevorrichtung.

heißt es in einem Rundschreiben des Unipräsidenten.

Daher wolle der Universitätsbund mit einem »Notprogramm« wenigstens die »allerdringendsten« Forschungsvorhaben in den achtziger Jahren finanzieren. Dazu gehöre der Bau einer Tierstallanlage, die vor allem der Haltung von Affen dienen solle, schrieb Theis. Für das »Notprogramm« benötige der als gemeinnützig anerkannte Universitätsbund Spenden, da die Hochschule aus eigener Kraft nicht einmal mehr die Grundausstattung für Experimente bereitstellen könne.

Seine Hoffnung auf Zuwendungen gründete der Universitätspräsident in dem Schreiben so: »Ein großer Teil der chemisch-pharmazeutischen Industrie hat uns in den vergangenen Jahren in vielfältiger Weise großzügige Hilfe zukommen lassen. Dies gibt uns auch den Mut, Sie jetzt zu bitten, der Universität bei der Lösung ihres aktuellen Problems behilflich zu sein. Wenn es uns nicht gelingt, das Problem der Tierhaltung zu lösen, werden viele Bereiche der Forschung eingestellt werden müssen.« □

Greifvögel dürfen gefangen werden

In der Frage des Greifvogel-Problems fiel jetzt im Ausschuß für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des nordrhein-westfälischen Landtages eine Entscheidung: Entsprechend der Vorlage der Landesregierung wird die Möglichkeit geschaffen, den Lebendfang von Habichten und Mäusebussarden unter bestimmten Voraussetzungen durchzuführen. Nach umfangreichen Beratungen kam man zu dem Ergebnis, daß im Interesse des Schutzes von anderen Tierarten, die, wie zum Beispiel der Specht, auf der »roten Liste« stehen, einer Überpopulation von Greifern entgegengewirkt werden muß. □

167 000 Versuchstiere jährlich für die Freie Universität

Für wissenschaftliche Forschungsarbeiten werden an der Freien Universität Berlin jährlich rund 167 000 Versuchstiere gebraucht. Sie werden vor allem für Experimente im Bereich der Medizin benötigt.

Die Wissenschaftler arbeiten mit 130 000 Mäusen, 24 000 Ratten, 5000 Hamstern, 2700 Meerschweinchen, 2600 Fröschen, Kröten und Salamandern, 1300 Kaninchen, 700 Vögeln, 600 Katzen, 400 Hunden, 100 Schafen, 70 Rindern, 60 Schweinen, 45 Affen, 20 Ziegen – und sechs Pferden. □

Geschäfte mit Allgäuer Murmeltieren

»Im Interesse des öffentlichen Wohls« geht es den Allgäuer Alpen-Murmeltieren an den Kragen: Das Landratsamt Oberallgäu in Sonthofen hat in den letzten beiden Jahren 50 Nager zum Abschuß freigegeben. Begründung für die Ausnahmegenehmigung vom ganzjährigen Jagdverbot auf die bedrohte Tierart: Das Vieh auf den Hochalmen könne sich, wenn es in die weitverzweigten Bauten der Tiere einbricht, die Beine verletzen.

Der Bund gegen den Mißbrauch der Tiere hat dann auch einen entsprechenden Protest bei der Bayerischen Staatsregierung eingelegt und gefordert, daß diese Tierart ganzjährig und ohne Ausnahme unter Schutz gestellt und die Schonung auch garantiert wird. Daß gegenüber früher die Almkühe ausgerechnet jetzt, wo die Murmeltiere rapide abgenommen haben, in Gefahr sind, in den Löchern der Murmeltierbauten sich die Beine zu brechen, ist doch ein fadenscheiniges Argument. Klingendes Geld, in das man die Murmeltiere verwandelt, ist der wahre Grund.

Ein alter Murmelbär – und nur diese werden abgeschossen – verkörpert einen Wert von 800 Mark, 100 Milliliter Murmeltierfett kostet in der Apotheke 15 DM. Man argwöhnt darum, daß die abgeschossenen Tiere an die Laboratorien der Rheumamittelhersteller, die mehrere hundert Mark pro Kadaver zahlen, verkauft werden. □

Zur 800-Jahrfeier der Geburt von Franz von Assisi

Feiern allein genügt nicht, sagten sich italienische Naturschützer, und druckten eine Postkarte zur 800. Jahresfeier der Geburt des Heiligen Franz von Assisi. Die Postkarte – Auflage vorerst 20 000 Exemplare – richtet sich an den italienischen Staatspräsidenten Sandro Pertini. Er genießt großes Ansehen wegen seiner moralischen Integrität. Auf der Postkarte heißt es: »Tun wir etwas Konkretes für die Tiere, gegen das in Italien immer noch übliche Sportschießen auf lebende Tauben. Die verabscheuungswürdige Unsitte gibt es nur noch hier und im Fürstentum Monaco. Es besteht ein rund 2000 Mitglieder zählender Landesverband, der jährlich bis 400 000 aus Spanien importierte lebende Tauben abknallt. Den Tauben werden zu diesem Zweck die Schwanzfedern gestutzt, damit sie im Zickzackflug aufsteigen und abgeschossen werden können. Nachweisbar werden 30 Prozent nur angeschossen und verenden irgendwo in der näheren und weiteren Umgebung. Der Einwand, man berühre mit dem Verbot wirtschaftliche Interessen, ist nicht stichhaltig, denn viele Schießfreudige benutzen Anlagen, wo auf Tontauben und Tonscheiben geschossen wird. Die Taubenschützen können daher ebenfalls auf derartige Anlagen umstellen.« □

Weissagungen

Polsprung als Ultimatum Gottes

»Wieder sah ich wie ein gewaltiges Erdbeben entstand; die Sonne wurde schwarz wie ein härenes Tuch; der ganze Mond wurde wie Blut; die Sterne des Himmels fielen auf die Erde. Der Himmel verschwand wie eine Buchrolle, die zusammengerollt wird, und jeder Berg und jede Insel wurde von ihrem Ort gerückt.«

Die von dem genialen Franzosen Georges Cuvier aufgestellte und von den Schulwissenschaften abgelehnte Kataklysmen-Theorie, nach welcher die zahlreichen Entwicklungssprünge von Tieren und Pflanzen auf frühere Erdumwälzungskatastrophen zurückzuführen sind, hat durch die entschlüsselte Apokalypse eine überragende Bestätigung gefunden.

Umpolung des Erdmagnetismus

Es stellte sich nämlich heraus, daß es sich bei den apokalyptischen Endzeitkatastrophen um nichts anderes als um Begleit- und Folgeerscheinungen der letzten Polsprungkatastrophe der Erdgeschichte handelt.

Unter einem Polsprung versteht man eine Erdumwälzung, die sich aus 180 Grad Polwende plus 35 Grad bis 40 Grad Polverschiebung zusammensetzt. Die Polwende um 180 Grad ist die Folge einer Umpolung des Magneten Erde, durch die die nördliche Halbkugel unter den südlichen, die südliche Erdhälfte unter den nördlichen Sternenhimmel gebracht und die Pole, die Himmelsrichtungen sowie die Auf- und Untergangsrichtungen der Sonne und der übrigen Sterne vertauscht werden. Gleichzeitig wird auch der Schatten, den der astronomische Gnonom beziehungsweise Sonnenzeiger wirft, um 180 Grad gewendet werden.

Die zusätzliche Polverschiebung von 35 bis 40 Grad entspricht dem Trägheitsmoment der in Bewegung geratenen und auf feuerflüssigem Untergrund schwimmenden äußeren Schale unseres Planeten. Diese Polverschiebung hat auch eine Äquatorverschiebung zur Folge, die letztere zum Beispiel Europa ein wärmeres, wenn nicht sogar ein heißes Klima bescheren wird. Einschneidende Naturveränderungen mit allen ihren Begleiterscheinungen werden für Menschen, Tiere und Pflanzen völlig neue Lebensbedingungen schaffen.

Als unmittelbare Ursache des Polsprunges werden ungewöhnlich starke Energieausbrüche der Sonne genannt. Ob diese Energiezunahme der Sonne auf plötzliche Zuführung kosmischer Materie oder auf intersolare, atomare und sonstige Aktivitäten zurückzuführen sein wird, bleibt abzuwarten.

Verlauf der Katastrophe

Als natürliche Vorzeichen werden Meteore erwähnt. In Mexiko rief im Dezember 1976 ein »Loch« im erdmagnetischen Feld einen Meteorenregen hervor. Die Wechselbeziehung wurde auch in anderen Fällen festgestellt. Wahrscheinlich werden dem Auftreten der Meteore Meldungen über eine plötzliche Zunahme der Sonnenflecken vorausgehen, was auf bedrohlich aufkommende Sonnen-Protuberanzen schließen ließe.

Über die Dauer der Erdumwälzung liegen zwar keine eindeutigen naturwissenschaftlichen Daten vor. Gewissen Überlegungen zufolge ist jedoch nicht auszuschließen, daß die Drehbewegung nicht auf die dreitägige Dauer der »dunklen Tage« beschränkt sein könnte.

Hinsichtlich des Verlaufes der Polsprungskatastrophe stimmen die Schilderungen der Kommentarprophetie mit den Aussagen der Naturwissenschaften darin überein, daß die erwähnte kurzfristige Verdunkelung der Atmosphäre zu erwarten ist, daß mit dem völligen Ausfall von elektrischem Strom und Licht zu rechnen ist, daß jeglicher Aufenthalt außerhalb von Räumen mit schließbaren Türen und Fenstern infolge der Verschmutzung und Ionisierung der Außenluft tödlich ist, daß der gestörte Rhythmus der Erderwärmung zum Aufkommen von Orkanen führen dürfte und daß gewisse Küstengebiete und Inseln von der Gefahr der Überflutung bedroht sein werden.

Da die Lage der neuen Pole, des neuen Äquators und der neuen Erdachse auf beiden Erdhälften jeweils zwischen 0 Grad und 40 Grad differieren wird und die Fliehkraft der Erde dementsprechend Richtungsänderungen erfahren wird, steht der Erdkruste die Umlagerung der Polabplattungen und des Äquatorwulstes bevor. Die hierbei auftretenden Schub- und Zugkräfte werden nicht nur gewaltige Erdbeben hervorrufen, sie drohen sogar zum Aufreißen der Erdrinde, unter anderem in den Meerestiefen des Pazifiks, zu führen.

Es besteht somit in vielen Teilen der Welt die Gefahr des Aufplatzens der Erde, und es bedarf wohl kaum eines besonderen Hinweises, daß vor einer solchen Entwicklung der Mensch seine völlige Kapitulation vor dem Gott der Bibel, der diese Endzeitereignisse plante und prophetisch voraussagen ließ, anmelden wird und muß.

Überlieferungen aus dem Altertum

Auf drei der bekanntesten Polsprungüberlieferungen aus dem Altertum sei hingewiesen: auf den Sintflutbericht der Bibel, auf den Flutbericht des Gilgamesch-Epos und auf Platons Bericht über die »Umwälzung des Alls«.

Bei der biblischen Sintflut handelte es sich nach neueren Erkenntnissen um eine der Folgekatastrophen eines Polsprunges. Dies gilt auch für den Flutbericht des Gilgamesch-Epos der babylonischen Sumerer. Daß die Bibel von einer fünfmonatigen, das Gilgamesch-Epos von einer nur siebentägigen Flutdauer spricht, ist in der verschiedenartigen Lage der überschwemmt gewesenen Gebiete begründet und beweist zudem, daß jeder der Berichte unabhängig vom jeweils anderen entstanden ist.

Die Polsprungüberlieferung aus der Zeit um etwa 4000 vor Christus war bis in die Zeit Platons (427–347 v. Chr.) hinein lebendig geblieben, wie Zitate aus Platons »Der Staatsmann« zum Thema »Umwälzung des Alls« erkennen lassen. Das fingierte Gespräch wurde zwischen Sokrates dem Jüngeren und einem Fremden geführt.:

Fremder: Solche alte Erzählungen gab es und es wird auch noch viele andere geben. Denn du hast doch gehört und erinnerst dich an die von der Änderung im Auf- und Untergang der Sonne und der anderen Gestirne, daß sie nämlich, von wo sie jetzt aufgehen, dorthin damals untergingen und auf der entgegengesetzten Seite aufgingen.

Sokrates: Erzähle also, ohne etwas zu übergehen!

Fremder: Höre denn: Dieses All hilft auf seiner Bahn bisweilen Gott selbst mitführen und wälzen, bisweilen läßt er es wieder los, wenn seine Umläufe das ihm gebührende Zeitmaß schon erlangt haben. Dann aber wendet es sich von selbst wieder nach der entgegengesetzten Seite . . . Die größten Verheerungen also entstehen alsdann notwendig unter den Tieren, auch von dem bisherigen menschlichen Geschlecht bleibt nur Weniges übrig. Und für diese Überreste treffen dann viele wunderbare und neue Ereignisse zusammen; folgendes aber ist das größte und begleitet die Umwälzung des Alls notwendig, wenn die der bisher bestandenen entgegengesetzte Richtung eintritt.

Sokrates: Was für eines denn?

Auf diese Frage antwortet der Fremde, daß als ganz spezielle Folge einer Umwälzung die Verjüngung und sittlich religiöse Erneuerung der Überlebenden eintreten werde.



Beim Lesen von Platons Erzählung über die Umwälzung des Alls wird einem klar, daß das, was Cuvier und eine neuere geistige Elite im Umkreis der Naturwissenschaften aus der modernen Geologie, Paläantologie, Astronomie, Astrophysik an Polsprungdaten ans Licht brachten, nicht etwa eine Erstentdekkung des Phänomens Polsprung, sondern nur die kopernikanische Entsprechung zu den uralten Berichten über die »Umwälzung des Alls« darstellt. Diese modernen »Außenseiter« holten nach, was den von positivistischen Scheuklappen behinderten »Insidern« der Naturwissenschaften verborgen blieb, verborgen bleiben mußte.

Der Sonnenzeiger ist gewendet

Hinweise auf den Zeitpunkt der Erwartbarkeit des Polsprunges geben Weissagungen und Berichte von Sehern: »Ich sehe verschiedene Bilder durcheinanderwirbeln. Das erste, was ich unterscheiden kann, sind Fakkeln, die nach drei Seiten Licht verbreiten: Nach dem Westen, nach Norden und Osten. Dann sehe ich blaue und weiße Streifen durcheinander und dann Sterne. Danach Sichel und Hammer, aber der Hammer trennt sich von der Sichel und alles wirbelt jetzt durcheinander. Dann sehe ich einen Halbmond und eine Sonne, auch die kreisen

Werden sich die unendlichen Weiten des ewigen Eises am Nordpol verlagern? Ein Polsprung mit allen seinen Begleiterscheinungen würde für Menschen, Tiere und Pflanzen völlig neue Lebensbedingungen schaffen.

jetzt wieder mit und durch das Ganze hin scheint schließlich eine Art Bock oder Gemse zu springen. Während sich das alles durcheinanderdreht, erscheint an der linken Seite ein Kreis und durch ihn hin dreht sich der Globus. Dann kommt plötzlich ein großer Zeiger und ich höre sagen: ›Der Sonnenzeiger ist gewendet‹.«

Der Seherin werden hier nacheinander gezeigt die Embleme des Staates Israel (weiße und blaue Streifen) der USA (Sterne), der Sowjetunion (Hammer und Sichel), der arabischen Staaten (Halbmond) und des Fernen Ostens (Sonne), insgesamt die Embleme der Großmächte und des Nahen Ostens. Sie wirbeln durcheinander, ein Werk des »Durcheinanderwerfers«, des Diabolus, der im Baphomet- oder Bockssymbol gezeigt wird. Diesem Bild war ein anderes vorausgegangen: Drei Fackeln; Symbole der Vernunft, die nach Westen (USA), nach Norden (UdSSR) und nach Osten (China, Japan) leuchten. Diese Fakkeln können nur dem ungenannt gebliebenen Süden zugeschrieben werden, also einem Land, das im Süden beziehungsweise unterhalb der Sowjetunion gelegen ist.

Dies trifft zu für die beiden Staaten oder Städte im Nahen Osten, von denen im November 1977 das Licht der Vernunft zur Versöhnung mahnte: für Ägypten und Israel, aber auch für die Großmächte. Die Hoffnungen, die daran geknüpft wurden, habe sich nicht nur nicht erfüllt, sie drohen jeden Tag und jede Stunde in ihr Gegenteil verkehrt zu werden.

Die Sowjets ließen die »Sichel« liegen und schwingen den Hammer des Imperialismus kräftiger als je zuvor. SALT, Genf, Helsinki, Madrid, das alles zusammen bildet nur die Tarnwand, deren sich auch die USA und Rotchina zusehends mehr und mehr bedienen.

Die Weissagung sagt, daß dies alles zur Eskalation und letztlich in ein Chaos führen wird, das den Dritten Weltkrieg zu gebären droht. Zu diesem Zeitpunkt der größten Menschheitsbedrohung der irdischen Geschichte wird der »Sonnenzeiger«, der Gnonom, »gewendet«, wird unsere letztzeitliche Welt, gemäß der Apokalypse und den Kommentaren der Seher, durch die göttliche Zulassung der Polsprungkatastrophen vor der Selbstvernichtung bewahrt. □

Weitere Informationen zu diesem Thema sowie wissenschaftliche Stellungnahmen finde sich in dem Buch von Hans Baum »Das Ultimatum Gottes«, Christiana-Verlag Stein am Rhein.

Vegetarismus

Von der Pflicht zum Schutz des Lebens

Klaus Sojka

Gehen wir von der Gewißheit aus, daß der Planet Erde eine Entwicklung vom ursprünglichen Feuerball zur allmählichen Ab- und Auskühlung durchläuft, dann muß auch jedes Leben als befristet anerkannt, muß seine Schöpfung als Akt auf Zeit begriffen werden. Denn die klimatischen Voraussetzungen für die Entstehung und den Fortbestand lebendiger Zellen bestimmen deren Anfang und Ende. Erst das Erkalten der Erdkruste, gleichzeitig deren notwendige Erwärmung durch Sonneneinstrahlung schufen die Voraussetzungen für Leben. Kühlen aber nach zwingenden physikalischen Gesetzen Erdkern und Sonne irgendwann in fernen Zeiten ab, dann ist damit auch das Aufhören jedes Lebens besiegelt. Der Jüngste Tag ist unabwendbar.

Demnach sind Anfang und Ende, Geburt und Tod, Wesensinhalte des Lebens; sie machen es schlechthin aus. Es erscheint mithin als folgerichtig, Leben als Einheit aufzufassen – von seinem Anfang bis zu seinem Untergang, von der ersten Urzelle bis zu seiner letzten Entwicklungsform. Der Einzeller ist also ebenso Teil der Gesamtheit wie der Warmblütler. Und es kann keinen rangmäßigen Unterschied geben zwischen Flora und Fauna, zwischen den einzelnen Daseinsarten des Lebens schlechthin.

Das muß zu einer Geringwertung des Individuums führen, weil es eben nur eine relativ kurzzeitige Erscheinungsform der Gesamtheit ist und das Ganze dauernd währt, nach menschlichen Begriffen ewig, von unabsehbarem Ende ist.

Für die Zutrefflichkeit dieser Anschauung, das gesamte Leben als Einheit zu begreifen, gibt es Hinweise. So durchläuft der Fötus der Säugetiere sichtbar die geschichtliche Entwicklung des Lebens. Aber auch oft überraschende Tatsachen lassen sich aus dieser Betrachtung erklären. Es gibt Menschen, die Landschaften, die historische Ereignisse oder Sprachen fremder Völker wiedergeben können, ohne selbst irgendeine augenscheinliche Berührung mit ihnen gehabt zu haben. Hier sind nicht etwa übersinnliche Kräfte am Werk. Vielmehr bricht das partielle Erleben des geschlossenen Ganzen an einem Punkt durch und verdeutlicht sich. Durch Speichern alles Gewesenen und vom Gesamtleben Erlebten verdichtet es sich punktuell und teilt sich mit.

Das merkwürdige Wohlgefühl, das manchen von uns im dunklen Unterholz tiefer Wälder überkommt und das so stark sein kann, daß es immer wieder sich in Höhlen oder primitive Verstecke zurückziehende »Waldmenschen« hervorbringt, aber auch Einsiedler, Heideläufer und andere die Einsamkeit Suchende, dieses Urgefühl der Geborgenheit an Zufluchtstätten anderer Lebewesen ist ein Indiz.

Aber auch das Rudelerlebnis, unser Aufgehen in einer Gruppe oder Gesellschaft, deutet darauf hin. Und oft bergen seit vielen Generationen von Menschen gehaltene Haustiere Wildinstinkte in sich, mächtige Zugkräfte von manchmal ungeheurer Kraft.

Viele konnten Haushunde beobachten, die in mondheller Nacht den urtümlichen Jagddrang empfinden, vielleicht auch die Sehnsucht nach der Horde und dem Gemeinschaftserlebnis. Auch erworbene Eigenschaften werden auf diese Weise weitererhalten und »vererbt«. Jagdhunde weisen ohne besondere Ausbildung vom Jäger geschätzte oder geforderte Fähigkeiten auf, laufen automatisch an der linken Seite ihres Führers und heulen vor Ungeduld auf, wenn die Jagdhörner erklingen.

Wird der Begriff Leben als Einheit akzeptiert, dann kann es keine Gewichtung zwischen pflanzlichen und tierischen Gebilden geben, aber auch keine hinsichtlich des Menschen. Weil aber die geschichtliche Entwicklung von vermeintlich einfachen Lebensformen zu sehr komplizierten geschritten ist, kann ein Unterschied in dieser Richtung schlechthin nicht geleugnet werden. Es erscheint aber als denkgesetzlich falsch, scheinbar einfache Formen als primitiv und daher geringwertig einzustufen, kompliziertere hingegen als hoch- und höchstentwickelt. Eine genau umgekehrte Bewertung wäre vielmehr richtig.

Die am Anfang des Erdenlebens stehende Einzelle vermag bis zur fortgeschrittenen Stufe der Pflanze ihre Selbsterhaltung und Vermehrung durch Chemosynthese und Fotosynthese zu verwirklichen, durch Umwandlung lebloser Stoffe auch unter Lichteinfluß, ohne andere Lebensformen, also Teile der eigenen Einheit, zu zerstören.

Ausprägungen mit diesen Fähigkeiten müssen konsequent als höchstentwickelte Lebewesen, als Schöpfungskrönung anerkannt werden. Denn sie bauen, auf die Ganzheit bezogen, nur auf und ruinieren die Einheit nirgends. Dieser Gesichtspunkt erfährt eine Einschränkung dort, wo Verdrängungs- oder Über-

Henri Rousseau und sein Dschungel mit Affen und einer Milchflasche. Symbol für das Leben als eine Einheit?

wucherungsvorgänge stattfinden, der Kampf ums Licht ausgetragen wird.

Je komplizierter sich die folgenden Formen gestalteten, desto schädlicher mußte sie für das Leben selbst sein. Die pflanzenfressenden Tiere vernichten pflanzliches Leben, um sich zu erhalten. Die fleischfressenden Tiere sind darüber hinaus genötigt, ihnen teils sehr nahestehende kompliziertere Kreaturen zu töten. Was aber zu einem Daseinskampf, zu einem Kampf ums Überleben zu Lasten anderer Teile der Gesamtheit führt, kann bei objektiver Betrachtung kaum als hochwertig empfunden werden, sondern nur als Gegenteil.

Folgt man diesem Gedankengang, dann wird konsequent der Mensch so gesehen werden müssen: Der Mensch hat die Fähigkeit, jedwedes Lebewesen zu vernichten – und zwar sowohl einzelne Individuen wie auch ganze Arten. Er hat es bis zur Gegenwart und mit immer zunehmender Geschwindigkeit fertiggebracht, Möglichkeiten zur Zerstörung weiter Teile seiner Wohnstatt Erde und deren völlige Auflösung herbeizuführen, letzteres zwangsläufig mit kosmischen Auswirkungen. Er ist darüber hinaus fähig, durch chemische, biologische, ja sogar genveränderte Eingriffe natürliche Vorgänge, ökologische Kreisläufe zu unterbrechen und die Voraussetzungen für ein Weiterleben auszuschalten. Die Macht hierzu birgt den Zwang zur Ausführung in sich. Gelegentliche Einschränkungen oder bewußt erzielte zeitliche Verzögerungen ändern am Prinzip nichts. Eine solche Lebensform Mensch, kann sie als Krönung der Schöpfung empfunden werden? Oder ist sie nicht als Ausdruck äußerster Entartung anzusprechen?

Irrläufer der Evolution

Die Antwort ist zu suchen und zu finden bei der Erforschung des Auftretens von Leben selbst. Wie eingangs festgestellt wurde, vermag sich Leben auf der Erdoberfläche nur innerhalb eines bestimmten Zeitraums anzusiedeln, so von einem bestimmten Klimaeintritt an. Die hierzu erforderliche Abkühlung der Erdkruste kann als Alterserscheinung veranschaulicht werden, gleichsam als Zwischenstadium zur völligen, endlichen Erklärung, zum Untergang.

Da letzterer unentrinnbar vorgezeichnet ist, wird Leben, die grüne Farbe auf dieser Erde, nicht falsch als Hautkrankheit unseres Planeten dargestellt werden können, als Symbol seines allmählichen Absterbens im Sinne des Auskühlens – oder als ein bildlich mit der Oxydation vergleichbarer Prozeß.

Diese Ansicht scheint der Wahrheit nahezukommen, wenn die vorige Betrachtung der Entwicklung des Lebens herangezogen wird. Die immer komplizierter auftretenden Formen führten zu einer entsprechend gesteigerten Störung bis zum Menschen, der nunmehr die totale Vernichtung auslösen kann. Wird dies eingesehen, dann kann logisch nicht der Mensch als »Irrläufer der Evolution« hingestellt, sondern muß als konsequente Fortschreitung des Aufbaus – oder besser gesagt: des Abbaus – aufgefaßt werden.

Durch die bei vergleichbarer natürlicher Betrachtung auffällige Fehlentwicklung der Schädelform des Menschen hat sich das Denken seiner bemächtigt, eine Funktion, die ihn und seine Heimstatt Welt zum Niedergang führt. Betrachtet man die »Evolution des Menschen« anhand der anatomischen Entwicklung seines Hauptes, dann fällt sogleich auf: Die Kauwerkzeuge ihm nahestehender Säugetiere nehmen im Verhältnis zur Hirnkapsel ein geradezu ausgewogen anmutendes Verhältnis ein. Der Schädel des Menschen hingegen zeigt deutlich vernachlässigte Kauwerkzeuge und eine überdimensionale »Denkblase«.

Es ist möglich, daß diese Entwicklung durch den allmählich eingetretenen aufrechten Gang begünstigt wurde, weil das Ausbalancieren des Kopfes weniger Nackenmuskeln erfordert und so infolge der entfallenen Umspannung die Ausdehnung der oberen und hinteren Schädelpartie begünstigte. Die dadurch vermehrte Hirnmasse, vor allem die Größe ihrer Oberfläche, bedingten Denkfunktionen, die sonst keinem Lebewesen in dieser Weise zu eigen sind.

Der Verstand leitet die Vernichtung ein

Während die Kauwerkzeuge als Eßinstrumente, Waffen und Handlungsgeräte überflüssig wurden, und verkümmerten, bemächtigte sich das Kalkül seines Trägers und wandelte ihn seinerseits in sein Werkzeug um. Die Ratio, die rechnerische Formellösung, verdrängte zunehmend das instinktive Gespür und damit eine natürliche, ökologisch eingeordnete Verhaltensweise. Eine solche Ausbildung war auch unerläßlich, wenn das Modell von der zunehmenden Zerstörungsfähigkeit komplizierter Lebensformen zutreffen soll. Denn nur der gefühllose Verstand kann die Vernichtung einleiten und vollziehen. Er ist das Wesen des zum Erdentod führenden Schicksals.

Damit diese äußerste Ausprägung des Zerstörungsmechanismus selbst erhalten bleibt, weist es Überlebensfähigkeiten wie kein anderes Lebewesen auf. Der Mensch vermag, nachdem er sich das gesamte Weltreich gleichsam untertan gemacht hat, unter extremen Bedingungen zu überstehen und sich explosionsartig zu vermehren, so daß selbst Naturkatastrophen seine Ausrottung nicht annähernd herbeiführen können. Der Mensch ist ganzjährig zeugungs- und empfängnisfähig, verträgt für lange Zeit jede Kost und weist schier sagenhafte Abwehrkräfte gegen schädliche Einwirkungen seiner Umwelt auf.

Aber auch gegenüber seinesgleichen erfand der Mensch Wege und Auswege, seine Selbstzerstörung zu vermeiden. Er schuf sich Gesellschafts- und Rechtsordnungen, die weithin seinen Bestand gewährleisten. Er legte darüber hinaus seinem Handeln eine nur auf ihn zugeschnittene Moral und Ethik zugrunde, die von Mitleid und Gnade ausgefüllt ist. Bei kritischer Durchdringung aber erscheinen auch diese Geistesblitze nur als Ausdrucksform des Daseinskampfes selbst, als Schirm gegen die Selbstausrottung.

So kann der Begriff Mitleid eben nur auf den Menschen selbst bezogen werden nach dem Motto: Vermeide gegenüber anderen alles, was dir gegenüber nicht geschehen soll. Allein in dieser Eigenbezogenheit wurzelt auch das Gewissen. Dieses ist nicht der Ausdruck einer sich im Menschen äußernden überirdischen oder gar göttlichen Weisheit, sondern ausschließlich Teil der Anpassungsfähigkeit des Menschen und seines auf allen Gebieten zur Höchstform gesteigerten Überlebensdrangs.

Ohne die geringsten Gewissensbisse

Daß das Gewissen mit seinen Elementen Mitleid und Gnadenhaftigkeit keine urtümliche Weseneigenschaft des Menschen ist, sondern allenfalls als ausbildungsfähige Anlage in ihm schlummert, mögen folgende Darlegungen näherbringen.

Kinder begehen oft Fehlhandlungen ohne die geringsten Gewissensbisse. Sie erlernen Richtiges vom Verfehlten erst durch Hinweise zu unterscheiden – und zwar völlig unterschiedslos, ob es sich dabei um praktische oder ethische Vorgänge handelt. Die Belehrung, giftige Beeren nicht zu verzehren, weil sonst Übelkeit oder Tod eintreten, werden nicht anders aufgenommen, verarbeitet und befolgt als Gebote, gefangenen Insekten nicht die Flügel oder Beine auszureißen, weil diese Lebewesen schmerzempfindlich seien und man es selbst auch nicht möchte, daß einem Arme und Beine abgetrennt würden.

Das Bewußtsein, anderen Lebewesen kein Leid und keine Schäden zuzufügen, ist also nicht Sittengesetz des Menschen und Richtschnur seines Handelns, sondern wird ihm erst durch andere Mitglieder der Gesellschaft vermittelt.

Noch deutlicher wird dies beleuchtet, wenn wir einen Gedankengang anstellen, der uns in eine menschenleere und nur von Tieren bewohnte Gegend führt, sagen wir einmal, in einen Urwald. Versuchen wir dabei, uns vorzustellen, daß dort ein Menschensäugling von seinen Eltern und allen übrigen Artgenossen hinterlassen und aufgegeben wurde und daß dieses Kleinkind bei einer Tiermutter Aufnahme und Fürsorge fand und bei ihr allein oder im Rudel ihresgleichen bis zur Selbständigkeit aufwuchs. Dieses Menschenjunge kann sich vorstellbar doch nur weitestgehend den Umweltbedingungen angleichen und

Vegetarismus

Von der Pflicht zum Schutz des Lebens

Handlungen seiner Tiergenossen erlernen. Der Mensch wird so einer ihresgleichen, einer von ihnen.

Ist es in einer so gedanklich konstruierten Situation annehmbar, daß dieser etwa unter Wölfen aufgewachsene und seitdem von allen Menschen Verlassene so etwas in sich verspürt wie ein Gewissen? Müßte er sogar eine innere Hemmschwelle überwinden, wenn er einem Beutetier oder einem Gegner Leiden, Schmerzen, Schäden oder gar den Tod zufügt?

Und werden nicht kultische Handlungen einiger »Naturvölker« mit ihren Tier- und Menschenopfern sogar als Götterverehrung empfunden? Kann also das Sittengesetz als etwas von selbst Vorhandenes anerkannt werden oder als von außen Eingeflößtes?

Urangst und Lebensfurcht

Nirgends in der Natur gibt es sonst solche Gesetze der Moral und Sitte. Schon deswegen wird auch hier deutlich, daß Denkvorgänge des Menschen objektiv falsch, naturwidrig und auf das Ende gerichtet sind.

Die Beurteilung auch anderer als Tugenden überlieferter Werte wie Treue, Dank, Ritterlichkeit wird entsprechend vorgenommen werden müssen. Auch sie sind lediglich Ausstrahlungen der Lebenserhaltung und der hierdurch erforderlich gewordenen Rücksichtnahme. Niemand kann ein Beutegreiftier als grausam empfinden oder etwa das zu einem schmerzhaften Tod des Unterlegenen führende Katz-und-Maus-Spiel als verachtungswerte Brutalität ablehnen; hingegen scheiden sich bereits die Einstellungen bei der Bewertung der Beizjagd bei gewollt herbeigeführten Tierkämpfen oder als artwidrig empfundenen Dressuren.

Sind also Moral- und Ehtik-Vorstellungen, oft zutreffend als Humanismus bezeichnet, zweckbedingt, dann muß es als im höchsten Grade vermessen erscheinen, daß der Mensch als einziges Lebewesen für sich beansprucht, eine unmittelbare Beziehung zum Göttlichen zu unterhalten, als einzige Kreatur dieser Erde eine unsterbliche Seele aufzuweisen, ja göttliche Weisheit und Logik jedenfalls teilweise nachzuvollziehen. Diese Einschätzung seiner selbst kann nur dort zutreffen, wo sie mit dem Geschehensablauf der Erde parallel geht und im Jüngsten Tag, also im Erlöschen des Planeten einmündet.

Gerade aber dieser gemeinsame Zielpunkt, auch vom Menschen erspürt und sogar erkannt, begründet seine ihn ständig verfolgende Urangst, die Lebensfurcht. Sie bewirkt nicht nur seine unstete Rastlosigkeit, die ihn – wie Kleintiere in einem Behältnis – scheinbar sinnlos auf die höchsten Berge treibt, ihn zum Grund der Ozeane hinabführt und andere Gestirne betreten oder heimsuchen läßt.



Die Mahlzeit des Löwen: Der Mensch Krone der Schöpfung oder eine Entartung der Natur? Auf jeden Fall zerstört er seine Umwelt.

Nein, der Mensch fühlt: Er ist nicht von dieser Welt. Denn wollte er es sein, dann müßte er zwangsläufig mit ihr zu verschwinden bereit sein. Deswegen konstruiert er kultische Beziehungen zu überweltlichen Mächten, die ihn heimholen, von dieser Welt erlösen. Diese Vorstellung wird auch zu seiner stärksten Wappnung im Anpassungsprozeß, im Überlebenskampf. Denn selbst die schlimmsten Drangsale, die eigentlich zur Verzweiflung und Selbstaufgabe, also zum katastrophalen Scheitern seines Werkes führen müßten, lassen ihn das Bewußtsein oder die Fiktion ertragen, daß alles nur Prüfung und Bewährung zur Erreichung eines entsprechenden Lohnes sei. Eine solche Motivation selbst bei der Abforderung allerstärkster Opfer ist jedem anderen Lebewesen fremd.

Häßlich und fehlentwickelt

Weil der Grad der Lebenszerstörung die Wertigkeit einer Daseinsform ausmachen muß, ist der Mensch aus dieser Sicht wirklich die Krone der Schöpfung und Ergebnis ihrer höchsten Vollendung?

Diese Frage gilt vornehmlich in Hinsicht auf die Vertreter der weißen Rasse, einer wahren Raubrasse. Es kann somit nicht die Überzeugung vertreten sein, Gott habe nach seinem Bild den Menschen geschaffen, was umgekehrt hieße, Gott sei dem Menschen ähnlich. Eine solche Feststellung ist jedenfalls aus heutiger Erkenntnis kaum aufrecht zu erhalten.

Denn in bezug auf sein Verhalten gegenüber seinesgleichen, seinen Daseinsgefährten aus dem Tier- und Pflanzenreich und gegenüber den materiellen Gütern dieser Erde vermag das Höchstvollendungs-Symbol kritischer Beschau kaum standzuhalten; vielmehr ist schon rein äußerlich der Mensch – im Vergleich zu anderen Lebewesen – ausgesprochen häßlich und fehltentwickelt. Er weist überproportional lange Beine und Arme auf, die in dieser extremen Form zu nichts nutze sind. Die schnabelartige Nase, das eckige Kinn und die bereits erwähnte Verzerrung seiner Schädelpartien seien in dieser Beziehung nur kurz angedeutet.

Sicherlich sind ästhetische Vorstellungen überliefert und durch die Gesellschaft ausgeprägt. Aber immer gab es Außenseiter, die sich allein oder im Verband mit Gleichempfindenden von den allgemeinen Geschmacksvorstellungen – besonders im Bereich der Kunst und Musik – trennten. Es wird hingegen nicht zu leugnen sein, daß gleichsam objektive Empfindungen über Schön und Unschön bestehen:

Der Blick des Adlers, ja sein gesamtes Aussehen, die funktional vollendet erscheinende Gestalt des Hais, Farbe, Duft und Form der meisten Blüten, Sonnenstunden im Frühling und viele andere Wahrnehmungen beeindrucken vom Prinzip her positiv. Und aus dieser Betrachtung wäre der Mensch zu beurteilen.

Vor allem muß sein Auswucherungstrieb als das erkannt werden, was er eigentlich darstellt: als zerstörerischer und nivellierender Abbaufaktor. Nirgendwo birgt eine Art einen dermaßen mächtigen Ausbreitungs- und Eroberungsdrang in sich wie bei mindestens einigen Menschenrassen. Sie haben, einem geradezu unheimlichen Zugzwang folgend, völlig unerforschte und unabschätzbare Meere überquert, unwegsame, lebensfeindliche Landteile durchdrungen, den Verlauf der Gestirne aufgespürt und Exkurse in das Weltall ausgeführt.

Was steckt für eine ungeheuerliche Macht hinter solchen Handlungen. Machen wir uns dies an der Betrachtung des Christoph Kolumbus deutlich, der mit seiner Segelschiff-Flotte inmitten der Kanarischen Inseln vor Anker lag, einer paradiesischen Umgebung mit ewigem Frühling. Und obwohl ihn eine grenzenlose Gastfreundschaft und die hingebungsvolle Liebe der Inselfürstin zu betören und zur Aufgabe seines nach damaliger Erkenntnis selbstmörderischen Abenteuers zu bringen drohten, war der wie immer auch vordergründig motivierende Drang nach der Ferne dominierend. Christoph Kolumbus verließ das sichere Festland und segelte dem Unbekannten entgegen.

Das Bleichgesicht hat immer gesiegt

Die Folge aller Entdeckungen und Eroberungen war stets die Zerstörung, mindestens aber Umwandlung der vorgefundenen und ursprünglichen Gegebenheiten, ihre weitgehende Nivellierung. Die einschlägigen Sagen berichten nicht von nachahmenswerten Heldentaten, sondern von frevelhaften Fehlhandlungen, wenn sie Drachentötungen oder das Fällen von als Heiligtümer verehrten Bäumen schildern. Der Lindwurm als Sinnbild der Natur mußte ebenso unter den Schwerthieben des Menschen sterben, wie die beeindruckende Göttereiche durch Axtschläge fiel. Das Bleichgesicht hat immer gesiegt. Und es siegt weiter.

Wird nun die fortschreitende Zerstörung der Erde und weiterhin des Kosmos als zwangsläufig angenommen, dann müßten konsequent moralische, oder besser: ethische, aber auch gesellschaftliche Gesetze diesem Naturverhalten Rechnung tragen. Ist es demnach unsinnig, ja unstatthaft, die Zerstörung aller Dinge durch den Menschen und seine Selbstvernichtung aufzuhalten oder gar abzuwenden?

Bei der Antwort auf diese Kardinalfrage wird die Unlogik zur eigentlichen Logik. Weil nämlich der Mensch sich aus den erwähnten Gründen nicht, noch nicht, selbst zerstören darf, ist er dem obersten Gebot unterworfen, sich zu erhalten. Weil er aber wiederum nur als Teil der gesamten Lebenswelt, also in Gemeinschaft mit Tieren und Pflanzen, überhaupt existieren kann, obliegt ihm die unausweichliche Pflicht, für den Bestand seiner Daseinsvoraussetzungen und damit für die Erhaltung aller noch vorhandenen Lebensformen der Fauna und Flora Sorge zu tragen.

Mit dieser unkonsequenten Konsequenz müssen wir leben; sie ist ein Teil der Naturgesetzlichkeit selbst. Weil es dem Menschen also untersagt ist, den Tod seiner eigenen Art herbeizuführen, weil er sonst als Entwicklungsstufe des Weltgeschehens ausfiele, muß er sich wieder als Teil der Ganzheit verstehen und sich ökologisch an der Stelle einordnen, die für ihn bestimmt ist.

Tiertöter und Tierausbeuter

Kehren wir zum Alltag zurück und versuchen wir, diesen bestmöglich zu gestalten. Ist das Maß der Zerstörung gegenüber anderen Lebewesen richtungweisend für Wert oder Unwert, dann wird dem Tiertöter und Tierausbeuter die größere Ähnlichkeit mit dem Räuber zu attestieren sein.

Weil aber nach der schon abgehandelten Einsicht alle Lebensformen völlig gleiche Daseinsansprüche haben, vermag auch der Vegetarier für sich nicht zu beanspruchen, ohne Zerstörung anderen Lebens bestehen und sich fortpflanzen zu können. Der optimal erscheinende Ausweg liegt in der Entnahme nur von Pflanzenteilen, so daß ein Fortbestand der Pflanze selbst nach Möglichkeit gewährleistet bleibt.

Wer sich hingegen als Mensch zu einer Ernährung nicht nur durch Pflanzenteile, sondern durch reife Früchte durchgerungen hat, also zur Verwendung von Naturgaben genau nach deren Bestimmung, hat sein Bestes getan und handelt edel.

Pflanzen sind nicht nur nach den in dieser Abhandlung gewonnenen Erkenntnissen höherrangig als vorkomplizierte und lebenszerstörende Tiere, sondern weisen Anlagen und Fähigkeiten aus, die wir erst in sehr geringem Umfang entdecken konnten. Pflanzen haben nicht nur Charakter und Innenleben, sondern sind vielleicht zu sinnlichen Wahrnehmungen, sogar zum Gedankenlesen fähig. Sie vermögen nicht nur telepathisch zu reagieren und Elemente umzuwandeln, sondern sogar magnetische Ströme auszulösen, die selbst Pendel, Wünschelruten, Lügendetektoren beeinflussen und darüber hinaus Signale von anderen Gestirnen empfangen sollen.

Es ist eines meiner Hauptziele, der vielfach geäußerten Meinung zu begegnen, daß Pflanzen minderwertigere Geschöpfe seien, daß es sich bei ihnen »nur« um primitive Erscheinungsformen handele. Vielmehr deutet manches darauf hin, daß Pflanzen nicht nur wertvolle Geschöpfe, sondern uns in mancher Hinsicht weit überlegen sind.

Alldessen ist sich der wirkliche Vegetarier vollauf bewußt. Er weiß vor allem, daß eine ganze Reihe von Pflanzenfrüchten eben zum Verzehr durch Lebewesen der Fauna bestimmt sind. So wie Befruchtungen in Blütenkelchen durch Kleintiere erfolgen und dadurch die Entstehung neuer Lebensformen herbeigeführt wird, locken mit leuchtenden Farben oder wohlschmeckender Substanz umgebene Früchte zum Verzehr, um die so eingehüllten und mit einer unverdaulichen Schale versehenen Samenkörner durch den Verdauungsapparat von Tieren und Menschen befördern und auch in fernere Gegenden verbringen zu lassen. Diese Versuchung zum Genuß und ihr Erfolg sind ordnungsgemäß.

Der Mensch ist natürlichen Zwängen viel stärker unterworfen, als er meint oder wahrhaben will. Es kann also keinen Widerstreit zwischen naturgesetzlichen Notwendigkeiten und kulturgesetzlichen Wertvorstellungen geben. Aus dieser Schau wird auch das Problem der Beschränkung der Nachkommenschaft begriffen werden müssen.

In unseren gerade an Überfluß erstickenden Industriestaaten herrscht die Neigung, möglichst wenige oder gar keine Kinder zu bekommen, obwohl deren Ernährung und Einordnung in das Gesellschaftsgefüge keine Schwierigkeiten verursachte. Vielmehr werden – wie seit jeher im Zölibat – Ehe- oder Kinderlosigkeit nicht mehr geächtet, sondern geradezu zum Ideal erhoben. Der Zeugungsakt führt häufig nicht mehr zur Befruchtung; die Leibesfrucht wird nicht immer ausgetragen, die partnerschaftliche Zuneigung gilt manchmal dem gleichgeschlechtlichen Gefährten.

Unser Schicksal stärker bestimmen

Hier wird eine Parallele zu folgendem biologischen Sachverhalt nicht übersehen werden können: Spezies der Fauna gelangen stammesgeschichtlich zur Verminderung der Nachkommen, wenn sich ein Überleben der Art etwa durch Veränderungen der Daseinsbasis nicht ermöglichen läßt. Der Instinkt zur Aufzucht mehrerer Jungen wird rudimentiert; er verkümmert. Uniparität, also die Aufzucht nur eines Jungen, wird zur Regel.

Darf nur die Gesetzgebung durch Staat oder Glaubensanschauung in diese natürlichen Abläufe einwirken, diese gar hemmen und in andere Bahnen einlenken? Oder muß es nicht so sein, was, gerade auf dieses Beispiel bezogen, Bernhard Grzimek veranlaßt, seinen Briefen an Freunde den Zusatz anzufügen: »Ceterium censeo proginiem hominum esse deminuendam« (Ich meine übrigens, die Menschen sollten weniger Nachkommen haben.) Die Übereinstimmung dieser beiden Faktoren wird aber künftighin viel stärker unser Schicksal bestimmen müssen – und damit das der ganzen Welt. □

Antike Heilkunst

Von Pflanzen, Wurzeln und Säften

Otto Mazal

Die antike Medizin leistete auf vielen Gebieten Pionierarbeit: Chirurgie, Anatomie, Diätetik, Physiologie, Gynäkologie, Augenheilkunde, Pharmakologie und Veterinärmedizin wurden hoch entwickelt. Am Beginn der altgriechischen Medizin standen freilich Empirie, religiös-magische Vorstellungen und naturphilosophische Spekulation in enger Wechselwirkung und bestimmten noch lange die weitere Entwicklung der Disziplin. Dies zeigt etwa bereits der frühgriechische Begriff des »pharmakon«, der von magischen Vorstellungen geprägt war und auch dort, wo er »Gift« meinte, generell als »Zaubermittel« verstanden werden konnte. Es ist daher problematischer, vor der Zeit des Hippokrates von einer rationalen medikamentösen internistischen Therapie zu sprechen.

Erst die hippokratische Medizin, die Schulen von Kos und von Knidos kennen das »pharmakon« als rationales Heilmittel. Nichtsdestoweniger können öfters die vorgeschriebenen Wirkungsweisen – etwa »schwarze Mittel« treiben »Schwarzes« aus – ihre Herkunft aus magisch-katharischen Vorstellungen nicht verleugnen. Die wesensgerechte und systematische Erforschung des Krankhaften als Zustand der Physis, die Zuordnung der Krankheit zu elementaren Vorgängen, die Auffindung der Grundzüge von Diagnostik, Prognostik und Therapie begründeten den wissenschaftlichen Charakter der griechischen Medizin.

Gesundheit ein Gleichgewichtszustand

Eine systematische Lehre wurde durch Ärzteschulen und eine rege Fachschriftstellerei gewährleistet. Viele bedeutende Philosophen der Frühzeit hatten bereits medizinische Interessen gehabt; unter ihnen sind Anaxagoras, Empedokles, Demokritos oder Philolaos. In der Epoche des Hippokrates, im 5. Jahrhundert vor Christus, sind bereits mehrere Ärzteschulen bezeugt.

Die sizilische Schule, zu Akragas vom Philosophen und »Wundermann« Empedokles begründet, wurde durch den bedeutenden Arzt Akron fortgesetzt. Die Schule der Pythagoreer in Unteritalien brachte den großen Alkmaion von Kroton hervor, der oft als Vater der griechischen Medizin angesehen wurde und diesen Ruf dem Hippokrates streitig machte.

Alkmaion von Kroton führte Sektionen durch, erkannte die zentrale Funktion des Gehirnes, erstellte eine Theorie des Schlafes, entdeckte den Sehnerv und sah die Gesundheit als Gleichgewichtszustand des Organismus an.

Im griechischen Kleinasien rivalisierten die Schulen von Knidos und von Kos, wo auch ein Heilbad mit heißen Quellen existierte. Aus der koischen Schule entstammte Herodikos, der den Hauptakzent auf Diätetik und Gymnastik verlegte. Sein berühmtester Schüler war Hippokrates.



Wermuth, Absinth: Man trinkt ihn im Sommer vor der Mahlzeit. Die Pflanze hat eine verstopfende, erwärmende Kraft, sie vermag Magen und Bauch von galligen Stoffen zu reinigen.



Holunder: Die Blätter, wie Gemüse gekocht, führen Schleim und Galle ab. Die Wurzel, in Wein gekocht und bei geeigneter Diät verabreicht, hilft den Wassersüchtigen. Die frischen und zarten Blätter lindern Entzündungen.

Die Lehre von den Säften

Hippokrates von Kos, der größte Arzt der Antike, wurde 460 vor Christus geboren und starb hoch betagt in Larissa in Thessalien. Weite Reisen sind bezeugt; im übrigen sind die Nachrichten über sein Leben dürftig oder hypothetisch. Unter seinem Namen ist eine umfängliche Schriftensammlung – das Corpus Hippocraticum – erhalten, das heute 58 Werke in 73 Büchern umfaßt. Berücksichtigt sind Grundfragen der Medizin, Anatomie, Physiologie, Diätetik, Pathologie, Therapie, Chirurgie, Augenheilkunde, Gynäkologie und Geburtshilfe. Nicht alles stammt von Hippokrates selbst; die Schulbibliothek von Kos mag durch Werke koischer Ärzte bereichert worden sein und auch Werke anderer Ärzteschulen aufgenommen haben. Nach der Überführung in die alexandrinische Bibliothek werden sicher weitere Schriften hinzugekommen sein; die jüngsten Bestandteile des Corpus datieren ins 1. Jahrhundert nach Christus. Die Glossierung hippokratischer Schriften begann bereits im 3. Jahrhundert vor Christus, um 150 nach Christus entstanden die ersten Kommentare des Claudius Galenos. Die Ausgabe des Corpus durch Artemidoros und die Kommentare des Galenos setzten sich durch; die Rezension des Archetypus ist also das Ergebnis eines Mischungsprozesses, der erst zu Beginn des Mittelalters zum Stillstand kam.

Die wichtigste geschichtliche Leistung des Hippokrates bestand in der Loslösung der Medizin von Religion und Aberglauben. Er machte sich als großer Praktiker und als exakter Beobachter einen Namen. Er verfocht die Anwendung natürlicher und vernünftiger Heilmittel. Bei den hippokratischen Pharmaka handelte es sich um pflanzliche Medikamente, weniger um mineralische Stoffe. Schon hier wurde die große Bedeutung der medizinischen Botanik festgestellt.

Hippokrates achtete auch auf die Auswirkung der natürlichen Umwelt. Einflußreich war seine Lehre von den »Säften« des Körpers. Als Träger des Lebens erschienen Blut, Schleim, schwarze Galle und gelbe Galle. Krankheit war eine Störung der Eukrasie, der harmonischen Mischung der Säfte, eine Dyskrasie. Das typisierende Denken des Hippokratischen Corpus

Antike Heilkunst

Von Pflanzen, Wurzeln und Säften

hatte eine lange Nachwirkung. Auch besticht das hohe medizinische Ethos, das seine klassische Formulierung im sogenannten Hippokratischen Eid fand.

Der größte Nachfolger des Hippokrates in der Schule von Kos war Polybos, der zu Beginn des 4. Jahrhunderts vor Christus seine Blütezeit hatte. Der prominenteste Vertreter der sizilischen Schule war zu dieser Zeit Philistion von Lokroi, jener der knidischen Schule Chrysippos von Knidos. Diokles von Karystos verband die Theorien der koischen und sizilischen Schule zur dogmatischen Schule. Sein Rhizotomikon, ein Buch über medizinische Botanik, ist das älteste botanische Textbuch; es stellte eine Hauptquelle für Theophrast dar.

Fortschritte in Diagnostik und Pathologie

Theophrastos von Eresos (ca. 372 – ca. 288 v. Chr.) kann als Begründer der wissenschaftlichen Botanik angesprochen werden. Botanik wurde in der Schule des Aristoteles systematisch gepflegt. Die ältesten Lehrbücher stammen von dem Schüler und Nachfolger des Aristoteles, Theophrast: die Historia plantarum und die Schrift De causis plantarum. Der Hauptbeitrag des Theophrast lag in der Beschreibung und Morphologie; in der Physiologie modifizierte er die Lehren seines Meisters. Quellen für Theophrast waren außer Beobachtungen und Experimenten auch Schriften älterer und zeitgenössischer Ärzte und Naturforscher. Mit der Einteilung der Pflanzen in Bäume, Sträucher, strauchartige Pflanzen und Kräuter bereitete er der strukturellen Klassifizierung den Weg. Die Autorität des Theophrast war derart groß, daß nach ihm durch Jahrhunderte wenig Fortschritte erreicht wurden; auch wurde die Botanik der Landwirtschaft und der Medizin untergeordnet.

Unter den Ärzten des 4. Jahrhundertes sind Praxagoras von Kos, dessen Schüler Philotimos und Mnesitheos von Athen zu nennen, denen Fortschritte in Diagnostik und Pathologie zu verdanken sind.

Unter den hellenistischen medizinischen Schriftstellern muß Nikandros von Kolophon besonders hervorgehoben werden, dessen Lehrgedichte einen großen Einfluß ausübten. Er war auf pharmakologischen und toxikologischem Gebiet tätig. Unter den ihm zugeschriebenen Schriften ragen hervor die Theriaka, ein Gedicht über giftige Tiere, die Wirkungen von deren Giften und die Gegenmittel, sowie die Alexipharmaka, die über Gifte im allgemeinen handeln; auch pflanzliche Gifte werden berücksichtigt.



Tausendguldenkraut: Wird sie grün gestoßen und als Umschlag aufgelegt, verklebt sie Wunden, reinigt Geschwüre und vernarbt. Gekocht und getrunken führt sie die galligen und dicken Säfte durch den Bauch ab. Der Saft ist für Augenmittel gut brauchbar; mit Honig vertreibt er die dunklen Flecken auf der Pupille.

Herophilos von Chalkedon begründete unter Ptolemaios I. in Alexandria die Anatomie als wissenschaftliche Disziplin und machte zahlreiche neue Entdekkungen. Bedeutsamer Fortschritt in der Physiologie ist dem Erasistratos (geboren ca. 285 v. Chr., ca. 258 – 257 in Alexandria bezeugt) zu verdanken.

Serapion von Alexandria (1. Hälfte des 2. Jahrhunderts v. Chr.) war der Begründer der empirischen medizinischen Schule, der jeder Art von Dogmatismus absagte und sich nur auf Praxis, Beobachtung, klinische Geschichten und Analogie stützte. In der Pharmakologie hatte dies zur Folge, daß er auch viele volkstümliche Heilmittel zu erproben trachtete. Überhaupt war es ein Kennzeichen der hellenistischen Pharmakologie, daß volkskundliche Pharmaka verwendet wurden; ägyptische und orientalische Einflüsse fehlen nicht; selbst Mittel aus der »Dreckapotheke« wurden angewendet.

Der spätere Hellenismus beschränkte entweder die Medikamente rigoros wie etwa die Methodiker oder Asklepiades von Bithynien oder intensivierte bestimmte therapeutische Methoden jeweils im Zusammenhang mit den Schuldogmen.

Störung der Bewegung der Atome im Körper

Zu den bedeutendsten Pharmakologen des Hellenismus zählte Krateuas, der Hofarzt des Königs Mithridates Eupator von Pontos. Sein Rhizotomikon, ein Kräuterbuch enthielt mindestens fünf Bücher und war illustriert. Der Aufbau und die Illustrierung des pharmakologischen Werkes des Krateuas sollten auf die späteren Kräuterbücher einen entscheidenden Einfluß ausüben. Der »Wiener Dioskurides« – aus dem die Abbildungen zu diesem Beitrag stammen – geht bekanntlich auf einen Archetypus zurück, der aus der Verbindung des Buches des Krateuas mit anderen Herbarien und der Materia medica des Dioskurides entstand.

Als Botaniker und Pharmakologe des 1. Jahrhunderts vor Christus ist auch Cassius Dionysius zu nennen. Er übersetzte das einschlägige Werk des Karthagers Mago ins Griechische, schrieb ein Rhizotomikon (Wurzelbuch) und wohl auch eine illustrierte Pharmakopoeia. König Mithridates von Pontos (132 – 63 v. Chr.) war selbst Pharmakologe, der mit Giften experimentierte, um die Immunisierung bemüht war und zahlreiche einfache Heilmittel einführte; ein universelles Antidoton wurde nach ihm »Mithridateios antidotos« benannt.

Der erste hervorragende griechische Arzt in Rom war Asklepiades von Bithynien (geboren 125 v. Chr. in Prusa). Er führte atomistische Ideen in die Medizin ein und baute darauf die Lehre von der Krankheit als Störung der Bewegung der Atome im Körper auf.

Themison von Laodikeia begründete die methodische Schule und erfand eine Reihe neuer Drogen. Pharmazeutische Experimente sind auch von Herakleidos von Tarent (um 75 v. Chr.) unternommen worden, der der größte Arzt der impirischen Schule war.

Der Empiriker Glaukias kommentierte Hippokrates und verfaßte ein Buch über Pflanzen. Apollonios von Kition (1. Jahrhundert v. Chr.) trat gleichfalls als Fachschriftsteller und Hippokrateskommentator auf. Das Werk des Antonius Musa, der in Rom unter Kaiser Augustus lebte, über die Materia medica ist leider verloren.

Gegen Ende der augusteischen Epoche bildeten sich auch in Rom Ärzteschulen. Die Schola medicorum wurde allmählich in die staatliche Administration eingebaut und erhielt sich in dieser Form wohl bis ins 6. Jahrhundert. Im medizinischen Teil der Enzyklopädie des Cornelius Celsus (1. Jahrhundert n. Chr.) liegt eine umfassende Darstellung antiker Medizin in lateinischer Sprache vor, die auf Grund der Benützung zahlreicher Quellen das medizinische Wissen dem lateinischen Kulturraum vermittelte.

Nachwirkung bis zu den Kräuterbüchern der Neuzeit

Zu den römischen Pharmakologen zählt auch Scribonius Largus, dessen »Compositiones medicamentorum« 271 Rezepte enthielten. Hier wurde erstmals die Bereitung von Opium genannt; viele der Rezepte sind volkstümlicher Herkunft und magischer Provenienz, manche aber von größerem Interesse. Die pflanzlichen Heilmittel überwiegen durchaus. Menekrates von Zeophleta widmete dem Kaiser Claudius (41–51 n. Chr.) eine Abhandlung über Drogen. Columella (1. Jahrhundert n. Chr.) schrieb ein grundlegendes Werk über die Landwirtschaft, das auch viel botanisches Wissen in sich birgt. Der Botaniker Pamphilos (Ende 1. Jahrhundert n. Chr.) trat durch ein Lexikon über Pflanzen und Synonymalisten von Pflanzen hervor.

Zu den bedeutendsten Pharmakologen der frühen Kaiserzeit gehört Dioskurides Pendanios aus Anazarbos, ein in der Zeit Kaiser Neros in der Mitte des 1. Jahrhunderts nach Christus wirkender Arzt. Seine pharmakologische Enzyklopädie umfaßte die gesamten Ergebnisse der griechischen Forschungen auf dem Gebiet der Pharmazie und angewandten Botanik und übertraf durch ihre Systematik und ihre rationelle Durcharbeitung alle früheren Kompilationen dieser Art. Das Buch blieb über viele Jahrhunderte uneingeschränkte Autorität, zumal über 600 Pflanzen und ihre medizinische Wirkungen beschrieben wurden. Das Buch konnte durch seine genaue Beschreibung der Herstellung der Rezepte wohl auch als Handbuch verwendet werden.

Unter dem Einfluß des alphabetisch angeordneten und illustrierten Kräuterbuches des Krateuas bildete sich neben der systematischen Grundredaktion des Werkes des Dioskurides auch eine illustrierte und alphabetisch angeordnete Rezension, wie sie im wesentlichen im Wiener Dioskurides vorliegt.

Es darf nicht wundernehmen, daß die dankbaren Bürger von Honoratae der Prinzessin Anikia Juliana 512 ausgerechnet ein Kräuterbuch verehrten; das Buch in luxuriöser Aufmachung verband den Charakter eines bibliophilen Geschenkes mit dem Nutzen praktischer Anwendung. Es darf angenommen werden, daß Anikia Juliana und ihre Familie den Codex nutzten; die späteren Kopien und die Eintragungen aus Jahrhunderten bezeugen den großen Wert und die uneingeschränkte Nutzung dieser pharmakologischen Kompilation, deren Nachwirkung sich noch bis zu den Kräuterbüchern der frühen Neuzeit feststellen läßt.

Sympathie zwischen Körperorgan und Pharmakon

Eine der letzten überragenden Gestalten unter den Ärzten der Antike war Claudius Galenos (129–199 n. Chr.). Nach einer umfassenden Ausbildung in Pergamon, Smyrna und Alexandria wirkte er hauptsächlich in Rom. Er verband reichste ärztliche Erfahrung mit konsequenten Platonismus und Hippokratismus. Er schuf eine großangelegte Synthese der antiken Medizin. Das Corpus Galenicum hat das Mittelalter beherrscht. Erst die Ärzte der Renaissance lösten sich von seinem Einfluß.

Galenos hat Hippokrates kommentiert, die hippokratische Säftelehre in ihre kanonische Form gebracht und Anatomie, Pathologie, Physiologie, Pharmakologie und Diätetik in abschließenden Werken dargestellt. Galenos versuchte auch, eine wissenschaftliche Pharmakologie mit Hilfe von Begriffen wie »Kraft des Heilmittels« zu entwickeln, endete aber letzten Endes doch in Spekulationen – etwa der Annahme einer »Sympathie« zwischen Körperorgan und Pharmakon – oder in bloßer Katalogisierung hergebrachter Mittel. In dieser Zeit ist auch neben dem orientalischen Einfluß ein Hang zu zusammengesetzten Pharmaka mit unzähligen Ingredienzien festzustellen. □

Professor Dr. Otto Mazal, Byzantinist und Leiter der Handschriftensammlung der österreichischen Nationalbibliothek, betreute die Herausgabe des »Wiener Dioskurides« in der Akademischen Druck- und Verlagsanstalt, Graz. Bei dem »Wiener Dioskurides« handelt es sich um eine der wertvollsten illuminierten Handschriften der Spätantike und zugleich um eine der bedeutendsten wissenschaftlichen Prachthandschriften. Diese Handschrift ist für die griechische Paläographie, die frühbyzantinische Kunstgeschichte, die Geschichte der antiken Naturwissenschaften und die byzantinische Kulturgeschichte des frühen 6. Jahrhunderts ein unschätzbares Quellenwerk.

Medizin Journal

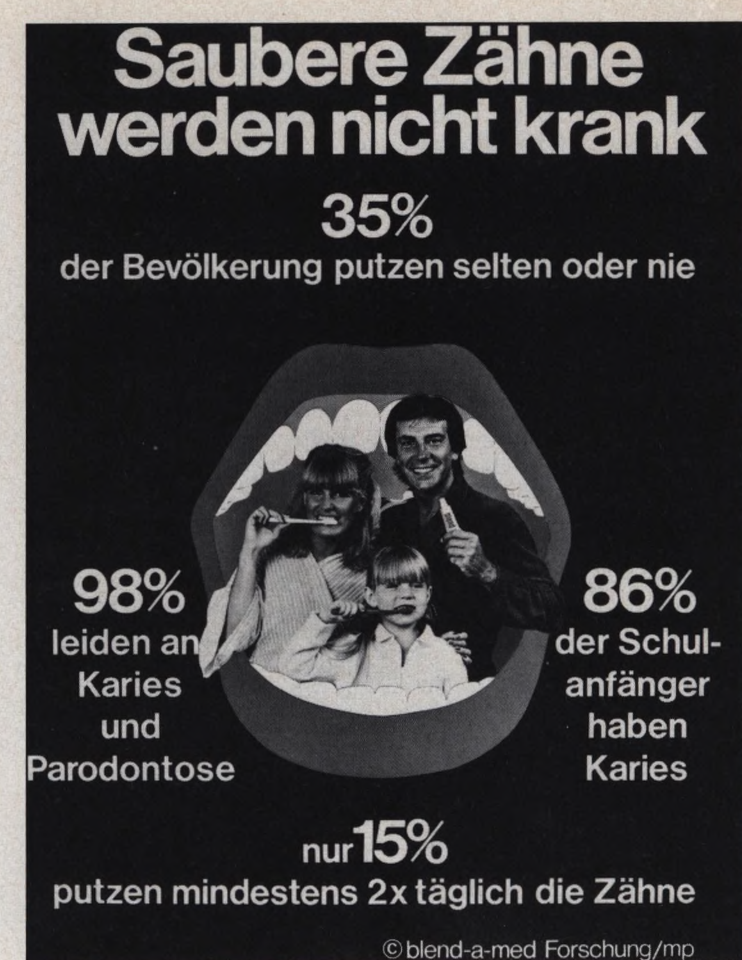
Wohlstandsbürger brauchen »Ramadan«

Würden sich die Bewohner der Industrieländer am Fastenmonat der Mohammedaner beteiligen, würde das zu einer erheblichen Verbesserung der Gesundheit und Verminderung der ins Unermeßliche steigenden Soziallasten eines jeden Staates führen, meinte Dr. med. P. Reisky, Oberursel. Er warnte gleichzeitig vor Heilfasten, totalem Fasten oder der Nulldiät, wenn diese nicht unter ärztlicher Kontrolle erfolgte. Wichtig sei bei Fastkuren die reichliche Aufnahme von Flüssigkeit in Form von Wasser und Diätsäften. Als flankierende Maßnahme sei ausreichende körperliche und geistige Bewegung erforderlich und in Verbindung mit solchen Kuren eine Diätberatung sinnvoll, um den Rückfall in alte, falsche Ernährungsgewohnheiten zu vermeiden. □

Touristen schleppen Salmonellen ein

Stuhlproben von 424 Touristen, die gerade aus tropischen Ländern zurückgekehrt waren, ergaben, daß 13,9 Prozent von ihnen Salmonellenausscheider waren. Dieses Untersuchungsergebnis gab Professor E. Hess, ehemaliger Direktor des Instituts für Veterinärhygiene der Universität Zürich, bekannt. Mit dem ständig wachsenden Personen- und Warenverkehr werden aus Regionen mit fragwürdiger Hygiene andauernd Salmonellen eingeschleppt. □

Säuglinge, die in einem Tragetuch auf der Hüfte oder auf dem Rücken der Mutter herumgeschleppt werden, entwickeln sich besser als Kinder, die viel Zeit im Bett verbringen. Inzwischen hat das Babytragetuch auch bei uns Anhänger gefunden.



Entscheidend für gesunde Zähne ist eine ballaststoffreiche Ernährung unter Weglassung von ausgemahlenem Mehl und raffiniertem Zucker. Und eine Kost, die gekaut werden muß, ansonsten heißt es: Zu faul zum Kauen – faule Zähne.

Jetzt droht die Frühjahrsmüdigkeit

Dieses alljährlich wiederkehrende Phänomen erklären die Wissenschaftler so: Mit der erwachenden Natur beschleunigt sich der biologische Rhythmus des Körpers, sein Energiebedarf steigt, weil Organe und Organsytem, Zellen und Zellverbände zur Mehrarbeit angeregt werden. Da aber im Winter die Kraftreserven aufgezehrt und die Vitamin-Depots verbraucht wurden, verschlechtert sich die Zellatmung.



Deshalb muß der Körper in den »kritischen Wochen« ausreichend mit Sauerstoff und Vitaminen versorgt werden. Man sollte sich also so oft wie möglich in frischer Luft bewegen, frisches Gemüse und Obst essen. Eine zusätzliche Hilfe sind nicht etwa Aufputschmittel, sondern pflanzliche Wirkstoffe.

Blütenpollen beispielsweise sind im Kampf gegen die Frühjahrmüdigkeit eine geradezu ideale »Waffe«, denn sie verbessern die Zellatmung. Alle lebenswichtigen Substanzen sind in ihnen im Reinzustand enthalten – ein echter Naturkomplex.

Die Wissenschaftler haben in den winzigen Blütenstaubkörnchen, mit denen die Bienen ihren Nachwuchs füttern, wundersame Kräfte entdeckt. Und die pharmazeutische Forschung hat sich diese Erkenntnisse zunutzegemacht: Die neuentwickelte Pollen-Pille Super 1 enthält so viel Blütenpollen, Vitamine und andere Wirkstoffe, daß ihre Verwendung während eines längeren Zeitraumes einer biologischen Vital-Kur gleichkommt! □

Brustkinder bleiben schlanker

»Säuglinge, die von ihren Müttern gestillt werden, haben ein verringertes Risiko, in ihren späteren Leben eine Fettleibigkeit zu entwickeln«, so lautet das Untersuchungsergebnis kanadischer Ärzte, die über 900 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 18 Jahren gewogen, gemessen und anschließend ermittelt haben, ob sie als Säuglinge mit Muttermilch oder durch Flaschennahrung aufgezogen wurde. Die statistische Auswertung ergab, daß Brustkinder bedeutend weniger zu späterer Fettsucht neigen als Flaschenkinder. Dieser »Schlankheitseffekt« hält bis in die Pubertät an. Allerdings muß das Stillen nicht die alleinige Ursache für die spätere Schlankheit der Kinder und Jugendlichen sein. Mütter, die sich aus Verantwortungsbewußtsein zum Stillen entschließen, sind vielleicht auch sonst »ernährungsbewußter« und wachsamer, so daß sie von vornherein vermeiden, ihre Säuglinge zu überfüttern, was häufig die Grundlage für spätere Fettleibigkeit darstellt. □

Kindergesicherte Verschlüsse für Arzneimittel

Das Bundesgesundheitsamt ist berechtigt, für Arzneimittel, die mit einem besonderen Vergiftungsrisiko für Kinder behaftet sind, spezielle Verpackungsarten vorzuschreiben. Diese Entscheidung traf das Verwaltungsgericht Berlin, das mehrere pharmazeutische Hersteller gegen eine entsprechende Anordnung des Bundesgesundheitsamtes angerufen hatten. □

Baden Sie sich die Knochen locker

Ein Tip für alle die, denen der harte Winter noch immer in den Knochen sitzt: Machen Sie eine Frühjahrskur in der Badewanne. Mit Salicylsäure und Kiefernnadelöl. Sie tauen damit nicht nur ihre »eingefrorenen« Gelenke auf, Sie bringen damit ihren gesamten Körper wieder in Schwung.

Das muntermachende Bad für die Frühjahrskur ist ursprünglich für Rheumapatienten gedacht. Für sie erweisen sich die aus der Weidenrinde isolierte Salicylsäure und die ätherischen Öle der Kiefernnadel als ausgesprochen schmerzlindernd und heilsam. Das Kiefernnadelöl, weil es die Durchblutung an den vom Rheuma befallenen Körperteilen mobilisiert. Die Salicylsäure, weil sie im Organismus die Bildung der sogenannten Prostaglandine hemmt und auf diese Weise rheumatische Entzündungsprozesse unterdrückt.

Über die Anwendungserfolge solcher Badezusätze bei Rheuma-Patienten hat in Bad Münstereifel der Präsident des Deutschen Kneipp-Ärzte-Bundes, Dr. Otto Schumacher-Wandersleb, berichtet. Er testete das in Apotheken erhältliche »Schlüter's Remanat-Bad«.

Resultat der vierwöchigen Badekur: Die Gelenke wurden beweglicher, die Schmerzen klangen ab. Manche Patienten waren bereits nach zehn Bädern – zumindest vorübergehend – beschwerdefrei.

Fachleute führen diesen Effekt auf die ätherischen Öle von Hopfen und Baldrian zurück. Die beruhigenden, schlaffördernden Eigenschaften der beiden Pflanzensubstanzen werden von der Volksmedizin bereits seit Jahrhunderten genutzt. Nicht nur zum Wohle nervöser Rheumapatienten, sondern auch für das nervenstärkende Frühjahrsbad. □

Windhafer bei Migräne

Der vermutlich vom Windhafer abstammende echte Hafer ist so widerstandsfähig wie er widerstandsfähig und nervenstark macht. Er wächst selbst in den Alpen bis zu 1600 Meter (Gebirgshafer) und keimt schon auf schmelzendem Eis. Die spelzigen Haferkörner sind ein kleines Wunder der Natur. Wer seinen Hafer-Tee am Morgen trinkt, wird nicht so rasch müde, gibt dem Streß weniger Möglichkeiten zum Angriff und braucht sich über Verdauungsbeschwerden nicht zu beklagen. Wer gegen Kopfweh und Migräne schon so manches Mittel versucht hat, sollte sich an den grünen Hafertee erinnern.

Neu ist »Vollmers präparierter grüner Hafer-Tee« (Reformhaus), wobei unter »präpariert« zu verstehen ist, daß der grüne Hafer mit Brennessel, Johanniskraut und Bergfrauenmantel angereichert wurde.

Die Brennessel bewirkt eine milde, aber doch vermehrte Ausschwemmung von Harnsäure, während das Johanniskraut wohltuend beruhigt und sogar als »Aufmunterungskraut« bezeichnet werden darf. Der Bergfrauenmantel kann als Blutreinigungsmittel angesehen werden, so daß die Tee-Kur dafür sorgt, daß Stoffwechselabbau-Produkte ausgeschwemmt werden. Ohne Ballast fühlt man sich in jedem Fall wohler und leichter zugleich. □



Ein Blutstropfen aus der Ferse des vier bis sechs Wochen alten Babys verschafft Klarheit, ob die Mutter, die einen Jungen geboren hat, eine Form der gefährlichen Muskelkrankheit ihrem Kind vererbt hat.



Mit exakter Pulsmessung am Ohrläppchen beginnt jetzt das Heimfahrer-Training zur Steigerung der Leistungsfähigkeit. Schon ein paar Trimm-Minuten täglich führen zu einem Gefühl besseren Wohlbefindens.

Arzneimittel in der Schwangerschaft

Vorsicht und Zurückhaltung bei der Anwendung von Arzneimitteln sollten werdende Mütter während der gesamten Schwangerschaft üben.

Rund 20 Jahre nach der Contergan-Katastrophe scheint mancherorts wieder eine gewisse Sorglosigkeit im Umgang mit Medikamenten während der Schwangerschaft eingetreten zu sein. Doch davor muß man – auch nach dem Rückzug des Contergan-Arzneistoffes »Thalidomid« – die verschreibenden Ärzte ebenso wie die Schwangeren warnen.

In Tierversuchen sind bislang mehr als 700 Arzneistoffe bekanntgeworden, die zu Mißbildungen bei den Jungen führen. Beim Menschen führen mit Sicherheit rund 25 Arzneistoffe zu schweren Mißbildungen an lebenswichtigen Organen und Gliedmaßen.

Angesichts dieses Wissens lassen die Zahlen einer 1978 in Florida, USA, gemachten Studie erschrocken aufhorchen: Ausnahmslos alle an der Klinik betreuten Schwangeren nahmen mindestens 2 Medikamente während der Schwangerschaft – über 90 Prozent nahmen sogar 5 und mehr verschiedene Arzneimittel.

Ohne auch nur die geringste Hysterie unter den Schwangeren auslösen zu wollen, erscheint es sinnvoll, den Frauen in bezug auf eine Arzneimittel-Anwendung während der Schwangerschaft weniger Sorglosigkeit und dafür mehr Problembewußtsein zu empfehlen.

Welche Art von Schädigung der Arzneistoff bewirkt, hängt wesentlich davon ab, wann er auf das ungeborene Kind trifft. Am gefährdetsten ist das Kind von der 2. bis zur 12. Schwangerschaftswoche. In dieser Zeit kann es zu schwerwiegenden Mißbildungen kommen: an Armen und Beinen, im Mundhöhlenbereich, am Zentralnervensystem, am Herzen, an Augen und Ohren. Zu solchen Schäden führen mit Sicherheit Medikamente zur Blutverdünnung, gegen Krampfzustände, Zellteilungshemmer (Zytostatika) und Sexualhormone. Erst in den 70er Jahren ist bekanntgeworden, daß in dieser Entwicklungsphase auch Alkoholmißbrauch der Mutter zu den genannten schweren Mißbildungen des Säuglings führen kann.

Daneben gibt es andere Arzneimittel, die möglicherweise das Ungeborene schädigen können. Hierzu zählen Appetitzügler, Psychopharmaka, Antibiotika, Mittel gegen Allergien, gegen Übelkeit und Erbrechen sowie salicylhaltige Grippe- und Kopfschmerzmittel. Starker Coffeingenuß, das heißt mehr als 8 Tassen pro Tag, kann das Kind ebenfalls schwer schädigen.. □

Fluor

Forschung statt Massenexperimente

Ferdinand Schmidt

Schützt Fluor vor Karies? Die Diskussion wird oft einseitig geführt. Es kommen meistens die Befürworter der Fluortherapie zu Wort. Karies ist ohne Zweifel zu einer Volkskrankheit geworden, die ernster Überlegungen bedarf. Dabei ist auch der volkswirtschaftliche Aspekt nicht zu unterschätzen. Wenn auf die Zahnbehandlung – also für die Behandlung eines vergleichsweisen kleinen Körperteils – über 50 Prozent der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen entfallen, so muß dies nicht nur diejenigen auf den Plan rufen, die sich »von Amts wegen« mit der Kostenexplosion im Gesundheitswesen befassen.

Auch ich bin selbstverständlich der Überzeugung, daß auch hier Prophylaxe der einzig erfolgversprechende Weg ist. Ich möchte mich nicht in die Diskussion der Zahnärzte einmischen, ob Fluorverabreichung als sichere Kariesprophylaxe zu betrachten ist, zumal Einigkeit darüber zu bestehen scheint, daß Karies keine Fluormangelkrankheit ist.

Ich gehe sogar davon aus, daß Fluorapplikation als Dauermedikation tatsächlich das Auftreten der Karies mindert. Dennoch bin ich ein entschiedener Gegner der Fluor-Prophylaxe aus folgenden Gründen.

Über einen Körperteil sollte man nicht den Organismus vergessen

Der Mensch besteht nicht nur aus Zähnen. Bei einer eventuell positiven Wirkung auf ein Organ oder einen Körperteil sollte man nicht den ganzen Organismus vergessen.

In der Tat liegen inzwischen mehrere ernstzunehmende Untersuchungen vor, die bedenklich stimmen müssen. Die National Health Federation (NHF) der USA begann 1974 eine Untersuchung in 10 amerikanischen Großstädten, deren Trinkwasser seit 1952 bis 1956 zu 100 Prozent fluoridiert wird im Vergleich zu 10 Großstädten ohne fluoridiertes Trinkwasser.

Die Großstädte mit fluoridiertem Trinkwasser hatten zusammen 11,5 Millionen Einwohner, die »Kontrollstädte« 7 Millionen. Die durchschnittlichen jährlichen, altersangepaßten Ca-Sterbeziffern (Krebs) vor der Fluoridierung (1944 bis 1950) waren in beiden Städtegruppen vergleichbar.

1953 bis 1969 stieg die Ca-Mortalität in den Städten ohne Fluor auf 195 bis 200 Todesfälle pro Jahr je 100 000 Einwohner, in den »Fluorstädten« aber auf 220 bis 230 Todesfälle pro Jahr auf je 100 000 Einwohner, also 10 bis 18 Prozent mehr. Das bedeutet 20 000 bis 30 000 zusätzliche Krebstote pro Jahr unter den 93 Millionen Einwohnern in amerikanischen Städten mit fluoridiertem Trinkwasser, wie Dr. Yiamouyiannis, Direktor der NHF, und Dr. D. Burk, ehemaliger Direktor des National Cancer Instituts der USA, in einem Brief feststellten. Eine statische Analyse dieses Instituts konnte diese Befunde nicht widerlegen, weshalb die NHF die sofortige Einstellung der Trinkwasserfluoridierung verlangte.

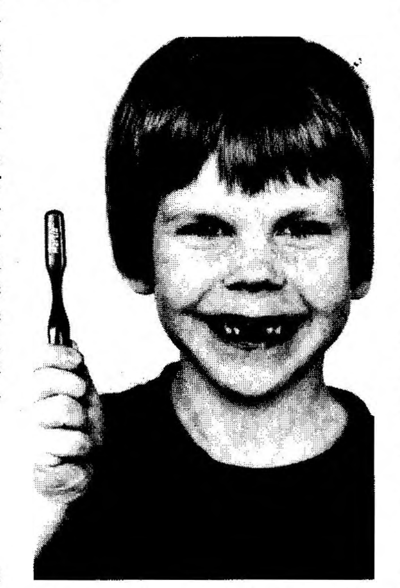
Geistige Entwicklung von Kindern wird beeinträchtigt

Nach einer chilenischen Statistik kam es dort nach der Fluoridierung des Trinkwassers zu einem deutlichen Anstieg der Gesamtsterblichkeit, insbesondere bei Kindern. Auch wenn man die Untersuchungen noch nicht als schlüssige Beweise zu betrachten geneigt ist, so sollten sie doch zu größter Vorsicht mahnen.

Natriumfluorid ist ein ausgesprochenes Atemgift. Der Zusatz einer winzigen Menge davon genügt zum Beispiel bei manometrischen Messungen des Zellstoffwechsels in der Warburg-Apparatur zur Unterbindung der Zellatmung.

Das Organ mit dem höchsten Sauerstoffbedarf ist bekanntlich das Gehirn. 25 Prozent des aufgenommenen Sauerstoffs verbraucht dieses relativ kleine Organ. Deshalb führt die Unterbindung der Sauerstoffzufuhr zum Gehirn schon nach wenigen Minuten zu irreversiblen Schädigungen, während andere Organe noch nach sehr viel längerer Zeit ohne bleibende Schädigungen wiederbelebt werden können.

Schon liegen vereinzelte – wenn auch sicher nicht beweiskräftige – Beobachtungen vor, daß die geistige Entwicklung von Kindern durch Dauermedikation mit Fluor beeinträchtigt werden kann. In der Diskussion um Fluor werden von beteiligten Kollegen sogar Dosierungsempfehlungen für das Alter 0 bis 2 Jahren gegeben, obwohl gerade in dieser Zeit das Gehirn sich besonders stark entwickelt und demnach Störungen der Zellatmung des Gehirns sich hier besonders nachteilig auswirken müssen.



Fluor, ein Zellatmungsgift, soll Karies heilen, die durch den steigenden Zuckergenuß zur Volksseuche wurde.

Dummheit tut bekanntlich nicht weh. Deshalb dürfte es praktisch unmöglich sein, hier exakte wissenschaftliche Beweise für eine etwaige Beeinträchtigung der geistigen Entwicklung vorzulegen.

Das Bundesgesundheitsamt hat Aminophenazon aus dem Verkehr gezogen, weil beim Zusammentreffen mit Nitriten der Nahrung krebserzeugende Nitrosamine entstehen könnten. Als Begründung wurde angegeben, daß jede potentielle zusätzliche Krebsnoxe vorsorglich eliminiert werden soll.

Fluorzusatz ein Zellatmungsgift?

Wenn man diesen Maßstab anlegt, kann nicht der geringste Zweifel daran bestehen, daß die Zwangsmedikation der Trinkwasserfluoridierung oder in Form von Tabletten mit Nachdruck abgelehnt werden muß.

Ob der Fluorzusatz – falls er überhaupt einen prophysikalischen Effekt hat – auf dem Wege der Resorption mit anschließenden Einbau in den Zahnschmelz wirkt, darf bei der kurzen Verweildauer bezweifelt werden. Eher ist dabei daran zu denken, daß der Fluorzusatz dabei als Zellatmungsgift direkt auf die Karieserreger wirkt. Diese Warnungen vor dem Fluor als Kariesprophylaxe erscheinen besonders berechtigt, weil es andere Möglichkeiten gibt, die mindestens ebenso erfolgreich wie Fluor die Karies verhüten können.

So wurde beispielsweise aus den USA über einen einfachen Lacküberzug für die Zähne berichtet, der sich als wirkungsvoll erwiesen hat, ohne daß derartig gravierende Nebenwirkungen wie beim Fluor zu befürchten sind. Auch eine Schutzimpfung gegen Karieserreger wird diskutiert. Auch wenn sie noch keine Praxisreife erlangt hat, sollte dies ein Grund mehr sein, die Forschung in dieser Richtung zu intensivieren, statt gefährliche Massenexperimente ohne vorherige ausreichende Abklärung eventueller Nebenwirkungen zuzulassen. □

Professor Dr. Ferdinand Schmidt ist Leiter der Forschungsstelle für präventive Onkologie an der klinischen Falkutät Mannheim der Universität Heidelberg.

Fluor

Scheinerfolge statt Gesundheit

Helmut Mommsen

Um von vornherein diese »wissenschaftliche Errungenschaft« mit der passenden Aura zu umhüllen, spreche ich nur von dem »Fluor-Schwindel«. Angefacht wurde das ganze Fluor-Geschwätz von der Aluminium-Industrie, die ein Abfallprodukt noch nutzbringend verwerten möchte. Unterhalten wird es von der Zucker- und Süßwaren-Industrie, die gerne im Geschäft bleiben will und ein Verfahren propagiert und Forschungen unterstützt, die angeblich beweisen sollen, daß man dem Genuß von Zucker und Süßigkeiten nicht zu entsagen braucht, wenn man zusätzlich Fluor einnimmt.

Die zusätzliche Gabe von Fluor, sei es durch Fluorisierung des Trinkwassers, sei es in Form der Einnahme von Tabletten, wie es propagiert wird, zur Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung gesunder Zähne, beruht im Ansatz des Denkens auf falschen Grundlagen.

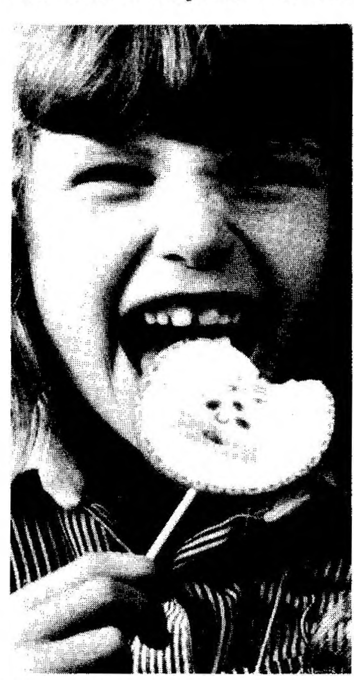
Karieszunahme eine Folge der falschen Ernährung

Das Grundsatz-Denken wird im Rahmen der analytischen inspirierten Medizin heute wenig gepflegt. Fluor soll lokal an den Zähnen wirken und die Kariesempfänglichkeit mindern. Lokale Maßnahmen führen aber niemals zu echter Gesundheit, sondern beseitigen Notzustände und ermöglichen das weitere Leben. Beschwerden beseitigen führt aber niemals zu echter fundierter Gesundheit. Das aber muß bei den Zähnen unserer Kinder erreicht werden.

Es kann heute nicht mehr geleugnet werden, daß die Zahngesundheit ausschließlich durch die Ernährung bestimmt wird. Sicher spielt die Zahnbürste eine gewisse Rolle, aber nur in dem Sinne, daß sie den Degenerationsprozeß zeitlich verlängert, aber niemals zu wirklicher Gesundheit führt. Die Beweise sind erdrückend und können an vielerlei Stellen nachgelesen werden.

Daß die Karieszunahme eine Folge der zunehmenden falschen Ernährungs-Sitten, insbesondere des steigenden Verbrauchs von Zucker und Feinmehlen ist, hat als erster der Zahnarzt Kuhnert im Jahre 1912 erkannt und seine Meinung in Schriften mit hohen Auflagen verbreitet. Entgegen der herrschenden Ernährungslehre (Kalorienlehre) blieb seine Aufklärung wirkungslos.

Die Möglichkeit, aus Zuckerrohr und Zuckerrüben den isolierten Rohrzucker zu gewinnen, war vom Standpunkt der Gesundheit eine höchst miserable Erfindung. Wenn die Menschheit wieder gesünder werden will, muß die Zuckerproduktion ganz entscheidend gesenkt werden. Dieses Zuckergewinnungsverfahren wurde durch die analytisch bestimmte Ernährungslehre, die den Menschen zu einer Kalorien-Maschinerie degradiert, stark begünstigt.



Lebendige Ernährung schützt am besten vor Karies. Aber die Devise der Zuckerindustrie heißt: Umsatz gut – alles gut.

Zuckerrüben geben auf der gleichen Ackerfläche mehr Kalorien als zum Beispiel Getreide. Überall, wo sich die von der Industrie und der analytischen Denkweise geprägte Ernährungsweise einbürgert, bewirkt sie das Auftreten von Karies. Dies ist der erste anschauliche Hinweis dieser »Diät zum Krankmachen«. Weiteres folgt dann in vielfacher Ausprägung: Stoffwechselleiden, Rheuma, vegetative Dystonie.

Zahlengeplärre ist nichtssagend

Wenn die Kost im Sinne der Lebendigkeit umgestellt und dazu das tierische Eiweiß drastisch reduziert wird, wie es als erster in genialer Vorausschau Birscher-Brenner erkannte, dann hört auch das Fortschreiten der Zahnkaries in kurzer Zeit auf. Derartige Beobachtungen sind in der ganzen Welt gemacht worden.

Ich selbst habe es an den vom Kinderhilfswerk Salem betreuten Kindern in einwandfreier, analytisch-naturwissenschaftlich relevanter Form nachgewiesen.

Wenn ich den in der üblichen Weise ernährten Kindern, wie es sich im Lauf der letzten 3 bis 4 Generationen entwickelt hat, zusätzlich Fluor-Tabletten gebe, so ändert sich an dem Bild der Karies überhaupt nichts. Die Karies schreitet in der üblichen Weise fort.

Eigentlich sollte die einfache unmittelbare Beobachtung und ihre gedankliche Verarbeitung die führende Rolle bei uns spielen. Diese Methode ergibt immer noch Ergebnisse, die der wissenschaftlichen Wahrheit dienen. Aber die Flour-Experten machen es anders. Sie untersuchen Hunderte von Kindern über eine gewisse Zeit, mit und ohne Fluorisierung und stellen dann rechnerisch bei den behandelten Kindern einen etwas geringeren Karies-Befall fest. An den Zahlen will ich nicht zweifeln. Aber das Zahlengeplärre ist nichtssagend und bedeutungslos, wie so häufig im Bereich des Lebendigen.

Unser modernes Leben, das weitgehend unter dem Terror der analytischen Naturwissenschaft steht, ist weitgehend durch wirtschaftliche Interessen bestimmt. Andere, das Zusammenleben bestimmende Faktoren, die dem Transzendenten, dem Heiligen und den nicht in materiellen Bezügen umsetzbaren Triebfeldern wieder mehr Wirkungsmöglichkeit einräumen, sind ohne Zweifel im Kommen.

Das Verlangen der Süßwarenindustrie

In diesem Rahmen wird auch der Begriff »Gesundheit« neu entdeckt werden, der heute weitgehend von den wirtschaftlichen Interessen gefesselt ist. Mutige Männer haben sich dem Verlangen der Süßwarenindustrie nicht gebeugt und den Nachweis geführt, daß die Gaben von Flour, um die Zahngesundheit dauerhaft zu erhöhen, ein Irrweg ist.

So ist über die Flour-Frage ein Schrifttum entstanden, das eine kleine Bibliothek füllt. Die durch Fluor erzielte Bremsung ist ein Scheinerfolg, der später von einer um so stärker hereinbrechenden Karies abgelöst wird.

Jeder, der in Zukunft zur Flour-Frage die Feder ergreift, sollte den Versuch machen und Kinder mit lebendiger – ohne Fluor – und Kinder mit konventioneller Ernährungsweise – mit Flour – vergleichend untersuchen. Wenn er feststellt, daß bei Kindern mit lebendiger Ernährung ohne Fluor die Karies aufhört, dann soll er schweigen. Dann wird sich die Fluor-Bibliothek nicht mehr vermehren.

Die bereits vorliegende Literatur zur Flour-Frage kann als Wahrzeichen dienen, zu welchem Unsinn unsere vom analytischen Denkansatz geprägte Wissenschaft geführt wird, wenn wirtschaftliche Interessen auf dem Spiele stehen und der Begriff der echten Gesundheit unbekannt ist. □

Professor Dr. Helmut Mommsen, Jahrgang 1901, gilt als der Nestor der deutschen Kinderheilkunde.

Schweiz

Entmündigte Patienten

Wilhelm Meyer

Soll einem menschengerechten Heilwesen ausgerechnet in der Schweiz das Grab geschaufelt werden? Diese Frage brennt all denjenigen in der Seele, die den tiefsinnigen Begriff »Heilen« immer identisch mit »Wiederherstellen eines Gleichgewichtszustandes im menschlichen Organismus, nach Leib, Seele und Geist« sehen.

Durch das zur Zeit in Revision befindende Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (KUVG), wozu die Eintretensdebatte im Nationalrat im Frühjahr stattfinden soll, droht nun allen betroffenen Patienten – angeblich rund 45 Prozent der Bevölkerung – und Ärzten eine nie dagewesene Einschränkung in der Therapiefreiheit und Medikamentenwahl. Damit wird auch die freie Arztwahl illusorisch.

Zementierung der materialistischen Medizin

Dies wird dann unweigerlich der Fall sein, wenn die entscheidenden Personen der starken, vielversprechenden Vorstellung einer kostensenkenden Lösung erliegen, die den freien, geistigen Wettbewerb einer sich hoffnungslos entwickelnden vermenschlichten Medizin abwürgen würde. Inskünftig soll die neue Spezialitätenliste (SL) für jeden Kassenarzt bindend werden. Der betroffene Patient, der andere als in der SL aufgeführte Präparate verschrieben haben möchte, wird diese selber bezahlen müssen, auch wenn die Kasse dazu bereit wäre.

Es scheint beinahe, daß hinter den Kulissen der äußeren Vorgänge längst der diesem Ziel dienende strategische Plan vorliegt. Das wiederum gibt den Verfechtern einer einseitig materialistischen medizinischen Richtung die Gelegenheit ihren Alleinvertretungsanspruch gewisser dogmatischer Standpunkte zu festigen.

Eine Ausbildungserweiterung im Medizinstudium über das gegenwärtige vertechnisierte, atomistische Menschen- und Weltbild hinaus müßte gezwungenermaßen dem Studierenden als sinnlos erscheinen. Der dazu notwendige Freiheitsraum wäre noch weniger als heute gegeben.

Ärzte, die sich bereits zu einer Ganzheitsmedizin durchgerungen haben und vermehrt Heilmittel aus natürlicher Grundlage verschreiben, dürfen gerade jetzt von ihren Patienten nicht im Stich gelassen werden. Letzten Endes sind doch die Patienten die Zahlenden und Leittragenden.

Tiefschlag gegen die Naturheilmittel

Bewährte Naturheilmittel sollen nach dem neuen, sogenannten »verbesserten« KUVG vermehrt in die disqualifizierende Negativliste abgeschoben werden, da sie angeblich nur von einer Minderheit von Ärzten – sprich Außenseiter – gekannt und gebraucht würden. Eine freie Konkurrenz der Ärzte wird ebenfalls zum Nachteil der Patienten unwirksam gemacht. Von Kostensenkung keine Spur, im Gegenteil, denn Arzneimittellisten solcher Art werden zu Preistreibern.

Verständlich wäre ein solches Vorgehen von seiten der Arzneimittelkommission nur unter dem Gesichtspunkt des »Nichtverstehenkönnens« dieser ihr bis heute fremden, also nicht erlernten Therapieformen.

Darf nun aber Nichtverstehen, Nichtwissen zum Kriterium einer begutachtenden, streng wissenschaftlichen Kommission auf politischer Ebene gemacht werden? Bekanntlich schützt Unwissenheit vor dem Gesetz jedenfalls bis jetzt nicht. Es liegt im Interesse der Heilmittelkommission, sich nicht selbst der Unwissenschaftlichkeit schuldig machen zu müssen.

Im Sinne der in Aussicht stehenden Gefahr täte sie es aber. Der Bundesrat sollte darum besorgt sein, daß die bis zur Stunde ausgeschlossenen Forschungs-Zweige, beziehungsweise ihre Vertreter, in den Baum der Kommission zu deren Verjüngung, im Sinne einer menschenwürdigen Veredelung, eingegliedert würden.

Auch die Patienten sind gegen sogenannte Arzneimittel ohne jegliche konkrete ärztliche Erfahrung, die mit Hilfe phantastischer Heilversprechen auf den Markt gebracht werden. Die Prinzipien einer Schulmedizin anerkennen auch die Patienten, aber wie schon oft gesagt, bedarf diese einer Vertiefung und Erweiterung des ihr zur Verfügung stehenden Menschenbildes.

Selbstheilungskräfte werden angezweifelt

Des Hippokrates geistiges Vermächtnis soll immer mehr zum Verschwinden gebracht werden, wo doch der Arzt auch in pastoraler Hinsicht ein Begleiter des sich auf dem Leidensweg befindlichen Menschen sein sollte.

Die vom jetzigen KUVG bevorteilten Arzneistoffe, die die sogenannten iatrogenen, vom Arzt hervorgerufenen Krankheiten verursachen, sind bei Gott nicht das, was des Schutzes bedarf. Der Mensch wird leider zu oft übersehen.

Oder sollen nun etwa auch die, zum Beispiel nach einem Knochenbruch einsetzenden Selbstheilungskräfte des inneren Menschen neu begutachtet und eventuell als nicht allgemein anerkannt erklärt werden? Auf diesem Wege bereiten wir die Abschaffung des Geistes, vorerst auf dem Papier, mit all ihren Konsequenzen vor.

Eine Schweiz mit einem vertechnisierten, von der Natur losgelösten geistlosen Heilwesen ist nicht vorstellbar. Der urbildliche Charakter der Schweizer Eidgenossenschaft würde damit aufs tiefste verletzt. Dies bürgt, richtig interpretiert, für Freiheit im Geistesleben, Brüderlichkeit in der Wirtschaft und Gleichheit im Rechtsleben. Dieses christliche Urbild darf gerade im Heilwesen nicht mißverstanden werden. □

Wilhelm Meyer ist Präsident des »Schweizerischen Vereins für Volksgesundheit« und des »Vereins für ein anthroposophisch erweitertes Heilwesen«.

Disziplin bei Süßhunger

Eine Frau, die ihr erstes Kind erwartet, bekommt von Großmüttern, Freunden oder wohlmeinenden Nachbarinnen gelegentlich abenteuerliche Geschichten über die richtige Ernährung zu hören. Man sagt ihr, sie müsse für zwei essen, damit das Kind auch ordentlich gedeihe, mal heißt es, sie solle möglichst wenig essen, das Kind bleibe dann klein und die Geburt verliefe besonders leicht. Dabei steht längst fest: Beide Behauptungen sind falsch und unter Umständen sogar gefährlich für Mutter und Kind.

Bereits zu Beginn der Schwangerschaft stellen die Ärzte bei jeder zehnten Frau ein Übergewicht von etwa 25 Prozent fest. Doch auch viele normalgewichtige Mütter legen im Verlauf ihrer Schwangerschaft viel zu viele Pfunde zu, meist, weil sie glauben, ihrem »Süßhunger« in dieser Zeit ungehemmt nachgeben zu dürfen.

Fehlernährung führt zu Totgeburten

Eine übermäßige Gewichtszunahme während der Schwangerschaft ist aber mit verschiedenen Nachteilen verbunden. Die Überernährung kann zu Schäden an Herz, Kreislauf, Leber und dem Verdauungsapparat führen. Sie ist außerdem häufig auch am Krankheitsbild der sogenannten Gestose beteiligt, dessen Symptome neben der krankhaften Gewichtszunahme eine Erhöhung der Blutdruckwerte und eine Schädigung der Nieren sind.

Die Kinder übergewichtiger Schwangerer sind häufig selbst übermäßig groß und schwer, können aber auch – bedingt durch die zusätzlichen mütterlichen Erkrankungen – untergewichtig sein.

So oder so – die Geburt bei diesen Frauen verläuft häufiger kompliziert, als es gewöhnlich der Fall ist. Werdende Mütter sollten wissen: Ihr Bedarf an Nährstoffen steigt im Verlauf einer Schwangerschaft nur um etwa 18 Prozent an, und zwar vor allem in der zweiten Schwangerschaftshälfte. Insgesamt sollte die Gewichtszunahme bis zur Geburt 11 Kilogramm nicht übersteigen.

Aber auch Unter- und Mangelernährung während der Schwangerschaft haben ihre Tücken. Bei fehlernährten Müttern kommt es häufiger zu Früh- und Totgeburten. Außerdem kann – vor allem bei Eiweißmangel – das allgemeine Wachstum des Kindes, in Extremfällen sogar seine Gehirnentwicklung, beeinträchtigt werden.

Um sich und das ungeborene Kind optimal zu ernähren, sollten Schwangere auf folgende Punkte besonders achten:

Einschränkung des Salzverbrauches

Für die Entwicklung seines Knochenapparates braucht das Ungeborene unbedingt Kalzium. Bei den heutigen Ernährungsgewohnheiten nehmen wir pro Tag nur etwa 0,7 Gramm Kalzium zu uns. Während der Schwangerschaft wird jedoch eine tägliche Zufuhr von etwa 1,2 Gramm benötigt. Dieses Defizit kann durch eine überlegte Auswahl der Lebensmittel ausgeglichen werden. Reich an Kalzium sind Milch und Milchprodukte. Die täglich erforderliche Menge von 1,2 Gramm Kalzium ist beispielsweise in 0,5 Liter Buttermilch plus 50 Gramm Edamer Käse plus 30 Gramm Milchpulver enthalten.

Auch der Bedarf an Eisen ist erhöht. Dieser Mineralstoff wird zur Bildung der roten Blutkörperchen bei Mutter und Baby benötigt. Im Verlauf der Schwangerschaft kommt es bei der Mutter zu einer Vermehrung der Blutmenge – allein die Blutmenge, die pro Minute durch die Gebärmutter strömt, erhöht sich in dieser Zeit um das Zehnfache.

Gleichzeitig bildet der Organismus des Babys eigene rote Blutkörperchen und benötigt dazu Eisen. Aus diesem Grunde empfehlen Wissenschaftler die tägliche Zufuhr von 25 Milligramm Eisen.

Das ist freilich leichter gesagt als getan: Der Eisengehalt der Lebensmittel wird vom Organismus nur sehr unterschiedlich verwertet. Am besten wird Eisen noch aus Fleisch und Fleischprodukten aufgenommen, weniger dagegen aus Getreideerzeugnissen, Gemüse und Kartoffeln. Deshalb kommt es bei etwa einem Drittel aller Schwangeren zu einem Eisenmangel.

Sparsam sollte während der Schwangerschaft mit dem Salzstreuer umgegangen werden. Normalerweise nimmt man täglich 10 bis 12 Gramm Kochsalz zu sich. Durch diese Mengen kann die in der Schwangerschaft ohnehin vermehrte Wassereinlagerung im Organismus noch verstärkt werden. Die Experten empfehlen deshalb die Einschränkung des Salzverbrauchs auf etwa 5 Gramm pro Tag.

Große Zurückhaltung bei Alkohol

Häufig werden die Nährstoffe auch falsch über den Tag verteilt. Etwa jede zweite Schwangere nimmt kein ausreichendes Frühstück, dafür aber ein zu reichliches Abendessen ein. Das Schwergewicht sollte auf Frühstück und Mittagessen liegen. Wichtig ist auch, die Speisen nicht zu lange kochen zu lassen.

Ansonsten braucht die werdende Mutter keine Einschränkungen ihrer gewohnten Ernährung auf sich zu nehmen. Auch auf Kaffee und Tee braucht sie nicht zu verzichten, wenn sie nur mäßige Mengen zu sich nimmt. Lediglich chininhaltige Limonaden (zum Beispiel Tonic) sind verboten. Chinin ist ein Wehenmittel.

Große Zurückhaltung ist dagegen unbedingt beim Alkohol geboten. Nach den neuesten amerikanischen Untersuchungen steigt beim häufigen Alkoholgenuß die Gefahr einer Fehlgeburt.

Angesichts dieser Tatsache und der in den letzten Jahren bekanntgewordenen schweren Schäden, die der Alkohol beim Baby verursachen kann, sollten Frauen während ihrer Schwangerschaft auf Bier und Wein weitgehend und auf harte Getränke gänzlich verzichten. Sie sollten sich immer vor Augen halten, daß das Ungeborene alles, was die Mutter trinkt oder raucht, mittrinkt oder mitraucht, ohne dabei auf diese Genußgifte vorbereitet zu sein oder sie verarbeiten zu können. □

Das Ungeborene optimal ernähren, heißt sparsam sein mit Salz und Zucker, kein Alkohol und andere Gifte.

Drogen

Suchtprobleme während der Schwangerschaft

Margareta Eriksson, Rolf O. Zetterström

Der Konsum von Alkohol, Drogen und Tabak während der Schwangerschaft ist wahrscheinlich eine der Hauptursachen für Schädigungen des Fötus in der westlichen Welt. Wenn auch die schädigenden Wirkungen dieser Stoffe seit langem bekannt sind, haben sie während der letzten zehn Jahre erneut Interesse hervorgerufen.

Während des letzten Jahrzehnts wurden verschiedene umfangreiche Berichte – hauptsächlich aus den USA – über Opiumsucht und Schwangerschaft veröffentlicht. Alle Berichte bezeugen ein erhöhtes Auftreten von Komplikationen während Schwangerschaft und Geburt wie Toxikämie und Frühgeburten.

Schäden durch Opiate

Die erhöhte perinatale Mortalität kann hauptsächlich auf die Häufigkeit von Geburten mit sehr niedrigem Geburtsgewicht zurückgeführt werden.

Angeborene Mißbildungen treten nicht häufiger auf als bei der normalen Bevölkerung. Andererseits wird oft ein niedriges Geburtsgewicht als Folge von Wachstumsverzögerungen und Frühgeburten gefunden. Auch wurden häufig eine unterdurchschnittliche Körpergröße und ein kleiner Kopfumfang beschrieben.

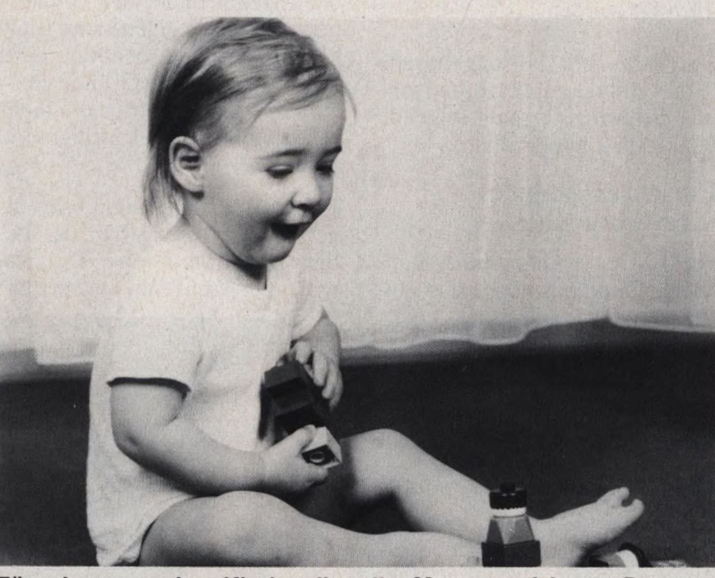
Die schweren Entzugssymptome bei Neugeborenen opiumsüchtiger Mütter sind allgemein bekannt. Dieses Syndrom, das verschiedene Symptome wie erhöhte Erregbarkeit, Tremor, Hypertonie und schrilles Schreien einschließen kann, wird bei 75 Prozent dieser Säuglinge beobachtet. Ein Drittel von ihnen wird später ernstere Symptome entwickeln, zum Beispiel Anfallsleiden, die bei 1 bis 5 Prozent opiumsüchtiger Mütter vorkommen. Schwere Symptome beim Kind sind die Folgen eines verminderten Kalziumspiegels im Blutserum, jedoch nicht von irgendwelchen Geburtskomplikationen.

Die Symptome treten normalerweise innerhalb von 72 Stunden nach der Geburt auf. In den letzten Jahren wurden jedoch auch häufig Entzugssymptome zwei bis vier Wochen nach der Geburt festgestellt.

Bei einem Entzug während der Schwangerschaft ergibt sich das Risiko einer fötalen Streß-Symptomatik. Die Behandlung der Mutter mit Methadon kann bis auf eine Dosis von unter 20 Milligramm herabgesetzt werden. Bei Kindern, deren Mütter mit Methadon behandelt wurden, zeigt sich häufig ein verspätetes Auftreten der Symptome. Es kann jedoch keine direkte Verbindung zwischen Polamidon-Menge und Schweregrad der Entzugssymptome nachgewiesen werden.

Schäden durch Amphetamine in der Schwangerschaft

Über den Langzeiteffekt auf das Kind ist bislang nur wenig bekannt. Während der ersten drei Lebensjahre ist zumeist eine Wachstumsverzögerung festzustellen. Auch wenn diese Kinder von Pflegeeltern aufgenommen werden, treten vermehrt Schlafstörungen, Hyperaktivität oder Konzentrationsmängel auf.



Für ein gesundes Kind sollte die Mutter auf harte Drogen, Mißbrauch von Alkohol und auf das Rauchen verzichten.

Bei einer Folgestudie von 22 Kindern im Alter von 5 bis 6 Jahren, die während der fötalen Periode Heroin ausgesetzt waren, wurde festgestellt, daß diese Kinder in ihrer Sozialentwicklung weit unter der Kontrollgruppe lagen.

Andererseits war bei Kindern, deren Mütter mit Polamidon behandelt wurden, im Alter von 2 bis 3 Jahren eine normale psycho-motorische Entwicklung zu erkennen.

Die Folgen des Mißbrauchs von Amphetaminen während der Schwangerschaft haben nicht so viel Interesse hervorgerufen wie die des Opiummißbrauchs. Bis jetzt wurden nur wenige Fälle bekannt.

Eigene Untersuchungen vor vier Jahren haben wir mit einer Studie bei 71 Kindern begonnen, die von 69 amphetaminabhängigen Müttern geboren wurden. Es wurde Material über einen Zeitraum von 19 Monaten gesammelt. Alle Mütter lebten in Stockholm oder in der näheren Umgebung.

Mehr Komplikationen während der Schwangerschaft und Geburt sowie häufigere Frühgeburten wurden im Vergleich zur normalen Population festgestellt. Besonders bedroht waren Kinder, deren Mütter den Drogenmißbrauch während der Schwangerschaft fortsetzten. Auch war die perinatale Mortalität bedeutend höher als in der allgemeinen Bevölkerung.

Mißbrauch von Amphetaminen während der ersten Schwangerschaftsmonate wird auch als Risikofaktor für Mißbildungen angesehen. Wir fanden bei 100 Kindern mit amphetaminsüchtigen Müttern 3 Kinder mit schweren Mißbildungen des Verdauungsapparates, ein Kind mit Mißbildung des zentralen Nervensystems und ein Kind mit einer Schädigung der großen Gefäße. Schwere Mißbildungen der Verdauungsorgane treten sehr viel häufiger auf als erwartet werden darf.

Einfluß appetitanregender Medikamente

Bei einer Studie von Müttern, denen während der Schwangerschaft appetitanregende Medikamente verschrieben wurden, konnten bei den Neugeborenen zumeist keine Mißbildungen festgestellt werden. Nur wenn die Mutter während der ersten 56 Tage der Schwangerschaft Amphetamine eingenommen hatte, traten häufiger Hasenscharten und Wolfsrachen auf.

Während der Neugeborenenperiode haben diese Kinder eine erhöhte Morbidität. Vielen von ihnen mußten nach der Geburt in pädiatrische Kliniken überwiesen werden, wenn die Überweisung auch oft auf Grund der Sucht der Mutter notwendig war.

Ernste Entzugssymptome wie zum Beispiel bei Neugeborenen opiumsüchtiger Mütter wurden nicht festgestellt. Unsere Studie zeigte als häufigstes Ergebnis eine gewisse Trägheit des Säuglings; aber auch diese war nur bei wenigen Kindern vorhanden.

Größe und Gewicht der Neugeborenen waren normal. Die körperliche wie auch die psychomotorische Entwicklung verliefen im ersten Lebensjahr regelgerecht. Einige Kinder, deren Mütter ständig Amphetamine genommen hatten, zeigten Anzeichen von Verhaltensstörungen. Ebenso wurden während der ersten drei bis vier Monate nach der Geburt passagere Verzögerungen in der psychomotorischen Entwicklung festgestellt.

Schäden durch Hypnotika

Diese Drogen werden oft in Verbindung mit Alkohol oder Amphetaminen eingenommen, so daß sich die schädigenden Auswirkungen kompensieren. Schädigungen durch Mißbildungen hervorgerufen durch Hypnotika und Sedativa wurden sowohl prospektiv als auch retrospektiv untersucht; sie führten allerdings zu widersprüchlichen Ergebnissen.

Bei prospektiven Studien von 19 044 lebendgeborenen Säuglingen wurde festgestellt, daß Meprobamate und Chlordiazepoide das Risiko größerer Mißbildungen 3:1 erhöhen, während Diazepam offensichtlich als häufige Ursache von Hasenscharten und Wolfsrachen angesehen werden kann. Eine Studie in den USA bei 50 282 Schwangerschaften sowie zwei weitere kleine prospektive Studien haben diese Erkenntnisse jedoch nicht bestätigt. Zumeist wurde ein normales Geburtsgewicht gefunden.

Bei 17 Prozent der Säuglinge, deren Mütter während der Schwangerschaft Barbiturate eingenommen hatten, traten Entzugserscheinungen ähnlich wie die der opiumsüchtigen Mütter auf. Die Symptome waren jedoch geringfügiger als bei Opiumsucht und erschienen auch meist zu einem späteren Zeitpunkt. Bei einigen Kindern traten auch Entzugssymptome wie Tremor, Hyperaktivität, Hypertonie und Tachypnoe (die einer Stoffwechselsteigerung entsprechend beschleunigte Atmung), wenn Diazepam, Glutethimide oder Pentazocine mißbraucht worden waren.

Hypnotika und Sedativa unter der Geburt

Das zunehmende Bewußtsein über die Gefahren einer Sucht während der Schwangerschaft für Mutter, Fötus und Säugling hat dazu geführt, daß verschiedene Behandlungsprogramme entwickelt wurden.

Die meist veröffentlichten Erkenntnisse beziehen sich auf alkohol- und heroinsüchtige Mütter. In diesen Programmen wurde vor allem Gewicht auf die psychosoziale Hilfe und auf eine gute pränatale Vorsorge gelegt. So war es möglich, Geburtskomplikationen wie auch die Anzahl der Kinder mit zu niedrigem Geburtsgewicht zu reduzieren.

Nach der Geburt ist eine weitere Hilfe für die Entwicklung der Kinder notwendig. Es muß auch daran erinnert werden, daß Kinder von süchtigen Eltern Mißhandlungen und Vernachlässigungen ausgesetzt sind und daß allgemein präventive Maßnahmen wichtig sind.

Bis jetzt ist wenig bekannt, welchen Einfluß eine Schwangerschaft auf eine süchtige Frau hat. Es gibt einige Hinweise darauf, daß eine schwangere Amphetamin- oder Heroinsüchtige fähig ist, ihre Sucht wenigstens während des letzten Trimenons aufzugeben. Nach der Geburt haben viele dieser Frauen gelobt, daß die Angst, die Vormundschaft über ihr Kind zu verlieren, ihnen geholfen hat, nüchtern zu bleiben. □

Vorsorge

Passiv-Raucher im Mutterleib

Werdende Mütter, die auf das Rauchen in der Schwangerschaft nicht verzichten können, beschwören für ihre Kinder ein großes Risiko herauf, das haben die neuesten wissenschaftlichen Studien ergeben. »Die Babys dieser Frauen sind bedauernswerte Passiv-Raucher im Mutterleib, denn sie können sich den für sie besonders gefährlichen Auswirkungen der Zigaretten nicht einmal entziehen«, betonen Experten.

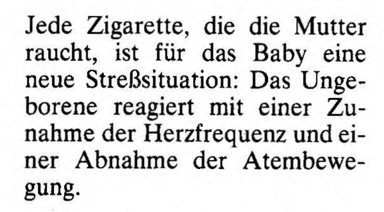
Eine Reihe von internationalen Untersuchungen haben für die Schwangere übereinstimmend folgende Risiken gefunden. Bei rauchenden Frauen kommen Fehlgeburten im ersten Schwangerschaftsdrittel fast doppelt so häufig vor wie bei Nichtraucherinnen.

Jede Zigarette ist fürs Baby Streß

Die zum Termin geborenen Kinder von Raucherinnen wiegen 150 bis 250 Gramm weniger als die Babys von Nichtraucherinnen, ein Zeichen dafür, daß ihr Wachstum während der Schwangerschaft durch eine Ernährungsstörung verzögert abgelaufen ist.

Die Nabelschnurgefäße von Raucherinnen sind häufig geschädigt und verformt. Dadurch leidet die Blutversorgung des Kindes.





Jede Zigarette, die die Mutter raucht, ist für das Baby eine neue Streßsituation: Das Ungeborene reagiert mit einer Zunahme der Herzfrequenz und einer Abnahme der Atembewegung.

Nach einer Untersuchung von 50 000 Schwangerschaften in den USA erhöht das Rauchen der Mutter auch die Gefahr von Mißbildungen: Raucherinnen hatten 1,72 Promille, Nichtraucherinnen 0,1 Promille mißgebildete Kinder.

Frauen, die während der Schwangerschaft mehr als zehn Zigaretten täglich rauchen, bringen doppelt so viele unterernährte Kinder zur Welt als Nichtraucherinnen.

Die Folgen des Rauchens können sich sogar bis ins Schulalter der Kinder auswirken: Eine Nachuntersuchung von 17 000 Kindern ergab, daß die Kinder von Müttern, die während der Schwangerschaft geraucht haben, sowohl im körperlichen Wachstum als auch in den schulischen Leistungen selbst noch im Alter zwischen sieben und elf Jahren hinter ihren Altersgenossen zurücklagen.

Rauchen beeinflußt den Samen

Eine über zwölf Jahre fortgesetzte Studie der Deutschen Forschungsgemeinschaft bei 14 774 Müttern hatte ein besonders verblüffendes Ergebnis: Selbst wenn nur die Väter rauchen – und die Mütter nicht –, wirkt sich das für die Babys ungünstig aus. Bei Kindern, deren Väter am Tag zehn und mehr Zigaretten rauchen, ist die perinatale Sterblichkeit deutlich erhöht – auch in Ehen, in denen die Frau nicht raucht.

Über die Ursachen sind sich die Wissenschaftler noch nicht ganz im klaren. Es wird vermutet, daß das Rauchen den Samen des Mannes direkt beeinflußt. Es ist bereits nachgewiesen worden, daß die Spermen starker Raucher in ihrer Beweglichkeit stark gestört sind und daß rauchende Männer häufiger ohne Nachkommen bleiben als Nichtraucher. Und noch etwas: Bei Kindern stark rauchender Väter kommen Mißbildungen doppelt so häufig vor wie sonst. □

Ernährung

Vitamin C vermindert Krebsrisiko

Die Lebensmitteltechnologie ermöglicht es heute, Lebensmittel über längere Zeit zu konservieren und zu lagern. Dies ist jedoch nur möglich unter Verwendung gewisser, vom Gesetzgeber anerkannter Zusatzstoffe. Immer werden jedoch gewisse Vorbehalte gegen derartige Zusatzstoffe laut, insbesondere, wenn diese zur Bildung von Nitrosaminen beitragen, denn Nitrosamine gelten als krebserzeugend. Vitamin C dagegen, das in der Lebensmittelverarbeitung eingesetzt wird, verhindert die Bildung von Nitrosaminen. Mit dieser neuentdeckten Rolle als »Schutzvitamin« nimmt daher das Vitamin C immer größere Bedeutung an.

Wenn man den Umweltexperten und Lebensmittelverarbeitern glauben soll, ist weder die Luft, die wir atmen, völlig harmlos, noch das Essen, das wir verzehren. Die Verunreinigung ist natürlich nicht unbedingt sichtbar. Oft lassen sich Schadstoffe in unserer Umgebung nur durch hochempfindliche wissenschaftliche Verfahren entdecken.

Zellmutationen durch Nitrosamine

Was die Luftverschmutzung angeht, sind die Gefahrenquellen zahlreich und von verschiedenster Art: Benzin- und Dieseldämpfe, Rauchemissionen, industrielle Abgase sind nur einige. Die Belastung von Lebensmitteln mit Fremdstoffen ist subtiler, besonders wenn chemische Veränderungen bei verarbeiteten Lebensmitteln, als Folge von Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Zusätzen oder zwischen einzelnen Zusätzen und den Lebensmitteln selbst, zugrunde liegen.

Eine Substanzklasse, die nun schon seit einigen Jahren die Aufmerksamkeit von Wissenschaftlern und Behörden verlangt, umfaßt Verbindungen, die bei der gegenseitigen Einwirkung zweier Substanzen, nämlich Nitriten und Aminen, entstehen.

Nitrite bilden sich normalerweise aus Nitraten (Salzen der Salpetersäure), sei es unter Einwirkung von Bakterien oder als Produkte von Reaktionen mit anderen Substanzen. Amine entstehen aus Nahrungsproteinen während des normalen Verdauungsvorganges. Nitrit und Amin können unter bestimmten Bedingungen Nitrosamine bilden. Durch Verabreichung von Nitrosaminen kann im Tierversuch leicht Krebs erzeugt werden. Möglicherweise verursachen sie auch Zellmutationen – mit anderen Worten, sie wirken verändernd auf Gene ein.

Blockierung durch Ascorbinsäure

Wie groß die Bedeutung der Nitrosamine als Verursacher von Krebs beim Menschen ist, weiß man noch nicht, doch liegen genügend Hinweise aus Untersuchungen vor, die vermehrt auf die Problematik und die Gefahren hinweisen und Wissenschaftler veranlassen, Mittel und Wege zur Verminderung dieser potentiellen Gefahren zu suchen.

Auch ist in Gegenden mit besonders hohem Nitratgehalt im Trinkwasser Magenkrebs häufiger als anderswo. Grund zur Besorgnis ist damit gegeben. Es ist praktisch unmöglich, die Substanzen, die zu Nitrit und Amin führen, aus unserem Leben zu verbannen, da sie in vielen Gebieten der Landwirtschaft und der modernen Lebensmittelverarbeitung unerläßlich sind.

Dagegen sind die Wissenschaftler auf der Suche nach Substanzen, die die Bildung von Nitrosaminen wirkungsvoll verhindern, sei es außerhalb oder, wenn die Vorstufen bereits mit der Nahrung eingenommen wurden, im menschlichen Körper. Eine Möglichkeit zur Verhinderung einer Nitrosaminbildung besteht in der Veränderung des Mediums, in welchem die beteiligten Verbindungen aufeinander einwirken. Eine der einfachsten, wirksamsten und billigsten Arten der Blockierung der Nitrosaminbildung ist die Verwendung von Ascorbinsäure (Vitamin C) oder eines der Derivate.

Ganz abgesehen von ihrer Bedeutung als Vitamin, spielt die Ascorbinsäure eine beträchtliche Rolle bei der Lebensmittelverarbeitung. Bei der Bierherstellung wird es zur Stabilisierung des Bieres verwendet, in der Backindustrie verbessert man die Backqualität des Mehls, bei der Herstellung von Fleischwaren und in der Getränkeindustrie wird Ascorbinsäure seit langem unter anderem zur Erhaltung von Farbe und Geschmack der Produkte eingesetzt.



Geräuchertes braucht Vitamin C um die Bildung von Nitrosaminen zu verhindern oder zumindest stark zu reduzieren.

In neuerer Zeit stellte sich heraus, daß Vitamin C, vor allem beim Pökeln und Räuchern von Fleisch, die Bildung von Nitrosaminen verhindert oder zumindest stark reduzieren kann. Bei gewissen Arten von geräuchertem Fleisch – Schinken zum Beispiel – sind die Voraussetzungen für die Nitrosaminbildung hauptsächlich während des Kochens gegeben: Beim Braten oder Grillen von Schinken können Nitrosamine entstehen, die zum größten Teil (etwa 70 Prozent) mit dem gebildeten Dampf flüchtig sind. Fügt man Ascorbinsäure dazu, wird die Nitrosaminerzeugung während des Grillens fast vollständig verhindert.

Gefahren in der Kosmetik

Doch nicht nur der Fleischverarbeitung gilt das Augenmerk. Auch Kosmetikartikel werden neuerdings genau untersucht. Emulsionen, die für die eine oder andere Art als Hautcreme verwendet werden, können unter bestimmten Voraussetzungen Nitrosamine enthalten.

Auch Autoabgase und Zigarettenrauch, die die Atmosphäre belasten, wobei Nitrit auftritt, wirken auf Emulsionsmittel ein, und Nitrosamine können gebildet werden, weshalb Kosmetikhersteller in zunehmendem Maße durch Behörden veranlaßt werden, intensiv nach Methoden zu suchen, dieses Gefahrenmoment auszuschalten oder zumindest erheblich zu reduzieren. Auch hier haben sich Ascorbinsäure und ihre Derivate als sehr nützlich erwiesen.

Wie verhält es sich nun aber mit Nitrosaminen, die sich erst in unserem Körper bilden, da die erzeugenden Verbindungen unvermeidlich mit der Nahrung aufgenommen werden?

In dieser Hinsicht stehen wir auf weniger sicherem Boden, obwohl aus Versuchen der Nachweis erbracht ist, daß eine Nitrosaminbildung nicht nur im Tierkörper vorkommt, sondern auch aufgrund begrenzter Untersuchungen an freiwilligen Versuchspersonen manches darauf hinweist, daß sie auch beim Menschen stattfinden kann. Auch in diesen Fällen ist Ascorbinsäure eine wirkungsvolle Substanz und verhindert die Nitrosaminbildung. □

Naturheilkunde

Gesund schlafen ohne Tabletten

Alfred Vogel

Wer dem überanstrengten Geist und dem belasteten Körper wieder zu natürlichem Schlaf verhelfen will, braucht Disziplin und Geduld. Die Behandlung muß streng eingehalten werden, wenn sie zum Erfolg führen soll.

Erste Voraussetzung ist: Das Abendbrot früh ansetzen. Es darf den Körper nicht belasten, sondern muß möglichst leicht sein. Das heißt: Die letzte Mahlzeit des Tages soll wenig Eiweiß, dafür aber viel Fruchtzucker enthalten. Empfehlenswert sind ein Fruchtsalat oder ein Vollwertmüsli. Dazu kann man etwas Vollkorn- oder Knäckebrot essen. Als beruhigendes Getränk dient Melissentee mit 20 Tropfen Hafertinktur, leicht mit Honig gesüßt.

Richtig essen entlastet den Körper

Nach dieser leichten Kost folgt ein Spaziergang abseits von Lärm und Abgasen, möglichst im Wald, in einem Park oder am Seeufer. Spätestens um 21 Uhr begibt man sich zur Ruhe, und zwar nachdem man den Körper mit Hopfentee gewaschen hat, was beruhigend wirkt. Ein paar Tage später nimmt man statt dessen ein mildes Kräutervollbad, das angenehm warm, aber nicht heiß sein sollte. Der Kräuterabsud für das Bad setzt sich je zur Hälfte aus Melissen- und Hopfentee zusammen. Durch Nachgießen von warmem Wasser verhindert man ein Abkühlen des Bades, das etwa 20 Minuten dauern sollte. Inzwischen wurde das Schlafzimmer gut durchlüftet, und man kann sich zu Bett begeben.

Sollte sich der Schlaf nicht einstellen, jagen sich die Gedanken wie bisher, so sollte man ihnen nicht nachhängen, sondern versuchen, auf bejahende Vorstellungen umzuschalten. Gelingt auch dies nicht, was anfangs durchaus möglich sein kann, so greift man zu einem erbauenden Lesestoff – die Psalmen eignen sich vorzüglich dazu. Sie erfüllen den gestreßten Geist mit Zuversicht, und sogar jener, der sie nicht kennt, wird sich ihrer wohltuenden Wirkung nicht entziehen können.

Auf jeden Fall sollte man am nächsten Morgen frühzeitig aufstehen – etwa um 6 oder 7 Uhr. Nach einer warmen Dusche massiert man den Körper im täglichen Wechsel mit echtem Johannisöl und Symphytum-officinalis Urtinktur. Entgiftend wirken morgens und abends 20 Tropfen Echinaforce in Hagebuttentee und täglich 4–6 Tabletten Urticalcin. Zweimal in der Woche kommen noch 5 Tropfen Lachesis D_{10} hinzu. Nach zwei oder drei Wochen mag der Körper so weit entgiftet sein, daß sich die ersten Schlafstunden einstellen.

In der Krise kommt es auf jeden Freund an

Auf diese einfache, natürliche Weise wird sich der Körper ohne starke Medikamente und ohne Psychopharmaka langsam zurechtfinden. Da man sich monate-, vielleicht sogar jahrelang gegen dessen gerechte Forderungen vergangen hat, braucht er jetzt einige Wochen Geduld und Ausharren, damit er sich entgiften kann.

Oft stehen einem Erkrankten noch mehr versteckte Kräfte zur Verfügung, als er für möglich hält. Ärztliche Helfer, Angehörige und Freunde sollten dem Patienten beistehen, damit er die Behandlung durchhält. Ist nämlich der Wille des Kranken zur Lebensumstellung nicht stark genug, um sich zu behaupten, dann haben auch die besten Heilmittel nicht den erwarteten Erfolg. Wird aber der Patient von seiner Umgebung zu einer zuversichtlichen Einstellung ermutigt, dann werden seine eigenen Abwehrkräfte mobilisiert.

In der Natur braucht alles seine Zeit

Dieser Vorgang erfordert Geduld und Zeit – aber das Beispiel der Agrarchemie zeigt, daß auch der von Chemikalien verseuchte Boden seine Zeit braucht, um sich zu erholen. Die sorgfältigste Umkehr zu biologischen Anbaumethoden braucht Geduld und nochmals Geduld, wenn es darum geht, den Boden gründlich zu entgiften. □

Baubiologie

Wünschelrute und Wissenschaft

Werner Kaufmann

In beiden Weltkriegen und danach sind Wünschelruten von den Streifkräften im Fronteinsatz benutzt worden. Auch bei der Blindgängersuche auf Baugelände werden heute noch Wünschelruten zur letzten Feinuntersuchung eingesetzt. Im Mittelalter wußte man schon, daß es erdmagnetische Kraftlinien gibt, und man hat diese quadratisch Ost-West, Nord-Süd ausgeflockt, um nicht auf sie hereinzufallen. Man hat damals auch sehr genau die Metallinsen in der Erde gemutet und abgebaut.

Das Rutengehen ist und bleibt eine Kunst. Sie muß gelernt sein, sie muß gekonnt sein, und sie muß mit einer gewissen Vorsicht den Reaktionen gegenüber ausgeführt werden. Dann führt sie auch zu den entsprechenden Ergebnissen.

Die Wirbelung von Wasser

Mir ist das Rutenproblem seinerzeit im Kempten bei einem intuitiv ausgeführten Versuch sehr klargeworden. Ich bat einen bekannten deutschen Rutengänger, sich mit angespannter Rute vor einen Kohlebadeofen zu stellen, der nicht in Betrieb war. Ich drehte den Hahn warm auf. In diesem Fall tritt kaltes, im Druck reduziertes Wasser unten in den Badeboiler ein, damit beim Betrieb das warme Wasser oben abläuft. Die Tatsache der Wirbelbildung in diesem kalten Badeofen veranlaßte nun den Rutengänger zu einem enormen Ausschlag.

Und hier war für mich zum ersten Mal der Hinweis, daß die Wirbelung von Wasser in geschlossenen Systemen ursächlich für den Rutenausschlag sein muß, und daß selbstverständlich auch alle anderen Stoffe, wie Gase oder Metalle, spezifische kernmagnetische Schwingungen abstrahlen, die bei der entsprechenden geistigen Einstellung und Erfahrung zu einer Lokalisation und zu einem Rutenausschlag führen.



»Alles aus dem Wasser entsprungen, alles wird durch Wasser erhalten.«

Das heißt nicht etwa, daß die Erde und der Kosmos an diesem Vorgang nicht beteiligt sind. So wie bei jedem Elektronen-Spin, bei jeder Braun'schen Molekularbewegung sicher Kräfte des Kosmos und der Erde beteiligt sind, so ist hier wahrscheinlich, daß in dieses ganze wirbelnde System Energieformen von beiden Seiten einwirken und mitwirken können.

Wir wissen, daß die Wünschelrute elektrische, magnetische, elektrostatische, elektromagnetische Effekte genau differenzieren kann, ebenso stehende Wellen und die Ausstrahlung gewisser Formkörper.

Als Sanitätsrat Schreiber aus Schöneck seinerzeit am Berliner Schlachthof an Tieren den Ort mit der Wünschelrute bestimmte, an dem sich organische Befunde später am Körper feststellen ließen, die nachher bei den geschlachteten Tieren bestätigt wurden, interessierte sich auch Professor Bier für dieses System. Er fuhr mit Sanitätsrat Schreiber zu Professor Fürth nach Prag und dort wurden dann im physikalischen Institut entsprechende Versuche gemacht, indem man unter den Teppich elektrische Leitungen legte, die vom Nebenzimmer aus unter Strom gesetzt und abgeschaltet wurden.

Sanitätsrat Schreiber konnte genau angeben, ob die Leitungen unter Strom standen oder nicht. Da sich um elektrische Leitungen Magnetfelder und auch elektromagnetische Indukationsfelder aufbauen, ist es verständlich, daß man auch diese jederzeit mit der Wünschelrute feststellen kann.

Magnetische Anomalien am menschlichen Körper

Für die Biophysik ist es nun interessant, daß Ladungsstörungen im Körper sehr häufig magnetische Komponenten freisetzen, die von außen erfaßbar sind. Bei der biophysikalischen Tagung in Tokio ist seinerzeit demonstriert worden, daß ein Abstrich von einem Tausendstel Milligramm Materie an einer Quarzfeder aufgehängt, im magnetischen Feld abgelenkt, Krebsgewebe ist. Magnetische Anomalien am menschlichen Körper lassen sich mit der Wünschelrute direkt erfassen, ohne daß dabei eine Diagnose stattfindet, sondern lediglich eine Lokalisation.

Als ich mich vor 15 Jahren mit Professor Knoll vom Institut für Elektronik an der Technischen Universität München unterhielt, ob man diese Gashülle um den Körper nicht als »Plasma« bezeichnen könnte, sagte er mir wortwörtlich: »Damit sind Sie Ihrer Zeit um mindestens 20 Jahre voraus. Wir sind noch nicht so weit.«

Wenn man jetzt das Buch »Psi« aufschlägt, dann findet man, daß die Russen diese Gashülle »Bio-Plasma« nennen. Selbstverständlich kann man dieses »Bio-Plasma« heute durch Hochfrequenz unter dem Tesla-Transformator in einer Übererregung bringen und dann mit einem mit Aktiniumgas gefüllten Rohr um dieses Plasma herumfahren und seine Begrenzung feststellen. Auf diese Art und Weise diagnostizierte vor etwa 40 Jahren Zeileis, heute aber auch andere Systeme die Feldverformung zum Hinweis und zur Lokalisation für biologische Störungen im System.

Der Sauerstoff der Luft ist zweiwertig und die Elektronen laufen um beide Atomkerne im gleichen Sinn. Dadurch ist der Sauerstoff paramagnetisch und kann sich im luftmagnetischen Feld ausrichten und richtet sich auch im biomagnetischen Feld aus. Greifen wir nun durch statische Aufladungen oder durch Wechselstromfelder in dieses orientierte Plasma um den lebenden Körper ein – und etwas Ähnliches geschieht, wenn wir die Störzonen überschreiten –, dann treten natürlich im Körper Reaktionen auf.

Kunststoffe in Körpernähe

Aber auch viele Umstände unserer technischen Umwelt wirken heute auf das biologische System dadurch ein, daß sie das Plasma des Körpers verformen oder depolarisieren. Die Polarisation des lebenden Systems von Hand zu Hand und von Fuß zu Fuß, wird ja beim EKG zur Darstellung der Herzfunktionen benutzt.

Wir wissen aber auf der anderen Seite, daß diese Polarität durch technische Umwelteinflüsse sehr leicht gestört werden kann, und diese Störung der Polarität ist ein hochinteressantes Phänomen zur Kontrolle und zur Lokalisation uns noch unbekannter Umwelteinflüsse. Auch ist bekannt, daß durch Kunststoffe in Körpernähe Depolarisationen am Körper entstehen, die sich dadurch bemerkbar machen, daß gewisse Frequenzen der Berger'schen Wellen, also der Gehirnwellen, ausfallen oder daß die Reaktionszeiten, die sogenannte Schrecksekunde oder persönliche Gleichung sich verlängern und dann zu Unfällen führen.

Diese Depolarisation am menschlichen Körper ist nicht nur sehr leicht und schnell mit der Rute feststellbar, sondern wir haben sie auch physikalisch gemessen. Professor Kleinwächter in Lörrach hat uns ein für die Raketenforschung entwickeltes

Ladungsvergleichsgerät zur Verfügung gestellt, das durch seine sehr hohe Empfindlichkeit uns in die Lage versetzt, die schwachen Ladungen auf den Extremitäten auch dann noch zu messen, wenn durch Fernsehgeräte, geobiologische Störzonen und physikalische Einflüsse diese Ladungen gestört wurden. Wir waren hierdurch zum ersten Mal in der Lage, nicht nur die Polarität physikalisch reproduzierbar darzustellen, sondern auch Entstörgeräte und Entstörwirkungen genauestens zu überprüfen und zu verifizieren.

Schon immer hat die Schulmedizin herzkranken Frauen das Stricken verboten. Durch Beobachtungen in letzter Zeit sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß das noch nicht allgemein genügend bekannt ist. So erfuhr ich kürzlich von einem Fall, daß eine Dame in einem Sanatorium sich einen ganzen Anzug gestrickt hatte und dabei zweimal kollapierte. Bereits vor zwei Generationen haben Rutengänger ihre Nachkommen darauf hingewiesen, daß man vor dem Rutengehen Weißdorn nehmen soll, also ein Herzstützungspräparat, daß man nicht länger als 15 bis 20 Minuten mit der Rute gehen und dann eine Pause machen soll. Wichtig für die moderne Zeit ist, daß auch beim Autofahren in krampfhafter Haltung und mit beiden Händen am Steuer das Herz sehr stark belastet wird, das Autosteuer wirkt dann wie eine Wünschelrute und führt zu Herzrhythmus-Störungen.

Wasseradern und Herzrhythmus-Störungen

Mancher Herzinfarkt ist darauf zurückzuführen, daß dieses Bio-Plasma aus der Umgebung desorientiert oder entladen wird. Abgesehen von unseren alten Rutengängern, die das manchmal nicht hören und nicht daraus lernen wollen, finden wir das gleiche Phänomen auch heute in der modernen Umwelt. Zum Beispiel bei Zahnärzten, die unter großen Leuchtstoffröhren stehend, mit Kunststoff bekleidet, statisch aufgeladen sind, mit geerdeten Instrumenten oder mit Edelstahlinstrumenten arbeiten, die ebenfalls depolarisierend auf den Körper einwirken, erleben wir sehr häufig um die vierziger Lebensjahre schon die ersten Schwierigkeiten mit ihren Herzfunktionen.

Jetzt wird es auch verständlich, warum über Wasseradern dann sehr häufig Herzrhythmus-Störungen beobachtet werden, wie wir sie seinerseit mit dem Chefarzt Dr. Beck bei Rutengängern und bei anderen Menschen im Kinderkrankenhaus in Bayreuth demonstriert und im EKG mitgeschrieben haben.

Wir müssen uns nur vorstellen, daß durch die Protonenresonanz der Wasserführung bei der Kontraktion des Herzmuskels eine zusätzliche Verkrampfung eintritt, ähnlich wie sie uns gelegentlich passiert, wenn wir das Bein ausstrecken und dann einen Krampf ins Bein bekommen, oder wie es die Medizin kennt bei der Eklampsie, daß bei gewissen Wetterlagen die gebärende Frau bei ihren Preßwehen zusätzliche Verkrampfungen bekommt, die sogar tödlich wirken können. So tritt also hier, wenn der Mensch sich ins Bett legt und eine Wasserader läuft unter dem Bett durch, eine zusätzliche Induktion auf den Herzmuskel auf, die sogar in den normalen Herzrhythmus störend eingreift, und daraus entstehen diese harten Schläge des Herzens und die meßbaren Extrasystolen.

Die durch die Wasseradern abgebremste Strahlung aus der Erde ionisiert den Luftraum darüber. Es treten aber dann auch noch biologische Effekte auf, die sehr interessant sind. Die Ladung, die im Körper steckenbleibt, löscht Ladung, die dort Feuchtigkeit bindet. Die Feuchtigkeit wird frei und kann entweichen. So ist es zu erklären, daß an solchen Stellen Bandscheiben schrumpfen. Wenn wir die Menschen von diesen Störzonen herunternehmen, kann die Bandscheibe sich wieder aufladen und aufquellen, weil es dem Körper gelingt, die Ladung wieder in die Zelle zu bringen, die ursprünglich das Zellwasser gebunden hat.

Man sprach in der Physiologie schon vor 30 Jahren vom Zellturgor, vom Zelldruck, von der Elektrizität in der Zelle. An den Universitäten Prag und in München ist daran gearbeitet worden, ohne daß man die wahre Bedeutung dieser Pionierarbeit bis heute erkannt und anerkannt hat.

Der Mensch und die Störzonen

Noch etwas spielt bei dem Ladungsaustausch Boden – Luft eine Rolle. In der Anamnese erfahren wir häufig von den Menschen, daß sie im Bett nicht warm werden. Sie haben das Gefühl »es zieht« unter der Bettdecke. Fenster und Türen aber sind zu. Niemand wagt, diesen Vorgang seinen Angehörigen zu schildern, weil er befürchten muß, dann für nicht ganz normal gehalten zu werden. In Wirklichkeit spielt sich dort ein physikalisch sehr interessanter Vorgang ab. Elektrizität aus einem guten Leiter in einen schlechten Leiter eintretend erzeugt Wärme. Darauf beruht die ganze Erzeugung der Elektrowärme. Elektrizität aus einem schlechten Leiter in einen guten Leiter eintretend erzeugt Kälte, der sogenannte Peltiereffekt.

Nun ist die Luft ein schlechter Leiter. Wenn die Ladung also abgebremst aus der Erde kommt, geht sie durch die Luft und trifft dann auf den menschlichen Körper, der im Verhältnis zur Luft ein besserer Leiter ist und hierbei entstehen elektrische Abkühlungseffekte. Der Mensch hat dann das Gefühl, er wird angeblasen von einem kalten Luftzug, und es liegt hierin tatsächlich die Erklärung dafür, daß man im eigenen Bett sein Rheuma bekommen kann. Auch die Rückenschmerzen finden hier ihre ursächliche Erklärung.

In der Physiologie ist der Vorgang noch nirgendwo erkannt und veröffentlicht. Er stammt aus meinem eigenen Forschungsbereich. Auch der Austrocknungsvorgang, den ich eben bei der Bandscheibe geschildert hatte, ist in der offiziellen Physiologie noch nicht bekannt. Als ich ihn vorgetragen habe, wurde er in Zweifel gezogen. Eine Bandscheibe besteht aus Eiweiß, Wasser und Ladung, ist also praktisch ein Gel. Dieses Gel kann natürlich durch elektrische Ladungsstörungen austrocknen und drückt dann auf die Nervenausgänge.

Wenn wir die Menschen von den Störzonen herunternehmen, kann dieses Gel durch Aufladung wieder aufquellen. Dann

Baubiologie

Wünschelrute und Wissenschaft

sind der Druck auf den Nerv und der Schmerz weg. Diese Vorgänge haben wir in Röntgenaufnahmen kontrolliert und haben uns auf diese Röntgenaufnahmen bezogen. Die Richtigkeit unserer Röntgenaufnahmen, die nicht von uns, sondern von Fachleuten gemacht waren, wurden bestritten.

Als wir diesen Vorgang unserem befreundeten Wiener Professor für Embryologie vortrugen, bekamen wir den Kommentar: »Wie können Sie erwarten, daß man Sie versteht? Sogar die Elastizität der Bandscheibe hängt von der Ladung ab.«

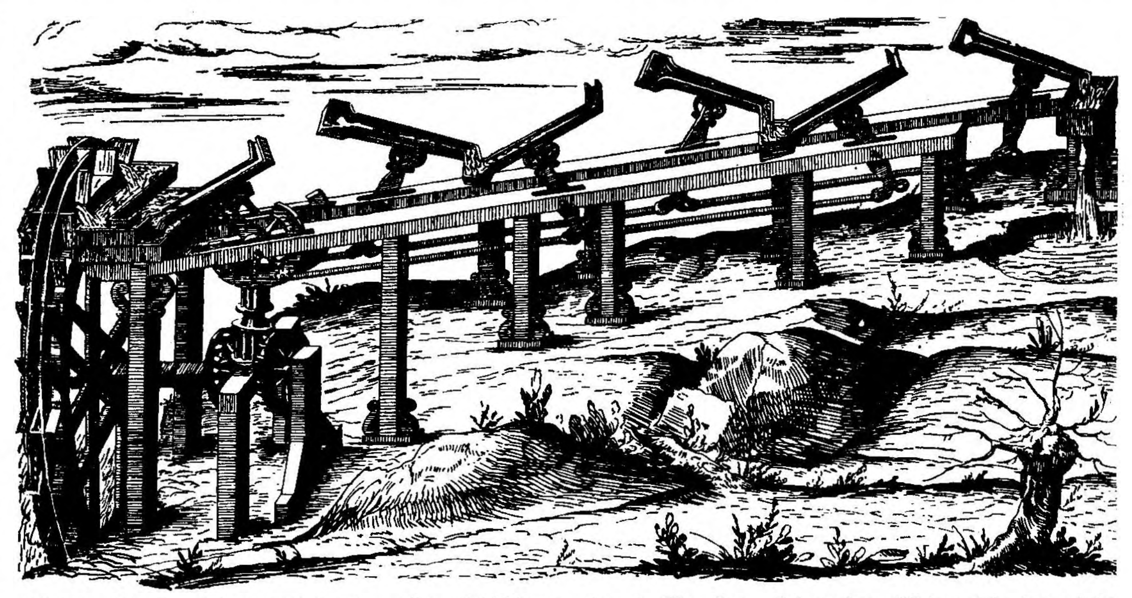
Biologische Vorgänge sind elektrische Vorgänge

Es ist schön, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse von offizieller Seite nicht nur bestritten, sondern auch anerkannt werden. Nun muß man dazu allerdings wissen, daß Professor Pichinger schon seinerzeit in der Gruppe Keller, Fürth, Gikkelhorn in Prag sehr frühzeitig an dem Problem »Elektrizität in der Zelle« gearbeitet hat, und daß die ganze Wiener Gruppe um Pichinger heute noch keine physiologischen Versuche startet, ohne gleichzeitig im großen Bendorf das Wettergeschehen korrelativ mitzubeobachten. Dadurch bekommt man dann sehr klare Ergebnisse, weil man die Wetterlage ja berücksichtigt, die bei dem Vorgang eine Rolle gespielt hat. Durch die Forschungen von Dr. Petschke, Dr. Hartmann und Dr. Aschoff wissen wir, daß die Blutsenkung mit der Wetterlage und auch mit den Störzonen zusammenhängt.

Aber auch im physikalischen Bereich werden Verbrennungsvorgänge durch diesen Ladungsaustritt aus der Erde gestört.

Wir verdanken ein Teil dieser Erkenntnis den Arbeiten von Carl. A. Piacenza und Frau Dr. Heinlein in Wien. Diese haben seinerzeit Verbrennungsvorgänge in Bäckereien und Ziegeleien studiert und dabei festgestellt, daß tatsächlich über diesen Stellen Verbrennungsvorgänge so stark gestört werden, daß man fast ein Drittel mehr Kohle gebraucht hat und trotzdem nicht die Hitze erzeugt wurde, die notwendig war.

Man kennt das Phänomen von Gießereien und Glashütten, wo dann Ausschuß entsteht. Ich kann von Versuchsschmelzen in optischen Werken berichten, die ich untersucht habe. Was geschieht dort? Wenn eine Flamme brennt, wird die Luft so ionisiert in positive und negative Ladungsträger. Dort, wo diese zusammenkommen, entsteht die Wärme. Anders kann man mit Verbrennung gar keine Wärme erzeugen. Wenn jetzt ein Teil dieser Ladung durch Fremdladung neutralisiert wird, kann er oben keine Wärme mehr erzeugen. Diesen Vorgang kann man mit Entstörmitteln sogar in den Griff bekommen, obwohl man es gar nicht erwartet hat.



Wasser finden ist immer noch eine Kunst, die mit Geheimnissen umgeben ist.

Alle biologischen Vorgänge im Körper sind elektrische Vorgänge. Wenn man das Werk von Professor Walter liest, dann ist es verständlich, warum man den Rutengängern zum Vorwurf gemacht hat, sie erklärten alle Krankheiten vom Kopfschmerz bis zum Rheumatismus, mit Störzonen. Ganz so schlimm ist es nicht.

Aber da alle Lebensvorgänge elektrisch sind, da sogar die Kolibakterien eine Wellenlänge von drei Zentimeter haben, und ultraviolette Strahlung auf der Haut aus Provitamin Vitamin D bildet, ist die Strahlung und die Schwingung um den menschlichen Körper von unerhöhter Bedeutung. Es passieren die tollsten Pannen. Junge Mütter, die heute ihre Kinder mit Fertignahrung großziehen und mit viel Seife dauernd waschen, erzeugen einen Vitaminmangel, weil sie den Kindern das Provitamin von der Haut abwaschen und sich dann natürlich kein Vitamin D bilden kann.

Denken setzt Sauerstoff voraus

Wir sprechen heute in der Medizin und der modernen Physiologie nicht mehr von Atmung, sondern wir sprechen von Elektronenaustausch. Nun wird jedem klar, warum die Sauerstoffversorgung, die Wärmeregulierung, die pH-Werte, das heißt der Elektrolythaushalt, in den einzelnen lebenden Systemen unerhört stark von der Umwelt, von der Umweltschwingung, von der abgebremsten Strahlung auf der Erde, von der ionisierten Luft gestört wird. Wir fühlen uns am wohlsten, wenn wir gemischt geladene Luft haben. Wir fühlen uns etwas wohler, wenn es zum Beispiel geregnet hat und die Luft durch den Regen stärker negativ aufgeladen ist. Die Menschen fühlen sich freier als bei mancher Hochnebellage oder an manchem heißen Sommertag mit relativ hoher Luftfeuchtigkeit.

Über den Wasseradern ist die Luft zum Teil unipolar geladen. Es läßt sich im Experiment nachweisen. Man stellte früher ein Krankenlicht ans Bett. Das empfand der Kranke als Erleichterung. Man kann Menschen auf Störzonen oder vor das Fernsehgerät stellen. Man kann feststellen, daß sie biologisch elektrisch gestört sind, und wir stellen eine brennende Kerze vor das Fernsehgerät, oder in die Nähe der Nase des Menschen, in dem Moment ist er normal polarisiert, das heißt in dem Moment, wo er gemischt-geladene Luft einatmet, fühlt er sich wohl. Und in dem Moment, wo er unipolar geladene Luft bekommt, fühlt er sich nicht so wohl.

Wir haben jetzt gerade in Gießen erlebt, daß eine Druckerei in ein neues Gebäude eingezogen ist, in dem Luftfeuchtigkeit und Temperatur klimatisiert sind für einen Computer, der sonst nicht arbeitet. Aber die Menschen fühlen sich dort nicht wohl. Nun, was ist passiert?

Jeder Lichtstrahl, der auf Glas trifft, jedes Lichtquant schlägt Elektronen aus dem Glas, jede kosmische und jede terristische Strahlung, die auf Baumaterial trifft, schlägt aus dem Baumaterial Strahlung heraus. Wenn wir jetzt in solchen Räumen keine Naturluft von draußen bekommen, sondern Luft immer nur umpumpen, filtern, waschen und wieder durch Metallrohre pusten, dann haben wir keine lebende Luft, sondern wir haben zwar Luft mit Sauerstoff, befeuchtet und gewaschen, aber diese kommt nun verladen in einen Raum, der ebenfalls verladen ist, nämlich durch Kunststoff. Dann entmischt sich die Luft. Man nennt das den Elektrodeneffekt. Die positive Luft

zieht die negative an, die negative zieht wieder positive an, und so entsteht eine Schichtung entmischter Luft.

Es gibt zwei große deutsche Konzerne, wo mir verbindlich gesagt wurde, wenn die führenden Herren konstruktiv denken wollen, gehen sie aus dem Großraumbüro heraus in ihre alten Häuser, die sie beibehalten haben. Denken setzt Sauerstoff voraus und eine ungestörte Umwelt. Das ist natürlich von der Schulausbildung über das Studium bis zum Großraumbüro, auch bis zur Zahnarztpraxis von großer Bedeutung.

Auf der Universität nichts davon gehört

Man hat es manchmal außerordentlich schwer, bei Menschen, die keine biophysikalische Ausbildung haben, sich überhaupt verständlich zu machen. Man muß immer wieder dasselbe sagen, es steht nirgendwo gedruckt. Der Rundfunk, das Fernsehen, die Presse haben nicht davon berichtet. In Universitäten passiert es, daß Studenten sagen: »Auf der Universität haben wir nie etwas davon gehört.«

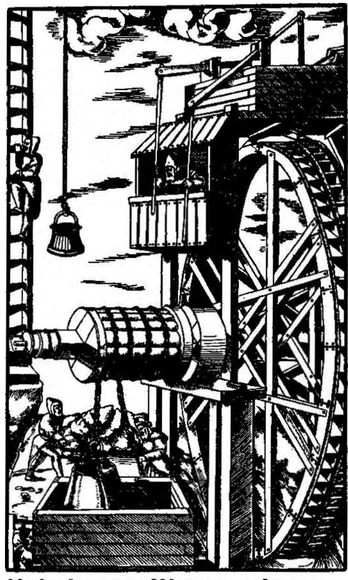
Wir wissen in den Gashüllen unserer Planeten besser Bescheid als im Sauerstoffhaushalt und im Trinkwasserhaushalt des Menschen und der Erde. Wenn wir an dieser Stelle kurz ein heißes Eisen anfassen, dann bitten wir um Nachsicht, aber es muß einmal gesagt werden, weil es auch verschiedene Menschen rehabilitieren kann. Es gibt aber auch Einblick in meine private Forschung.

Wenn ein Mann vor dem Haus sein Auto wegfährt und ein Kind hört auf zu husten oder ein anderer Mensch im Bett rotiert, weil der Mülleimer auf einem Platz vor seinem Schlafzimmerfenster steht, dann können wir verstehen, wenn einige Menschen sagen: »Die spinnen.«

Wenn sie von Hochfrequenz nichts verstehen, können wir es ihnen nicht übel nehmen. Die wissen zwar genau, wenn ein Güterzug vorbeifährt, gibt es im Fernsehen Geisterbilder, und wenn ein Gaskessel in der Nähe ist, werden die hochfrequenten Wellen verschieden stark und verschieden schnell reflektiert, und es gibt wieder Geisterbilder. Und wenn die Antenne im Sturm wackelt, gibt es ebenfalls Geisterbilder.

Also bitte, verstehen wir doch folgendes Phänomen: Wir können die Wasserader nicht zum Verschwinden bringen, wir können die Erdstrahlung und die kosmische Strahlung nicht abbremsen und abschirmen. Wir können nur in schwingende Systeme eingreifen. Und da ist der Mensch das Maß der Dinge. Wenn der Mensch dann normal polarisiert ist Kopf – Fuß, Hand – Hand, damit sein Dipol Herz auch richtig schwingt, dann können wir sagen, wir haben etwas gebessert.

Geben dann die Kühe mehr Milch, steigt der Fettgehalt, die Kälber sterben nicht mehr und die Kühe verkalben nicht mehr, oder die Kopfschmerzen der Hausfrau verschwinden, dann haben wir einen biologischen Nachweis, daß wir hier etwas gebessert haben.



Unbekannte Wasseradern gefährden die Gesundheit und tragen zum Krebsrisiko bei.

Aber unsere moderne technische Umwelt bringt uns tagtäglich durch Transformatorenstationen, Öltanks im Keller, Ölheizungssysteme, die vibrieren, Umspannwerke, Hochspannungsleitungen, Richtstrahler, so viel Unruhe in unsere Welt, daß überall bei Bahn und Post und Überlandwerk biologisch ausgebildete Menschen sitzen müßten, mit denen man sprechen kann. Aber die gibt es nicht. Und wenn wirklich einmal jemand vorhanden ist, der interessiert ist, dann bekommt er keinen Etat. Dann kann er sich nicht damit beschäftigen, weil für den Zweck kein Geld da ist.

Die Fehler beim Bauen

Und jetzt kommen wir auf das philosophische Problem dieser Rutengänger. Alle diese Männer wollen helfen, alle diese Männer wollen etwas tun. Sie haben es alle nicht zu großen Reichtümer gebracht.

Wir haben in Essen ein Haus von der Bundespost mit sechs Familien. Alle sechs Frauen sind an Krebs operiert, alle sechs Männer, die tagsüber zum Dienst gehen, sind gesund. In anderen Häusern starben zwölf Menschen an Krebs. Wenn uns an der Forschung und an der Vorbeugung nichts mehr gelegen ist, dann sind wir frustriert. Frustra heißt vergebens.

Und frustriert nennt man, wenn ein Mensch arbeitet und Geist aufwendet, und er bekommt nicht nur kein Geld, sondern er wird noch lächerlich gemacht. Dadurch, daß wir weltweit Freunde haben, kommen wir zu mancher Erkenntnis, zu mancher bitteren Erkenntnis, die wir keinem vorenthalten wollen. Beim Krebskongreß in Tokio waren Freunde von uns, und eine Japanerin, deren Vater 17 Jahre Professor in Berlin war, hat dort gedolmetscht. Als wir uns mit der Dame hier in Deutschland unterhalten haben über unsere Krebsforschung, sagte sie: »Ach wissen Sie, ich glaube, es leben mehr Leute vom Krebs als daran sterben«.

Tatsache ist, wir haben Meßwagen in Bonn stehen, wir haben Wissenschaftler, die ausgebildet sind. Wir wissen genau, wo man anfangen müßte mit diesen Dingen. Es gibt ein Institut für Umweltforschung der Technik und des Menschen von Professor Weizsäcker am Starnberger See. Diesem Institut hat man einen auf 1,5 Millionen DM begrenzten Etat gegeben. Das ist zu wenig, weil man mit 1,5 Millionen DM kein Institut betreiben kann.

Man weiß, daß die Russen auf diesem Gebiet arbeiten. England hat eine staatliche Gesundheitspflege mit einer vorbildlichen Statistik. Es gibt einen Atlas über die Todesursachen in England, in dem man ohne weiteres die Korrelation zwischen dem geophysikalischen Bild der Landschaft und der Sterblichkeitsverteilung an Krebs, Zukker, Tuberkulose und an Kindersterblichkeit feststellen kann.

Der Forschung muß geholfen werden. Es ist schwierig, weil spezielle materielle Interessen sich dagegen sträuben und man auf Unverständnis stößt. Es werden aber immer wieder sehr viele Fehler begangen, die verhindert werden könnten.

Als vor 15 Jahren die Baubiologen warnend ihre Stimme erhoben haben über Fehler beim Bauen, mußten wir manches Lächeln einstecken, und beste Freunde und allernächste Verwandte haben uns wie Außenseiter der Wissenschaft angesehen.

Heute erleben wir die Katastrophe. Heute bekommen wir Briefe von Menschen, die zum Beispiel in Altersheime kommen und uns schreiben, bereits in der ersten Nacht hätten sie Gleichgewichtsstörungen und Herzrhythmus-Störungen bekommen. Die biologischen Störungen in den Betongebäuden sind vielfach stärker wie in den früheren alten Holzhäusern. Und die Belüftung und die Klimatisierung ist leider auch sehr mit beteiligt, das heißt, man kann den Menschen gar nicht helfen. Auch mit einer geophysikalischen Entstörung kann man ein verladenes Gebäude nicht klimatisieren.

Die Aufgabe der Wissenschaft wäre es, in der Grundlagenforschung die Bedeutung des Sauerstoffes, die Bedeutung des Trinkwassers, mindestens genauso intensiv zu bearbeiten wie man es seither für die Astronauten getan hat. Die können ja da oben auch nicht leben, weil kein Wasser und kein Sauerstoff vorhanden ist. Wir haben alle gesehen, was da alles passiert. Astronauten sind verbrannt, Astronauten sind erstickt, Astronauten ist das Herz stillgestanden.

Wir wissen also genau, welche Leistungen notwendig sind, um ein so riskantes Unternehmen zu starten. Aber sollten nicht die Gesundheit aller und besonders die unserer Frauen und unserer Kinder – an zweiter Stelle der Sterblichkeit der Kinder steht der Krebs – uns so nahe stehen, daß wir für diese Forschung etwas tun und die Erfahrung, die in diesen Männern verkörpert ist, uns zunutze machen? □

Dr. Werner Kaufmann, Bergstraße 15, 6301 Atzbach/Lahn.

Briefe

Betr.: Pfründe »Buchhalter gegen Monopol der Datev«, Nr. 11/81

Als Angehöriger eben dieses Bereiches habe ich dazu einige Anmerkungen zu machen:

1. Es besteht in der Wirtschaft inzwischen ein EDV-Sachzwang, da anders geartetes Material bei Banken, Behörden etc. nicht computerkompatibel ist.
2. Vom bestehenden Vertrauensverhältnis begünstigt, greift das Steuerberatermonopol ein – als solches jedoch verschleiert.
3. Es gibt keine neutrale Prüfstelle für angebotene Software: das Datev-System muß blind akzeptiert werden.
4. Da der normale mittelständische Unternehmer kein Informatikexperte ist, liegt eine wehrlose Auslieferung vor.
5. Der Steuerberater ist der einzige Kenner des intimen Zahlenmaterials aller seiner Unternehmer-Mandanten.
6. Es liegt bei ihm, das Zahlenmaterial zu verzögern, eine Aufschlüsselung zu unterlassen ect.
7. Die Unternehmer haben ihre Führungsfunktion im eigenen Unternehmen schnell verloren.
8. Unternehmerische Fehlentscheidungen sind zwangsläufig.
9. Die Möglichkeit ist offenkundig, solche durch Zahlenmanipulation herbeizuführen.
10. Die Lancierung von Schwierigkeiten ist folgerichtig der nächste Schritt.
11. Der Steuerberater als Vertrauensperson springt selbstlos in die Bresche und dient sich als Treuhänder an.
12. Der Retter sieht sich plötzlich im Besitz des Unternehmens – ganz oder teilweise, je nach Geschmack.

Man kann das Planspiel weitertreiben: natürlich liegt es ganz in seiner Hand, Firmen, die in sein Panorama nicht hineinpassen, in die Insolvenz zu dirigieren. Als Sequester käme nur er in Frage. Das Gericht wäre froh, einen Kenner der Lage so schnell gefunden zu haben...

Die lautstarke Darstellung der Steuerberatercouleur, die das Monopol begründet, soll glauben machen, die Buchhaltung sei in erster Linie eine Steuerangelegenheit. Daß diese Auffassung von den Finanzbehörden geteilt wird, ist nicht weiter verwunderlich. Was könnte ihnen Angenehmeres passieren als eben eine solche Auslegung und rechtsgültige Fixierung! Jeder Betriebswirt hingegen weiß, daß dies mitnichten so ist, daß die Finanzbuchhaltung vielmehr die unverzichtbare Basis für das betriebsindividuelle dynamische Datennetzwerk als zentrales Führungsinstrument darstellt. Es fragt sich allerdings sehr, ob die von Datev angebotene Software hierzu überhaupt geeignet ist. Ob die Steuerberaterkanzleien ihren Unternehmer-Mandanten nicht eine Dienstleistung andienen, die zu erbringen sie gar nicht in der Lage sind (was die Betroffenen nicht erkennen können). Hier entsteht die Regreßfrage, unabweisbar und unter Umständen mit beträchtlichen Konsequenzen.

Die Monopolisierung der Buchhaltung bei den Steuerberatern öffnet Tür und Tor für eine unabsehbare Katastrophe in der mittelständischen Wirtschaft.

Zwingend erforderlich wäre das genaue Gegenteil: die strikte Trennung von Buchhaltung und Steuerfragen. Nur so sind alle diejenigen Unternehmer, die sich keinen kostspieligen EDV-Stab halten können, vor dem organisierten Fremdzugriff geschützt.

Dr. Eckart Schleth, Lübeck

Betr.: Tierversuche »Tieropfer zum Wohle des Menschen?«, Nr. 1/82

Schon seit eh und je hat sich die Schulmedizin gegen Neuerungen gewandt, die zum Wohle des Menschen waren. Mir fällt dabei spontan Dr. Semmelweis und das Kindbettfieber ein.

Der Himmel mag wissen, wem diese Mediziner dienen, den Kranken bestimmt nicht.

Das beste Beispiel ist das starrsinnige Festhalten an Tierversuchen.

Diese bringen für den kranken Menschen kaum Hilfe. Die Übertragbarkeit dieser Ergebnisse auf den Menschen ist zweifelhaft, die Medikamente haben in den meisten Fällen so starke Nebenwirkungen, daß sie eigentlich unbrauchbar sind.

Durch Beobachtungen am Krankenbett, gesundes Leben und gesunde Umwelt kann man sicher mehr erreichen.

Der Hinweis auf die Äbtissin, Hildegard von Bingen, sollte nicht unbeachtet bleiben, denn sie half den Menschen mit Mitteln, die nicht im Tierversuch getestet wurden.

Gertrud Mader, Berlin



Betr.: Diabetes »Leben mit der Zuckerkrankheit«, Nr. 1/82

Es entspricht nicht der historischen Wahrheit, daß der Zahnarzt Dr. Schnitzer als erster die Behandlung von Zuckerkranken mit Rohkost empfohlen hat. Es war der geniale Arzt Bircher-Benner, der als erster schon vor nunmehr 80 Jahren auf die Rohkost als souveräne Heilkost hingewiesen hat.

Die sogenannte Intensivkost, wie sie Schnitzer nennt, ist nichts anderes als die Rohkost von Bircher-Benner. Ihre Heilwirkung ist seitdem von vielen Naturheilärzten bestätigt und ihre Wirkung durch die Forschungen von Prof. Kollath und anderen wissenschaftlich erklärt. Die klinische Erprobung wurde jahrzehntelang von Dr. Bruker im Krankenhaus Eben-Ezer praktiziert. Sie ist nicht nur für Zuckerkranke, sondern für alle ernährungsbedingten Zivilisationskrankheiten die Kostform der Wahl. Die dort erzielten Ergebnisse wurden in den zahlreichen Büchern Dr. Brukers veröffentlicht, die früher im Schnitzer-Verlag und heute im Bioverlag »gesundleben« erschienen sind.

Schließlich ist es irreführend, von einer Heilung der Zuckerkrankheit durch Frischkost zu reden. Die Zuckerkrankheit ist nicht heilbar, auch nicht mit intensiver Frischkost. Wie bei jeder Krankheit gibt es auch beim Diabetes verschieden schwere Grade. Schwerstkranke können durch Frischkost ihre Insulinmenge reduzieren, manche mittelschweren Fälle können sogar vom Insulin loskommen, bei leichten Fällen sind keine Medikamente mehr nötig. Aber heilen kann man den Diabetes nicht. Dies ist leicht zu beweisen: Der »Geheilte« soll wieder bürgerliche Kost essen; dann merkt er, daß von Heilung keine Spur war.

W. Gutjahn, Gesellschaft für Gesundheitsberatung e. V., Lahnstein

Betr.: Freisoziale Union »Die Angst unserer Zeit«, Nr. 1/82

Einige Thesen dieses Aufsatzes sind zwar zutreffend, jedoch halte ich manche Folgerungen für sehr illusionär, so zum Beispiel, daß man ohne Zinsen auskommen kann. Ohne Gewinne gibt es keine Investitionen und auch keine Neuerungen (Innovationen). Ich jedenfalls würde keinem Menschen mein erspartes Geld leihen, wenn ich dann erfahre, daß der Betreffende damit produziert und Gewinne macht. Selbst wenn es gelänge, in Deutschland ohne Zinsen auszukommen, würde sich nichts ändern, wenn die anderen Staaten Zinsen geben und nehmen. Das ganze Kapital verschwände dann nämlich im Ausland, wo es Zinsen bringt. Ich halte den ganzen Aufsatz für bedenklich, da er unerfüllbare Illusionen weckt. Wenn auch die jüdische, christliche und islamische Religion angeblich das Zinsnehmen verbieten, so machen sie doch alle drei Gebrauch von den Zinsen, sogar der Vatikan legt seine Gelder zinsträchtig an. Bereits Gottfried Feder (NS-Zeit) hatte vergeblich gegen die sogenannte »Zinsknechtschaft« gewettert. Soviel mir bekannt ist, arbeiten auch die Ostblockländer mit Zinsen. (Ob der Autor vielleicht die NS-Zeit gar nicht erlebt hat?) Also was soll's?

Prof. Dr. Walter Hübner, Braunschweig

Betr.: Tier-Journal »Kälber in der Mastkiste«, Nr. 2/82

Eigentlich ist unverständlich, daß die tierquälerische, ekelerregende und ungesunde Intensivhaltung von Tieren – in diesem Fall von Hühnern – immer noch die Regel ist. Am 12. April 1979 beschloß das Oberlandesgericht Frankfurt, daß »die übliche Intensivhaltung von Legehennen den Tieren die vom Tierschutzgesetz geforderten artgemäßen Verhaltensweisen nicht mehr möglich mache und deshalb als Tierquälerei anzusehen sei...«

Die FAZ schrieb dazu am 25. Juli 1979: »die Tierhalter müßten über die in Frankfurt und über andere im gleichen Sinne getroffene Entscheidungen informiert und ihnen klargemacht werden, daß sie, wenn sie die rechtswidrige Käfighaltung nicht ändern, auch mit einer strafrechtlichen Verurteilung rechnen müßten. Außerdem dürften weitere Genehmigungen für Bauanträge, die ›erkennbar rechtswidrigen Haltemethoden dienen‹, nicht erteilt, und die staatliche Aufsicht gegenüber jeder Intensivhaltung müsse ab sofort nachhaltig ausgeübt werden.«

Das klang doch sehr hoffnungsvoll. Seit dieser sogenannten Grundsatzentscheidung sind drei Jahre ins Land gezogen, und was hat sich geändert? Worauf warten die steuerverschlingenden Ministerien, Aufsichtsbehörden, Landratsämter, Veterinärämter etc., bis sie sich entschließen, geltendes Gesetz und Recht anzuwenden?

Heute kann sich kein Mastfleisch- und Eierfabrikant mehr herausreden, er sei sich der Rechtswidrigkeit seiner Produktionsmethode nicht bewußt. Es gibt kaum noch Verbraucher, die noch nie etwas von der skandalösen Produktionsweise der Proteinlieferanten gehört haben; viele fühlen sich – gerade was unsere heutige Ernähung anbelangt – einer skrupellosen Business-Maffia ausgeliefert. Trotzdem müssen Tierschützer, die gegen diese Mißstände ankämpfen, sich oftmals wie Streiter gegen Windmühlenflügel vorkommen. Tierschützer sind wie alle guten Staatsbürger im allgemeinen friedliche, geduldige und höfliche Menschen. Weniger geduldige junge Leute halten solche Tugenden schon lange nicht mehr für opportun. Angesichts der gegebenen Situation könnte man sich die Frage stellen, ob denn wirklich immer erst Pflastersteine oder Molotowcocktails fliegen müssen, damit »Staatsdiener« sich auf ihren Daseinszweck besinnen?

Erika Lindauer, Strassen (Luxemburg)

Die Kiste

Die komplette Vinothek der deutschen Weinberg-Lagen

DM 395,–

Die einzigartigen Touristenführer – Das ideale Geschenk

Alle 11 Bände und Lagenkarten der Vinothek der deutschen Weinberglagen mit einem Sonderdruck als Einführung zu diesem Gesamtwerk vom Präsidenten des Deutschen Weinbau-Verbandes. In dekorativer Holzkiste. Gesamtpreis DM 395,–.

- »Einzigartig in der Weinliteratur. Eine wahre Fundgrube des Wissens«. Deutsche Gaststätten- und Hotelzeitung.
- »Ein hervorragender Wegweiser für alle Weinliebhaber, die sich mit den Angaben auf dem Weinetikett nicht zufrieden geben wollen«. Frankfurter Allgemeine Zeitung
- »Das Autorenteam garantiert ein Höchstmaß an Kompetenz. Wer eine Reise durch die deutschen Weingüter und Probierstuben machen will, kommt ohne diese Bände kaum ans recht Ziel«. Capital
- »Eine unentbehrliche Quelle des Weinwissens«. Arne's Journal
- »Eine Dokumentation, wie sie in dieser Form weder im Inland noch im Ausland zu finden ist«. Der Deutsche Weinbau
- »Ein Standardwerk der Ökologie des deutschen Weins«. Dr. Reinhard Muth, Präsident des Deutschen Weinbauverbandes

Die elf Bände, alle auch einzeln lieferbar:
»Die Ahr« DM 24,–– / »Der Mittelrhein« DM 29,80 / »Mosel-Saar-Ruwer« DM 49,80 / »Die Nahe« DM 32,–– / »Der Rheingau« DM 28,–– / »Franken« DM 38,–– / »Hessische Bergstraße« DM 29,80 / »Rheinhessen« DM 45,–– / »Rheinpfalz« DM 36,–– / »Württemberg« DM 45,–– / »Baden« DM 42,––.



D-7000 Stuttgart 70 · Postfach 700464 · Telefon 0711/76 50 85 · Telex 7255361